



ZMS BW

Zentrum für Militärgeschichte und
Sozialwissenschaften der Bundeswehr

Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland

Ergebnisse und Analysen der Bevölkerungsbefragung
2019

Markus Steinbrecher
Timo Graf
Heiko Biehl

Forschungsbericht 122

Dezember 2019

Impressum

Herausgeber: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr

Verantwortlich für den Inhalt sind die Autoren

Anschrift: Zeppelinstraße 127/128, 14471 Potsdam

Tel.: 0331 9714 486

E-Mail: zmsbwmilitaersoziologie@bundeswehr.org

www.zmsbw.de

© ZMSBw 2019

Projektnummer: 7110-08

Inhaltsverzeichnis

1	Die wichtigsten Ergebnisse der Studie im Überblick	4
2	Einleitung	10
3	Methodisches Design der Studie	13
4	Subjektive Sicherheit und Bedrohungswahrnehmungen	19
5	Einstellungen zum außen- und sicherheitspolitischen Engagement Deutschlands	38
6	Haltungen der Bürgerinnen und Bürger zur Bundeswehr	82
7	Wahrnehmung der Bundeswehr in der Öffentlichkeit	110
8	Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr	126
9	Einstellungen zur Höhe der Verteidigungsausgaben sowie zum Personalumfang der Bundeswehr	148
10	Einstellungen zu den Aufgabenbereichen der Bundeswehr	165
11	Einstellungen zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr	176
	Literaturverzeichnis	191
	Methodenanhang	201

1 Die wichtigsten Ergebnisse der Studie im Überblick

Rahmendaten der Studie (Abschnitt 3, Methodenanhang)

- Die Daten der Bevölkerungsbefragung 2019 wurden im Zeitraum vom 25. Mai bis 30. Juni 2019 im Rahmen von computergestützten persönlichen Interviews (CAPI) durch das Meinungsforschungsinstitut Ipsos erhoben.
- Es wurden 2.474 zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger ab 16 Jahren befragt, die in Privathaushalten in Deutschland leben.
- Nach Aufbereitung und Kontrolle der Datensätze durch Ipsos erhielt das ZMSBw am 5. Juli 2019 den Datensatz, der Grundlage der nachfolgenden Auswertungen und Analysen ist. Es werden nur die Ergebnisse zu den geschlossenen Fragen präsentiert.

Subjektive Sicherheit und Bedrohungswahrnehmungen (Abschnitt 4)

- Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger bewertet ihre persönliche und die nationale Sicherheitslage als sicher. Die weltweite Sicherheitslage wird dagegen als überwiegend unsicher wahrgenommen. Im Vergleich zum Vorjahr hat das Unsicherheitsempfinden auf der nationalen Ebene abgenommen, während es auf der persönlichen und weltweiten Ebene stabil geblieben ist.
- Die Bürgerinnen und Bürger fühlen sich primär durch eine Mischung aus ökologischen (Klimawandel), ökonomischen (Inflation) und innenpolitischen (Zuwanderung) Risikofaktoren in ihrer persönlichen Sicherheit bedroht. Während in den letzten Jahren die Zuwanderung nach Deutschland am häufigsten als Bedrohungsfaktor genannt wurde, ist es nun der weltweite Klimawandel. Insgesamt hat die Sorge vor ökologischen Risiken deutlich zugenommen, während die Angst vor der Zuwanderung und assoziierten Risiken abgenommen hat. Außenpolitische Faktoren werden insgesamt als geringste Bedrohung für die persönliche Sicherheit empfunden.
- Multivariate Analysen unterstreichen die Relevanz der Wahrnehmung von außen- und innenpolitischen Bedrohungen für das Sicherheitsgefühl auf der persönlichen und der nationalen Ebene. Die Beurteilung der weltweiten Sicherheitslage wird maßgeblich von der Wahrnehmung ökologischer Risikofaktoren beeinflusst.

Einstellungen zum außen- und sicherheitspolitischen Engagement Deutschlands (Abschnitt 5)

- Eine klare Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger spricht sich für eine aktive Außen- und Sicherheitspolitik aus. Diese Zustimmung ist erstmals seit 2015 leicht gestiegen.
- Bei der Wahl der außenpolitischen Mittel gibt es eine klare Präferenz für friedliche, diplomatische und unterstützende Mittel. Umstritten bzw. ohne mehrheitliche Zustimmung sind die Aufnahme von Flüchtlingen, Waffenlieferungen an befreundete Staaten und Kampfeinsätze der Bundeswehr als potenzielle Mittel der Außenpolitik. Ausbildungs- und Stabilisierungseinsätze der Bundeswehr werden aber von einer großen Mehrheit befürwortet. Demzufolge lehnt die Bevölkerung das Militär als Mittel der Außenpolitik nicht prinzipiell ab, sondern lediglich die Anwendung von Gewalt.
- Hinsichtlich ihrer außenpolitischen Grundorientierungen sind die Bundesbürger als anti-militaristisch, anti-atlantizistisch und multilateralistisch zu charakterisieren, d.h. sie glauben nicht an militärische Gewalt als effektives oder moralisch angemessenes Mittel der Außenpolitik, sprechen sich eindeutig für eine Zusammenarbeit mit befreundeten Staaten und Bündnispartnern aus und wünschen sich eine außenpolitische Emanzipation von den USA. Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger spricht sich außerdem für die parlamentarische Kontrolle der Streitkräfte aus und unterstützt den Parlamentsvorbehalt des Deutschen Bundestags bei der Entsendung der Bundeswehr in Auslandseinsätze.
- Die Verteidigungszusammenarbeit im Rahmen der Europäischen Union wird von einer klaren Mehrheit der deutschen Bevölkerung befürwortet. Eine relative Mehrheit wünscht sich den Aufbau gesamteuropäischer Verteidigungsstrukturen, die über den Status quo der engen Kooperation nationaler Streitkräfte hinausgehen. Die Mehrheit der Bevölkerung ist zudem der Überzeugung, dass durch die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Armee ein Beitrag zum Frieden und zur Stabilität in der EU geleistet werden könnte, Europa mehr Gewicht in der Welt hätte, die Leistungsfähigkeit gegenüber nationalen Armeen erhöht werden könnte und sich die Abhängigkeit Europas von den USA in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik verringern ließe.
- Eine absolute Mehrheit der Bundesbürger befürwortet das sicherheits- und verteidigungspolitische Engagement Deutschlands in der EU und NATO. Deutschlands Engagement in den Vereinten Nationen findet nur die Unterstützung einer relativen Mehrheit.

- Die öffentliche Meinung zu Russland hat sich im Vergleich zum Vorjahr insgesamt kaum verändert und bleibt weiterhin gespalten, jedoch wird Russland wieder stärker als Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands wahrgenommen.
- Der Blick der Bürgerinnen und Bürger auf die USA ist immer noch von großer Skepsis geprägt, hat sich im Vergleich zum Vorjahr aber positiv entwickelt. Auch das Vertrauen in die USA als NATO-Bündnispartner hat sich verbessert. Dennoch werden die USA in einigen Aspekten kritischer beurteilt als Russland.
- Die Haltung der Bundesbürger zu China ist eher von einer wohlwollenden Ambivalenz geprägt. Die bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und China werden von der deutschen Bevölkerung im Vergleich wohlwollender beurteilt als die Beziehungen zu den USA oder Russland.

Haltungen der Bürgerinnen und Bürger zur Bundeswehr (Abschnitt 6)

- Die Bundeswehr genießt unverändert ein hohes gesellschaftliches Renommee. Wie in den Vorjahren stehen die meisten Bürgerinnen und Bürger der Bundeswehr positiv gegenüber: 76 Prozent der Befragten haben eine positive Einstellung.
- Hinsichtlich des sozialen Prestiges der Streitkräfte weisen alle Indikatoren in die gleiche Richtung: Die Bundeswehr und ihre Soldatinnen und Soldaten genießen ein hohes gesellschaftliches Ansehen, sie gelten als wichtig für Deutschland und ihre Leistungen im In- und Ausland werden positiv bewertet.
- Weiterführende Analysen zeigen, dass für die Haltung zur Bundeswehr die politischen Orientierungen der Bürgerinnen und Bürger sowie ihre Erfahrungen mit und ihre Kontakte zu den Streitkräften entscheidend sind. Die soziale Position der Befragten hat hingegen kaum Einfluss auf ihre Haltungen zur Bundeswehr.

Wahrnehmung der Bundeswehr in der Öffentlichkeit (Abschnitt 7)

- Die Bürgerinnen und Bürger nehmen die Bundeswehr vor allem vermittelt über die Massenmedien wahr. 2019 wurde die Bundeswehr ähnlich häufig wahrgenommen wie 2018. 76 Prozent der Befragten erfahren etwas über die Bundeswehr durch die Massenmedien. 42 Prozent nehmen die Bundeswehr im persönlichen Bereich (im Alltag, bei Gesprächen oder in der Öffentlichkeit) wahr.
- Der Eindruck von der Bundeswehr ist bei persönlichen Begegnungen besonders positiv. Aber auch die Berichterstattung in den Massenmedien wird – je nach Medium

– von 41 bis 46 Prozent der Befragten (eher) positiv wahrgenommen. Im Vergleich zum Vorjahr ist der positive Eindruck um 2 bis 15 Prozentpunkte zurückgegangen.

- 2019 sind 40 Prozent der Befragten der Meinung, dass die Bundeswehr genug unternimmt, um mit der Gesellschaft in Kontakt zu bleiben. Das sind 5 Prozentpunkte weniger als im Vorjahr. Mit 49 Prozent sind deutlich mehr Bürgerinnen und Bürger als 2018 der Auffassung, dass sich die Bundeswehr nicht ausreichend darum bemüht, mit der Gesellschaft in Kontakt zu bleiben.
- Hinsichtlich der Integration von Frauen in die Bundeswehr ist das Meinungsbild in der Öffentlichkeit tendenziell positiv. Allerdings sind Gleichstellung und Gleichberechtigung von Frauen in der Bundeswehr aus Sicht einer größeren Gruppe von Befragten (29 Prozent) noch nicht erreicht. 48 Prozent der Befragten denken, dass die Öffnung der Bundeswehr für Frauen das Ansehen der Bundeswehr in der Gesellschaft verbessert hat.

Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr (Abschnitt 8)

- Für 65 Prozent der Befragten ist die Bundeswehr ein attraktiver Arbeitgeber für junge Menschen. Hier zeigt sich im Vergleich zum Vorjahr eine leichte Verschlechterung (-4 Prozentpunkte).
- Je nach Situation würden sich 43 bis 55 Prozent der Bundesbürger bei Gesprächen über die Berufswahl für die Bundeswehr aussprechen oder diese als Arbeitgeber empfehlen. Lediglich 24 Prozent würden explizit von den Streitkräften als Arbeitgeber abraten.
- Die weitergehenden Analysen zeigen, dass für die Bewertung der Arbeitgeberattraktivität und für die Empfehlungsbereitschaft der Bundeswehr als Arbeitgeber die Soldatinnen und Soldaten als Botschafter der Bundeswehr und die eigene Verbundenheit mit den Streitkräften von besonderer Bedeutung sind. Dies gilt sowohl für alle Befragten als auch für die Kernzielgruppe der Personalwerbung der Bundeswehr, den 16- bis 29-Jährigen. Insofern verdeutlichen die Analysen, dass es die Streitkräfte genauso wie einzelne Soldatinnen und Soldaten selbst in der Hand haben, Bürgerinnen und Bürger für den Dienst in der Bundeswehr zu begeistern.

Einstellungen zur Höhe der Verteidigungsausgaben sowie zum Personalumfang der Bundeswehr (Abschnitt 9)

- 2019 spricht sich, wie in den Vorjahren, eine relative Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger (45 Prozent) für eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben aus. 38 Prozent

sind dafür, dass diese gleich bleiben sollten, und 12 Prozent befürworten eine Verringerung des Verteidigungsetats. Für den zukünftigen Personalumfang der Bundeswehr zeigt sich ein ähnliches Bild: Für eine Erhöhung sprechen sich 43 Prozent aus, keinen Veränderungsbedarf sehen ebenfalls 43 Prozent und 9 Prozent befürworten eine Reduzierung des Personals.

- Für die Erklärung der Einstellungen zu den Verteidigungsausgaben sowie zum Personalumfang der Streitkräfte zeigen sich sehr ähnliche Muster. Die Analysen liefern folgende Befunde: Personen, die der Bundeswehr positiver gegenüberstehen, möchten ihr auch mehr Geld und Personal zur Verfügung stellen. Neben der Verbundenheit zur Bundeswehr spielen instrumentelle Erwägungen eine Rolle: Bewerten Befragte die Sicherheitslage als unsicherer, sprechen sie sich für die Erhöhung der Verteidigungsausgaben und des Personalumfangs aus.
- Die Befragten sehen den Personalumfang und die Höhe des Verteidigungshaushalts wie schon in den Vorjahren als zwei Seiten derselben Medaille. Evident wird dies an einem starken positiven Zusammenhang zwischen beiden Einstellungen: Befragte, die sich für höhere Verteidigungsausgaben aussprechen, plädieren auch für eine Steigerung der Personalstärke der Bundeswehr. Die relativ große Stabilität der Einstellungen seit 2015 spricht dafür, dass aus Sicht der Bevölkerung die optimale Höhe für beide Kennzahlen noch nicht erreicht ist – trotz der Steigerungen des Verteidigungsetats und der geplanten Verstärkung der Bundeswehr auf 203.000 Soldaten bis 2025.

Einstellungen zu den Aufgabenbereichen der Bundeswehr (Abschnitt 10)

- Die Bundeswehr sollte nach Auffassung der Bevölkerung mit zahlreichen Aufgaben betraut werden. Die größte Zustimmung erhalten die Aufgabenbereiche, die sich durch einen direkten Bezug zur Sicherheit Deutschlands (Landesverteidigung) oder deutscher Staatsbürger (Evakuierungen) auszeichnen, eine humanitäre Basis haben (Einsatz bei Naturkatastrophen, Verhinderung von Völkermord) oder dem Schutz und der Verteidigung von Bündnispartnern sowie der Terrorbekämpfung dienen.
- Die Analysen zeigen, dass die Unterstützung für die Aufgabenübernahme im Ausland durch eine Vielzahl von Faktoren beeinflusst wird. Als übergreifendes Resultat ist festzuhalten, dass sowohl funktionale als auch affektive Bewertungen der Streitkräfte die Zuweisung von Aufgaben durch die Bürgerinnen und Bürger durchgehend stark beeinflussen. Bewertet jemand die Bundeswehr an sich oder ihre Leistungen positiv, führt dies generell zu einer stärkeren Präferenz, dass die genannten Aufgaben auch durch Soldatinnen und Soldaten erledigt werden sollen. Insofern zeigt sich erneut,

dass es die Streitkräfte selbst in der Hand haben, sich Rückhalt in der Bevölkerung zu erarbeiten.

Einstellungen zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr (Abschnitt 11)

- Die Bevölkerungsmehrheit hat von allen abgefragten Auslandseinsätzen der Bundeswehr wenigstens schon einmal etwas gehört oder gelesen. Doch nur wenige kennen zumindest einige Fakten. Viele wissen nichts Konkretes über die Einsätze. Die bekanntesten Einsätze der Bundeswehr sind der Anti-Terror-Einsatz in Syrien zur Bekämpfung des sogenannten Islamischen Staates, die auslaufende KFOR-Mission im Kosovo und der Einsatz Resolute Support in Afghanistan. Am wenigsten bekannt sind die Maßnahmen der Bündnisverteidigung im Baltikum, obwohl sich der Kenntnisstand gegenüber dem Vorjahr leicht verbessert hat.
- Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger fühlt sich schlecht über die Auslandseinsätze der Bundeswehr informiert. Seit 2015 ist der Anteil derjenigen, die sich gut informiert fühlen, von 40 auf 16 Prozent gesunken, während parallel dazu der Anteil derjenigen, die sich schlecht informiert fühlen, von 27 auf 44 Prozent gestiegen ist.
- Die Missionen, die im Jahr 2019 am stärksten befürwortet werden, sind der EUTM-Einsatz in Mali (50 Prozent Zustimmung) und der Anti-Terror-Einsatz in Syrien (47 Prozent Zustimmung). Eine relative Mehrheit unterstützt außerdem das Engagement der Bundeswehr im Rahmen der Operation Sea Guardian im Mittelmeer (44 Prozent), den Atalanta-Einsatz vor der Küste Somalias (43 Prozent) und den KFOR-Einsatz (41 Prozent).
- Insgesamt sprechen sich die Bürgerinnen und Bürger am ehesten für ein Bundeswehrencorengagement bei den Einsätzen aus, die als Hilfeinsätze wahrgenommen werden oder der Terrorismusbekämpfung dienen. Die Zustimmung für Maßnahmen im Rahmen der Bündnisverteidigung ist insgesamt am geringsten.
- Weitergehende Analysen zeigen, dass die Einstellung zu den Einsätzen primär von den außen- und sicherheitspolitischen Einstellungen der Befragten geprägt ist und weniger von persönlichen Erfahrungen in bzw. mit der Bundeswehr. Einen ganz entscheidenden Einfluss hat zudem der Kenntnisstand über die Missionen: Je mehr die Befragten über einen Einsatz wissen, desto eher stimmen sie diesem zu.

2 Einleitung

Das Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) wendet sich mit seiner Forschung an drei Adressatenkreise. Als Ressortforschungseinrichtung leistet das ZMSBw einen Beitrag zur wissenschaftsbasierten Politikberatung. Studien und Analysen werden dem Bundesministerium der Verteidigung und der Bundeswehr vorgelegt und die militärischen und politischen Verantwortungsträger auf diese Weise mit geschichts- und sozialwissenschaftlich abgesicherten Einsichten, Befunden und Bewertungen konfrontiert. Der zweite Adressat ist die Wissenschaft: Die Forschung am ZMSBw basiert auf der im Grundgesetz garantierten Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre und verfolgt das Ziel, wissenschaftlich relevante, methodisch fundierte sowie theoretisch ambitionierte Untersuchungen vorzulegen und die Grundlagenforschung in der Geschichtswissenschaft wie in den Sozialwissenschaften zu bereichern. Der dritte Adressat dieser Forschung ist die interessierte Öffentlichkeit. Hierzu zählen Medien, politische Akteure, gesellschaftliche Vereinigungen und Interessenvertretungen sowie nicht zuletzt die Bürgerinnen und Bürger, die Interesse an militärgeschichtlichen und sozialwissenschaftlichen Themen haben.

Mit seiner jährlichen Bevölkerungsbefragung und den darauf basierenden Forschungsberichten richtet sich das ZMSBw an alle drei Adressaten gleichermaßen. Im zeitlichen Ablauf werden zunächst dem Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) die aktuellen Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung zur Verfügung gestellt. Dazu werden der politischen Leitung und militärischen Führung der Bundeswehr zeitnah die Resultate der Studie aufbereitet. Die Relevanz – und zuweilen Brisanz – der Bevölkerungsbefragung für Politik und Bundeswehr ist offensichtlich. Denn die Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie die Streitkräfte sind in der Demokratie auf den Rückhalt der Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Die Führungskonzeption der Bundeswehr, die Innere Führung, verlangt sogar explizit mit ihrer Integrationsfunktion die Rückbindung der Streitkräfte und des sicherheitspolitischen Agierens an den Zuspruch der Gesellschaft. Die Bevölkerungsbefragung liefert substanzielle Hinweise auf die öffentliche Unterstützung der Bundeswehr, auf die Haltung zu politischen Entscheidungen, nicht zuletzt zu den Auslandseinsätzen, sowie auf gesellschaftliche Präferenzen und Prioritäten. Dabei treten sowohl Übereinstimmungen als auch Diskrepanzen zwischen öffentlichem Meinungsbild, militärischem Agieren und politischen Entscheidungen zutage, was zuweilen Anlass für Diskussionen und Kontroversen bietet – genau wie es sich für eine lebendige demokratische Öffentlichkeit gehört. Mit der Publikation seiner Studien leistet das ZMSBw damit einen Beitrag zur Transparenz und demokratischen Kontrolle der Streitkräfte.

Die Aufbereitung der Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung für die akademische Forschung nimmt naturgemäß mehr Zeit in Anspruch. Wie diverse Zeitschriftenartikel (z.B. Steinbrecher/Biehl 2017, 2018; Steinbrecher/Höfig 2017; Steinbrecher/Wanner 2018b), vielfältige Aufsätze in Sammelbänden (z.B. Biehl et al. 2017; Steinbrecher et al. 2018a) und aktuelle Qualifikationsarbeiten dokumentieren (z.B. Wanner 2019), ist die Bevölkerungsbefragung bestens geeignet, die sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung zu bereichern. Das Interesse externer Kolleginnen und Kollegen am Austausch des Datenmaterials sowie gemeinsam gefertigte Publikationen sind weitere Belege für den wissenschaftlichen Wert und die Qualität der jährlichen Bevölkerungsbefragung. Der jüngste Beleg ist der Sammelband „Freiheit oder Sicherheit? Ein Spannungsverhältnis aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger“ (Steinbrecher et al. 2018a), der im Herbst 2018 erschienen ist. Anspruch der Forschung des ZMSBw ist dabei stets, entlang der internationalen Standards einen Beitrag zur Fortentwicklung der sozialwissenschaftlichen Disziplinen zu leisten.

Mit diesem Forschungsbericht wendet sich das ZMSBw aber auch an den dritten Adressatenkreis, die interessierte Öffentlichkeit. Anspruch der vorliegenden Publikation ist es, einen möglichst breiten Kreis von Leserinnen und Lesern über die aktuellen Trends im sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsbild zu informieren sowie die zugrunde liegenden Einflüsse zu identifizieren. Anders als in den Vorjahren gibt es 2019 keine Trennung in einen rein deskriptiven Kurzbericht und einen ausführlichen Bericht, der auch weitergehende empirische Analysen umfasst. Der vorliegende Bericht enthält daher sowohl deskriptive Analysen als auch umfassende Auswertungen, die insbesondere auf die Bestimmungsgründe und Determinanten blicken, die die Haltung der deutschen Bevölkerung zur Sicherheitspolitik und zu den Streitkräften beeinflussen.

Die jährliche Bevölkerungsbefragung des ZMSBw wird seit 1996 realisiert und stellt damit die längste Zeitreihe sicherheits- und verteidigungspolitischer Umfragen in Deutschland dar. Zentrale Themenstellungen der Befragung sind das Sicherheitsgefühl und die Bedrohungswahrnehmungen der Bundesbürger sowie deren Einstellungen zum außen- und sicherheitspolitischen Engagement Deutschlands. Zudem wird die Haltung der Bevölkerung zur Bundeswehr sowie zu den Auslandseinsätzen analysiert. Die öffentliche Wahrnehmung der Streitkräfte sowie Fragen zur gesellschaftlichen Akzeptanz und Integration der Bundeswehr stellen weitere Themenbereiche dar. Darüber hinaus wird die Attraktivität der Bundeswehr als Arbeitgeber untersucht und das Verhältnis zwischen Streitkräften und Gesellschaft empirisch erfasst (vgl. Tabelle 3.1 für eine ausführliche Themenübersicht).

Das Studienkonzept, die Ausschreibungsunterlagen und der Fragebogen wurden – wie in den Vorjahren – am ZMSBw erarbeitet. Die Daten der aktuellen Befragung wurden im Zeitraum vom 25. Mai bis 30. Juni 2019 im Rahmen von computergestützten persönlichen Interviews (CAPI) durch das Meinungsforschungsinstitut Ipsos erhoben. Befragt wurden 2.474 zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger ab 16 Jahren, die in Privathaushalten in Deutschland leben (vgl. Abschnitt 3 für weitere Angaben zum methodischen Design). Nach Aufbereitung der erhobenen Daten durch Ipsos erhielt das ZMSBw am 5. Juli 2019 den Datensatz, der Grundlage der nachstehenden Auswertungen ist. Der Forschungsbericht umfasst nur die geschlossenen Fragen.

3 Methodisches Design der Studie

In der durch das ZMSBw jährlich durchgeführten Bevölkerungsbefragung werden seit 1996¹ ausgewählte Variablen zu sicherheits- und verteidigungspolitischen Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger in gleicher oder ähnlicher Form erhoben. Dies ermöglicht es, Aussagen über Stabilität und Veränderung der gemessenen Einstellungen zu treffen.² In Tabelle 3.1 sind die Themenbereiche und Items der Befragung 2019 aufgelistet.

Im Anhang sind umfassende Informationen zur methodischen Vorgehensweise zusammengefasst, die sich an Leserinnen und Leser richten, die sich ausführlicher mit Umfragedesign und Analysemethoden beschäftigen möchten. Dieser Abschnitt enthält hingegen einige Informationen, die für das grundlegende Verständnis der nachfolgenden Analyseergebnisse hilfreich sind.

Auswahlverfahren

Für die Untersuchung wurde die Grundgesamtheit, d.h. alle Personen, die für die Analyse von Interesse sind und über die im Rahmen der Untersuchung Aussagen gemacht werden sollen, definiert als deutschsprachige Bevölkerung ab 16 Jahren in Privathaushalten in Deutschland. Da nicht alle Personen der Grundgesamtheit befragt werden können, wurde eine Stichprobe gezogen. Die Auswahl der Personen in der Stichprobe erfolgte zufällig, sodass jedes Element der Grundgesamtheit eine Chance hatte, in die Stichprobe zu gelangen. Dieses Verfahren ermöglicht es, inferenzstatistische Berechnungen durchzuführen, d.h. die Messzahlen der Stichprobe auf die Grundgesamtheit zu beziehen und den dabei gemachten Fehler bestimmen zu können.³ Je größer dieser Fehler ist, desto breiter ist das Vertrauensintervall, das den Wert in der Grundgesamtheit (Parameter) mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit abdeckt (vgl. Tabelle 3.2). Für weitere Ausführungen vgl. die entsprechenden Einträge in Abschnitt 1 des Methodenanhangs.

¹ Bis 2012 führte das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr (SOWI) die Befragungen durch. Bei älteren Umfragen wird im Folgenden nicht explizit darauf hingewiesen, dass die Daten vom SOWI stammen.

² Bei der vorliegenden Untersuchung handelt es sich um eine Querschnittsuntersuchung, d.h. die für die Studie relevanten Merkmale der interessierenden Grundgesamtheit wurden einmalig und zeitgleich gemessen. Aussagen über Einstellungsänderungen beziehen sich daher auf die Aggregatebene der Gesamtheit aller Befragten (ähnlich eines Trenddesigns).

³ Gemeint ist hier der Stichprobenfehler, also die Streuung der Stichprobenkennwerte um den Wert in der Grundgesamtheit (Parameter). Der Fehler ist abhängig vom Stichprobenumfang und der Streuung der Werte in der Grundgesamtheit.

Tabelle 3.1: Themen der Studie

Subjektive Sicherheit
<ul style="list-style-type: none"> • Subjektives Sicherheitsgefühl (3 Items) • Sozioökonomische, ökologische, außen- und innenpolitische Bedrohungen (18 Items)
Einstellungen zum außen- und sicherheitspolitischen Engagement Deutschlands
<ul style="list-style-type: none"> • Internationale Verantwortung Deutschlands (2 Items) • Außen- und sicherheitspolitische Mittel (11 Items) • Außen- und sicherheitspolitische Grundorientierungen (17 Items) • Einstellungen zu NATO, Bündnisverteidigung und USA (8 Items) • Einstellungen zu NATO, Bündnisverteidigung und Russland (8 Items) • Einstellungen zu China (4 Items) • Einstellungen zu einer Europäischen Armee (12 Items)
Haltungen der Bürgerinnen und Bürger zur Bundeswehr
<ul style="list-style-type: none"> • Persönliche Einstellung und Wichtigkeit (4 Items, davon 1 offen) • Ansehen der Bundeswehr und Anerkennung des Dienstes der Soldatinnen und Soldaten (4 Items) • Leistungen, Ausrüstung, Einbindung in die Gesellschaft, öffentliches Auftreten und Ausbildung der Bundeswehr (6 Items) • Institutionenvertrauen (17 Items, davon 1 offen) • Verhältnis von Bundeswehr und Gesellschaft (6 Items)
Wahrnehmung der Bundeswehr in der Öffentlichkeit
<ul style="list-style-type: none"> • Wahrnehmung und Bewertung der Bundeswehr (14 Items) • Kontakt der Bundeswehr zur Gesellschaft (1 Item) • Einstellungen zu Frauen in der Bundeswehr (7 Items)
Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr
<ul style="list-style-type: none"> • Attraktivität Arbeitgeber Bundeswehr (6 Items)
Einstellungen zur Höhe der Verteidigungsausgaben sowie zum Personalumfang der Bundeswehr
<ul style="list-style-type: none"> • Höhe der Verteidigungsausgaben (1 Item) • Personalumfang der Bundeswehr (1 Item)
Einstellungen zu den Aufgabenbereichen der Bundeswehr
<ul style="list-style-type: none"> • Aufgabenbereiche der Bundeswehr (12 Items)
Einstellungen zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr
<ul style="list-style-type: none"> • Bekanntheit Auslandseinsätze (11 Items) • Unterstützung Auslandseinsätze (11 Items) • Persönliches Informationsniveau Auslandseinsätze (1 Item)
Eigenschaften und allgemeine politische Einstellungen der Befragten
<ul style="list-style-type: none"> • Soziodemografische Merkmale (14–17 Items) • Militärische Erfahrungen (9–27 Items) • Parteipolitische Orientierung (2 Items) • Militärische Sozialisation bzw. Bindung (5–6 Items) • Politisches und verteidigungspolitisches Interesse (2 Items) • Demokratiezufriedenheit (2 Items) • Bewertung der wirtschaftlichen Lage (2 Items) • Mediennutzung (5 Items) • Verbundenheit (5 Items) • Persönlichkeitseigenschaften (10 Items)

Da es in Deutschland kein öffentliches Verzeichnis von Privathaushalten (Auswahlrahmen) gibt, wurde die Auswahl der Elemente der Stichprobe in einem mehrstufig geschichteten Verfahren getroffen. Dabei wurden im ersten Schritt Sample-Points abgegrenzt (d.h. das Gebiet Deutschlands in etwa 53.000 Flächen unterteilt), daraus anschließend Haushalte nach dem Random-Route-Prinzip⁴ sowie im letzten Schritt die Zielperson im Haushalt nach dem Geburtstagsschlüssel⁵ ausgewählt.

Tabelle 3.2: Vertrauensintervall für Stichproben

Anteilswert des Merkmals (p)	Stichprobenumfang (n)									
	100	250	500	750	1.000	1.250	1.500	1.750	2.000	2.500
5	(5,1)	3,2	2,3	1,8	1,6	1,4	1,3	1,2	1,1	1,0
10	7,0	4,4	3,1	2,5	2,2	2,0	1,8	1,7	1,6	1,4
15	8,3	5,2	3,7	3,0	2,6	2,3	2,1	2,0	1,9	1,7
20	9,3	5,9	4,1	3,4	2,9	2,6	2,4	2,2	2,1	1,9
25	10,0	6,4	4,5	3,7	3,2	2,8	2,6	2,4	2,2	2,0
30	10,6	6,7	4,8	3,9	3,4	3,0	2,7	2,5	2,4	2,1
35	11,1	7,0	4,9	4,0	3,5	3,1	2,9	2,6	2,5	2,2
40	11,4	7,2	5,1	4,1	3,6	3,2	2,9	2,7	2,5	2,3
45	11,5	7,3	5,2	4,2	3,6	3,3	3,0	2,8	2,6	2,3
50	11,6	7,3	5,2	4,2	3,7	3,3	3,0	2,8	2,6	2,3
55	11,5	7,3	5,2	4,2	3,6	3,3	3,0	2,8	2,6	2,3
60	11,4	7,2	5,1	4,1	3,6	3,2	2,9	2,7	2,5	2,3
65	11,1	7,0	4,9	4,0	3,5	3,1	2,9	2,6	2,5	2,2
70	10,6	6,7	4,8	3,9	3,4	3,0	2,7	2,5	2,4	2,1
75	10,0	6,4	4,5	3,7	3,2	2,8	2,6	2,4	2,2	2,0
80	9,3	5,9	4,1	3,4	2,9	2,6	2,4	2,2	2,1	1,9
85	8,3	5,2	3,7	3,0	2,6	2,3	2,1	2,0	1,9	1,7
90	7,0	4,4	3,1	2,5	2,2	2,0	1,8	1,7	1,6	1,4
95	(5,1)	3,2	2,3	1,8	1,6	1,4	1,3	1,2	1,1	1,0

Anmerkungen: Lesebeispiel: Bei einem Stichprobenumfang von 2.500 Fällen und einem Merkmalsanteil von 25 Prozent liegt der wahre Wert in der Grundgesamtheit (mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 Prozent) im Bereich von 23 (25 - 2) bis 27 Prozent (25 + 2). Weitere Werte lassen sich mit folgender Formel berechnen:

$$P_i = 1,64 * \sqrt{2} * \sqrt{\frac{p * (1-p)}{n}}$$

⁴ Von einem zufällig ausgewählten Startpunkt innerhalb des Sample-Points wurde jeder dritte Haushalt ausgewählt (Begehungsregel).

⁵ Hierbei wurde diejenige im Haushalt lebende und zur Grundgesamtheit gehörende Person befragt, die zuletzt Geburtstag hatte (Verfahren zur Zufallsauswahl).

Datenerhebungstechnik und Feldphase

Ein erster Entwurf des standardisierten Fragebogens wurde am ZMSBw entwickelt. Die Überprüfung des Fragebogens (Pretest) und die Datenerhebung wurden durch das externe Meinungsforschungsinstitut Ipsos GmbH durchgeführt. Die Autoren dieses Forschungsberichts standen vor und während der gesamten Feldphase in engem Kontakt zu Ipsos. Der Pretest umfasste 51 Interviews, die im Zeitraum vom 14. bis 20. Mai 2019 unter realen Feldbedingungen in allen Bundesländern mit Ausnahme Thüringens durchgeführt wurden. Zusätzlich fanden am 7. Mai 2019 in einem Befragungsstudio in Berlin vier weitere Interviews statt, ein sogenannter Studio-Pretest. Die Interviews wurden von den Autoren dieses Forschungsberichts aus einem Nebenraum verfolgt. Auf der Basis dieser beiden Teile des Pretests erfolgten Anpassungen des Fragebogens, etwa bei der genauen Formulierung einzelner Items oder den Hilfestellungen für die Interviewer im Fragebogen.

Tabelle 3.3: Grundgesamtheit und Stichprobe

	Grundgesamtheit	Stichprobe	
		Gewichtet	Ungewichtet
Geschlecht			
Männer	49	49	49
Frauen	51	51	51
Alter			
16 bis 19 Jahre	5	8	6
20 bis 29 Jahre	14	12	14
30 bis 39 Jahre	14	14	14
40 bis 49 Jahre	16	16	16
50 bis 59 Jahre	19	19	18
60 bis 69 Jahre	14	14	14
70 Jahre und älter	18	18	18
Bildungsabschluss			
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	32	33	31
Realschulabschluss	32	34	44
Hauptschulabschluss	36	33	28
Region			
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	16	16	16
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	20	20	20
Süddeutschland (BW, BY)	29	29	29
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	35	35	35

Anmerkung: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da sie gerundet wurden.

Datenbasis: Grundgesamtheit: Sollvorgaben aus dem Tageszeitungsdatensatz der Ipsos-Mediaanalyse aus dem Jahr 2018; Stichprobe: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2019.

Im Rahmen computergestützter persönlicher Interviews (CAPI) wurden in einem Zeitraum von etwa fünf Wochen (25. Mai bis 30. Juni 2019) 2.474 Nettointerviews durch 264 erfahrene und geschulte Interviewer durchgeführt. Die Interviews dauerten im Mittel 54 Minuten. Das kürzeste Interview dauerte 19 Minuten, das längste 193 Minuten. Die erhobenen Daten wurden durch das Umfrageinstitut im Anschluss an die Erhebung nach den Merkmalen Alter, Geschlecht, Bildung und Ortsgröße gewichtet⁶ (vgl. Tabelle 3.3), um die realisierte Stichprobe der demografischen Struktur der Grundgesamtheit anzupassen.

Während der Feldphase erfolgte durch Ipsos eine kontinuierliche Kontrolle der Interviews. Diese Kontrollen wurden postalisch durchgeführt und schlossen Fragen zu Thema, Zeitpunkt und Länge des Interviews ein. Zudem wurde gefragt, ob das Interview ordnungsgemäß am Laptop stattfand. So wurden 30 Prozent der Nettointerviews kontrolliert (Ipsos 2019).

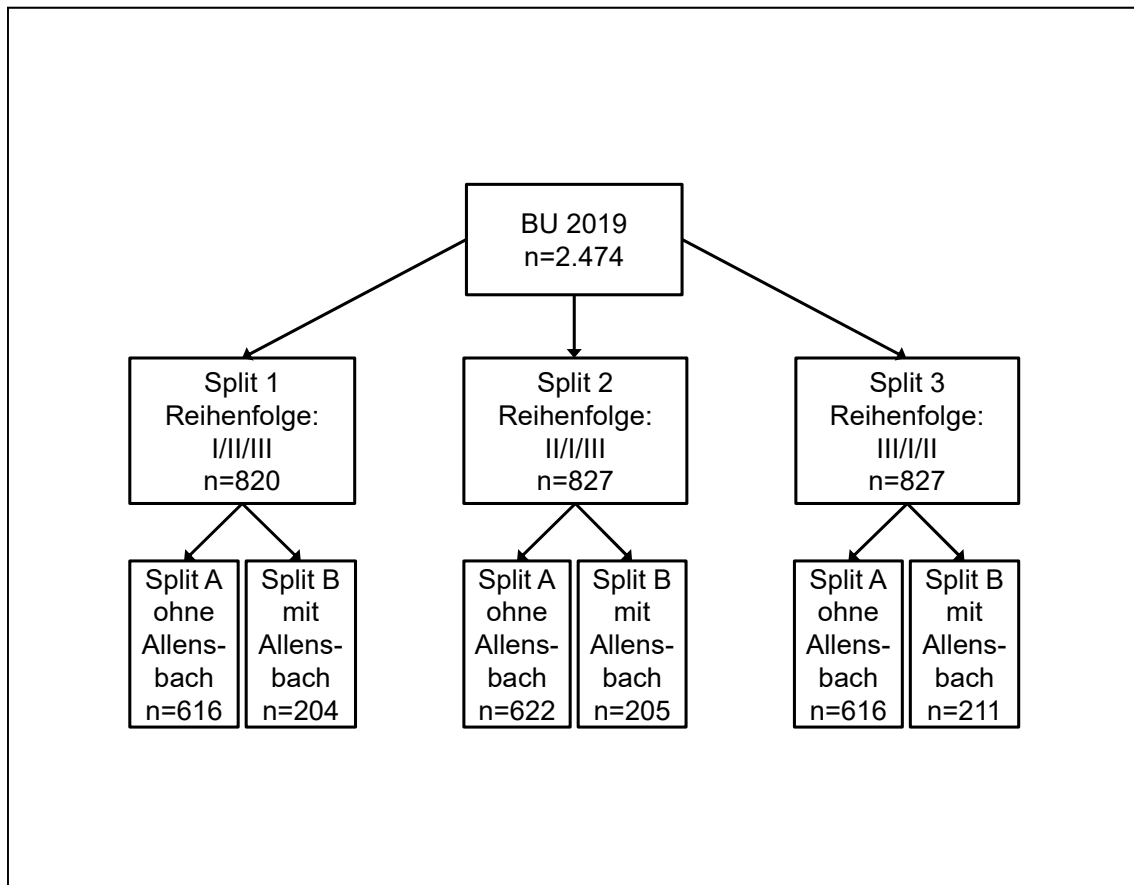
Um die Einflüsse verschiedener Fragereihenfolgen und -formulierungen auf das Antwortverhalten der Befragten zu prüfen, wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Umfrage im Rahmen der Grundlagenforschung des ZMSBw zufällig in sechs Gruppen aufgeteilt. Diese sechs Gruppen bekamen die Fragen jeweils in einer anderen Reihenfolge und einige Fragen zur Bundeswehr mit anderen Formulierungen gestellt. Der Fragebogen wurde dafür in drei thematisch abgegrenzte Fragenblöcke unterteilt. Fragenblock I enthielt alle Fragen zu Sicherheitsbewertungen, Bedrohungswahrnehmungen sowie zu Einstellungen zu verschiedenen außen- und sicherheitspolitischen Fragen (Abschnitte 4 und 5). Fragenblock II umfasste alle Fragen mit Bezug zur Bundeswehr (Abschnitte 6 bis 11) und Fragenblock III schloss die Fragen zu allgemeinen politischen Einstellungen und Verhaltensweisen ein, die in allen Abschnitten als Erklärungsvariablen genutzt werden. Drei (der sechs theoretisch möglichen) Reihenfolgen dieser drei Fragenblöcke wurden in der Befragung umgesetzt (vgl. Abbildung 3.1). In der Regel werden in den nachstehenden Analysen die zusammengefassten Ergebnisse für alle Befragten präsentiert. Nur wenn es statistisch signifikante und analytisch relevante Unterschiede zwischen den drei Befragten-Gruppen gibt, werden diese in der Auswertung thematisiert (z.B. in Abschnitt 6).

In einem weiteren Schritt wurden für ausgewählte Fragen zur Bundeswehr (z.B. das Institutionenvertrauen) etwa einem Viertel der Befragten jedes der drei Splits (Split B in Abbildung 3.1) alternative Frageformulierungen und Antwortskalen vorgelegt, die aus

⁶ Die Gewichtungsfaktoren reichen dabei von 0,20 bis 3,55 ($\bar{x} = 1,00$; $sd = 0,47$). Vgl. den entsprechenden Eintrag zur Gewichtung im Methodenanhang.

Befragungen des Instituts für Demoskopie Allensbach stammen (Petersen 2018). Die übrigen Befragten erhielten die entsprechenden Standardfragen aus den bisherigen Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw (Split A). Auch diese Methodentests dienen der Grundlagenforschung des ZMSBw. Deren Ergebnisse werden in den folgenden Abschnitten daher nicht detailliert analysiert, sondern in zukünftigen Veröffentlichungen des ZMSBw dargestellt.

Abbildung 3.1: Design der Bevölkerungsbefragung 2019



Anmerkungen: Split 1 = zuerst Fragenblock I: Sicherheitsbewertungen, Bedrohungswahrnehmungen, Einstellungen zu verschiedenen außen- und sicherheitspolitischen Fragen (Abschnitte 4 und 5); Split 2 = zuerst Fragenblock II: Fragen mit Bezug zur Bundeswehr (Abschnitte 6 bis 11); Split 3 = zuerst Fragenblock III: allgemeine politische Einstellungen und Verhaltensweisen.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2019.

4 Subjektive Sicherheit und Bedrohungswahrnehmungen

Timo Graf

Sicherheit ist ein Grundbedürfnis des Menschen (Maslow 1943), ein universelles Menschenrecht (Vereinte Nationen 1948) und eine wesentliche Voraussetzung für die freie Entwicklung menschlicher Zivilisation (Dal Bó et al. 2016; Stewart 2004). Die Gewährleistung der Sicherheit der Bevölkerung ist ein konstitutiver Bestandteil des modernen, demokratischen Staatsauftrags (Endreß/Petersen 2012).

Obwohl oder gerade weil Sicherheit von so universeller Bedeutung ist, gibt es keine allgemeingültige Definition des Begriffs. Allen Definitionen von Sicherheit ist jedoch ein Aspekt gemein: Die Beschreibung eines Zustands ohne Gefahr oder Bedrohung (Brunner 1984; Endreß/Schattschneider 2010). Hier wird Sicherheit definiert als ein „Zustand, in dem sich Individuen, Gruppen und Staaten nicht von ernststen Gefahren bedroht fühlen bzw. sich wirksam vor ihnen geschützt sehen“ (Meier et al. 2008: 410). Diese Definition verdeutlicht bereits den inhärent subjektiven Charakter von Sicherheit und zeigt auf, warum es wichtig ist, zwischen objektiver Sicherheit (z.B. Kriminalitätsstatistik) und subjektiv empfundener Sicherheit (z.B. Angst vor Kriminalität) zu unterscheiden (Daase 2012; Haverkamp 2014; Noll 1994; Rapoport 1988). Zwischen objektiver Sicherheit und deren subjektiver Wahrnehmung identifizieren empirische Studien oftmals eine Diskrepanz (Hummelsheim-Doss 2017; Reuband 2009; Windzio et al. 2007), weshalb einige Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftler argumentieren, dass Sicherheit zum Teil sozial konstruiert sei (Altheide 1997, 2002; Dake 1992; Krasmann et al. 2014; Rosenthal 2000). Gleichwohl beeinflusst das subjektive Sicherheitsempfinden konkretes Denken und Handeln und hat somit ganz „reale“ Konsequenzen. So kann z.B. die Urlaubsplanung maßgeblich von der subjektiven Einschätzung der Sicherheitslage im Ziel-land beeinflusst werden (Sönmez/Graefe 1998).

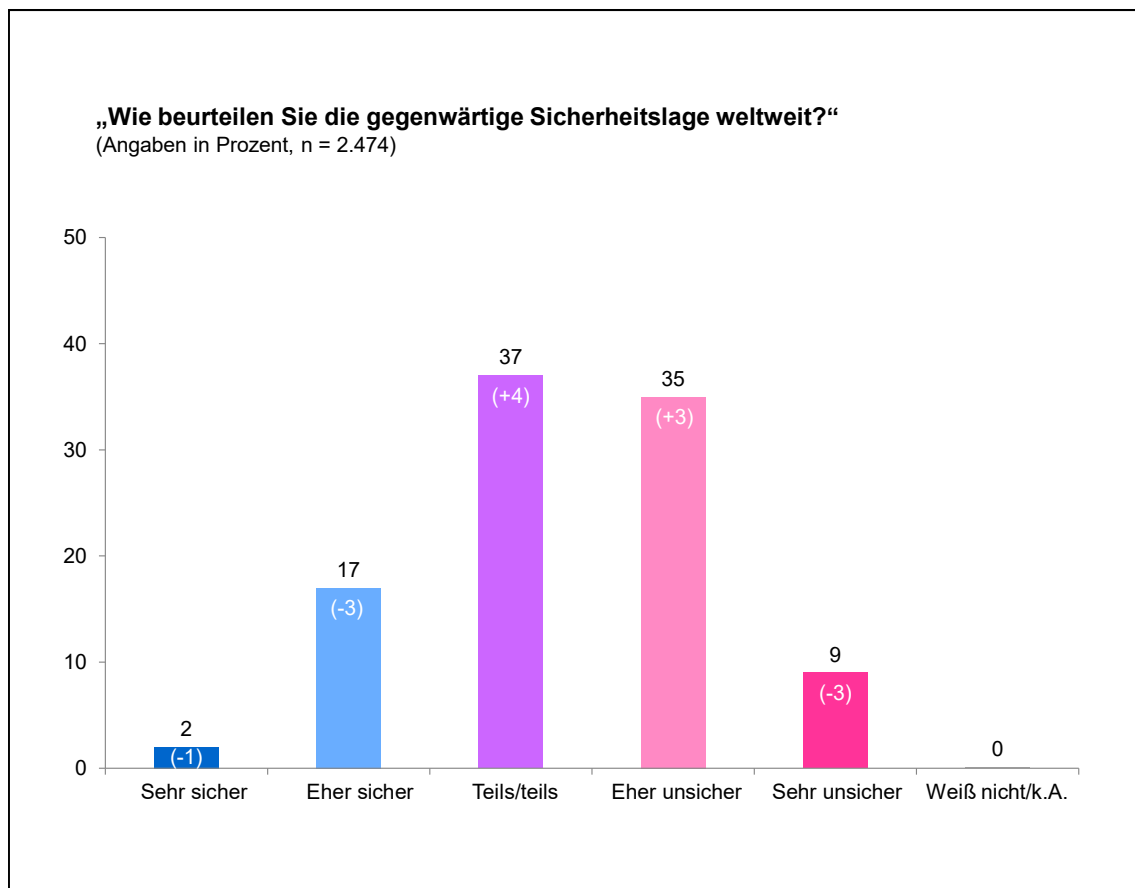
Dieser Abschnitt untersucht die öffentliche Wahrnehmung von Sicherheit und von möglichen Bedrohungen für das persönliche Sicherheitsgefühl in der Bundesrepublik Deutschland. Um herauszufinden, welche Bevölkerungsgruppen sich sicherer und welche sich unsicherer fühlen, wird das Sicherheitsempfinden unterschiedlicher soziodemografischer Gruppen miteinander verglichen. Des Weiteren wird untersucht, welche Faktoren aktuell als Bedrohung der persönlichen Sicherheit wahrgenommen werden und in welchem Maße diese Bedrohungspereptionen das Sicherheitsempfinden der Menschen in

Deutschland beeinflussen. Besondere Aufmerksamkeit gilt zudem der Entwicklung der öffentlichen Sicherheitswahrnehmung im Zeitverlauf.

Wahrnehmungen der Sicherheitslage

In der Bevölkerungsumfrage des ZMSBw 2019 wurden die Befragten gebeten, die persönliche, nationale und weltweite Sicherheitslage zu beurteilen. Die weltweite Sicherheitslage wird durch die Bürgerinnen und Bürger differenziert wahrgenommen (vgl. Abbildung 4.1). Nahezu ein Fünftel der Befragten bewertet die globale Lage als insgesamt sehr sicher (2 Prozent; -1 Prozentpunkt im Vergleich zu 2018) oder eher sicher (17 Prozent; -3 Prozentpunkte). Im Gegensatz dazu meint fast die Hälfte der Befragten, die Lage sei eher unsicher (35 Prozent; +3 Prozentpunkte) oder sehr unsicher (9 Prozent; -3 Prozentpunkte). Mehr als ein Drittel der Befragten ist geteilter Meinung (37 Prozent; +4 Prozentpunkte).

Abbildung 4.1: Beurteilung der weltweiten Sicherheitslage

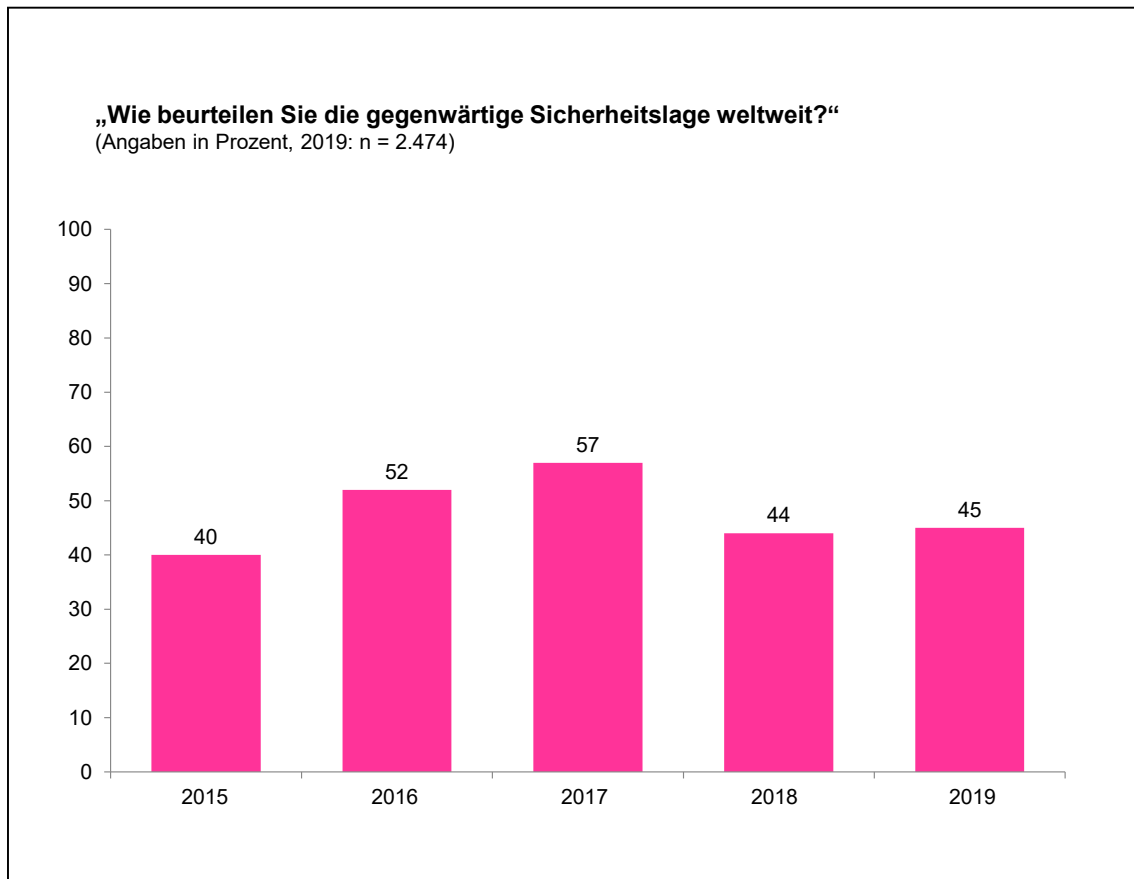


Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Veränderungen gegenüber 2018 in Klammern.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2018 und 2019.

Die Beurteilung der weltweiten Sicherheitslage wird in der Bevölkerungsumfrage des ZMSBw seit 2015 erfasst. Von besonderem Interesse ist die Entwicklung des Unsicherheitsgefühls im Zeitverlauf, d.h. die Entwicklung der Anteile der Befragten, die die Sicherheitslage als sehr unsicher oder eher unsicher empfinden (vgl. Abbildung 4.2).

Abbildung 4.2: Beurteilung der weltweiten Sicherheitslage im Zeitvergleich – Unsicherheitsgefühl



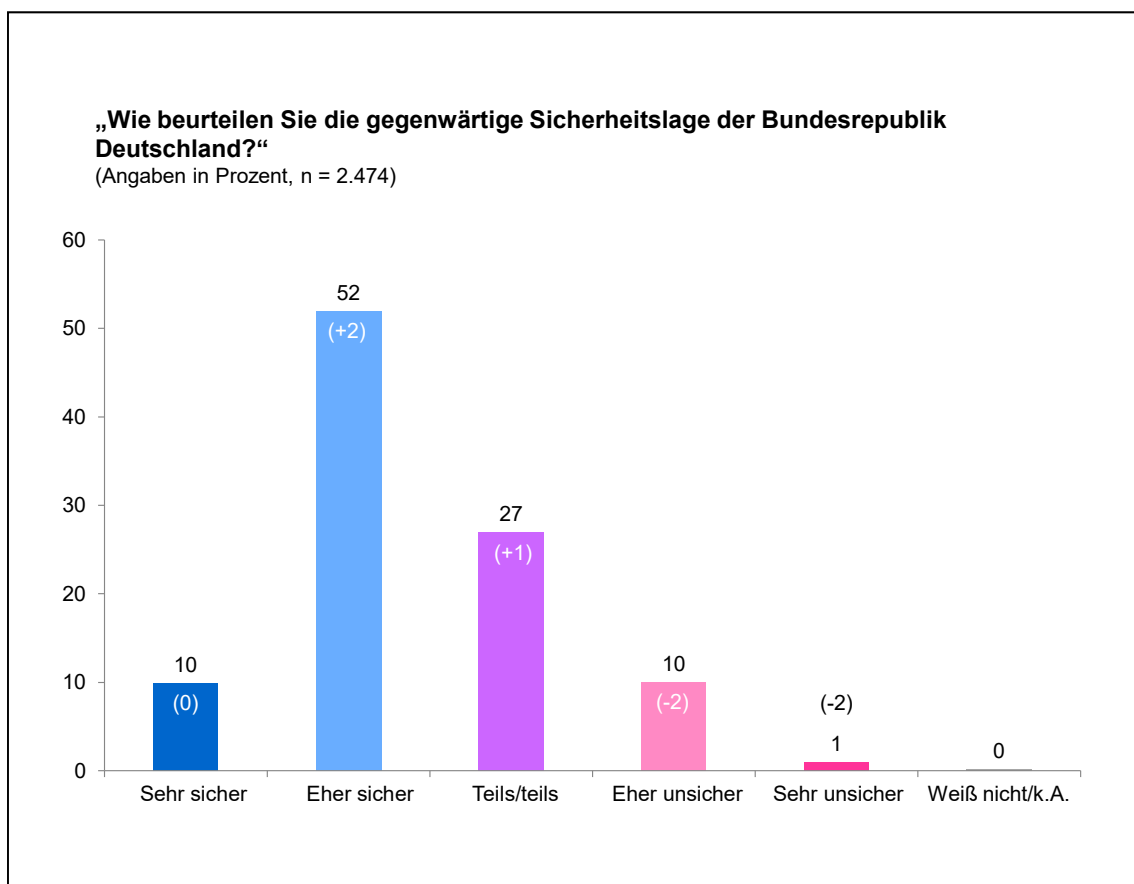
Anmerkung: Die Anteile „Sehr unsicher“ und „Eher unsicher“ wurden zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2015–2019.

Empfanden 2015 vier von zehn Befragten die weltweite Lage als unsicher, so stieg das Unsicherheitsgefühl im Jahr 2016 auf 52 Prozent und erreichte im Jahr 2017 mit 57 Prozent seinen Höchststand. Im Jahr darauf sank das Unsicherheitsgefühl um 13 Prozentpunkte auf 44 Prozent. 2019 ist ein leichter Anstieg um 1 Prozentpunkt auf 45 Prozent zu beobachten. Auch wenn dieser Wert deutlich unter dem Höchststand von 2017 liegt, so bleibt das Unsicherheitsgefühl in Bezug auf die weltweite Lage dennoch relativ hoch, insbesondere im Vergleich zur Wahrnehmung der nationalen Sicherheitslage (vgl. Abbildung 4.3).

Im Vergleich zur weltweiten Sicherheitslage schätzen die Bürgerinnen und Bürger die Lage in der Bundesrepublik Deutschland deutlich positiver ein (vgl. Abbildung 4.3). Mehr als die Hälfte der Befragten beurteilt die Lage als eher sicher (52 Prozent; +2 Prozentpunkte im Vergleich zu 2018) oder sehr sicher (10 Prozent; keine Veränderung). Ein Viertel der Befragten ist geteilter Meinung (27 Prozent; +1 Prozentpunkt). Nur etwa jeder Zehnte ist der Auffassung, dass die Lage in Deutschland eher unsicher (10 Prozent; -2 Prozentpunkte) oder sehr unsicher (1 Prozent; -2 Prozentpunkte) sei. Im Vergleich zum Vorjahr bewerten die Bürgerinnen und Bürger die Sicherheitslage in Deutschland somit etwas positiver.

Abbildung 4.3: Beurteilung der nationalen Sicherheitslage



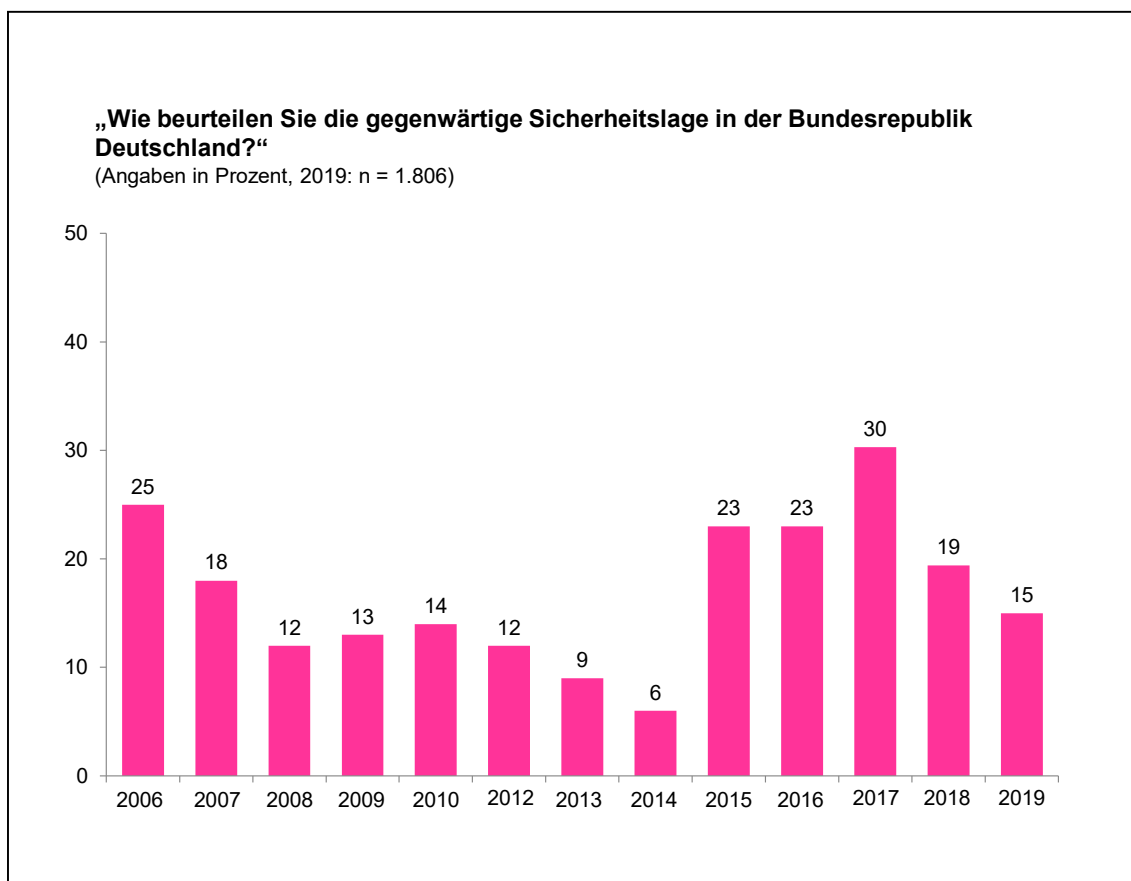
Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Veränderungen gegenüber 2018 in Klammern.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2018 und 2019.

Die Betrachtung der Beurteilung der nationalen Sicherheitslage im Zeitverlauf zeigt, dass das Unsicherheitsgefühl im Jahr 2019 zum zweiten Mal in Folge gesunken ist und etwa das

durchschnittliche Niveau der Jahre 2006–2014 erreicht hat (vgl. Abbildung 4.4).⁷ Ausgehend vom Höchststand im Jahr 2017 (30 Prozent) hat sich das nationale Unsicherheitsgefühl somit innerhalb von zwei Jahren halbiert.

Abbildung 4.4: Beurteilung der nationalen Sicherheitslage im Zeitvergleich – Unsicherheitsgefühl



Anmerkungen: Anteile 2006–2013: „Sehr unsicher“, „Unsicher“ und „Eher unsicher“ zusammengefasst; ab 2014: „Sehr unsicher“ und „Eher unsicher“ zusammengefasst, „Teils/teils“ herausgerechnet. 2011 wurde die Frage nicht erhoben.

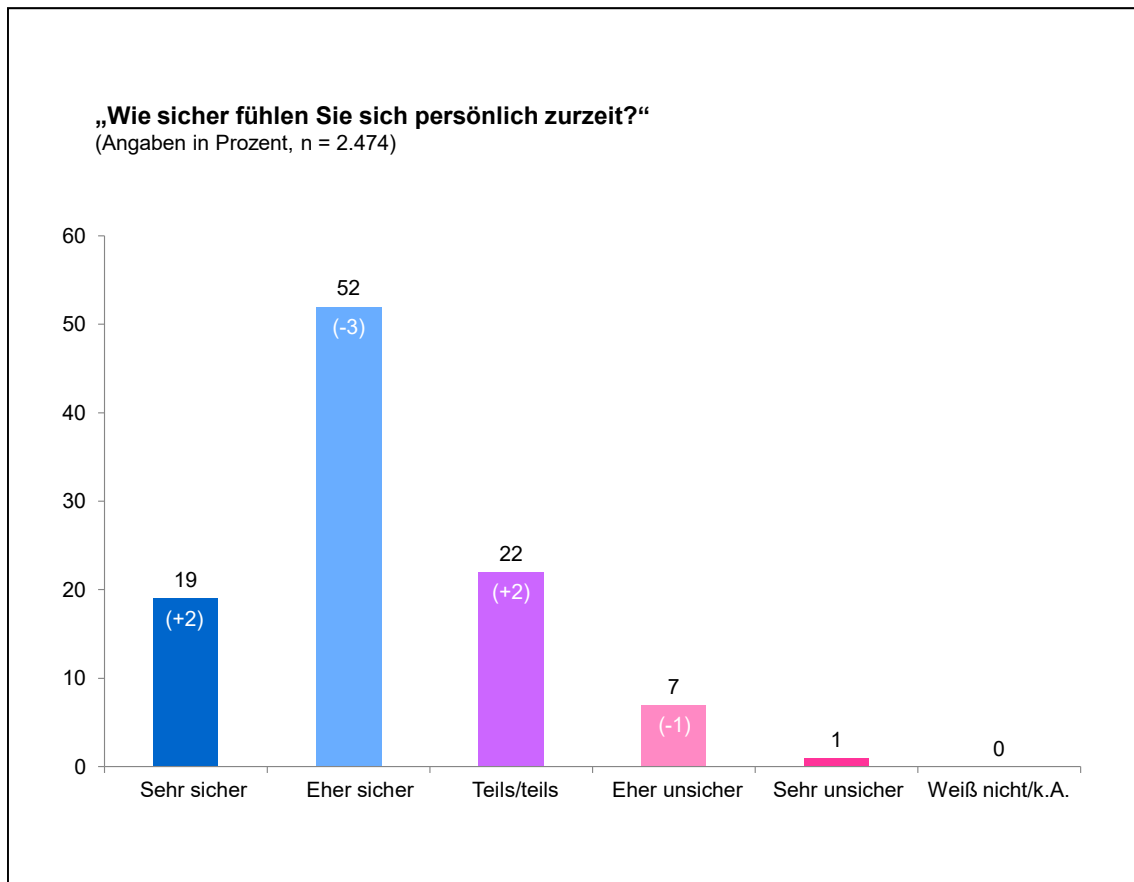
Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2006–2010, 2012–2019.

Insgesamt überwiegt bei den Bürgerinnen und Bürgern das Gefühl von persönlicher Sicherheit (vgl. Abbildung 4.5). Die Mehrheit der Befragten fühlt sich persönlich sehr sicher (19 Prozent; +2 Prozentpunkte im Vergleich zu 2018) oder eher sicher (52 Prozent; -3 Prozentpunkte). Einer von fünf Befragten hat hingegen ein ambivalentes Sicherheits-

⁷ Aufgrund unterschiedlicher Antwortskalen in den Vorjahren (ab 2014: 5-stufig; zuvor 6-stufig) wurden zu Vergleichszwecken die Befragten der Mittelkategorie (d.h. der Anteil „Teils/teils“) für die Jahre 2014 bis 2019 herausgerechnet. Damit gehen in die Analysen noch 2.080 (2014), 1.924 (2015), 1.661 (2016), 1.662 (2017), 1.831 (2018) bzw. 1.806 (2019) Befragte ein. So erklären sich auch die Abweichungen in den relativen Häufigkeiten für 2019 zwischen den Abbildungen 4.3 und 4.4.

gefühl (22 Prozent; +2 Prozentpunkte) und nur wenige fühlen sich persönlich eher unsicher (7 Prozent; -1 Prozentpunkt) oder sehr unsicher (1 Prozent; keine Veränderung zum Vorjahr).

Abbildung 4.5: Beurteilung der persönlichen Sicherheitslage



Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Veränderungen gegenüber 2018 in Klammern.

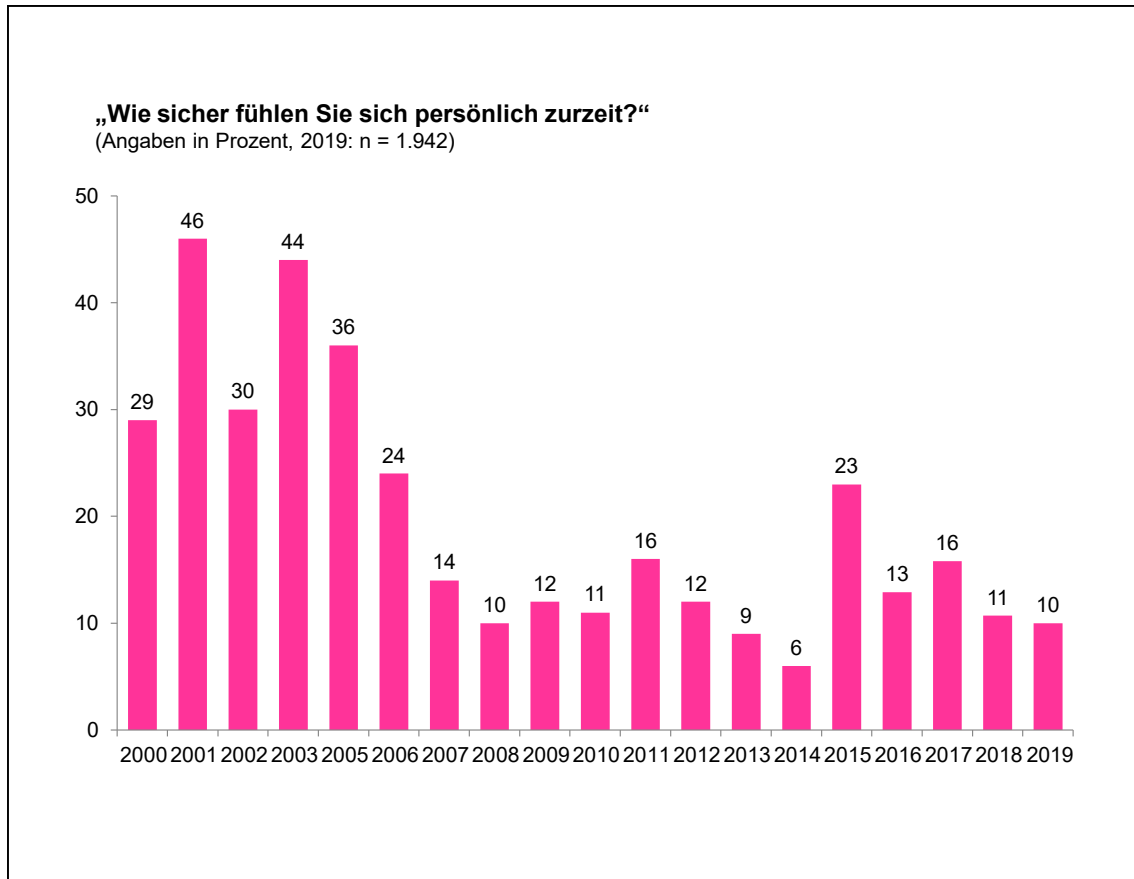
Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2018 und 2019.

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich das persönliche Unsicherheitsgefühl kaum verändert (vgl. Abbildung 4.6) und erreicht damit ungefähr das durchschnittliche Niveau der Jahre 2008 bis 2014.⁸ Seit dem Jahr 2015 ist der Anteil der Befragten, die sich persönlich unsicher fühlen, um 13 Prozentpunkte zurückgegangen. Betrachtet man zudem den gesamten

⁸ Aufgrund unterschiedlicher Antwortskalen in den Vorjahren (ab 2014: 5-stufig; zuvor 6-stufig) wurden zu Vergleichszwecken die Befragten der Mittelkategorie (d.h. der Anteil „Teils/teils“) für die Jahre 2014 bis 2019 herausgerechnet. Damit gehen in die Analysen noch 2.160 (2014), 1.982 (2015), 1.831 (2016), 1.962 (2017), 1.984 (2018) bzw. 1.942 (2019) Befragte ein. So erklären sich auch die Abweichungen in den relativen Häufigkeiten für 2019 zwischen den Abbildungen 4.5 und 4.6.

Erhebungszeitraum seit dem Jahr 2000, so ist festzustellen, dass das persönliche Unsicherheitsgefühl im Jahr 2019 vergleichsweise schwach ausgeprägt ist.

Abbildung 4.6: Beurteilung der persönlichen Sicherheitslage im Zeitvergleich – Unsicherheitsgefühl



Anmerkungen: Anteile 2000–2013: „Sehr unsicher“, „Unsicher“ und „Eher unsicher“ zusammengefasst; ab 2014: „Sehr unsicher“ und „Eher unsicher“ zusammengefasst, „Teils/teils“ herausgerechnet. 2004 wurde die Frage nicht erhoben.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2000–2003, 2005–2019.

Sicherheitsempfinden in soziodemografischen Gruppen

Individuelle Sicherheitswahrnehmungen werden durch eine Vielzahl von Faktoren determiniert (Daase 2010; Hummelsheim-Doss 2017; Krasmann et al. 2014). Insbesondere soziodemografische Faktoren spielen eine wichtige Rolle. So haben empirische Studien gezeigt, dass Frauen (Nellis 2009; Skitka et al. 2006; Wilcox et al. 2009), Ältere (Goodwin et al. 2005; Skitka et al. 2006), Personen mit geringem Einkommen (Skitka et al. 2006; Wilcox et al. 2009) sowie ethnische Minderheiten und Einwanderer (Eisenman et al. 2009) Bedrohungen eher wahrnehmen und sich entsprechend unsicherer fühlen. Vor diesem Hintergrund erscheint es geboten, zu untersuchen, ob sich die Sicherheitswahrnehmungen in der deutschen Bevölkerung zwischen verschiedenen soziodemografischen Gruppen unterscheiden.

Tabelle 4.1: Sicherheitsempfinden in soziodemografischen Gruppen

„Wie sicher fühlen Sie sich persönlich zurzeit?“ / „Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Sicherheitslage der Bundesrepublik Deutschland?“ / „Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Sicherheitslage weltweit?“ (Mittelwerte)			
	Persönlich	Deutschland	Weltweit
Insgesamt	0,70	0,65	0,42
Geschlecht	**	n.s.	n.s.
Männer	0,71	0,65	0,41
Frauen	0,69	0,65	0,42
Alter	***	*	***
16 bis 29 Jahre	0,74	0,67	0,46
30 bis 49 Jahre	0,71	0,65	0,43
50 bis 69 Jahre	0,71	0,64	0,39
70 Jahre und älter	0,66	0,64	0,39
Bildungsniveau	***	**	**
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	0,73	0,67	0,43
Realschulabschluss	0,70	0,64	0,42
Hauptschulabschluss	0,68	0,63	0,39
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat	***	n.s.	n.s.
4.001 Euro und mehr	0,73	0,66	0,40
2.001 bis 4.000 Euro	0,71	0,65	0,43
Bis 2.000 Euro	0,67	0,64	0,42
Wahlabsicht Bundestagswahl	***	***	***
CDU/CSU	0,70	0,66	0,42
SPD	0,74	0,70	0,45
AfD	0,61	0,55	0,34
FDP	0,71	0,65	0,39
Die Linke	0,68	0,62	0,41
Bündnis 90/Die Grünen	0,75	0,68	0,43
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	0,69	0,62	0,41
Region	***	***	***
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	0,75	0,69	0,46
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	0,70	0,65	0,40
Süddeutschland (BW, BY)	0,72	0,65	0,39
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	0,67	0,63	0,43
Migrationshintergrund	n.s.	n.s.	n.s.
Ja	0,72	0,67	0,41
Nein	0,70	0,65	0,42

Anmerkungen: Alle Variablen haben einen Wertebereich von [0 – sehr unsicher; 1 – sehr sicher]; Varianzanalysen, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05). Der Signifikanztest für die Varianzanalyse gibt an, ob sich der Mittelwert mindestens einer Gruppe von dem Mittelwert mindestens einer anderen Gruppe unterscheidet.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2019.

Um die Gruppen besser vergleichen zu können, werden im Folgenden Mittelwerte berichtet. Dazu wurden die Antworten der Befragten auf den Wertebereich 0 (sehr unsicher)

bis 1 (sehr sicher) umkodiert, sodass ein Mittelwert größer als 0,50 ein positives und ein Mittelwert kleiner als 0,50 ein negatives Sicherheitsempfinden repräsentiert. Die Ergebnisse in Tabelle 4.1 zeigen, dass die persönliche und nationale Sicherheitslage in allen Teilgruppen (im Mittel) als sicher empfunden wird, wohingegen die weltweite Sicherheitslage als eher unsicher bewertet wird. Frauen fühlen sich persönlich weniger sicher als Männer. In ihrer Beurteilung der nationalen und weltweiten Sicherheitslage unterscheiden sich Männer und Frauen nicht. Mit zunehmendem Alter wird mehr Unsicherheit auf allen drei Beurteilungsebenen empfunden. Mit steigender Bildung dagegen verbessert sich das Sicherheitsgefühl auf allen drei Ebenen. Mit höherem Einkommen wird einzig die persönliche Lage als sicherer empfunden. Signifikante Unterschiede ergeben sich auch bei der politischen Orientierung: So bewerten die Anhänger der Grünen und der SPD die persönliche und die nationale Sicherheitslage am positivsten, während die Anhänger der AfD diese am kritischsten bewerten. Die weltweite Sicherheitslage wird von allen Wählergruppen (im Mittel) als unsicher bewertet, insbesondere aber von den Anhängern der AfD. Des Weiteren unterscheiden sich die Sicherheitswahrnehmungen statistisch signifikant nach Region: So fühlen sich die Bürgerinnen und Bürger in Westdeutschland persönlich unsicherer als jene in Norddeutschland. Die nationale Sicherheitslage wird in allen Regionen annähernd gleich positiv bewertet, dennoch fällt auch hier die Bewertung in Norddeutschland positiver aus als in Westdeutschland. Und obwohl die Menschen in allen Regionen Deutschlands (im Mittel) die weltweite Lage als eher unsicher wahrnehmen, ist das subjektive Unsicherheitsgefühl in Norddeutschland am schwächsten ausgeprägt. Zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund bestehen in der Bewertung der persönlichen, nationalen und weltweiten Sicherheitslage keine statistisch signifikanten Unterschiede.

Persönliche Bedrohungswahrnehmungen

Zusätzlich zur Beurteilung der Sicherheitslage wurden die Umfrageteilnehmer gebeten, anzugeben, inwieweit sie bestimmte Faktoren als Bedrohung für ihre persönliche Sicherheit empfinden. Wie Tabelle 4.2 veranschaulicht, herrscht in der Bevölkerung ein differenziertes Bewusstsein für die verschiedenen Risikofaktoren, die die persönliche Sicherheitslage beeinflussen können. Wurde die Zuwanderung nach Deutschland in den vergangenen drei Jahren als die mit Abstand größte Bedrohung wahrgenommen, so kommt dieser Faktor mit einem Wert von 48 Prozent (-7 Prozentpunkte im Vergleich zu 2018) nur noch auf den dritten Platz. Auch mit der Zuwanderung assoziierte Risiken, wie religiöser Fundamentalismus (40 Prozent; -1 Prozentpunkt) und Terroranschläge in Deutschland (37 Prozent; -4 Prozentpunkte) werden als weniger bedrohlich wahrgenommen als im Vorjahr, bleiben aber weiterhin prominente Bedrohungsfaktoren.

Tabelle 4.2: Wahrgenommene Bedrohungen der persönlichen Sicherheitslage

„Inwieweit fühlen Sie sich persönlich zurzeit durch folgende Faktoren bedroht?“ (Angaben in Prozent, n = 2.474)					
	Bedroht ¹	Teils/teils	Nicht bedroht ²	Trifft nicht zu/ W.n./k.A.	Vgl. 2018 Bedroht ¹
Weltweiter Klimawandel durch die globale Erwärmung	54	30	16	0	+6
Steigende Preise	50	29	21	0	-1
Zuwanderung nach Deutschland	48	29	23	0	-7
Religiöser Fundamentalismus in Deutschland	40	31	29	1	-1
Weltweites militärisches Wettrüsten	38	34	28	1	Neu
Terroranschläge in Deutschland	37	37	26	0	-4
Unzureichende finanzielle Absicherung im Alter	35	25	36	5	-3
Große Naturkatastrophen, wie z.B. schwere Stürme oder Überschwemmungen	34	31	35	0	+4
Fremdenfeindlichkeit in Deutschland	32	30	37	0	-2
Kriminalität in meinem Umfeld	24	34	42	0	-4
Verbreitung von falschen Informationen über die Medien oder das Internet (Fake News)	24	29	47	1	-1
Störfall in einem Atomkraftwerk	26	24	50	1	+5
Spannungen zwischen dem Westen und Russland	22	36	41	1	-2
Internetangriff auf die Infrastruktur in Deutschland	22	29	47	1	-1
Konflikt im Irak und Syrien	22	28	50	1	-1
Zerfall der EU	17	31	51	1	-1
Krieg in Europa	15	27	57	0	-1
Verlust des eigenen Arbeitsplatzes bzw. Schwierigkeit, einen Arbeitsplatz zu finden	14	18	48	20	-2

Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. 1) Anteile „Stark bedroht“ und „Eher bedroht“ wurden zusammengefasst; 2) Anteile „Überhaupt nicht bedroht“ und „Eher nicht bedroht“ wurden zusammengefasst. W.n./k.A.: Weiß nicht/keine Angabe.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2019.

Das Bedrohungsgefühl durch ökologische Risikofaktoren hat hingegen deutlich zugenommen: Der weltweite Klimawandel durch die globale Erwärmung hat sich sogar zur größten Sorge in der deutschen Bevölkerung entwickelt (54 Prozent; +6 Prozentpunkte im Vergleich zu 2018). Das Bedrohungsempfinden durch große Naturkatastrophen (34 Prozent; +4 Prozentpunkte) oder einen möglichen Störfall in einem Atomkraftwerk (26 Prozent; +5 Prozentpunkte) hat ebenfalls zugenommen. Das Bundesministerium der Ver-

teidigung hat den Klimawandel bereits vor Jahren als sicherheitspolitischen Faktor erkannt und beschloss deshalb, „Klimafragen noch systematischer in das deutsche Engagement zur Krisenprävention und Stabilisierung zu integrieren und den Resilienzaufbau potenziell betroffener Regionen zu fördern“ (Bundesministerium der Verteidigung 2016a: 42).⁹

Steigende Preise sind wie im Jahr zuvor die zweitgrößte Sorge der Bevölkerung (50 Prozent; -1 Prozentpunkt gegenüber 2018). Eine unzureichende finanzielle Absicherung im Alter gehört ebenfalls fast unverändert zu den größeren Sorgen der Befragten (35 Prozent; -3 Prozentpunkte). Der mögliche Verlust des eigenen Arbeitsplatzes bzw. die Schwierigkeit, einen Arbeitsplatz zu finden, wird hingegen nur von einer Minderheit der Bürgerinnen und Bürger als Bedrohung für die persönliche Sicherheit wahrgenommen (14 Prozent; -2 Prozentpunkte). Im Vergleich zum Vorjahr ist das Bedrohungsgefühl durch ökonomische Risikofaktoren insgesamt leicht gesunken.

Das Bedrohungsgefühl durch Kriminalität im persönlichen Umfeld (24 Prozent; -4 Prozentpunkte im Vergleich zu 2018), Fremdenfeindlichkeit (32 Prozent; -2 Prozentpunkte), die Verbreitung von Fake News bzw. Falschinformationen (24 Prozent; -1 Prozentpunkt) sowie durch einen möglichen Internetangriff auf die deutsche Infrastruktur (22 Prozent; -1 Prozentpunkt) ist gegenüber dem Vorjahr ebenfalls zurückgegangen.

Auch externe politische oder militärische Risikofaktoren bereiten der deutschen Bevölkerung weniger Sorgen als im Vorjahr. Hierzu zählen: Spannungen zwischen Russland und dem Westen (22 Prozent; -2 Prozentpunkte); der Konflikt in Syrien und im Irak (22 Prozent; -1 Prozentpunkt); Zerfall der EU (17 Prozent; -1 Prozentpunkt); Krieg in Europa (15 Prozent; -1 Prozentpunkt). Diese Beobachtungen lassen jedoch nicht den Schluss zu, dass außenpolitische Risiken keinen Einfluss auf das persönliche Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger haben (vgl. Tabelle 4.5). In der ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2019 wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zum ersten Mal gefragt, ob sie „weltweites militärisches Wettrüsten“ als eine Bedrohung für ihre persönliche Sicherheit empfinden. Dieser Aspekt der internationalen Sicherheits- und Verteidigungspolitik wird von 38 Prozent der Befragten als mögliche Bedrohung wahrgenommen.

Analog zum Sicherheitsempfinden soll im Folgenden untersucht werden, ob sich die Bedrohungswahrnehmungen zwischen den verschiedenen soziodemografischen Gruppen

⁹ Der Klimawandel wird als sicherheitspolitischer Faktor in der strategischen Vorausschau des Bundesministeriums der Verteidigung berücksichtigt. Ein Beispiel hierfür ist die Metis-Studie über „Die Auswirkungen des Klimawandels auf die Arktis“ (Tsetsos 2018).

statistisch signifikant unterscheiden. Da eine separate Betrachtung aller 18 Bedrohungsfaktoren weder zielführend noch praktisch darstellbar ist, werden diese in vier thematischen Blöcken zusammengefasst: 1) außenpolitische Faktoren; 2) innenpolitische Faktoren; 3) ökologische Faktoren; 4) ökonomische Faktoren (vgl. Tabelle 4.3).¹⁰ Um die verschiedenen soziodemografischen Gruppen besser miteinander vergleichen zu können, werden erneut Mittelwerte berichtet. Dazu wurden die Antworten der Befragten umkodiert, sodass ein hoher Mittelwert ein hohes Bedrohungsempfinden (Maximalwert 1) und ein niedriger Wert ein geringes Bedrohungsgefühl (Minimalwert 0) repräsentiert.

Tabelle 4.3: Thematische Kategorisierung der Bedrohungsfaktoren

Außenpolitisch	Innenpolitisch	Ökologisch	Ökonomisch
Konflikt im Irak und Syrien	Zuwanderung	Weltweiter Klimawandel	Steigende Preise
Krieg in Europa	Terroranschläge	Naturkatastrophen	Altersarmut
Zerfall der EU	Religiöser Fundamentalismus	Störfall in Atomkraftwerk	Arbeitslosigkeit
Weltweites militärisches Wettrüsten	Fremdenfeindlichkeit		
Spannungen zwischen dem Westen und Russland	Internetangriff auf die Infrastruktur in Deutschland		
	Kriminalität		
	Verbreitung von Fake News		

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2019.

Tabelle 4.4 zeigt, dass in allen soziodemografischen Gruppen (im Mittel) ökologische Risikofaktoren insgesamt als größte Bedrohung für die persönliche Sicherheit wahrgenommen werden (Mittelwert: 0,52), gefolgt von innenpolitischen (0,49), ökonomischen (0,48) und außenpolitischen (0,43) Faktoren.

¹⁰ Aus den einzelnen Bedrohungssitems wurden entsprechend der thematischen Kategorisierung (vgl. Tabelle 4.3) Mittelwertindizes berechnet. Die thematische Gruppierung der Bedrohungspereptionen erscheint auch empirisch gerechtfertigt, da alle vier Bedrohungsskalen eine annehmbare bis gute Reliabilität aufweisen (Cronbachs alpha): „außenpolitisch“ (0,76); „innenpolitisch“ (0,73); „ökologisch“ (0,67); „ökonomisch“ (0,60).

Tabelle 4.4: Bedrohungsperzeptionen in soziodemografischen Gruppen

Bedrohungen nach thematischen Kategorien (Mittelwerte)				
	Außen- politisch	Innen- politisch	Ökologisch	Ökonomisch
Insgesamt	0,43	0,49	0,52	0,48
Geschlecht	n.s.	n.s.	**	n.s.
Männer	0,43	0,49	0,51	0,47
Frauen	0,43	0,48	0,53	0,48
Alter	***	**	n.s.	***
16 bis 29 Jahre	0,40	0,48	0,51	0,47
30 bis 49 Jahre	0,43	0,50	0,52	0,51
50 bis 69 Jahre	0,43	0,49	0,52	0,47
70 Jahre und älter	0,44	0,47	0,51	0,43
Bildungsniveau	n.s.	n.s.	n.s.	***
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	0,43	0,49	0,53	0,46
Realschulabschluss	0,43	0,50	0,52	0,50
Hauptschulabschluss	0,43	0,48	0,52	0,48
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat	*	n.s.	n.s.	***
4.001 Euro und mehr	0,41	0,49	0,52	0,42
2.001 bis 4.000 Euro	0,43	0,49	0,52	0,47
Bis 2.000 Euro	0,44	0,49	0,52	0,52
Wahlabsicht Bundestagswahl	n.s.	***	***	***
CDU/CSU	0,44	0,49	0,50	0,45
SPD	0,41	0,46	0,51	0,46
AfD	0,44	0,57	0,49	0,55
FDP	0,46	0,53	0,51	0,49
Die Linke	0,43	0,48	0,53	0,51
Bündnis 90/Die Grünen	0,42	0,47	0,58	0,47
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	0,42	0,48	0,49	0,50
Region	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	0,41	0,47	0,51	0,48
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	0,44	0,49	0,51	0,50
Süddeutschland (BW, BY)	0,43	0,49	0,53	0,48
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	0,43	0,49	0,52	0,47
Migrationshintergrund	n.s.	n.s.	***	n.s.
Ja	0,41	0,47	0,47	0,50
Nein	0,43	0,49	0,52	0,48

Anmerkungen: Alle Variablen haben einen Wertebereich von [0 – überhaupt nicht bedroht; 1 – stark bedroht]; Varianzanalysen, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05). Der Signifikanztest für die Varianzanalyse gibt an, ob sich der Mittelwert mindestens einer Gruppe von dem Mittelwert mindestens einer anderen Gruppe unterscheidet.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2019.

Bei den außenpolitischen Bedrohungsfaktoren gibt es nur wenige signifikante Unterschiede zwischen den soziodemografischen Teilgruppen, dennoch lässt sich feststellen, dass insbesondere jüngere Befragte (16 bis 29 Jahre) sowie Personen mit hohem Haushaltseinkommen (4.001 Euro und mehr) ihre persönliche Sicherheit weniger stark durch außenpolitische Risikofaktoren bedroht sehen als die jeweiligen Vergleichsgruppen. Innenpolitische Risikofaktoren wie Zuwanderung, Terrorismus oder Kriminalität bereiten insbesondere den Bürgerinnen und Bürgern mittleren Alters (30 bis 69 Jahre) und den Anhängern der AfD größere Sorgen als den jeweiligen Vergleichsgruppen.

Durch ökologische Bedrohungsfaktoren wie den globalen Klimawandel oder große Naturkatastrophen fühlen sich Frauen und Anhänger der Grünen stärker bedroht als die jeweiligen Vergleichsgruppen. Personen mit Migrationshintergrund sehen ihre persönliche Sicherheit dagegen weniger stark durch ökologische Risiken bedroht als Personen ohne Migrationshintergrund.

Ökonomische Risikofaktoren wie Inflation, Arbeitslosigkeit oder Altersarmut werden von älteren Befragten (70 Jahre und älter), Hochschul- bzw. Fachhochschulabsolventen sowie einkommensstarken Personen weniger stark als Bedrohung der persönlichen Sicherheit empfunden. Signifikante Unterschiede bestehen auch zwischen den Wählergruppen: Insbesondere Befragte mit einer Präferenz für die AfD fühlen sich stärker durch ökonomische Faktoren bedroht als die Anhänger anderer Parteien.

Der Einfluss von Bedrohungswahrnehmungen auf das Sicherheitsempfinden

Sicherheit wurde eingangs definiert als ein Zustand, der durch die Abwesenheit von Bedrohungen oder Gefahren gekennzeichnet ist. Deshalb soll nachfolgend untersucht werden, welchen Einfluss die vier Bedrohungskategorien (vgl. Tabelle 4.3) auf die Beurteilung der persönlichen, der nationalen und der weltweiten Sicherheitslage haben. Überprüft werden soll die grundlegende Hypothese, dass eine stärkere Wahrnehmung von Bedrohungen mit einem negativeren Sicherheitsempfinden einhergeht. Außerdem soll geprüft werden, ob die außenpolitische und die ökologische Bedrohungswahrnehmung primär die Beurteilung der weltweiten Sicherheitslage, die Wahrnehmung innenpolitischer Risiken die Beurteilung der nationalen Sicherheitslage und die Wahrnehmung ökonomischer Risikofaktoren die Beurteilung der persönlichen Sicherheit negativ beeinflussen.

Zur Überprüfung dieser Hypothesen wird eine Reihe von linearen Regressionsanalysen berechnet, die es ermöglichen, neben den Bedrohungswahrnehmungen auch die Effekte weiterer möglicher Einflussfaktoren auf die abhängigen Variablen zu bestimmen. Zu berücksichtigen sind insbesondere soziodemografische Merkmale, die Wahlabsicht und die individuelle Nutzung von Massenmedien zur politischen Informationsgewinnung.

Wie eingangs erwähnt, können soziodemografische Merkmale einen erheblichen Einfluss auf das subjektive Sicherheitsempfinden haben. Darüber hinaus hat die bivariate Analyse in Tabelle 4.1 gezeigt, dass Personen mit einer Wahlabsicht für die AfD von allen Wählergruppen das geringste Sicherheitsempfinden aufweisen. Daher wird die Wahlabsicht für die AfD im Kontrast zu den anderen Wählergruppen als zusätzliche Kontrollvariable in die nachfolgenden Regressionsanalysen eingehen. Schließlich ist noch die Mediennutzung zur politischen Informationsgewinnung als mögliche Erklärung zu berücksichtigen: Empirische und experimentelle Studien zeigen, dass die Massenmedien die Wahrnehmung unserer Umwelt oder Lebenswelt maßgeblich beeinflussen können, d.h. *worüber wir nachdenken* („Agenda-Setting-Effekt“: McCombs 2013; McCombs/Shaw 1972; Scheufele/Tewksbury 2007) und *wie wir darüber denken* („Second-Level Agenda-Setting-Effekt“: Ghanem 1997; Rill/Davis 2008; Wanta et al. 2004). Empirische Studien aus den USA legen außerdem nahe, dass ein erhöhter Medienkonsum mit einem höheren Risikobewusstsein oder stärkeren Ängsten einhergehen kann (Comer et al. 2008; Nellis/Savage 2012). Dabei ist anzunehmen, dass die Stärke des Einflusses der Massenmedien auf die Wahrnehmung und Bewertung bestimmter Objekte und Sachverhalte umso größer ist, je weniger sich diese unmittelbar durch das Individuum erfahren lassen (Shoemaker/Reese 1996). Demzufolge sollte die Nutzung von Massenmedien zur politischen Informationsgewinnung am stärksten die Beurteilung der weltweiten Sicherheitslage beeinflussen, unmittelbar gefolgt von der nationalen Sicherheitslage. Dagegen ist anzunehmen, dass die Einschätzung der persönlichen Sicherheitslage durch den Konsum von Massenmedien nicht oder nur geringfügig beeinflusst wird, weil diese überwiegend durch unmittelbare Erfahrungen geprägt sein dürfte.

Wie die Ergebnisse in Tabelle 4.5 zeigen, wird die Bewertung der *persönlichen Sicherheitslage* signifikant von allen vier Bedrohungswahrnehmungen beeinflusst (Modell I). Diese Beziehungen bleiben auch dann bestehen, wenn der Einfluss der Kontrollvariablen berücksichtigt wird (vgl. Modell III). Die Ergebnisse in Tabelle 4.5 sind jedoch in mehrfacher Hinsicht unerwartet. Zunächst einmal fällt auf, dass die außenpolitische, die innenpolitische, die ökologische und die ökonomische Bedrohungswahrnehmung den erwarteten negativen Effekt auf das persönliche Sicherheitsempfinden hat, die ökologische Bedrohungswahrnehmung jedoch einen positiven Effekt aufweist. Demnach würde eine stärkere Wahrnehmung ökologischer Bedrohungsfaktoren mit einer positiveren Bewertung der persönlichen Sicherheitslage einhergehen. Diese Beziehung erscheint zunächst unlogisch. Jedoch ist zu bedenken, dass es sich bei den untersuchten Beziehungen lediglich um Korrelationen handelt, weshalb die Beziehung auch „umgekehrt“ interpretiert werden kann. So ließe sich argumentieren, dass eine positivere Bewertung der persönli-

chen Sicherheitslage mit einer verstärkten Wahrnehmung ökologischer Bedrohungen einhergeht. Wer sich also persönlich sicherer fühlt, sorgt sich eher um globale Risiken wie den weltweiten Klimawandel. Entgegen der eingangs formulierten Hypothese zeigt sich außerdem, dass die ökonomische Bedrohungswahrnehmung den schwächsten Einfluss auf die Beurteilung der persönlichen Sicherheitslage hat. Den vergleichsweise größten Einfluss hat dagegen die Wahrnehmung außenpolitischer Risikofaktoren. Dieser Befund scheint zunächst im Widerspruch zum Ergebnis der bivariaten Analyse der Bedrohungswahrnehmungen zu stehen (vgl. Tabelle 4.4), dass außenpolitische Faktoren von der Bevölkerung im Mittel weniger stark als Bedrohung für die persönliche Sicherheit gesehen werden als die anderen Bedrohungsfaktoren. Es ist jedoch wichtig, zwischen dem Niveau bzw. der Ausprägung und dem Zusammenhang von Variablen zu unterscheiden. Während außenpolitische Faktoren also insgesamt weniger stark als Bedrohung empfunden werden, so haben sie – als thematischer Block – dennoch den vergleichsweise größten Einfluss auf die Beurteilung der persönlichen Sicherheitslage. Entgegen der Erwartung zeigt sich zudem, dass der Konsum diverser Medien zur politischen Informationsgewinnung einen positiven Einfluss auf das persönliche Sicherheitsempfinden hat: Je ausgeprägter der individuelle Medienkonsum ist, umso positiver wird die eigene Sicherheitslage bewertet. Da die subjektive Wahrnehmung des Tenors der Medienberichterstattung nicht erfasst wurde, lässt sich nicht bestimmen, ob eine tendenziell positiv oder negativ wahrgenommene Berichterstattung den unerwarteten positiven Effekt produziert hat. Des Weiteren zeigt sich, dass Personen mit einer Wahlabsicht für die AfD und Frauen ihre persönliche Sicherheitslage signifikant schlechter einschätzen als die entsprechenden Vergleichsgruppen. Mit steigendem Alter wird die persönliche Sicherheitslage ebenfalls negativer bewertet. Diese Befunde decken sich mit den Ergebnissen der bivariaten Analyse (vgl. Tabelle 4.1). Unter Berücksichtigung der Einflüsse der anderen Kontrollvariablen zeigt sich außerdem, dass Personen mit Migrationshintergrund ihre persönliche Sicherheit positiver bewerten als Personen ohne Migrationshintergrund. Insgesamt erklären die vier Bedrohungswahrnehmungen 15 Prozent der Varianz im persönlichen Sicherheitsempfinden der Befragten (vgl. Tabelle 4.5, Modell I), während die Kontrollvariablen nur 4 Prozent der Varianz erklären (vgl. Modell II).

Die Einschätzung der *nationalen Sicherheitslage* wird ebenfalls negativ von der Wahrnehmung außen- und innenpolitischer Bedrohungen beeinflusst und wiederum positiv von der Wahrnehmung ökologischer Risiken (vgl. Tabelle 4.5, Modell IV). Diese Beziehungen bleiben statistisch signifikant, wenn der Einfluss der Kontrollvariablen berücksichtigt wird (vgl. Modell VI). Die Wahrnehmung ökonomischer Risikofaktoren scheint für die Bewertung der nationalen Sicherheitslage unerheblich zu sein. Entgegen der eingangs zitierten Erkenntnisse der angelsächsischen Medienwirkungsforschung ist auch für

die Bewertung der nationalen Sicherheitslage festzustellen, dass eine stärkere Nutzung von Massenmedien zur politischen Informationsgewinnung zu einer positiveren Sicherheitsbewertung führt. Erneut sei darauf hingewiesen, dass der objektive und subjektive Tenor der konsumierten Medieninhalte nicht erfasst wurde und daher dieser Faktor in der Analyse auch nicht kontrolliert werden kann. Wie bei der Bewertung der persönlichen Sicherheit hat die Wahlabsicht für die AfD auch einen negativen Einfluss auf die Bewertung der nationalen Sicherheitslage. Die vier Bedrohungswahrnehmungen erklären 12 Prozent der Varianz in der Beurteilung der nationalen Sicherheitslage (vgl. Modell IV) und die Kontrollvariablen 3 Prozent (vgl. Modell V).

Tabelle 4.5: Determinanten des Sicherheitsempfindens

	Persönlich			Deutschland			Weltweit		
	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX
<i>Bedrohungswahrnehmungen</i>									
Außenpolitisch	-0,30***	-0,30***	-0,23***	-0,23***	-0,23***	-0,06*	-0,07*		
Innenpolitisch	-0,16***	-0,16***	-0,19***	-0,18***	-0,01 ^{n.s.}	0,01 ^{n.s.}			
Ökologisch	0,15***	0,13***	0,10***	0,07**	-0,17***	-0,19***			
Ökonomisch	-0,07**	-0,05*	-0,03 ^{n.s.}	-0,01 ^{n.s.}	0,04 ^{n.s.}	0,04 ^{n.s.}			
<i>Kontrollvariablen</i>									
Alter		-0,05*	-0,05*	-0,01 ^{n.s.}	-0,02 ^{n.s.}	-0,09***	-0,08***		
Frauen		-0,08***	-0,10***	0,01 ^{n.s.}	-0,02 ^{n.s.}	-0,01 ^{n.s.}	0,00 ^{n.s.}		
Hohe Bildung		0,01 ^{n.s.}	0,01 ^{n.s.}	0,03 ^{n.s.}	0,03 ^{n.s.}	0,02 ^{n.s.}	0,03*		
Niedrige Bildung		-0,03 ^{n.s.}	-0,04 ^{n.s.}	-0,03 ^{n.s.}	-0,04 ^{n.s.}	-0,04 ^{n.s.}	-0,04 ^{n.s.}		
Haushaltsnettoeinkommen (4.001 Euro und mehr)		0,03 ^{n.s.}	0,02 ^{n.s.}	0,01 ^{n.s.}	-0,01 ^{n.s.}	-0,06*	-0,06*		
Haushaltsnettoeinkommen (bis 2.000 Euro)		-0,03 ^{n.s.}	-0,02 ^{n.s.}	0,01 ^{n.s.}	0,02 ^{n.s.}	0,03 ^{n.s.}	0,03 ^{n.s.}		
Migrationshintergrund		0,06**	0,05**	0,05*	0,04*	-0,02 ^{n.s.}	-0,04 ^{n.s.}		
Wahlabsicht AfD		-0,15***	-0,11***	-0,15***	-0,12***	-0,11***	-0,12***		
Medienkonsum		0,07**	0,08***	0,09***	0,10***	-0,05*	-0,02 ^{n.s.}		
Korrigiertes R ²	0,15	0,04	0,18	0,12	0,03	0,14	0,04	0,02	0,06
n	2.163	2.163	2.163	2.161	2.161	2.161	2.161	2.161	2.161

Anmerkungen: Wertebereich der abhängigen Variablen [0 – unsicher; 1 – sicher]. Alle erklärenden Variablen mit Ausnahme des Alters haben einen Wertebereich von [0; 1]. Die Bedrohungswahrnehmungen wurden als Mittelwertindizes entsprechend theoretischer Annahmen gebildet (vgl. Tabelle 4.3). Die Variable Wahlabsicht AfD vergleicht die Gruppe der AfD-Anhänger mit allen anderen Wählergruppen. Medienkonsum ist ein Mittelwertindex, der aus fünf Items berechnet wurde, die die selbsterklärte Häufigkeit des individuellen Konsums folgender Massenmedien zur politischen Informationsgewinnung erfassen: Fernsehen, Zeitungen und Zeitschriften, Radio, Internet sowie soziale Medien. Analyseverfahren: Multiple lineare Regressionen. Angegebene Werte: Standardisierte Regressionskoeffizienten (beta). Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05).

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2019.

Die Beurteilung der *weltweiten Sicherheitslage* wird statistisch signifikant und negativ von außenpolitischen und insbesondere ökologischen Bedrohungsfaktoren beeinflusst (vgl. Tabelle 4.5, Modelle VII und IX). Je mehr also ökologische und außenpolitische Faktoren als Bedrohung für die eigene Sicherheit empfunden werden, desto negativer

wird auch die weltweite Sicherheitslage bewertet. Diese Beobachtung kann als empirische Evidenz für die eingangs formulierte Hypothese angesehen werden. Eine Wahlabsicht für die AfD hat erneut einen signifikanten negativen Effekt (vgl. Modelle VIII und IX).

Darüber hinaus wird die weltweite Sicherheitslage mit steigendem Alter und von Personen mit höherem Haushaltseinkommen negativer bewertet. Abschließend zeigt sich, dass ein erhöhter Konsum von Massenmedien mit einer signifikant schlechteren Bewertung der weltweiten Sicherheitslage einhergeht. Diese Beobachtung entspricht der eingangs formulierten Hypothese sowie den Ergebnissen der zitierten Forschungsliteratur. Jedoch ist die Beziehung äußerst schwach ausgeprägt (vgl. Modell VIII) und ist nicht mehr statistisch signifikant, wenn der Einfluss der Bedrohungswahrnehmungen kontrolliert wird (vgl. Modell IX). Weiterführende statistische Analysen (nicht tabellarisch dargestellt) zeigen, dass der Effekt des Medienkonsums auf die Bewertung der weltweiten Sicherheitslage durch die Wahrnehmung ökologischer Bedrohungen vermittelt wird. Es handelt sich hierbei um einen Fall vollständiger Mediation: Der Medienkonsum verstärkt die Wahrnehmung ökologischer Risiken, welche dann die Bewertung der weltweiten Sicherheitslage beeinflusst. Die vier Bedrohungswahrnehmungen erklären mit 4 Prozent nur einen sehr geringen Teil der Varianz in der Beurteilung der weltweiten Sicherheitslage. Das bedeutet, dass andere wichtige Erklärungsfaktoren im vorliegenden Modell fehlen. Es ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Bedrohungswahrnehmungen explizit als Bedrohungen für die persönliche Sicherheit erfasst wurden und somit der Bezug zu den beiden anderen Bewertungsebenen stetig abnehmen muss, d.h. je mehr sich die vom Befragten zu bewertende Sicherheitslage (national, weltweit) vom „persönlichen“ Kontext entfernt, umso mehr schwindet die Erklärungskraft der erhobenen „persönlichen“ Sicherheitsbedrohungen.

Fazit

Eine klare Mehrheit der deutschen Bevölkerung fühlt sich persönlich sicher und auch die Sicherheitslage in Deutschland wird mehrheitlich positiv bewertet. Im Kontrast dazu steht die Wahrnehmung der weltweiten Sicherheitslage, die nur von wenigen Bürgerinnen und Bürger als sicher und von einer relativen Mehrheit sogar als unsicher eingeschätzt wird.

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich das Sicherheitsgefühl der deutschen Bevölkerung insgesamt leicht verbessert. Während das persönliche Sicherheitsempfinden in etwa auf das durchschnittliche Niveau der Jahre vor Beginn der sogenannten Flüchtlingskrise zurückgekehrt ist (2008–2014), bleibt die Bewertung der nationalen Sicherheitslage noch immer „angespannter“ als vor 2014, obgleich auch hier eine positive Entwicklung feststellbar

ist: Gegenüber 2017 ist das nationale Unsicherheitsgefühl um die Hälfte geringer. Die Bewertung der weltweiten Sicherheitslage stagniert dagegen auf einem vergleichsweise hohen Niveau.

Insgesamt fühlen sich die Bürgerinnen und Bürger durch eine Mischung aus ökologischen (weltweiter Klimawandel), innenpolitischen (Zuwanderung nach Deutschland) und ökonomischen Risikofaktoren (steigende Preise) in ihrer persönlichen Sicherheit bedroht. Anders als in den vergangenen drei Jahren dominiert die Zuwanderung nach Deutschland nicht mehr die Bedrohungswahrnehmung der Bevölkerung, sondern der globale Klimawandel. Im Vergleich zum Vorjahr werden ökologische Bedrohungsfaktoren insgesamt deutlich stärker als Bedrohung der persönlichen Sicherheit empfunden. Außenpolitische Risikofaktoren spielen insgesamt eine nachgeordnete Rolle, obgleich das weltweite militärische Wettrüsten als eine der größten außenpolitischen Bedrohungen empfunden wird.

Die Beurteilung der persönlichen und der nationalen Sicherheitslage wird primär durch wahrgenommene außen- und innenpolitischen Risikofaktoren determiniert, die weltweite Sicherheitslage hingegen von der Wahrnehmung ökologischer Risikofaktoren. Da alle außen- und innenpolitischen Risikofaktoren als weniger bedrohlich eingeschätzt werden als noch 2018, ist anzunehmen, dass die positivere Bewertung der nationalen Sicherheitslage (zum Teil) auf den Rückgang eben dieser Bedrohungspereptionen zurückzuführen ist. Zwar hat das subjektive Gefühl der Bedrohung durch ökologische Risikofaktoren im Vergleich zum Vorjahr zugenommen, jedoch hat diese Bedrohungswahrnehmung einen unerwarteten positiven Einfluss auf die Beurteilung der persönlichen und nationalen Sicherheitslage. Dieser Befund irritiert zunächst, doch gilt es zu bedenken, dass es sich bei den untersuchten Beziehungen lediglich um Korrelationen handelt, weshalb es möglich ist, die Kausalität der beobachteten Beziehungen auch „umgekehrt“ zu interpretieren und zu argumentieren, dass eine positivere Beurteilung der persönlichen und der nationalen Sicherheitslage mit einer verstärkten Wahrnehmung ökologischer Risiken einhergeht: Wer sich und sein Land weniger stark bedroht sieht, sorgt sich eher um globale Risiken wie den Klimawandel.

Von allen soziodemografischen Teilgruppen in der deutschen Bevölkerung bewerten die Bürgerinnen und Bürger mit einer Wahlabsicht für die AfD die persönliche, nationale und weltweite Sicherheitslage am negativsten. Ihre persönliche Sicherheit sieht diese Gruppe am stärksten durch die Zuwanderung nach Deutschland und assoziierte Risiken wie Terroranschläge und religiösen Fundamentalismus bedroht. Doch auch die Sorge vor steigenden Preisen ist bei den Anhängern der AfD stärker ausgeprägt als bei anderen Wählergruppen. Insofern lässt sich diese Wählergruppe durch eine stark ausgeprägte subjektive Vulnerabilität charakterisieren.

5 Einstellungen zum außen- und sicherheitspolitischen Engagement Deutschlands

Timo Graf

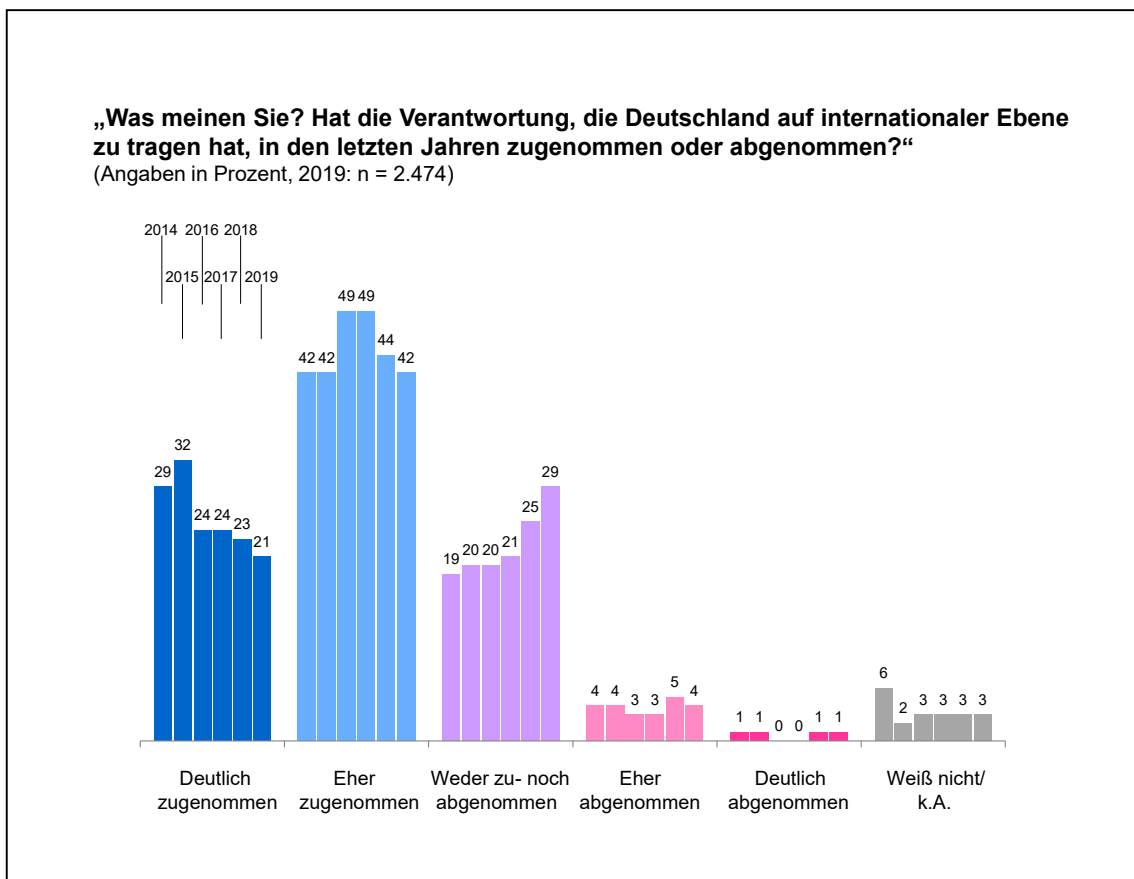
Seit mehreren Jahren fordern hochrangige deutsche Politiker und Regierungsvertreter ein größeres Engagement der Bundesrepublik Deutschland in der Weltpolitik: Deutschland müsse mehr Verantwortung für die Sicherheit und Stabilität in der Welt und in Europa übernehmen. Derartige Forderungen werden seit Langem von ausländischen Partnern an Deutschland gestellt, beispielsweise von den USA oder Frankreich. Der Ruf nach mehr internationaler Verantwortung im Allgemeinen und einem größeren militärischen Engagement im Besonderen kommt zu einer Zeit, in der sich die strategisch wichtigen Beziehungen Deutschlands zu den USA und Russland in einem tief greifenden Wandel befinden. Russland wird seit der Annexion der Krim im Jahr 2014 als sicherheitspolitische Herausforderung wahrgenommen, weshalb der NATO und der Bündnisverteidigung wieder eine größere Bedeutung zukommen. Insbesondere die USA fordern Deutschland und seine europäischen Partner dazu auf, sich stärker als bisher in die NATO einzubringen. Seit 2017 wurde aber auch die europäische Verteidigungszusammenarbeit im Rahmen der EU durch die Aktivierung der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (SSZ; englisch: Permanent Structured Cooperation, PESCO) entschieden gestärkt. Neben diesen sich wandelnden Beziehungen und Strukturen stellen aber auch die zahlreichen internationalen Konflikte Deutschland vor komplexe außen- und sicherheitspolitische Herausforderungen.

Dieser Abschnitt untersucht die Einstellungen in der deutschen Bevölkerung zu Deutschlands außen- und sicherheitspolitischem Engagement. Was denken die Bürgerinnen und Bürger über Deutschlands Rolle in der Welt? Welche Mittel sollte Deutschland in der Außen- und Sicherheitspolitik einsetzen? An welchen Leitprinzipien sollte sich die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik orientieren? Und wie werden die bilateralen Beziehungen zu den USA, Russland und China bewertet? Neben der Beantwortung dieser und weiterer Fragen zu Deutschlands Außen- und Sicherheitspolitik soll untersucht werden, in welchem Maße sich die außen- und sicherheitspolitischen Einstellungen zwischen verschiedenen soziodemografischen Gruppen unterscheiden. Besondere Aufmerksamkeit gilt der öffentlichen Meinung zur europäischen Verteidigungszusammenarbeit im Rahmen der EU.

Wahrgenommene Verantwortung Deutschlands auf internationaler Ebene

Wie eingangs erwähnt, wird seit einigen Jahren verstärkt über die gestiegene internationale Verantwortung Deutschlands diskutiert. Auch die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland nehmen einen Zuwachs an internationaler Verantwortung wahr (vgl. Abbildung 5.1). Eine klare Mehrheit von 63 Prozent ist 2019 der Überzeugung, dass die Verantwortung Deutschlands auf internationaler Ebene deutlich oder eher zugenommen hat. Im Vergleich zum Vorjahr ist das ein Rückgang um 4 Prozentpunkte und seit 2017 der zweite Rückgang in Folge. Parallel dazu ist der Anteil der Befragten, die keine Veränderung hinsichtlich Deutschlands Verantwortung in der Welt sehen, auf 29 Prozent gestiegen (+4 Prozentpunkte im Vergleich zu 2018). Ein nahezu unverändert geringer Teil der Befragten ist der Meinung, dass Deutschlands internationale Verantwortung eher oder deutlich abgenommen hat (zusammengefasst 5 Prozent; -1 Prozentpunkt).

Abbildung 5.1: Verantwortung Deutschlands auf internationaler Ebene im Zeitvergleich



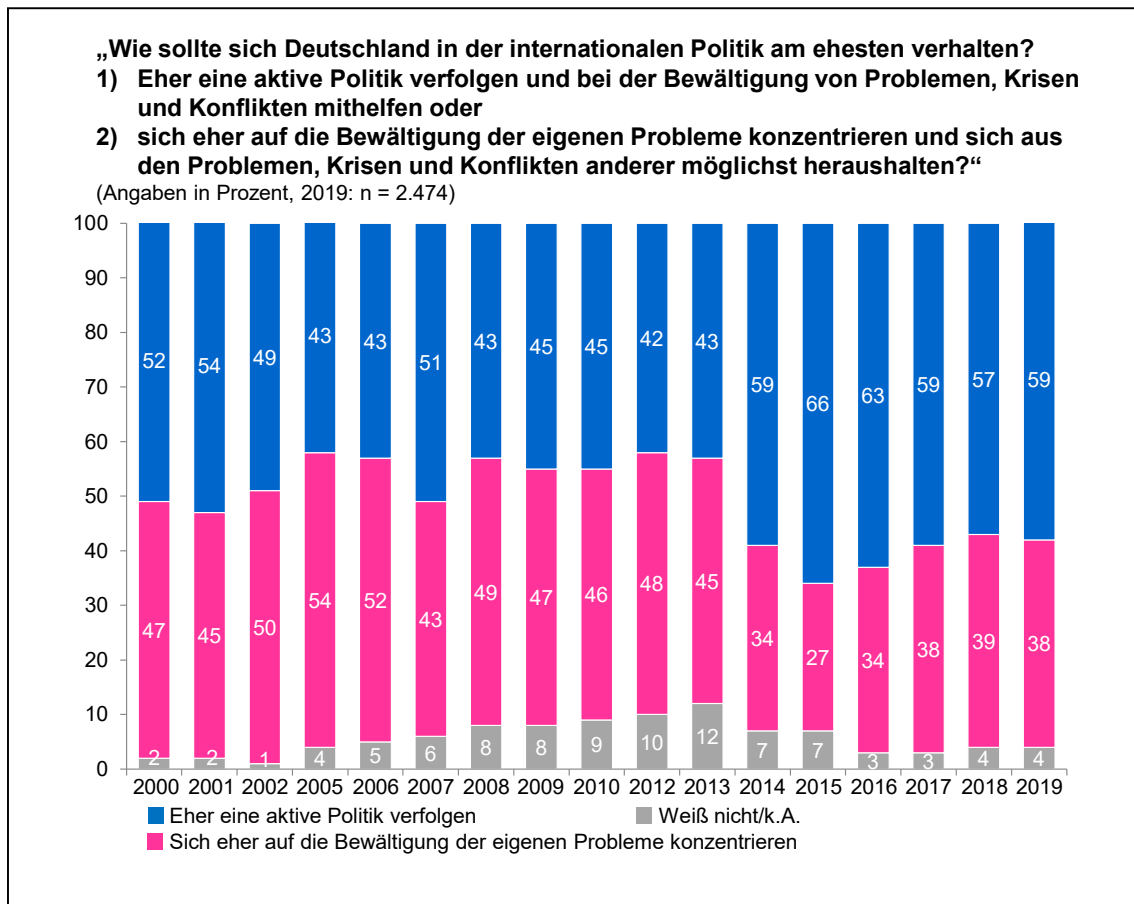
Anmerkung: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2014–2019.

Einstellung zum außenpolitischen Engagement Deutschlands

Eine Mehrheit von 59 Prozent der Befragten plädiert dafür, dass Deutschland eine aktive Außenpolitik verfolgen und bei der Bewältigung von Problemen, Krisen und Konflikten mithelfen sollte (vgl. Abbildung 5.2). Damit hat die Zustimmung für eine aktive Außenpolitik zum ersten Mal seit dem Jahr 2015 wieder zugenommen. Betrachtet man den gesamten Zeitraum seit dem Jahr 2000, zeigt sich für das Jahr 2019 eine relativ hohe Zustimmung zu einer aktiven deutschen Außenpolitik.

Abbildung 5.2: Einstellung zum außenpolitischen Engagement Deutschlands im Zeitvergleich



Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Die Frageformulierung wurde ab 2013 geändert. 2015 wurden beide Frageformulierungen abgefragt. Ein Vergleich dieser Daten zeigt, dass sich die Antwortverteilung zwischen alter und neuer Formulierung nicht unterscheidet. Alte Formulierung: „Was meinen Sie? Wie sollte sich Deutschland in der internationalen Politik am ehesten verhalten? Sollte Deutschland 1) eher bei der Bewältigung von Problemen, Krisen und Konflikten mithelfen oder 2) sich eher aus Problemen, Krisen und Konflikten anderer heraushalten?“ 2019 wurden zwei Frageformulierungen verwendet: Die Frageformulierung (siehe oben) wurde der Hälfte der Befragten mit dem Zusatz „... Konflikten anderer“ gestellt und der anderen Hälfte der Befragten ohne den Zusatz „anderer“ (Split-half). Die Antwortverteilung unterscheidet sich zwischen den Formulierungen nicht statistisch signifikant. Die Frage wurde 2003, 2004 und 2011 nicht erhoben.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2000–2002, 2005–2010, 2012–2019.

38 Prozent der Befragten sind jedoch der Meinung, dass Deutschland sich eher auf die Bewältigung der eigenen Probleme konzentrieren und sich aus den Problemen, Krisen und Konflikten anderer möglichst heraushalten sollte (-1 Prozentpunkt im Vergleich zu 2018). Die Mehrheit der Deutschen befürwortet also eine aktive deutsche Außenpolitik. Nachfolgend soll untersucht werden, ob bei dieser Frage signifikante Unterschiede zwischen den soziodemografischen Gruppen sowie den Wählergruppen existieren. Die Ergebnisse in Tabelle 5.1 zeigen, dass zwischen Männern und Frauen, den Altersgruppen und Menschen mit und ohne Migrationshintergrund keine signifikanten Meinungsunterschiede bestehen. Die Zustimmung zu einer aktiven deutschen Außenpolitik ist bei höher gebildeten Personen stärker als bei Personen mit niedrigerer Bildung. Die Zustimmung wächst auch mit steigendem Einkommen.

Des Weiteren zeigen sich signifikante Meinungsunterschiede zwischen den Wählergruppen. Die Anhänger der Regierungsparteien, CDU/CSU (67 Prozent) und SPD (65 Prozent), befürworten die Mithilfe Deutschlands bei der Lösung von internationalen Problemen, Konflikten und Krisen am deutlichsten. Eine aktive deutsche Außenpolitik wird von den Anhängern der Grünen (63 Prozent), der FDP (63 Prozent) und der Linken (61 Prozent) zwar etwas kritischer gesehen, erfährt aber immer noch eine mehrheitliche Zustimmung. Bei der Gruppe der Nichtwähler und Unentschiedenen zeigt sich insgesamt ein ambivalentes Meinungsbild: Eine aktive deutsche Außenpolitik wird zu fast gleichen Teilen befürwortet (46 Prozent) und abgelehnt (42 Prozent). Die Anhänger der AfD sind die einzige Teilgruppe, die sich mehrheitlich für eine passive deutsche Außenpolitik ausspricht (58 Prozent). In der Frage, ob Deutschland eine aktive oder passive Außenpolitik verfolgen sollte, bestehen also die größten Meinungsunterschiede zwischen den Anhängern der CDU/CSU und der AfD.

Die regionalen Unterschiede sind ebenfalls statistisch signifikant. Dennoch ist festzustellen, dass die Bürgerinnen und Bürger in allen Regionen – West- (62 Prozent), Nord- (60 Prozent), Süd- (58 Prozent) und Ostdeutschland (55 Prozent) – eine aktive deutsche Außenpolitik mehrheitlich unterstützen. Die größten Meinungsunterschiede bestehen demnach zwischen Ost- und Westdeutschland. Zwar fällt die öffentliche Zustimmung zu einer aktiven deutschen Außenpolitik in Ostdeutschland am geringsten aus, im Vergleich zum Vorjahr ist diese aber dennoch merklich gestiegen (+7 Prozentpunkte; nicht tabellarisch ausgewiesen).

Tabelle 5.1: Einstellung zum außenpolitischen Engagement Deutschlands in soziodemografischen Gruppen

„Wie sollte sich Deutschland in der internationalen Politik am ehesten verhalten? 1) Eher eine aktive Politik verfolgen und bei der Bewältigung von Problemen, Krisen und Konflikten mithelfen oder 2) sich eher auf die Bewältigung der eigenen Probleme konzentrieren und sich aus den Problemen, Krisen und Konflikten anderer möglichst heraushalten?“ (Angaben in Prozent)			
	Aktiv	Passiv	Weiß nicht/k.A.
Insgesamt	59	38	4
Geschlecht ^{n.s.}			
Männer	60	37	(3)
Frauen	57	39	4
Alter ^{n.s.}			
16 bis 29 Jahre	59	35	(6)
30 bis 49 Jahre	58	39	(3)
50 bis 69 Jahre	60	37	(3)
70 Jahre und älter	57	40	(3)
Bildungsniveau **			
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	63	33	(3)
Realschulabschluss	56	42	(3)
Hauptschulabschluss	58	39	(3)
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat *			
4.001 Euro und mehr	62	36	(3)
2.001 bis 4.000 Euro	59	38	(3)
Bis 2.000 Euro	55	42	(3)
Wahlabsicht Bundestagswahl ***			
CDU/CSU	67	33	(0)
SPD	65	34	(1)
AfD	42	58	(1)
FDP	63	34	(3)
Die Linke	61	38	(2)
Bündnis 90/Die Grünen	63	34	(3)
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	46	42	12
Region *			
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	60	38	(2)
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	55	44	(1)
Süddeutschland (BW, BY)	58	37	(5)
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	62	35	(4)
Migrationshintergrund ^{n.s.}			
Ja	60	37	(3)
Nein	59	38	4

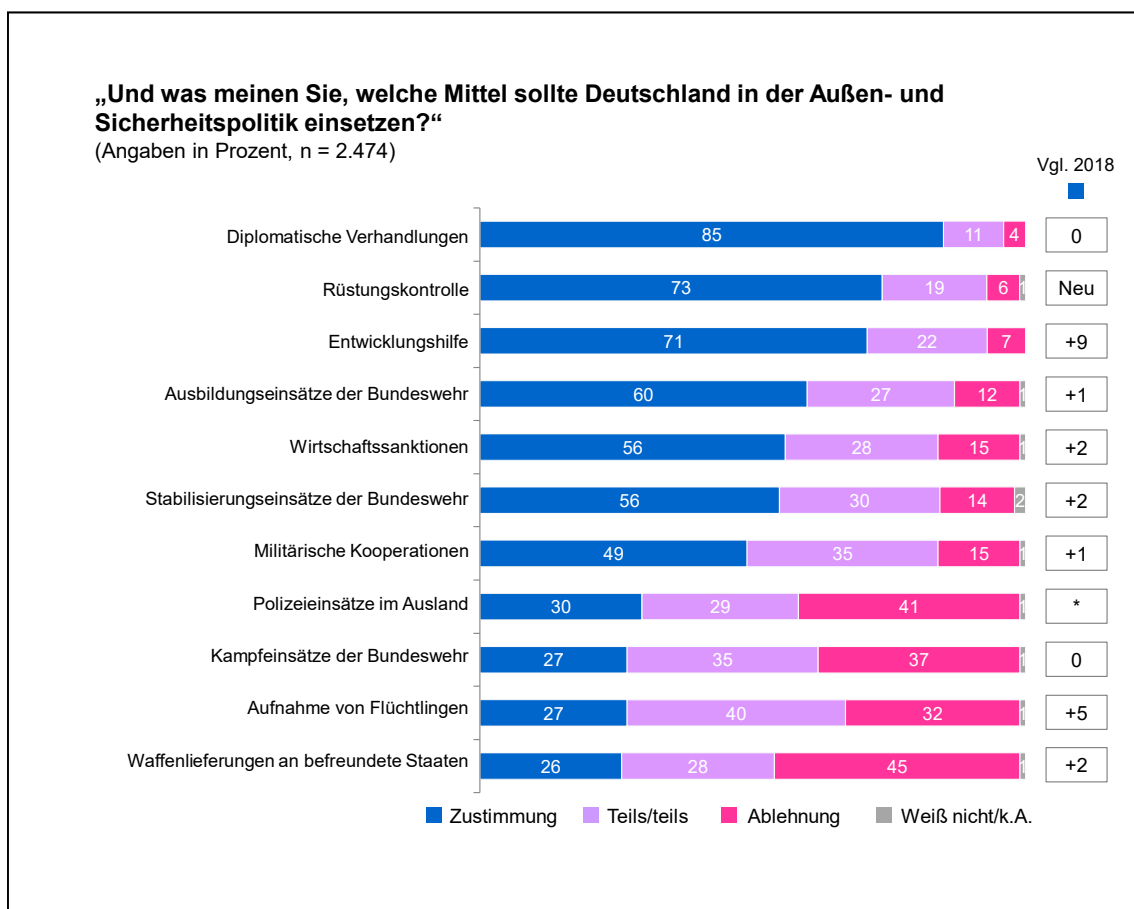
Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Chi²-Unabhängigkeits-Test; Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05); Werte in Klammern: n ≤ 50.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2019.

Einstellungen zu Mitteln der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik

Gefragt nach den Mitteln, die Deutschland in der Außen- und Sicherheitspolitik einsetzen sollte, erhalten diplomatische Verhandlungen (85 Prozent; keine Veränderung im Vergleich zu 2018) die mit Abstand höchste Zustimmung der Befragten (vgl. Abbildung 5.3). Die Mehrheit der Bevölkerung befürwortet zudem Rüstungskontrolle (73 Prozent; dieses Jahr erstmals gefragt), Entwicklungshilfe (71 Prozent; +9 Prozentpunkte), Ausbildungseinsätze der Bundeswehr (60 Prozent; +1 Prozentpunkt), Wirtschaftssanktionen und Stabilisierungseinsätze der Bundeswehr (beide 56 Prozent; beide +2 Prozentpunkte).

Abbildung 5.3: Mittel der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik



Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst. Vgl. 2018: Differenz Zustimmung 2019 zu 2018. *Die Formulierung bzw. Beschreibung des Einsatzes wurde im Vergleich zum Vorjahr um den Zusatz „im Ausland“ ergänzt. Ein Vergleich ist daher nicht möglich.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2018 und 2019.

Weniger Unterstützung erfahren militärische Kooperationen (49 Prozent; +1 Prozentpunkt), Polizeieinsätze im Ausland (30 Prozent; kein Vergleich möglich wegen geänderter Formulierung), Kampfeinsätze der Bundeswehr (27 Prozent; keine Veränderung zu

2018), die Aufnahme von Flüchtlingen (27 Prozent; +5 Prozentpunkte) sowie Waffenlieferungen an befreundete Staaten (26 Prozent; +2 Prozentpunkte). Die Rangfolge der Mittel hat sich gegenüber dem Vorjahr kaum verändert (Graf 2018).¹¹

Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger hat also eine klare Präferenz für den Einsatz „weicherer“ Mittel, während explizit gewaltsame Mittel eher auf Ablehnung stoßen. Vor diesem Hintergrund erfolgt auch eine klare Differenzierung von Einsätzen der Bundeswehr: Ausbildungs- und Stabilisierungseinsätze der Bundeswehr werden von einer großen Mehrheit befürwortet, nicht jedoch Kampfeinsätze. Die Streitkräfte werden also nicht prinzipiell als Mittel der deutschen Außenpolitik abgelehnt, sondern lediglich der Einsatz von Gewalt durch die Bundeswehr.

Eine explorative Faktorenanalyse zeigt, dass sich die Präferenzen der Bürgerinnen und Bürger hinsichtlich der außen- und sicherheitspolitischen Mittel empirisch in drei Kategorien oder Dimensionen einteilen lassen (vgl. Tabelle 5.2): „robuste“ Mittel (Faktor I), „diplomatische“ Mittel (Faktor II) und „humanitäre“ Mittel (Faktor III).

Tabelle 5.2: Mittel der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik – Dimensionen

	Faktor I: Robuste Mittel	Faktor II: Diplomatische Mittel	Faktor III: Humanitäre Mittel
Stabilisierungseinsätze der Bundeswehr	0,77		
Ausbildungseinsätze der Bundeswehr	0,74		
Militärische Kooperationen	0,73		
Kampfeinsätze der Bundeswehr	0,66		
Polizeieinsätze im Ausland	0,55		
Waffenlieferungen an befreundete Staaten	0,51		
Wirtschaftssanktionen	0,50		
Diplomatische Verhandlungen		0,68	
Rüstungskontrolle		0,62	
Entwicklungshilfe		0,62	
Aufnahme von Flüchtlingen			0,85
Eigenwert	3,4	1,8	1,0
Erklärte Varianz (%)	30,6	16,0	9,3

Anmerkungen: Explorative Faktorenanalyse (Hauptkomponentenanalyse mit Varimax-Rotation). Signifikanz nach Bartlett $p = 0,000$; Anti-Image KMO (Kaiser-Meyer-Olkin-Kriterium) = 0,82. In der Tabelle sind nur Faktorladungen $\geq 0,50$ ausgewiesen.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2019.

¹¹ Der Einbruch in der öffentlichen Zustimmung zu Polizeieinsätzen im Ausland ist mit großer Wahrscheinlichkeit auf die veränderte Formulierung des entsprechenden Items zurückzuführen. Wurde im letzten Jahr lediglich nach „Polizeieinsätzen“ gefragt, so erfolgte dieses Jahr eine Konkretisierung durch die Formulierung „Polizeieinsätze im Ausland“.

Nachfolgend soll untersucht werden, ob es zwischen den soziodemografischen Gruppen signifikante Unterschiede hinsichtlich der Präferenzen der drei Kategorien außen- und sicherheitspolitischer Mittel gibt. Um die soziodemografischen Gruppen besser miteinander vergleichen zu können, werden im Folgenden Mittelwerte berichtet. Dazu wurden die Antworten der Befragten umkodiert, sodass ein hoher Mittelwert Zustimmung (Maximalwert 1) und ein geringer Wert Ablehnung (Minimalwert 0) repräsentiert. Aus den einzelnen Items wurden entsprechend der in Tabelle 5.2 dargestellten Dimensionen Indexvariablen berechnet.¹² Bei der Variable „Humanitäre Mittel“ handelt es sich um die umkodierte Variable „Aufnahme von Flüchtlingen“. Alle Variablen haben einen Wertebereich von 0 (Ablehnung) bis 1 (Zustimmung). Ein Mittelwert von 0,5 repräsentiert eine ambivalente Meinung.

Die Ergebnisse in Tabelle 5.3 bestätigen zunächst die ausgeprägte Präferenz der deutschen Bevölkerung (d.h. im Mittel und über alle Gruppen hinweg) für den *Einsatz diplomatischer Mittel* in der Außen- und Sicherheitspolitik (Mittelwert 0,78). Dennoch besteht eine Vielzahl von signifikanten Unterschieden zwischen den soziodemografischen Teilgruppen: So steigt die Zustimmung für den Einsatz diplomatischer Mittel mit dem Grad der Bildung und dem Haushaltseinkommen leicht an. Auch wenn insgesamt eine parteiübergreifende Zustimmung für den Einsatz diplomatischer Mittel in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik feststellbar ist, fällt dennoch auf, dass die Zustimmung der AfD-Anhänger am geringsten ausfällt und bei den Anhängern der SPD oder der Grünen am stärksten. Bei der Betrachtung der regionalen Unterschiede wird deutlich, dass die Bürgerinnen und Bürger in Ostdeutschland den Einsatz diplomatischer Mittel stärker befürworten als jene in den anderen Regionen. Des Weiteren ist festzustellen, dass sich Menschen mit Migrationshintergrund stärker für den Einsatz diplomatischer Mittel aussprechen als jene ohne Migrationshintergrund. Die Unterschiede zwischen Männern und Frauen sowie den Altersgruppen sind nicht statistisch signifikant.

Der *Einsatz robuster Mittel* in der Außen- und Sicherheitspolitik wird im Vergleich mit den diplomatischen Mitteln im Durchschnitt zwar deutlich weniger stark befürwortet (Mittelwert 0,56), aber insgesamt dennoch leicht positiv bewertet. Einzig die Anhänger der Linken lehnen den Einsatz robuster Mittel ganz leicht (0,49) ab.

¹² Die beiden Indexvariablen „Diplomatische Mittel“ (Cronbachs alpha = 0,63) und „Robuste Mittel“ (Cronbachs alpha = 0,78) weisen eine annehmbare bis gute Skalenreliabilität auf, was deren Bildung empirisch rechtfertigt.

Tabelle 5.3: Mittel der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik in soziodemografischen Gruppen

„Und was meinen Sie, welche Mittel sollte Deutschland in der Außen- und Sicherheitspolitik einsetzen?“ (Mittelwerte)			
	Robuste Mittel	Diplomatische Mittel	Humanitäre Mittel
Insgesamt	0,56	0,78	0,47
Geschlecht	**	n.s.	**
Männer	0,57	0,78	0,45
Frauen	0,55	0,79	0,49
Alter	n.s.	n.s.	***
16 bis 29 Jahre	0,57	0,77	0,52
30 bis 49 Jahre	0,56	0,78	0,48
50 bis 69 Jahre	0,56	0,79	0,44
70 Jahre und älter	0,55	0,79	0,45
Bildungsniveau	n.s.	*	***
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	0,57	0,80	0,50
Realschulabschluss	0,55	0,78	0,46
Hauptschulabschluss	0,56	0,78	0,44
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat	***	*	n.s.
4.001 Euro und mehr	0,57	0,78	0,48
2.001 bis 4.000 Euro	0,57	0,79	0,48
Bis 2.000 Euro	0,53	0,76	0,45
Wahlabsicht Bundestagswahl	***	***	***
CDU/CSU	0,60	0,78	0,49
SPD	0,60	0,81	0,50
AfD	0,54	0,73	0,20
FDP	0,58	0,77	0,44
Die Linke	0,49	0,79	0,50
Bündnis 90/Die Grünen	0,55	0,81	0,58
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	0,52	0,75	0,43
Region	***	**	***
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	0,54	0,77	0,54
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	0,51	0,81	0,42
Süddeutschland (BW, BY)	0,59	0,77	0,44
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	0,57	0,78	0,48
Migrationshintergrund	***	**	*
Ja	0,62	0,81	0,51
Nein	0,55	0,78	0,46

Anmerkungen: Alle Variablen haben einen Wertebereich von [0; 1]; Varianzanalysen, Signifikanzniveau: *** $p < 0,001$; ** $p < 0,01$; * $p < 0,05$; n.s. = nicht signifikant ($p \geq 0,05$). Der Signifikanztest für die Varianzanalyse gibt an, ob sich der Mittelwert mindestens einer Gruppe von dem Mittelwert mindestens einer anderen Gruppe unterscheidet.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2019.

Darüber hinaus zeigt sich, dass Personen mit einem Haushaltseinkommen bis 2000 Euro, die Bürgerinnen und Bürger in Ostdeutschland sowie Menschen ohne Migrationshintergrund den Einsatz robuster Mittel weniger stark befürworten als die jeweiligen Referenzgruppen.

Der *Einsatz humanitärer Mittel*, also die Aufnahme von Flüchtlingen, wird von Männern, Älteren (50 Jahre und älter), weniger gebildeten Personen, Anhängern der AfD, Ost- und Süddeutschen sowie Menschen ohne Migrationshintergrund weniger stark befürwortet als von den jeweiligen Referenzgruppen. Insgesamt fällt auf, dass in fast allen soziodemografischen Gruppen signifikante Meinungsunterschiede zwischen den jeweiligen Teilgruppen feststellbar sind, d.h. die Aufnahme von Flüchtlingen als Mittel der Außen- und Sicherheitspolitik ist weniger konsensfähig als der Einsatz diplomatischer oder robuster Mittel.

Einstellungen zu Deutschlands sicherheits- und verteidigungspolitischem Engagement in internationalen Organisationen

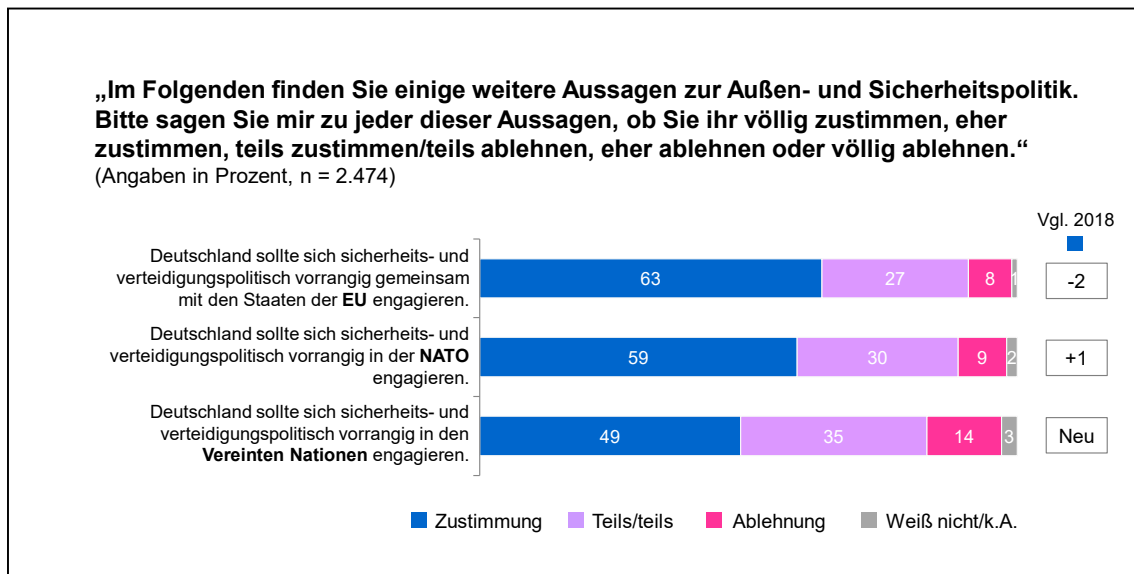
Die Sicherheit, die Freiheit und der Wohlstand der Bundesrepublik Deutschland hängen maßgeblich von der regelbasierten internationalen Ordnung ab. Eines der Ziele deutscher Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist es deshalb, diese zu stärken. Deutschland verfolgt dieses Ziel unter anderem durch sein Engagement in verschiedenen internationalen Organisationen. Drei der wichtigsten Organisationen zur Wahrung der internationalen Sicherheit und regelbasierten Ordnung sind die Europäische Union (EU), die NATO und die Vereinten Nationen (VN).

Die Umfrageteilnehmerinnen und -teilnehmer wurden deshalb nach ihrer Einstellung zu Deutschlands sicherheits- und verteidigungspolitischem Engagement in der EU, NATO und den VN gefragt (siehe Abbildung 5.4).¹³ Eine klare Mehrheit der deutschen Bevölkerung befürwortet das sicherheits- und verteidigungspolitische Engagement Deutschlands mit den Staaten der EU (63 Prozent; -2 Prozentpunkte im Vergleich zu 2018) und in der NATO (59 Prozent; +1 Prozentpunkt). Eine relative Mehrheit von 49 Prozent (2019 zum ersten Mal abgefragt) ist zudem der Überzeugung, dass sich Deutschland sicherheits- und verteidigungspolitisch vorrangig in den Vereinten Nationen engagieren sollte. Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger präferiert also ein vorrangiges Engagement Deutschlands

¹³ Die Befragten konnten die Aussagen zu Deutschlands sicherheits- und verteidigungspolitischem Engagement in der EU, NATO und den VN unabhängig voneinander beantworten, d.h. eine Rangfolge (Ranking) wurde nicht abgefragt. Dennoch standen die drei Aussagen in Beziehung zueinander, da sie in der gleichen Itematterie zu beantworten waren und die Formulierung „vorrangig“ eine relative Bewertung bzw. Abwägung erforderte. Auf der Grundlage dieser relativen Bewertung lässt sich eine Rangfolge ermitteln.

in jenen Organisationen, die primär zur Sicherheit Europas beitragen und erst in einem zweiten Schritt auch zur globalen Sicherheit. Die höheren Zustimmungswerte zur EU und NATO könnten aber auch darauf zurückzuführen sein, dass Deutschland in diesen beiden Organisationen über ein größeres politisches Gewicht und damit über mehr Gestaltungsmöglichkeiten verfügt als in den VN.

Abbildung 5.4: Einstellungen zu Deutschlands sicherheits- und verteidigungspolitischem Engagement in der EU, der NATO und den VN



Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst. Vgl. 2018: Differenz Zustimmung 2019 zu 2018.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2018 und 2019.

In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass die Einstellungen zu Deutschlands sicherheits- und verteidigungspolitischem Engagement in allen drei Organisationen signifikant und positiv miteinander korrelieren.¹⁴ Je mehr also Deutschlands Engagement in einer der drei Organisationen befürwortet wird, desto eher wird auch das Engagement in den anderen beiden Organisationen befürwortet. Somit lässt sich außerdem feststellen, dass die öffentliche Meinung in Deutschland der offiziellen Haltung der Bundesregierung nicht zuwiderläuft, nach der Deutschlands verteidigungspolitisches Engagement in der EU und der NATO als komplementär betrachtet werden (vgl. Bundesministerium der Verteidigung 2016a: 49–50, 67).

¹⁴ Pearson-Korrelation zwischen der Einstellung zum Engagement in der NATO und der EU ($r = 0,26$; $p < 0,001$), der EU und den VN ($r = 0,28$; $p < 0,001$) sowie den VN und der NATO ($r = 0,43$; $p < 0,001$).

Die hohen Zustimmungswerte zu Deutschlands sicherheitspolitischem Engagement in allen drei Organisationen und die statistisch signifikanten Korrelationen zwischen diesen Einstellungen können als Ausdruck des prinzipiellen Zuspruchs in der deutschen Bevölkerung zum Multilateralismus als außen- und sicherheitspolitischem Leitprinzip gedeutet werden (vgl. Abbildung 5.4). Diese Interpretation lässt sich durch einen weiteren empirischen Befund stützen: Die Bevölkerungsbefragung des ZMSBw enthält eine Aussage, die die Einstellung der Befragten zum Multilateralismus als außen- und sicherheitspolitischer Grundorientierung unmittelbar erfasst. Die Teilnehmer wurden nach ihrer Einstellung zu der Aussage „Bei einer internationalen Krise sollten sich Deutschland und seine Verbündeten auf eine gemeinsame Haltung einigen“ gefragt (vgl. Abbildung 5.5).¹⁵ Die Einstellung zu dieser Aussage weist positive und statistisch signifikante Korrelationen zu den Einstellungen zu Deutschlands sicherheits- und verteidigungspolitischem Engagement in der EU ($r = 0,40$, $p < 0,001$), der NATO ($r = 0,36$, $p < 0,001$) und den VN ($r = 0,23$, $p < 0,001$) auf. Je mehr die Befragten also eine multilaterale Ausrichtung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik begrüßen, desto eher befürworten sie auch Deutschlands sicherheits- und verteidigungspolitisches Engagement in der EU, der NATO und den VN.

Außen- und sicherheitspolitische Grundhaltungen

Ausgehend von der Hypothese einer hierarchischen Strukturierung außen- und sicherheitspolitischer Einstellungen, hat die Einstellungsforschung eine Reihe *abstrakter* außen- und sicherheitspolitischer Grundhaltungen identifiziert (z.B. Asmus et al. 2005; Barden/Oldendick 1990; Chittick et al. 1995),¹⁶ die die Einstellungen zu *spezifischen* außen- und sicherheitspolitischen Themen beeinflussen (Hurwitz/Peffley 1987; Hurwitz et al. 1993; Peffley/Hurwitz 1993)¹⁷ und dadurch einen Meinungsbildungsprozess ermöglichen, der weitestgehend *unabhängig* vom konkreten Wissensstand zu den spezifischen Themen ist (Feldman 1988; Hurwitz/Peffley 1987). Die vier prominentesten Grundhaltungen sind Internationalismus, Multilateralismus, Militarismus und Atlantizismus. Diese

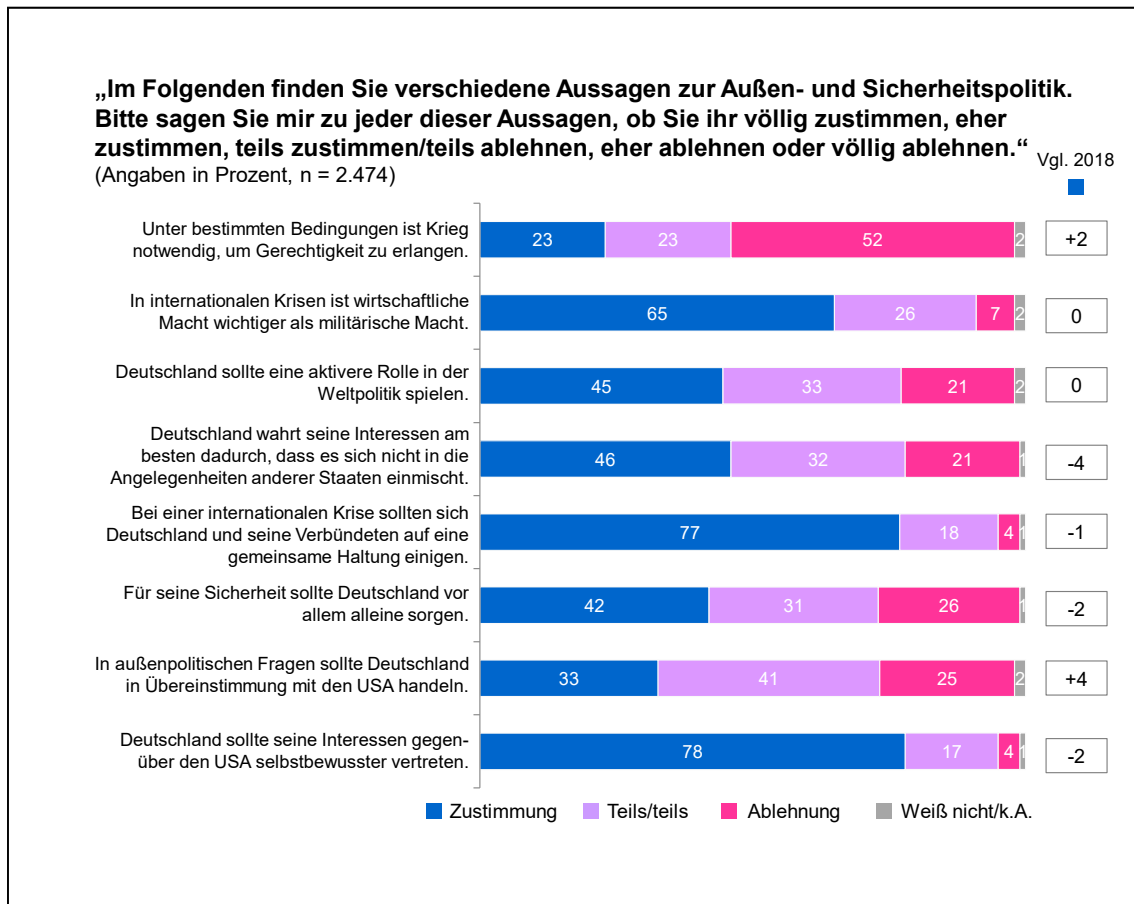
¹⁵ Grundsätzlich können zwei Formen des Multilateralismus unterschieden werden (Rüland 2018): Die erste Form manifestiert sich in der Schaffung dauerhafter internationaler Organisationen und Institutionen, die die Verrechtlichung internationaler Beziehungen zum Ziel haben („principled multilateralism“). Die zweite Form manifestiert sich in der Bildung von Ad-hoc-Koalitionen, die exklusiv den Interessen der Koalitionsmitglieder dienen („diminished multilateralism“). In der Bevölkerungsbefragung des ZMSBw wird am ehesten der „diminished multilateralism“ erfasst, da in dem entsprechenden Item die Abstimmung mit Verbündeten im Kontext einer internationalen Krise thematisiert wird und nicht die Unterstützung dauerhafter multilateraler Organisationen und Institutionen.

¹⁶ In der englischsprachigen Literatur hat sich der Begriff „strategic postures“ etabliert.

¹⁷ Für ausführlichere Erläuterungen zur Rolle und Wirkungsweise der außen- und sicherheitspolitischen Grundhaltungen sei auf den Sammelband von Biehl und Schoen (2015) sowie die Studien von Endres (2018), Irondelle et al. (2015), Mader (2015, 2017) und Rattinger et al. (2016) verwiesen.

vier Dimensionen reflektieren die persönliche Überzeugung, dass die vitalen Interessen des eigenen Landes am besten durch ein aktives Engagement in der Weltpolitik (Internationalismus), durch internationale Zusammenarbeit mit Verbündeten (Multilateralismus), den Einsatz militärischer Mittel in der Außenpolitik (Militarismus) und, im Fall europäischer Länder, die Orientierung der eigenen Außenpolitik an der der USA (Atlantizismus) gewahrt werden können.

Abbildung 5.5: Außen- und sicherheitspolitische Grundorientierungen



Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst. Vgl. 2018: Differenz Zustimmung 2019 zu 2018.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2018 und 2019.

Die vier außen- und sicherheitspolitischen Grundhaltungen wurden in der Bevölkerungsumfrage mit jeweils zwei Items erfasst (vgl. Abbildung 5.5). Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung weist eine anti-militaristische Grundhaltung auf. So ist nur ein knappes Viertel der Befragten (23 Prozent) der Meinung, dass Krieg unter bestimmten Bedingungen notwendig ist, um Gerechtigkeit zu erlangen – 52 Prozent lehnen diese Aussage ab und ein knappes Viertel (23 Prozent) ist unentschieden. Zwei Drittel (65 Prozent) der

Bürgerinnen und Bürger sind zudem der Auffassung, dass in internationalen Krisen wirtschaftliche Macht wichtiger ist als militärische Macht. Nur 7 Prozent vertreten hier die gegenteilige Position und 26 Prozent sind unentschieden. Dieser ausgeprägte Anti-Militarismus manifestiert sich auch in der klaren Präferenz der Bevölkerung für den Einsatz diplomatischer Mittel in der Außenpolitik und der Ablehnung bewaffneter und gewaltsamer Optionen (vgl. Abbildung 5.3). Jedoch wird der Einsatz militärischer Mittel in der Außen- und Sicherheitspolitik nicht kategorisch abgelehnt, denn die öffentliche Zustimmung zu Ausbildungs- und Stabilisierungseinsätzen der Bundeswehr ist hoch (vgl. Abbildung 5.3).

Hinsichtlich des internationalen Engagements Deutschlands (Internationalismus) zeigen sich wie schon in den Vorjahren vermeintliche widersprüchliche Ergebnisse (vgl. Graf 2018; Steinbrecher 2017d). Während sich eine relative Mehrheit (45 Prozent) für eine aktivere Rolle Deutschlands in der Weltpolitik ausspricht, sind 46 Prozent der Auffassung, dass Deutschland seine Interessen am besten dadurch wahrt, dass es sich nicht in die Angelegenheiten anderer Staaten einmischt. Jeweils ein Fünftel der Befragten lehnt beide Aussagen ab und jeweils ein Drittel ist unentschieden. Offensichtlich unterscheiden die Bürgerinnen und Bürger zwischen Deutschlands internationalem Engagement einerseits und einer interventionistischen Außenpolitik andererseits, wobei ersteres eher Zustimmung erfährt und letztere mehrheitlich auf Ablehnung stößt. Eine aktive deutsche Außenpolitik muss nicht zwangsläufig eine Einmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten bedeuten – zumindest nicht aus Sicht der deutschen Bevölkerung.

Die Befragten haben eine unverändert klare Präferenz für ein gemeinsames Vorgehen mit den Verbündeten im Falle einer internationalen Krise (Multilateralismus). Dies wird von etwas mehr als drei Vierteln der Bürgerinnen und Bürger unterstützt (77 Prozent) und nur von 4 Prozent abgelehnt. Wenn es darum geht, für die Sicherheit des Landes zu sorgen, sagen jedoch 42 Prozent, dass Deutschland dies vor allem allein tun sollte. Ein Viertel der Befragten lehnt diese Aussage ab und ein Drittel ist unentschieden.¹⁸

Hinsichtlich der Orientierung an den USA in außenpolitischen Fragen (Atlantizismus) zeigt sich ein gespaltenes Meinungsbild: Während ein Drittel der Befragten der Auffassung ist, dass Deutschland außenpolitisch in Übereinstimmung mit den USA handeln

¹⁸ Die Formulierung dieses Items ist problematisch, da die Wahrung der nationalen Sicherheit zu den grundlegendsten Aufgaben eines jeden modernen Staates gehört und zugleich Ausdruck staatlicher Souveränität ist. Die Aussage abzulehnen, könnte also auch bedeuten, die Souveränität Deutschlands infrage zu stellen. Die Aussage bzw. das Item zur Kooperation mit Verbündeten im Krisenfall erfasst die Grundhaltung „Multilateralismus“ sehr viel besser, genau genommen aber nur den „diminished multilateralism“, also die Bildung von Ad-hoc-Koalitionen (vgl. Rüländ 2018; siehe oben).

sollte, sind 41 Prozent bei dieser Frage geteilter Meinung und 25 Prozent lehnen diese Haltung ab. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Befürwortung einer transatlantischen Ausrichtung der deutschen Außenpolitik um 4 Prozentpunkte gestiegen. Zudem sind 78 Prozent der Befragten der Meinung, dass Deutschland seine Interessen gegenüber den USA selbstbewusster vertreten sollte (-2 Prozentpunkte im Vergleich zu 2018).¹⁹

Nachfolgend soll untersucht werden, ob zwischen den soziodemografischen Gruppen in der deutschen Bevölkerung Unterschiede hinsichtlich der vier außen- und sicherheitspolitischen Grundhaltungen bestehen. Hierzu werden die jeweiligen Aussagen zu Indexvariablen zusammengefasst, welche die vier Grundorientierungen abbilden sollen.²⁰ Alle Indexvariablen weisen einen Wertebereich von 0 bis 1 auf. Hohe Werte zeigen eine eher militaristische, internationalistische, multilateralistische oder atlantizistische Grundorientierung an. Niedrige Werte repräsentieren dagegen eine eher anti-militaristische, isolationistische, unilateralistische oder anti-atlantizistische Grundhaltung.

Die Ergebnisse in Tabelle 5.4 verdeutlichen – im Mittel und über alle Gruppen hinweg – die eher anti-militaristische (0,33), multilateralistische (0,60) und anti-atlantizistische Grundorientierung (0,37) der deutschen Bevölkerung. In Bezug auf das aktive Engagement Deutschlands in der Weltpolitik zeigen sich die Bürgerinnen und Bürger jedoch zwiegespalten (0,49).

Befragte im Alter von 50 bis 69 Jahren, Anhänger der AfD und der Linken sowie die Bürgerinnen und Bürger in Ostdeutschland haben eine stärker anti-atlantizistische Grundeinstellung als die jeweiligen Vergleichsgruppen. Eine internationalistische Grundorientierung findet sich eher bei Befragten mit höherer Bildung oder höherem Einkommen, bei Anhängern der Regierungsparteien SPD und CDU/CSU sowie der Grünen und eher bei Personen mit Migrationshintergrund als bei den jeweiligen Vergleichsgruppen. Dagegen weisen insbesondere AfD-Anhänger und Ostdeutsche sowie ältere Menschen (70 Jahre und älter) eine eher isolationistische Orientierung in der Außen- und Sicherheitspolitik auf. Eine militaristische Orientierung ist bei Männern, jüngeren Befragten (16 bis 29 Jahre) sowie AfD-Anhängern stärker ausgeprägt als bei den jeweiligen Referenzgruppen.

¹⁹ Eine repräsentative Bevölkerungsumfrage im Auftrag der Körber-Stiftung aus dem Jahr 2018 zeigt ebenfalls, dass 72 Prozent der Bundesbürger der Überzeugung sind, dass Deutschland eine von den USA unabhängigere Außenpolitik verfolgen sollte (Körber-Stiftung 2018).

²⁰ Die Skalenreliabilität (Cronbachs alpha) der entsprechenden Items ist nach herkömmlichen Standards gering: Atlantizismus (0,25), Internationalismus (0,42), Militarismus (0,26) und Multilateralismus (0,16). Trotz der geringen Reliabilität werden die Indexvariablen für weiterführende Analysen genutzt (vgl. Tabelle 5.4), da es sich zum einen bei den außenpolitischen Grundhaltungen um etablierte Konstrukte der außen- und sicherheitspolitischen Einstellungsforschung handelt. Zum anderen ist die Nutzung von Cronbachs alpha zur Bestimmung der Reliabilität von Skalen, die aus zwei Items bestehen, umstritten (Eisinga et al. 2013).

Tabelle 5.4: Außenpolitische Grundhaltungen in soziodemografischen Gruppen

„Im Folgenden finden Sie verschiedene Aussagen zur Außen- und Sicherheitspolitik. Bitte sagen Sie mir zu jeder dieser Aussagen, ob Sie ihr völlig zustimmen, eher zustimmen, teils zustimmen/teils ablehnen, eher ablehnen oder völlig ablehnen.“ (Mittelwerte)				
	Atlantizismus	Internationa- lismus	Militarismus	Multilatera- lismus
Insgesamt	0,37	0,49	0,33	0,60
Geschlecht	n.s.	n.s.	***	n.s.
Männer	0,36	0,49	0,35	0,60
Frauen	0,37	0,49	0,31	0,61
Alter	**	*	*	n.s.
16 bis 29 Jahre	0,39	0,51	0,35	0,59
30 bis 49 Jahre	0,37	0,50	0,33	0,60
50 bis 69 Jahre	0,35	0,49	0,32	0,61
70 Jahre und älter	0,37	0,47	0,33	0,61
Bildungsniveau	n.s.	**	n.s.	n.s.
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	0,37	0,51	0,32	0,62
Realschulabschluss	0,37	0,48	0,33	0,60
Hauptschulabschluss	0,35	0,49	0,33	0,61
Haushaltseinkommen pro Monat	n.s.	**	n.s.	*
4.001 Euro und mehr	0,35	0,53	0,33	0,61
2.001 bis 4.000 Euro	0,37	0,50	0,33	0,61
Bis 2.000 Euro	0,37	0,47	0,33	0,58
Wahlabsicht Bundestagswahl	***	***	***	***
CDU/CSU	0,39	0,50	0,36	0,61
SPD	0,39	0,55	0,34	0,64
AfD	0,32	0,43	0,37	0,54
FDP	0,37	0,49	0,31	0,61
Die Linke	0,33	0,47	0,29	0,57
Bündnis 90/Die Grünen	0,36	0,52	0,30	0,64
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	0,36	0,46	0,32	0,58
Region	***	***	n.s.	***
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	0,38	0,50	0,35	0,59
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	0,33	0,46	0,32	0,56
Süddeutschland (BW, BY)	0,35	0,50	0,33	0,63
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	0,40	0,51	0,33	0,61
Migrationshintergrund	n.s.	***	n.s.	**
Ja	0,36	0,56	0,33	0,64
Nein	0,37	0,48	0,33	0,60

Anmerkungen: Alle Variablen haben einen Wertebereich von [0; 1]; Varianzanalysen, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05). Der Signifikanztest für die Varianzanalyse gibt an, ob sich der Mittelwert mindestens einer Gruppe von dem Mittelwert mindestens einer anderen Gruppe unterscheidet.

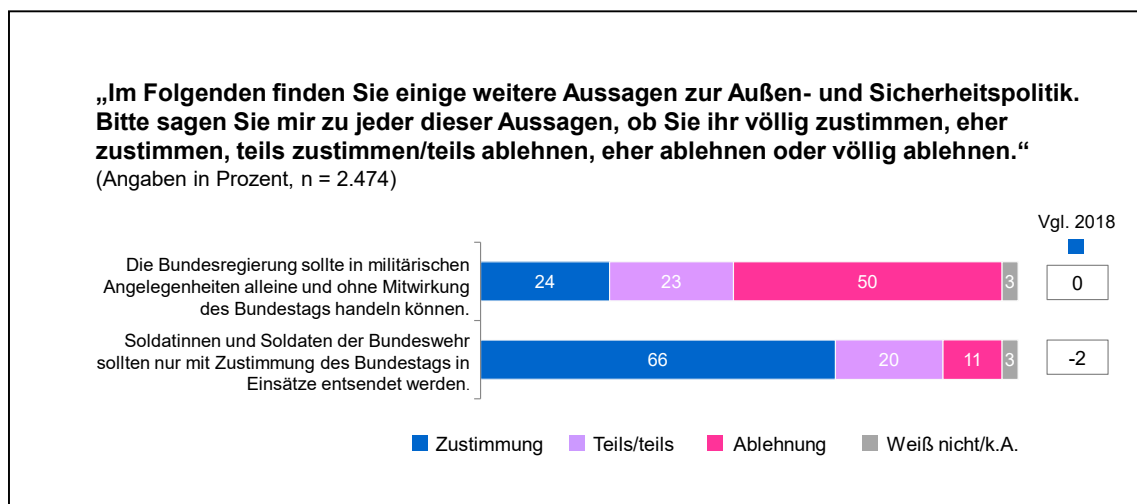
Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2019.

Die Zusammenarbeit mit Verbündeten in der Außen- und Sicherheitspolitik wird von Personen mit geringem Haushaltseinkommen (bis 2.000 Euro), einer Wahlabsicht für die AfD sowie Ostdeutschen und Personen ohne Migrationshintergrund weniger stark befürwortet als von den entsprechenden Vergleichsgruppen. Ungeachtet dieser Unterschiede erfährt der Multilateralismus als außenpolitisches Leitprinzip in allen soziodemografischen Teilgruppen mehrheitlich Zuspruch.

Einstellungen zur Rolle des Bundestags beim Einsatz der Bundeswehr

Neben den außen- und sicherheitspolitischen Grundhaltungen kommt der Einstellung zum Parlamentsvorbehalt bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr eine besondere Bedeutung zu: Auslandseinsätze der Bundeswehr bedürfen der konstitutiven Zustimmung des Deutschen Bundestags, was den besonderen Charakter der Bundeswehr als Parlamentsarmee betont. Die Einstellung der Befragten zu dieser Rolle des Bundestags gibt also Aufschluss über ihre Haltung zur Konzeption der Bundeswehr als Parlamentsarmee. Im Zuge der Vertiefung der europäischen Verteidigungszusammenarbeit wird der Parlamentsvorbehalt in der deutschen Politik kontrovers diskutiert, könnte sich dieser doch als mögliches Hindernis auf dem Weg zu einer gemeinsamen europäischen Armee erweisen. Ungeachtet der Perspektive, die man in dieser Debatte einnimmt, würden „gemeinsame Streitkräfte die EU-Mitglieder zwingen, ihre nationalen Entscheidungsprozesse zu harmonisieren, um so die Reaktionsfähigkeit zu erhöhen. Damit müsste eine tragfähige Regelung für den deutschen Parlamentsvorbehalt gefunden werden“ (Kamp 2015: 3).

Abbildung 5.6: Aussagen zur Rolle des Bundestags bei Einsätzen der Bundeswehr



Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst. Vgl. 2018: Differenz Zustimmung 2019 zu 2018.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2018 und 2019.

Zum Verhältnis zwischen Bundesregierung und Bundestag bei Entscheidungen über militärische Einsätze und Angelegenheiten zeigt sich ein eindeutiges Meinungsbild: Während 24 Prozent befürworten (keine Veränderung gegenüber 2018), dass die Bundesregierung in militärischen Angelegenheiten allein und ohne Mitwirkung des Bundestags handeln können sollte, lehnt dies eine absolute Mehrheit (50 Prozent; -2 Prozentpunkte) ab (vgl. Abbildung 5.6). Eindeutiger ist die Zustimmung bei der zweiten Frage zu diesem Thema: 66 Prozent (-2 Prozentpunkte) der Befragten sind dafür, dass die Bundeswehr nur mit Zustimmung des Bundestags in Einsätze entsendet werden sollte. Nur 11 Prozent der Befragten lehnen dies ab.

Eine klare Mehrheit der deutschen Bevölkerung unterstützt somit die Mitsprache des Deutschen Bundestags in militärischen Angelegenheiten im Allgemeinen und bei der Entsendung der Bundeswehr in Auslandseinsätze im Besonderen. Aus diesem Befund lässt sich ableiten, dass die Mehrheit der Bevölkerung die Konzeption der Bundeswehr als Parlamentsarmee befürwortet bzw. einer der Legislative weitgehend entzogenen „Exekutivarmee“ kritisch gegenübersteht. Ob und wie sich die Haltung der Befragten zum Parlamentsvorbehalt auf ihre Befürwortung der EU-Verteidigungszusammenarbeit auswirkt, wird u.a. nachfolgend untersucht.

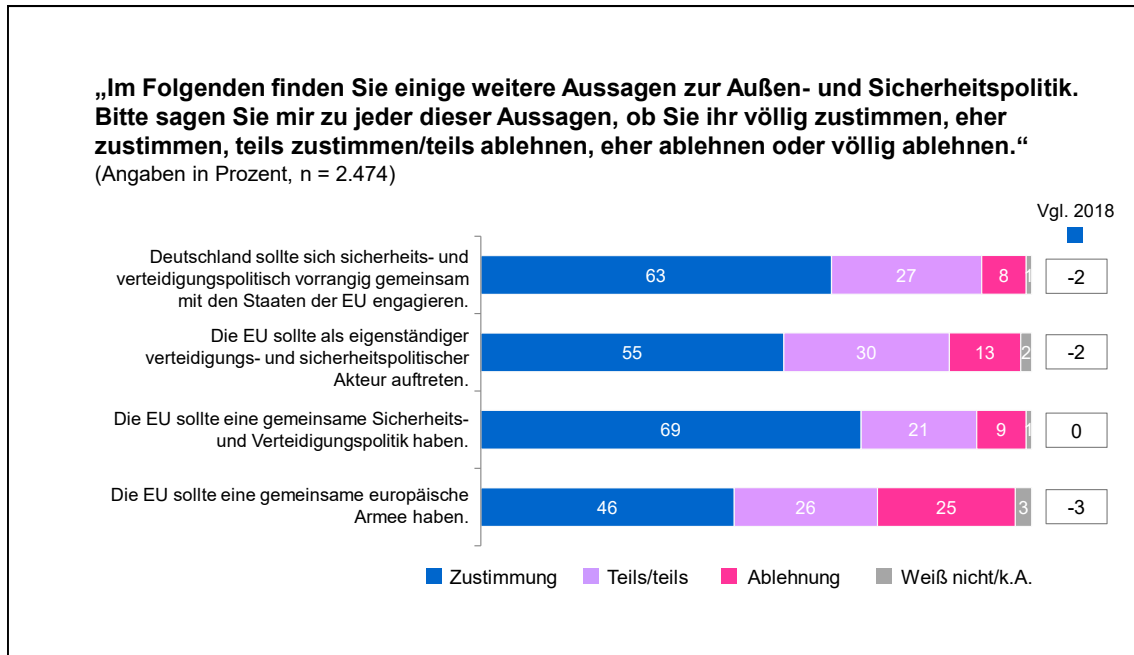
Bewertungen der Verteidigungszusammenarbeit im Rahmen der EU

Die europäische Verteidigungskooperation im Rahmen der EU schreitet seit Kurzem in großen Schritten voran. Ende 2017 beschlossen 25 EU-Mitgliedsstaaten die SSZ/PESCO, die eine engere Kooperation im Bereich der Verteidigung ermöglicht. Ebenfalls im Jahr 2017 wurde der Europäische Verteidigungsfonds (englisch: European Defence Fund, EDF) ins Leben gerufen, der die gemeinschaftliche Entwicklung und Beschaffung neuer Rüstungsgüter in Europa unterstützen soll. Zusätzlich nehmen seit 2017 alle EU-Mitgliedsstaaten an der Koordinierten Jährlichen Überprüfung der Verteidigung teil (englisch: Coordinated Annual Review on Defence, CARD), in der sie sich gegenseitig über ihre Verteidigungsausgaben und Planungsvorhaben unterrichten.

Die Ergebnisse in Abbildung 5.7 zeigen, dass die deutsche Bevölkerung der Vertiefung der europäischen Verteidigungszusammenarbeit insgesamt positiv gegenübersteht. Eine klare Mehrheit vertritt die Auffassung, dass sich Deutschland sicherheits- und verteidigungspolitisch vorrangig gemeinsam mit den Staaten der EU engagieren sollte (63 Prozent; -2 Prozentpunkte im Vergleich zu 2018; vgl. auch Abbildung 5.4) und die EU als eigenständiger sicherheits- und verteidigungspolitischer Akteur auftreten (55 Prozent; -2 Prozentpunkte) sowie eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik haben sollte (69 Prozent; keine Veränderung zu 2018). Skeptischer sind die Befragten hingegen

bei der Aussage, dass die EU eine gemeinsame europäische Armee haben sollte (46 Prozent Zustimmung; -3 Prozentpunkte). Im Vergleich zum Vorjahr hat die öffentliche Zustimmung zur europäischen Verteidigungszusammenarbeit insgesamt leicht abgenommen.

Abbildung 5.7: Aussagen zur europäischen Verteidigungszusammenarbeit



Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst. Vgl. 2018: Differenz Zustimmung 2019 zu 2018.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2018 und 2019.

Nachfolgend wird untersucht, ob es zwischen den soziodemografischen Gruppen Unterschiede in der Einstellung zur europäischen Verteidigungskooperation gibt. Dazu wurden die Antworten auf die drei Einzelfragen zur europäischen Verteidigungszusammenarbeit im Rahmen der EU („Die EU sollte ...“; vgl. Abbildung 5.7) auf den Wertebereich 0 (völlige Ablehnung) bis 1 (völlige Zustimmung) umkodiert und in einer Indexvariable zusammengefasst.²¹ Die Frage zum sicherheits- und verteidigungspolitischen Engagement Deutschlands in der EU wird hiervon separat betrachtet. Zur besseren Vergleichbarkeit wurde auch diese Variable auf den Wertebereich von 0 (völlige Ablehnung) bis 1 (völlige Zustimmung) umkodiert. Ein Mittelwert von 0,5 entspricht in beiden Fällen einer ambivalenten Einstellung.

²¹ Die Berechnung einer Indexvariable erscheint aus empirischer Sicht legitim, da die drei Items eine akzeptable Skalenreliabilität aufweisen (Cronbachs alpha = 0,70).

Tabelle 5.5: Einstellung zur europäischen Verteidigungszusammenarbeit in soziodemografischen Gruppen

„Im Folgenden finden Sie einige weitere Aussagen zur Außen- und Sicherheitspolitik. Bitte sagen Sie mir zu jeder dieser Aussagen, ob Sie ihr völlig zustimmen, eher zustimmen, teils zustimmen/teils ablehnen, eher ablehnen oder völlig ablehnen.“ (Mittelwerte)		
	EU-Zusammenarbeit	Deutsches Engagement
Insgesamt	0,65	0,70
Geschlecht	n.s.	n.s.
Männer	0,66	0,69
Frauen	0,64	0,70
Alter	n.s.	n.s.
16 bis 29 Jahre	0,63	0,68
30 bis 49 Jahre	0,66	0,70
50 bis 69 Jahre	0,65	0,70
70 Jahre und älter	0,66	0,70
Bildungsniveau	*	n.s.
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	0,64	0,70
Realschulabschluss	0,64	0,69
Hauptschulabschluss	0,67	0,70
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat	*	n.s.
4.001 Euro und mehr	0,67	0,70
2.001 bis 4.000 Euro	0,65	0,70
Bis 2.000 Euro	0,63	0,69
Wahlabsicht Bundestagswahl	***	***
CDU/CSU	0,68	0,71
SPD	0,68	0,72
AfD	0,58	0,63
FDP	0,67	0,72
Die Linke	0,64	0,71
Bündnis 90/Die Grünen	0,66	0,72
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	0,62	0,66
Region	***	n.s.
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	0,67	0,69
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	0,64	0,71
Süddeutschland (BW, BY)	0,68	0,70
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	0,62	0,68
Migrationshintergrund	**	*
Ja	0,68	0,72
Nein	0,64	0,69

Anmerkungen: Beide Variablen haben einen Wertebereich von [0; 1]; Varianzanalysen, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05). Der Signifikanztest für die Varianzanalyse gibt an, ob sich der Mittelwert mindestens einer Gruppe von dem Mittelwert mindestens einer anderen Gruppe unterscheidet.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2019.

Die Ergebnisse in Tabelle 5.5 zeigen eindeutige Mehrheiten für die militärische und verteidigungspolitische Kooperation im Rahmen der EU (Mittelwerte 0,65 bzw. 0,70). Die Mittelwertvergleiche verdeutlichen außerdem, dass es insgesamt nur wenige statistisch signifikante Unterschiede zwischen den soziodemografischen Teilgruppen gibt und in allen Gruppen ein positives Meinungsbild zur europäischen Verteidigungszusammenarbeit vorherrscht.

Dennoch treten insbesondere hinsichtlich der Wahlabsicht statistisch signifikante Unterschiede zutage. Die Zustimmung zur Verteidigungszusammenarbeit im Rahmen der EU und zum deutschen Engagement in diesem Bereich ist bei den Anhängern der AfD geringer ausgeprägt als bei den anderen Wählergruppen. Signifikante Meinungsunterschiede sind auch zwischen den Regionen feststellbar: Die Bürgerinnen und Bürger in Nord- und Süddeutschland begrüßen die europäische Verteidigungszusammenarbeit im Rahmen der EU stärker als jene in Ost- und Westdeutschland. Des Weiteren fällt auf, dass die Zustimmung zur europäischen Verteidigungszusammenarbeit mit zunehmendem Einkommen leicht ansteigt und bei Befragten mit Hauptschulabschluss stärker ausgeprägt ist als bei Befragten mit höherer Bildung. Abschließend ist festzustellen, dass sich Personen mit Migrationshintergrund stärker für die Vertiefung der europäischen Verteidigungszusammenarbeit aussprechen und auch das deutsche Engagement in dieser Hinsicht stärker unterstützen als Personen ohne Migrationshintergrund.

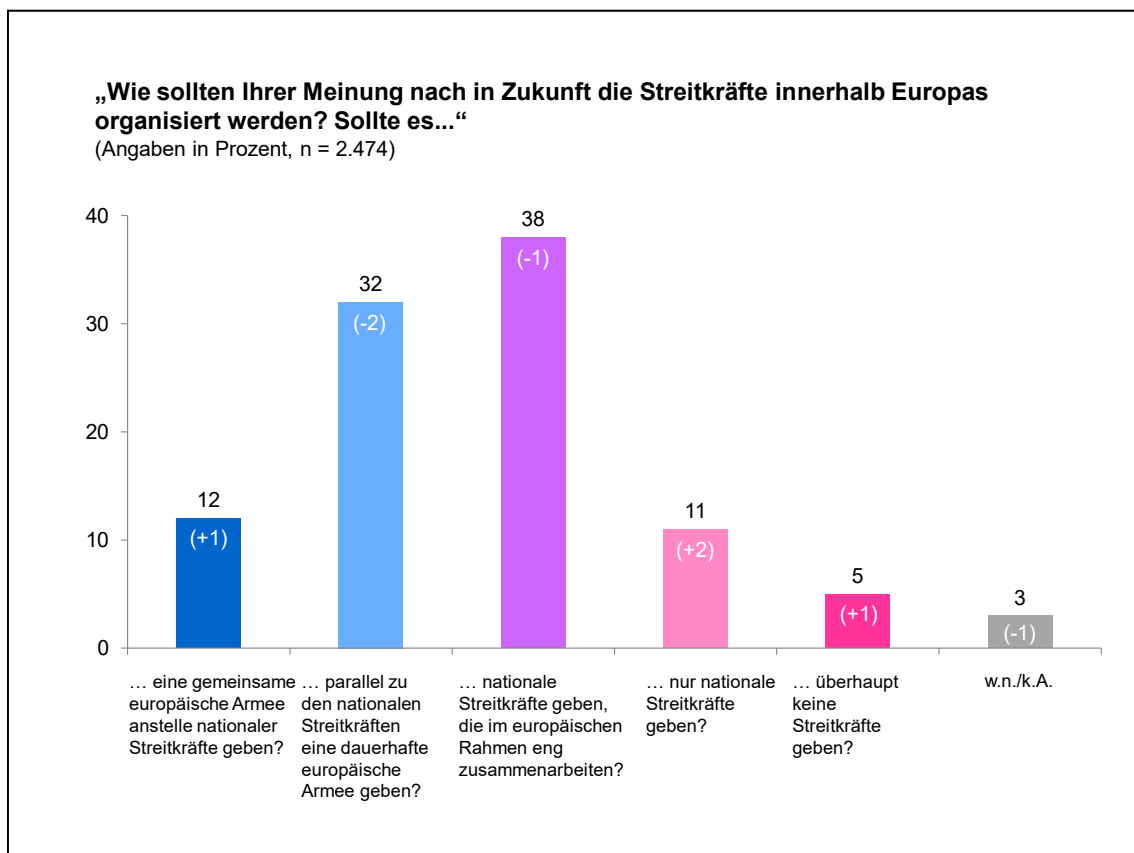
Haltungen zur Schaffung einer gemeinsamen europäischen Armee

Wie die vorangegangene Analyse gezeigt hat, befürwortet eine relative Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Armee im Rahmen der EU. Diese Erkenntnis gibt jedoch keine Auskunft über die Präferenz der Bevölkerung hinsichtlich der Organisation von Streitkräften in Europa oder in der EU. Sollte eine EU-Armee parallel zu den nationalen Streitkräften aufgebaut werden oder diese längerfristig sogar ersetzen? Die Beantwortung dieser Frage hat unabhängig von den Ergebnissen der Bevölkerungsbefragung 2019 weitreichende Folgen für die öffentliche Debatte über die nationale Souveränität der EU-Mitgliedsstaaten innerhalb einer möglichen EU-Verteidigungsunion. Außerdem bleibt unklar, welche konkreten Vor- oder Nachteile die Menschen in der Schaffung einer gemeinsamen europäischen Armee sehen. Nachfolgend werden deshalb die Präferenz der Bürgerinnen und Bürger hinsichtlich der Organisation von Streitkräften in Europa sowie die Einstellungen zu den Gründen für und gegen die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Armee untersucht.

An dieser Stelle ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass es keinen politischen Konsens zur Definition einer „europäischen Armee“ gibt. Die Begriffe „Europäische Armee“,

„wahre europäische Armee“, „EU-Armee“ und „Armee der Europäer“ werden durch unterschiedliche politische Akteure in unterschiedlichen Kontexten unterschiedlich genutzt. Allen Begriffen gemein ist jedoch die Vision der (teilweisen) Integration europäischer Streitkräfte, die über den Status quo der engen militärischen Zusammenarbeit hinausgehen und somit nicht nur bereits vorhandene militärische Strukturen und Fähigkeiten zusammenführen würde, sondern darüber hinaus auch gänzlich neue schaffen würde. Zum jetzigen Zeitpunkt ist die „europäische Armee“ vor allem eine regulative Idee, „die den aktuellen Entscheidungen eine Richtung gibt“ (Bartels 2017: 52).

Abbildung 5.8: Aussagen zur zukünftigen Organisation der Streitkräfte in Europa



Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Veränderungen gegenüber 2018 in Klammern.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2018 und 2019.

Vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Debatte über die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Armee wurden die Umfrageteilnehmerinnen und -teilnehmer zu ihrer Präferenz hinsichtlich der zukünftigen Organisation der Streitkräfte in Europa befragt (vgl. Abbildung 5.8). Der größte Teil der Befragten, 38 Prozent (-1 Prozentpunkt gegenüber 2018), präferiert die enge Zusammenarbeit nationaler Streitkräfte im europäischen Rahmen. Knapp ein Drittel der Befragten (32 Prozent; -2 Prozentpunkte) befürwortet den

Aufbau einer dauerhaften europäischen Armee parallel zu den bestehenden nationalen Streitkräften, während 12 Prozent (+1 Prozentpunkt) sogar dem Aufbau einer gemeinsamen europäischen Armee zustimmen, welche die nationalen Streitkräfte ersetzen würde. Eine vergleichbare Zahl der Befragten (11 Prozent; +2 Prozentpunkte) wünscht sich dagegen eine rein nationale Organisation der Streitkräfte und lediglich 5 Prozent sprechen sich dafür aus, sämtliche Streitkräfte abzuschaffen.

Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung präferiert also eine enge Kooperation nationaler Streitkräfte im Rahmen der EU oder eine noch stärkere Integration der europäischen Streitkräfte. Gleichwohl ist es möglich zu argumentieren, dass eine relative Mehrheit von 44 Prozent den Aufbau dauerhafter europäischer Verteidigungsstrukturen unterstützt, die über den Status quo der engen militärischen Kooperation nationaler Streitkräfte hinausgehen. Im Vergleich zum Vorjahr fällt im Meinungsbild eine leichte Polarisierung auf: Sowohl die Option der rein nationalen Organisation von Streitkräften hat Befürworter dazugewonnen wie auch die Option des Aufbaus einer dauerhaften europäischen Armee anstelle nationaler Armeen. Die moderate Entwicklungsperspektive (EU-Armee parallel zu den nationalen Streitkräften) und der Status quo (enge militärische Zusammenarbeit national organisierter Streitkräfte) haben hingegen in gleichem Maße Fürsprecher verloren.

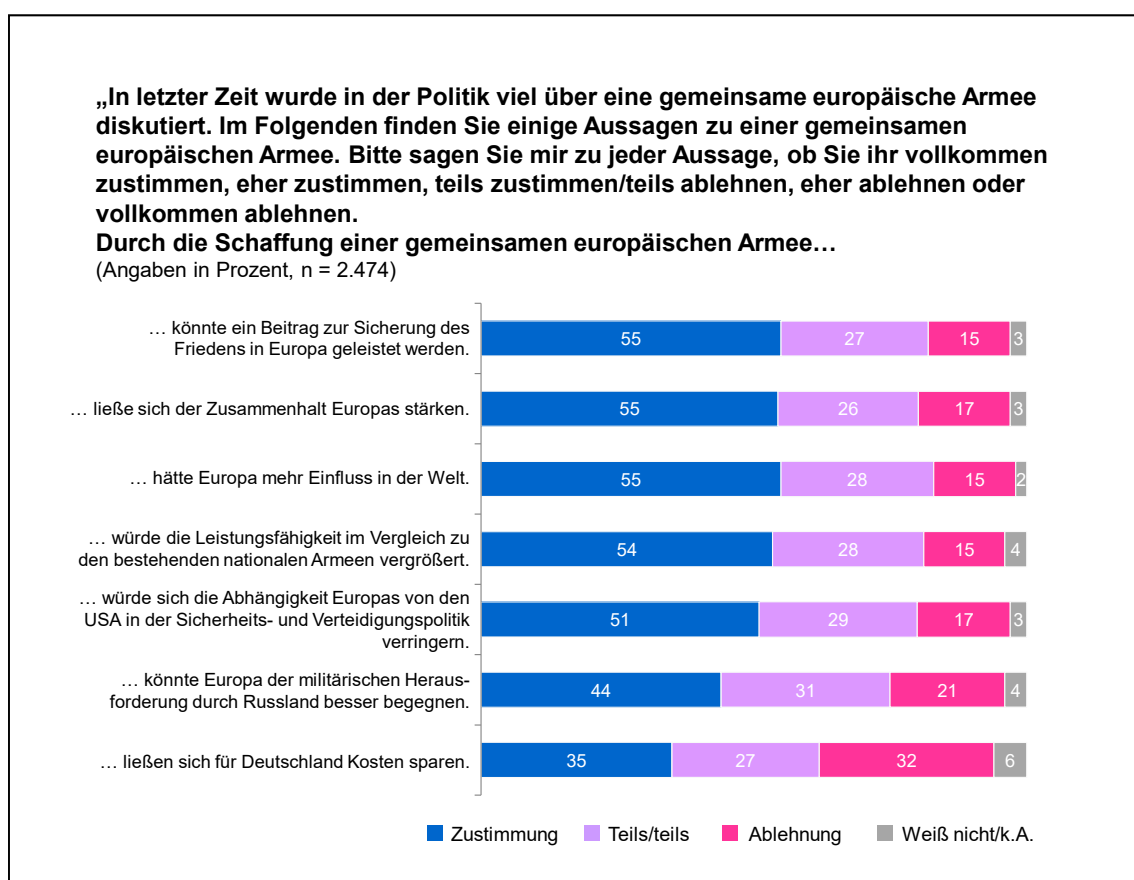
In der aktuellen Debatte wird eine Vielzahl von Gründen für und gegen die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Armee genannt. Die diesjährige Bevölkerungsbefragung des ZMSBw nimmt die häufigsten genannten Gründe auf und präsentiert sie den Befragten als Aussagen. Die Umfrageteilnehmer wurden gebeten, ihre Zustimmung oder Ablehnung zu diesen Aussagen zum Ausdruck zu bringen.²²

Die Ergebnisse in Abbildung 5.9 zeigen, dass absolute Mehrheiten in der deutschen Bevölkerung der Überzeugung sind, dass durch die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Armee ein Beitrag zur Sicherung des Friedens in Europa geleistet werden könnte (55 Prozent Zustimmung), sich der Zusammenhalt Europas stärken ließe (55 Prozent), Europa mehr Einfluss in der Welt hätte (55 Prozent), die Leistungsfähigkeit im Vergleich zu den bestehenden nationalen Armeen vergrößert würde (54 Prozent) und sich die Abhängigkeit Europas von den USA in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik verringern würde (51 Prozent). Eine relative Mehrheit von 44 Prozent ist zudem davon überzeugt,

²² Die Gründe für und gegen die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Armee werden nachfolgend zur Vereinfachung der Darstellung separat präsentiert, obwohl diese in der Umfrage in einer einzigen Itematterie abgefragt wurden, in der die Reihenfolge der Aussagen randomisiert wurde.

dass Europa der militärischen Herausforderung durch Russland besser mit einer gemeinsamen Armee begegnen könnte, etwas weniger als ein Drittel (31 Prozent) ist hier unentschieden und 21 Prozent teilen diese Auffassung nicht. Hinsichtlich der Aussage, dass sich durch die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Armee für Deutschland Kosten sparen ließen, ist die öffentliche Meinung gespalten: 35 Prozent glauben, dass sich Kosten sparen ließen, 27 Prozent sind unentschieden und wiederum 32 Prozent glauben nicht an eine mögliche Kostenersparnis für Deutschland. Der hohe Anteil an verweigerten oder fehlenden Antworten (6 Prozent) lässt zudem darauf schließen, dass in dieser Frage eine hohe Unsicherheit oder Unkenntnis bei den Befragten besteht.

Abbildung 5.9: Gründe für die Schaffung einer europäischen Armee



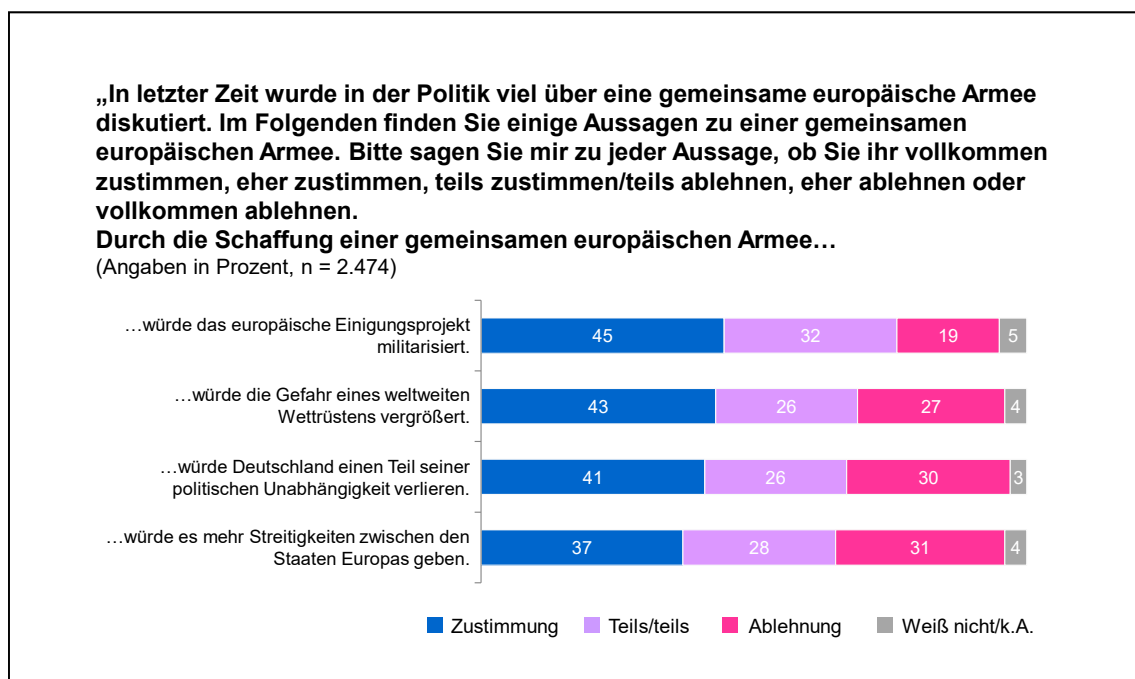
Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2019.

Die Ergebnisse zu weiteren Aussagen in Abbildung 5.10 zeigen aber auch, dass zumindest relative Mehrheiten in der deutschen Bevölkerung auch mögliche negative Konsequenzen durch die Schaffung einer europäischen Armee fürchten. So sind 45 Prozent da-

von überzeugt, dass die Schaffung einer europäischen Armee das europäische Einigungsprojekt militarisieren könnte und 43 Prozent befürchten, dass hierdurch die Gefahr eines weltweiten Wettrüstens vergrößert würde. 41 Prozent sind zudem davon überzeugt, dass Deutschland infolge der Schaffung einer gemeinsamen europäischen Armee einen Teil seiner Souveränität verlieren würde. Bei der Aussage, dass die Schaffung einer europäischen Armee zu mehr Streitigkeiten zwischen den Staaten Europas führen würde, sind sich die Bürgerinnen und Bürger uneins: Jeweils ein Drittel der Befragten fürchtet mehr Streitigkeiten (37 Prozent) bzw. nicht (31 Prozent) und mehr als ein Viertel (28 Prozent) kann oder möchte in dieser Frage keine klare Position beziehen.

Abbildung 5.10: Gründe gegen die Schaffung einer europäischen Armee



Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2019.

Vergleicht man die Zustimmungswerte zu den Gründen für und gegen die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Armee miteinander, so fällt auf, dass die Argumente für eine europäische Armee insgesamt mehr Unterstützung erfahren als die Argumente dagegen. Auch hier zeigt sich also die insgesamt wohlwollende Meinung der deutschen Bevölkerung zur europäischen Verteidigungszusammenarbeit.

Determinanten der Einstellung zur EU-Verteidigungszusammenarbeit

Die nachfolgende Analyse versucht Faktoren zu identifizieren, die die Einstellung der Bevölkerung zur EU-Verteidigungszusammenarbeit beeinflussen. Empirische Studien zeigen, dass die Einstellung der Bürgerinnen und Bürger zur EU-Verteidigungskooperation (oft wird nur die Haltung zur Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) betrachtet) maßgeblich durch die außen- und sicherheitspolitischen Grundhaltungen (Endres 2018; Graf 2018; Irondelle et al. 2015; Mader 2015; Steinbrecher 2018e) sowie die Verbundenheit mit der Nation und der EU (Graf 2018; Kentmen 2010; Schoen 2008; Steinbrecher 2018e) beeinflusst wird.²³ Die Einflüsse dieser Faktoren wurden in empirischen Analysen jedoch bislang getrennt voneinander betrachtet, weil kein Datensatz existierte, der Informationen sowohl zu den außen- und sicherheitspolitischen Grundhaltungen als auch zur Verbundenheit mit der EU enthält. Die ZMSBw-Bevölkerungsbefragung erlaubt es nun, die Einflüsse beider Faktoren auf die Einstellung zur EU-Verteidigungszusammenarbeit „gleichzeitig“, d.h. unter gegenseitiger Berücksichtigung, zu bestimmen. Hierzu wird eine Reihe von multiplen linearen Regressionsanalysen durchgeführt. Die Indexvariable „EU-Zusammenarbeit“ aus der vorangegangenen bivariaten Analyse (vgl. Tabelle 5.5) dient als abhängige, d.h. zu erklärende Variable. Die Verbundenheit mit der EU und Deutschland sowie die außen- und sicherheitspolitischen Grundhaltungen gehen als primäre Erklärungsvariablen in die Analyse ein. Die soziodemografischen Merkmale der Befragten und die Wahlabsicht für die AfD dienen als Kontrollvariablen. Letztere Variable findet im Modell Berücksichtigung, weil die Ergebnisse in Tabelle 5.5 bereits deutlich gemacht haben, dass sich die Wähler der AfD signifikant von den anderen Wählergruppen in ihrer Einstellung zur europäischen Verteidigungszusammenarbeit unterscheiden (ihre Zustimmung fällt deutlich geringer aus).

Neben den außen- und sicherheitspolitischen Grundhaltungen und der Verbundenheit mit der EU und Deutschland müssen auch die verteidigungspolitischen Einstellungen der Umfrageteilnehmer als relevante Erklärungsgrößen berücksichtigt werden. Hierzu zählen insbesondere das Interesse an Verteidigungspolitik, die Haltung zur Bundeswehr, die Einstellung zur NATO sowie die Befürwortung der parlamentarischen Kontrolle der Streitkräfte. Letzteres ist von besonderer Bedeutung, da der deutsche Parlamentsvorbehalt bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr oftmals als Argument gegen die Schaffung einer eu-

²³ Einzig die Studien von Endres (2018) und Mader (2015) lassen Rückschlüsse für Deutschland zu, da alle anderen Studien „gepoolte“ Datensätze mit Umfragedaten aus verschiedenen EU-Mitgliedsstaaten verwenden. Diese Analysen zeigen, dass insbesondere die Grundhaltungen Multilateralismus und Internationalismus einen statistisch signifikanten und positiven Effekt auf die Einstellung zur europäischen Verteidigungszusammenarbeit im Rahmen der EU haben.

ropäischen Armee oder einer vertieften europäischen Verteidigungszusammenarbeit angeführt wird (siehe oben). Die Sorge steht im Raum, dass die Schaffung gesamteuropäischer Verteidigungsstrukturen und die damit notwendigen Reformen politischer Entscheidungsprozesse zu einem Verlust der Kontrolle des Deutschen Bundestags über die Streitkräfte führen könnten. Vor dem Hintergrund dieser Debatte ist anzunehmen, dass Personen, die sich für die Kontrolle der Streitkräfte durch den Bundestag aussprechen, dem weiteren Ausbau gesamteuropäischer Verteidigungsstrukturen skeptischer gegenüberstehen als Personen, die der parlamentarischen Kontrolle der Streitkräfte eine geringe Bedeutung beimessen. Eine positive Einstellung zur NATO – so die Annahme – sollte mit einer positiven Einstellung zur europäischen Verteidigungszusammenarbeit einhergehen (siehe oben). Jedoch könnte diese Beziehung statistisch insignifikant werden, wenn die Einstellung der Befragten zum außen- und sicherheitspolitischen Leitprinzip des Multilateralismus berücksichtigt wird. Für die Haltung zur Bundeswehr und das Interesse an Verteidigungspolitik lassen sich keine klaren Hypothesen formulieren.

Die Verbundenheit mit der EU bzw. Deutschland wurde durch das folgende Item erfasst: „Bitte sagen Sie mir, wie stark Sie sich verbunden fühlen mit der Europäischen Union/ Deutschland“. Die Operationalisierung der außenpolitischen Grundhaltungen weicht von den in Tabelle 5.4 dargestellten Indexvariablen ab, da diese über eine geringe Skalenreliabilität verfügen. Um die Unterschiede in der Operationalisierung zu kennzeichnen, wird der Variablenname um den Zusatz „alternativ“ ergänzt. „Militarismus alternativ“ wird durch eine Indexvariable operationalisiert, die die Zustimmung zum Einsatz der Bundeswehr als Mittel der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik erfasst.²⁴ „Internationalismus alternativ“ wird durch das Item „Deutschland sollte eine aktivere Rolle in der Weltpolitik spielen“ operationalisiert, „Multilateralismus alternativ“ durch das Item „Bei einer internationalen Krise sollten sich Deutschland und seine Verbündeten auf eine gemeinsame Haltung einigen“ und „Atlantizismus alternativ“ durch das Item „In außenpolitischen Fragen sollte Deutschland in Übereinstimmung mit den USA handeln“. Alle Variablen wurden so umkodiert (Maximalwert 1; Minimalwert 0), dass höhere Werte eine stärkere Ausprägung der jeweiligen Grundorientierung repräsentieren. Insgesamt werden

²⁴ Die Items, die zur Berechnung der Indexvariable „Militarismus alternativ“ verwendet wurden (Zustimmung zu Kampf-, Stabilisierungs- und Ausbildungseinsätzen der Bundeswehr als Mittel der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik; vgl. Abbildung 5.3), weisen eine gute Skalenreliabilität auf (Cronbachs alpha = 0,74). Die Indexvariable „Militarismus alternativ“ weicht somit auch von der Variable „Robuste Mittel“ ab (vgl. Tabelle 5.3), welche zusätzlich zu den verschiedenen Einsätzen der Bundeswehr auch Wirtschaftssanktionen, Waffenlieferungen an befreundete Staaten und Polizeieinsätze im Ausland einschließt.

fünf Modelle berechnet. Zunächst werden die verschiedenen Erklärungs- und Kontrollvariablen getrennt voneinander betrachtet (vgl. Modelle I–IV), damit die Effekte der jeweiligen Indikatoren auf die Einstellung zur EU-Verteidigungskooperation separat geschätzt werden können. Anschließend wird umfassend getestet, inwieweit sich die Erklärungsfaktoren und Kontrollvariablen wechselseitig überlagern oder aufheben (vgl. Modell V).

Die *Verbundenheit mit Deutschland und der EU* hat einen statistisch signifikanten und positiven Einfluss und erklärt 9 Prozent der Varianz in der Einstellung zur europäischen Verteidigungszusammenarbeit: Je stärker die Verbundenheit mit der EU und Deutschland, desto größer ist die Unterstützung für die EU-Verteidigungskooperation (vgl. Tabelle 5.6, Modell I). Der positive Einfluss der Verbundenheit mit der EU entspricht den Ergebnissen bisheriger Forschung (Graf 2018; Kentmen 2010; Schoen 2008; Steinbrecher 2018e). Hinsichtlich des positiven Effekts der nationalen Verbundenheit ist anzumerken, dass andere empirische Studien zur öffentlichen Meinung über die europäische Verteidigungskooperation ähnliche Effekte beobachtet haben, d.h. die bloße Identifikation mit der Nation hat keinen (Schoen 2008) oder einen statistisch signifikanten positiven Einfluss (Steinbrecher 2018e). Die nationale Identifikation in bewusster Abgrenzung zur EU hat hingegen einen statistisch signifikanten negativen Effekt auf die Einstellung zur europäischen Verteidigungskooperation (Schoen 2008; Steinbrecher 2018e).

Die *außen- und sicherheitspolitischen Grundorientierungen* erklären etwas mehr als ein Fünftel (21 Prozent) der Varianz in der Einstellung zur europäischen Verteidigungszusammenarbeit (vgl. Modell II). Je mehr die Orientierung der deutschen Außenpolitik an der der USA gewünscht wird (Atlantizismus), desto weniger wird die verteidigungspolitische Zusammenarbeit im Rahmen der EU befürwortet. Internationalismus, Militarismus und Multilateralismus weisen dagegen positive Einflüsse auf: Je stärker eine aktive deutsche Außenpolitik sowie außenpolitisches Handeln in Absprache mit Verbündeten befürwortet und je mehr der Einsatz militärischer Mittel in der Außenpolitik begrüßt wird, desto positiver ist die Einstellung zur europäischen Verteidigungszusammenarbeit. Dieses Ergebnis ist wenig überraschend, ist doch die vertiefte EU-Verteidigungszusammenarbeit selbst Ausdruck einer internationalistischen, multilateralistischen und einer militaristischen politischen Überzeugung (European Union 2016). Wer also diese außen- und sicherheitspolitischen Grundhaltungen teilt, ist auch eher geneigt, die EU-Verteidigungskooperation zu befürworten als die Unilateralisten, Isolationisten und Anti-Militaristen in der deutschen Bevölkerung.

Der positive Effekt der multilateralistischen und internationalistischen Grundhaltungen deckt sich mit den empirischen Befunden anderer deutscher Forschungsarbeiten zu diesem Thema (z.B. Endres 2018; Mader 2015). Vergleichsweise überraschend ist jedoch der positive Effekt der militaristischen Grundhaltung, der den bisherigen Befunden der deutschen Forschungsliteratur entgegensteht (ebd.). Wichtig ist dabei die Feststellung, dass der statistisch signifikante und positive Effekt nicht das Ergebnis der hier verwendeten alternativen Operationalisierung ist, denn der Einfluss der militaristischen Grundhaltung ist selbst dann statistisch signifikant, wenn die sonst übliche Operationalisierung (vgl. Tabelle 5.4) im gleichen Regressionsmodell verwendet wird (vgl. Modell II).²⁵

Die *verteidigungspolitischen Einstellungen* der Befragten erklären insgesamt 11 Prozent der Varianz in der Einstellung zur europäischen Verteidigungszusammenarbeit (vgl. Modell III). Die Unterstützung zur europäischen Verteidigungszusammenarbeit steigt mit dem allgemeinen Interesse an Verteidigungspolitik an. Der positive Effekt der Haltung zur Bundeswehr zeigt, dass eine positivere Einstellung zu den nationalen Streitkräften mit einer positiveren Einstellung zur militärischen Zusammenarbeit in Europa einhergeht. Sehr viel stärker wirkt sich im Vergleich aber die Einstellung zur NATO aus. Wie bereits an anderer Stelle erwähnt, zeigt sich auch hier, dass die Einstellung zur NATO und zur EU-Kooperation eine positive Beziehung zueinander aufweisen: Je positiver die Einstellung zur NATO, desto positiver ist auch die Einstellung zur europäischen Verteidigungszusammenarbeit. Beide Einstellungen sind Ausdruck der grundlegenden Befürwortung einer multilateralen Ausrichtung der deutschen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Daher ist es interessant, zu prüfen, ob diese Beziehung auch dann noch signifikant bleibt, wenn die Einstellung der Befragten zum Multilateralismus in der Analyse kontrolliert wird (vgl. Modell V). Die Einstellung zur parlamentarischen Kontrolle der Streitkräfte hat zwar einen statistisch signifikanten negativen Einfluss auf die Unterstützung der europäischen Verteidigungszusammenarbeit, dieser ist aber sehr schwach. Die kontroverse Debatte in der deutschen Politik über den Parlamentsvorbehalt als möglichen Stolperstein auf dem Weg zu gesamteuropäischen Verteidigungsstrukturen spiegelt sich in den Einstellungen der Bundesbürgerinnen und -bürger somit nur bedingt wider.

Die *Kontrollvariablen* haben insgesamt einen äußerst geringen Einfluss auf die Einstellung zur europäischen Verteidigungskooperation (vgl. Modell IV), was insbesondere durch das korrigierte R^2 von 0,02 verdeutlicht wird, d.h. die Kontrollvariablen erklären

²⁵ Multiple lineare Regressionsanalyse mit der traditionellen Operationalisierung der militaristischen Grundhaltung: Standardisierte Regressionskoeffizienten: Atlantizismus ($\beta = 0,00$; $p = 0,918$); Internationalismus ($\beta = 0,21$; $p < 0,001$); Militarismus ($\beta = 0,09$; $p < 0,001$); Multilateralismus ($\beta = 0,31$; $p < 0,001$). Erklärte Varianz (R^2): 17 Prozent. $n = 1.514$.

insgesamt nur 2 Prozent der Varianz in der Einstellung zur europäischen Verteidigungszusammenarbeit. Dennoch sind einzelne statistisch signifikante Effekte feststellbar: So weisen Befragte mit einem hohen Haushaltseinkommen (ab 4.001 Euro) eine signifikant positivere Einstellung zur europäischen Verteidigungszusammenarbeit im Rahmen der EU auf als jene mit mittlerem oder niedrigem Einkommen. Auch Männer und Personen mit Migrationshintergrund befürworten die EU-Verteidigungszusammenarbeit stärker als Frauen oder Befragte ohne Migrationshintergrund. Eine Wahlabsicht für die AfD hat hingegen einen negativen Einfluss. Diese Beobachtungen decken sich mit den Ergebnissen der bivariaten Analyse in Tabelle 5.5.

Tabelle 5.6: Determinanten der Einstellung zur EU-Verteidigungszusammenarbeit

	Modell I	Modell II	Modell III	Modell IV	Modell V
<i>Verbundenheit</i>					
Deutschland	0,11***				0,04
Europäische Union	0,25***				0,15***
<i>Außenpolitische Grundhaltungen</i>					
Atlantizismus alternativ		-0,05*			-0,08**
Internationalismus alternativ		0,14***			0,13***
Militarismus alternativ		0,24***			0,17***
Multilateralismus alternativ		0,26***			0,21***
<i>Verteidigungspolitische Einstellungen</i>					
Interesse an Verteidigungspolitik			0,08**		0,03
Haltung zur Bundeswehr ¹			0,10***		-0,02
Einstellung zur NATO ²			0,27***		0,11***
Befürwortung der parl. Kontrolle der Streitkräfte ³			-0,05*		-0,06*
<i>Kontrollvariablen</i>					
Alter				-0,02	-0,04
Frauen				-0,08**	-0,04
Hohe Bildung				-0,05	-0,07*
Niedrige Bildung				0,05	0,05
Haushaltsnettoeinkommen (4.001 Euro und mehr)				0,07*	0,05*
Haushaltsnettoeinkommen (bis 2.000 Euro)				-0,04	-0,01
Migrationshintergrund				0,08**	0,00
Ist/war bei der Bundeswehr				-0,02	-0,04
Wahlabsicht AfD				-0,09**	-0,03
Korrigiertes R ²	0,09	0,21	0,11	0,02	0,25
n	1.522	1.522	1.522	1.522	1.522

Anmerkungen: Wertebereich der abhängigen Variablen [0 – Ablehnung; 1 – Zustimmung]. Alle erklärenden Variablen mit Ausnahme von Alter [16; 101] haben einen Wertebereich von [0; 1]. Analyseverfahren: Multiple lineare Regressionen; standardisierte Regressionskoeffizienten (beta). Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05). ¹Indexvariable gebildet aus der Meinung der Befragten über die Bundeswehr, ihr Vertrauen in die Bundeswehr und dem Ansehen, das die Bundeswehr bei den Befragten genießt (vgl. Abschnitt 6). ²Indexvariable gebildet aus den beiden Aussagen zur NATO (vgl. Abbildung 5.11). ³Indexvariable gebildet aus den beiden Aussagen zur parlamentarischen Kontrolle (vgl. Abbildung 5.6).

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2019.

Abschließend werden in Modell V die *Einflüsse aller Erklärungsvariablen* unter wechselseitiger Berücksichtigung untersucht. Die Ergebnisse dieses Modells zeigen, dass die Effekte der Grundhaltungen in ihrer Stärke und Signifikanz nahezu unverändert bleiben und der Effekt der Verbundenheit mit der EU sich zwar abschwächt, aber statistisch signifikant bleibt, während die Verbundenheit mit Deutschland keinen Einfluss mehr hat, wenn die Einflüsse der anderen Erklärungsvariablen und der Kontrollvariablen berücksichtigt werden. Die Einstellung zur NATO bleibt eine relevante Erklärungsgröße, selbst wenn die Einstellung der Befragten zum Multilateralismus kontrolliert wird, d.h. eine positive Einstellung zur NATO hat einen positiven Einfluss auf die Einstellung zur EU-Verteidigungszusammenarbeit und das über eine multilateralistische Grundhaltung hinaus. Alle übrigen Erklärungs- und Kontrollvariablen haben entweder keinen oder nur einen marginalen Effekt. Ob jemand den weiteren Ausbau der EU hin zu einer Verteidigungsunion befürwortet oder ablehnt, ist also vor allem eine Frage der Verbundenheit mit der EU, der außen- und sicherheitspolitischen Grundüberzeugungen und der Einstellung zu Deutschlands Mitgliedschaft und Engagement in der NATO. Die Einstellung zur parlamentarischen Kontrolle der nationalen Streitkräfte oder die Haltung zur Bundeswehr spielen hingegen (fast) keine Rolle.

Haltungen zur Verteidigungszusammenarbeit im Rahmen der NATO

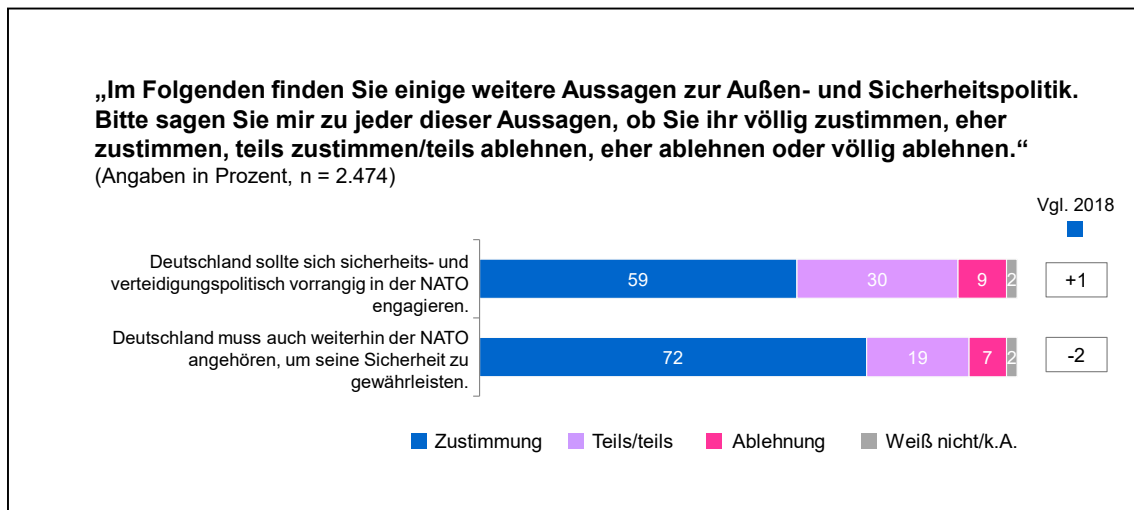
Seit der Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim durch Russland im Jahr 2014 hat die territoriale Bündnisverteidigung im Rahmen der NATO wieder an militärstrategischer Bedeutung gewonnen. Deutschlands Mitgliedschaft in der NATO ist seit nunmehr 70 Jahren eine der zentralen Säulen deutscher Sicherheit. Daher gilt: „Bündnissolidarität ist deutsche Staatsräson“ (Bundesministerium der Verteidigung 2016a: 49).

Die deutsche Bevölkerung weiß um die herausragende Bedeutung der NATO für die Sicherheit Deutschlands: Nahezu drei Viertel der Befragten (72 Prozent; -2 Prozentpunkte im Vergleich zu 2018) stehen hinter Deutschlands Mitgliedschaft im nordatlantischen Verteidigungsbündnis und 59 Prozent (+1 Prozentpunkt) sind der Auffassung, dass sich Deutschland sicherheits- und verteidigungspolitisch vorrangig im Rahmen der NATO engagieren sollte (vgl. Abbildung 5.11).²⁶ Nur eine Minderheit von 9 bzw. 7 Prozent spricht sich gegen Deutschlands Mitgliedschaft in der NATO bzw. Deutschlands vorrangiges sicherheitspolitisches Engagement in der NATO aus. Wie die vorherigen Analysen gezeigt haben, hat eine positive Einstellung zu Deutschlands Mitgliedschaft und Engagement in

²⁶ Eine repräsentative Bevölkerungsbefragung im Auftrag der Körber-Stiftung aus dem Jahr 2018 zeigt, dass 63 Prozent der Bundesbürger eine positive Meinung über die NATO haben (Körber-Stiftung 2018).

der NATO einen positiven Einfluss auf die Unterstützung für die EU-Verteidigungskooperation, d.h. deutsche NATO-Fürsprecher stehen einer Vertiefung der europäischen Verteidigungszusammenarbeit nicht im Wege, sondern eher die erklärten Atlantizisten, die eine engere außen- und sicherheitspolitische Bindung Deutschlands an die USA wünschen (vgl. Tabelle 5.6).

Abbildung 5.11: Aussagen zur Verteidigungszusammenarbeit im Rahmen der NATO



Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst. Vgl. 2018: Differenz Zustimmung 2019 zu 2018.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2018 und 2019.

Haltungen zum Verhältnis zu Russland

Wie eingangs erwähnt, hat die Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim durch Russland im Jahr 2014 zu einem verteidigungspolitischen Umdenken geführt. So stellt das Bundesministerium der Verteidigung im Weißbuch 2016 fest, dass Russland „[d]urch seine auf der Krim und im Osten der Ukraine zutage getretene Bereitschaft, die eigenen Interessen auch gewaltsam durchzusetzen und völkerrechtlich garantierte Grenzen einseitig zu verschieben“, die europäische Sicherheitsordnung offen infrage stelle und somit eine Herausforderung für die europäische und deutsche Sicherheit darstelle (Bundesministerium der Verteidigung 2016a: 31–32). Zugleich wird aber auch auf die Notwendigkeit der Kooperation mit Russland hingewiesen, weshalb im „Umgang mit Russland die richtige Mischung aus kollektiver Verteidigung und dem Aufbau von Resilienz einerseits und Ansätzen kooperativer Sicherheit und sektoraler Zusammenarbeit andererseits“ wichtig sei (Bundesministerium der Verteidigung 2016a: 32). In den deutschen Massenmedien wurde mit Bezug auf Russland seit der letzten ZMSBw-Bevölkerungsbefragung u.a. ausführlich über die gewaltsame Festsetzung ukrainischer Seeleute in der Straße von Kertsch

durch russische Marineeinheiten im November 2018 berichtet, ebenso über die Eskalation der Gewalt durch Russland im Konflikt in Syrien im Frühjahr 2019.

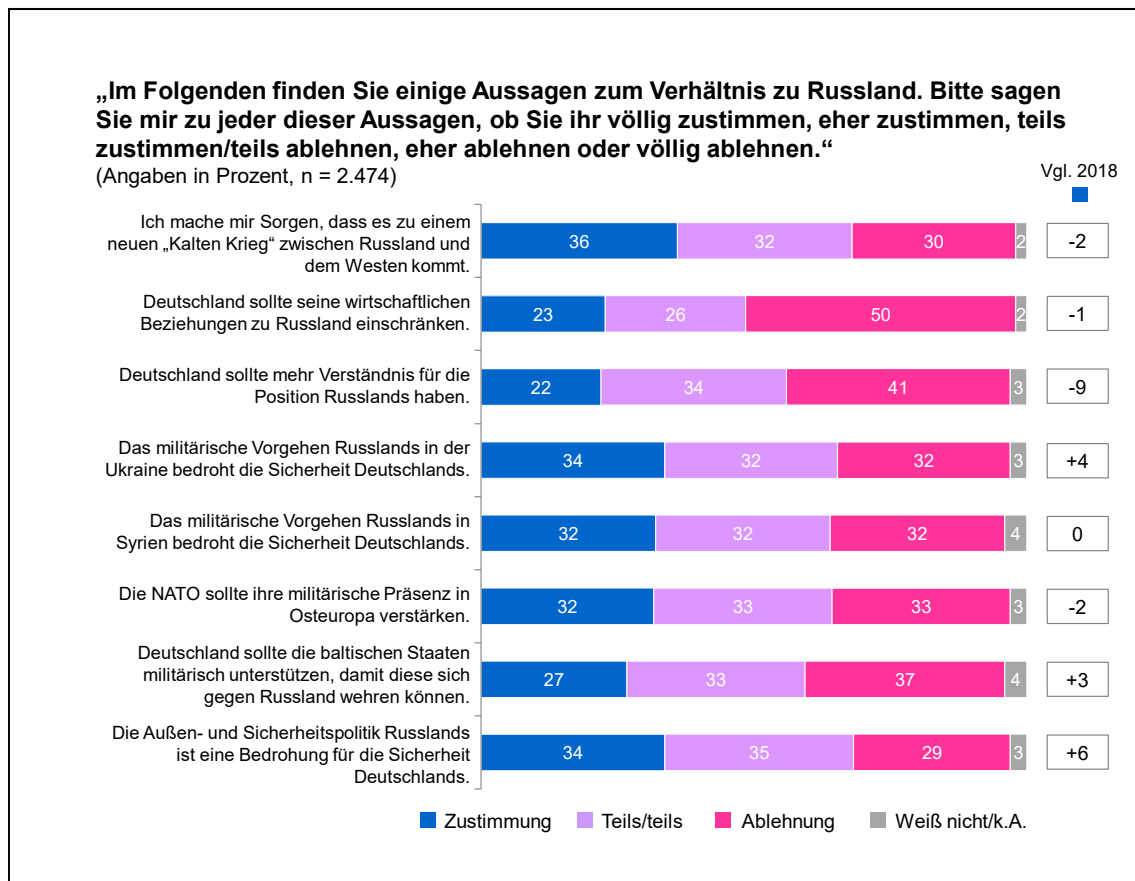
Die öffentliche Meinung über das deutsch-russische Verhältnis ist bzw. bleibt wie bereits im Vorjahr (Graf 2018) von großer Ambivalenz geprägt (vgl. Abbildung 5.12). So macht sich etwas mehr als ein Drittel der Bundesbürgerinnen und -bürger (36 Prozent; -2 Prozentpunkte im Vergleich zu 2018) Sorgen, dass es zu einem neuen Kalten Krieg zwischen Russland und dem Westen kommen könnte. Ein Drittel (32 Prozent) ist geteilter Meinung, während ein knappes Drittel diese Sorge nicht teilt (30 Prozent). Die Einschränkung der wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland wird hingegen von weniger als einem Viertel der Befragten (23 Prozent; -1 Prozentpunkt) unterstützt und von einer Mehrheit von 50 Prozent (+2 Prozentpunkte) abgelehnt. Eine deutliche Meinungsverschiebung im Vergleich zum Vorjahr ist jedoch für die Aussage zu beobachten, dass Deutschland mehr Verständnis für die Position Russlands haben sollte: War die öffentliche Meinung letztes Jahr insgesamt höchst ambivalent, so spricht sich aktuell nur noch eine Minderheit von 22 Prozent (-9 Prozentpunkte) dafür aus, dass Deutschland mehr Verständnis für die Position Russlands haben sollte, während 41 Prozent der Bundesbürger dieser Aussage widersprechen (+6 Prozentpunkte).

Auch das Bedrohungspotenzial, das von Russlands militärischem Vorgehen in der Ukraine für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland ausgeht, wird im Vergleich zum Vorjahr etwas kritischer gesehen, obgleich sich insgesamt wieder ein sehr ambivalentes Meinungsbild ergibt: Ein Drittel der Befragten empfindet Russlands Militäraktivitäten in der Ukraine als eine Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands (34 Prozent; +4 Prozentpunkte), ein Drittel ist geteilter Meinung (32 Prozent) und ein Drittel vermag keine Bedrohung zu erkennen (32 Prozent). Ähnlich ambivalent ist auch die Bewertung des Bedrohungspotenzials, das von Russlands militärischem Vorgehen in Syrien für die Sicherheit Deutschlands ausgeht: 32 Prozent sehen darin eine Bedrohung (keine Veränderung gegenüber 2018), 32 Prozent sind geteilter Meinung und 32 Prozent nehmen keine Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands wahr. Unabhängig von Russlands konkretem militärischem Vorgehen in bestimmten Konflikten wird auch die Außen- und Sicherheitspolitik Russlands im Allgemeinen nur von gut einem Drittel (34 Prozent) der Befragten als Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands empfunden. Dennoch ist diese Bedrohungsperzeption im Vergleich zum Vorjahr deutlich ausgeprägter (+6 Prozentpunkte).

Obwohl im Vergleich zum letzten Jahr ein größerer Teil der Bevölkerung Russland als Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands sieht, schlägt sich diese gesteigerte Bedrohungswahrnehmung nicht in einer größeren Unterstützung für die militärische Verstärkung der NATO-Präsenz in Osteuropa nieder, die jeweils von einem Drittel (32 Prozent;

-2 Prozentpunkte) der Bundesbürger unterstützt und abgelehnt wird (33 Prozent; +3 Prozentpunkte). Auf noch weniger Zustimmung in der deutschen Bevölkerung stößt die militärische Unterstützung der baltischen Staaten durch Deutschland, damit diese sich gegen Russland wehren können (27 Prozent). 33 Prozent sind in dieser Frage geteilter Meinung, während 37 Prozent eine solche Unterstützung ablehnen. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Unterstützung um 3 Prozentpunkte gestiegen und die Ablehnung um 7 Prozentpunkte gesunken, jedoch spiegelt sich erneut die insgesamt skeptische Haltung der deutschen Bevölkerung zu den beiden einsatzgleichen Verpflichtungen der Bundeswehr im Baltikum wider (vgl. Abschnitt 11). Die offizielle Bündnispolitik der Bundesregierung zur Rückversicherung der östlichen NATO-Partner wird also nur von einer Minderheit in der deutschen Bevölkerung unterstützt.

Abbildung 5.12: Aussagen über das Verhältnis zu Russland



Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst. Vgl. 2018: Differenz Zustimmung 2019 zu 2018.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2018 und 2019.

Haltungen zum Verhältnis zu den USA

Die Beziehungen zwischen Deutschland und den USA unterliegen seit dem Amtsantritt von Präsident Donald Trump gewissen Spannungen. Insbesondere Präsident Trumps Kritik an der Lastenteilung innerhalb der NATO und der Höhe der deutschen Verteidigungsausgaben sowie die damit verbundene Androhung eines möglichen amerikanischen Rückzugs aus der NATO haben öffentliche Reaktionen der Bundesregierung hervorgerufen. Auch die Androhung von „Strafzöllen“ auf europäische und insbesondere deutsche Exportprodukte in die USA haben wiederholt für Irritationen in Europa und Deutschland gesorgt. Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen stellte Bundeskanzlerin Merkel im Mai 2018 fest: „Die Zeiten, in denen wir uns auf andere völlig verlassen konnten, die sind ein Stück vorbei. [...] Und deshalb kann ich nur sagen: Wir Europäer müssen unser Schicksal wirklich in unsere eigene Hand nehmen“.²⁷ Bundesaußenminister Heiko Maas plädierte sogar dafür, die transatlantische „Partnerschaft neu zu vermessen“.²⁸ Und Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier gab in einer öffentlichen Rede in den USA über die transatlantischen Beziehungen zu bedenken, dass der „Schaden der heutigen Erschütterung tiefgehender, langfristiger und vor allem irreparabel sein“ könne.²⁹ Die Bundesregierung stellt offenkundig eine Veränderung in den Beziehungen zu den USA fest. Wie beurteilt die deutsche Bevölkerung das Verhältnis zu den USA?

Die Bevölkerungsumfrage des ZMSBw erfasst die öffentliche Meinung zu den transatlantischen Beziehungen ausführlich seit 2017. Vergleiche mit der öffentlichen Meinung über die Beziehungen zu den USA unter Präsident Barack Obama sind also mit diesen Daten nicht möglich. Jedoch zeigen andere repräsentative Umfragen, dass sich die öffentliche Meinung in Deutschland über die USA und die transatlantischen Beziehungen seit dem Amtsantritt von Präsident Trump massiv verschlechtert hat (Pew Research Center 2017). Zudem macht die Forschung zu außen- und sicherheitspolitischen Einstellungen deutlich, dass die Haltung zu einem Land stark von der Bewertung des jeweiligen politischen Spitzenpersonals beeinflusst wird (z.B. Balmas 2018). Die ZMSBw-Bevölkerungsumfrage 2019 ergibt, dass sich die öffentliche Meinung über die USA im Vergleich zum Vorjahr insgesamt etwas verbessert hat (vgl. Abbildung 5.13). Ungeachtet dessen werden

²⁷ Öffentliche Rede der Bundeskanzlerin Angela Merkel am 28. Mai 2018 bei einer Veranstaltung in München (zitiert u.a. auf Spiegel Online: <https://spon.de/aeZeT>).

²⁸ Gastkommentar des Bundesaußenministers Heiko Maas im Handelsblatt vom 21. August 2018.

²⁹ Öffentliche Rede des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier in den USA am 19. Juni 2018, zitiert u.a. im Handelsblatt vom 19. August 2018.

die deutsch-amerikanischen Beziehungen in einigen Aspekten noch immer kritischer beurteilt als das Verhältnis zwischen Deutschland und Russland, insbesondere in sicherheitspolitischen Fragen (vgl. Abbildung 5.12).

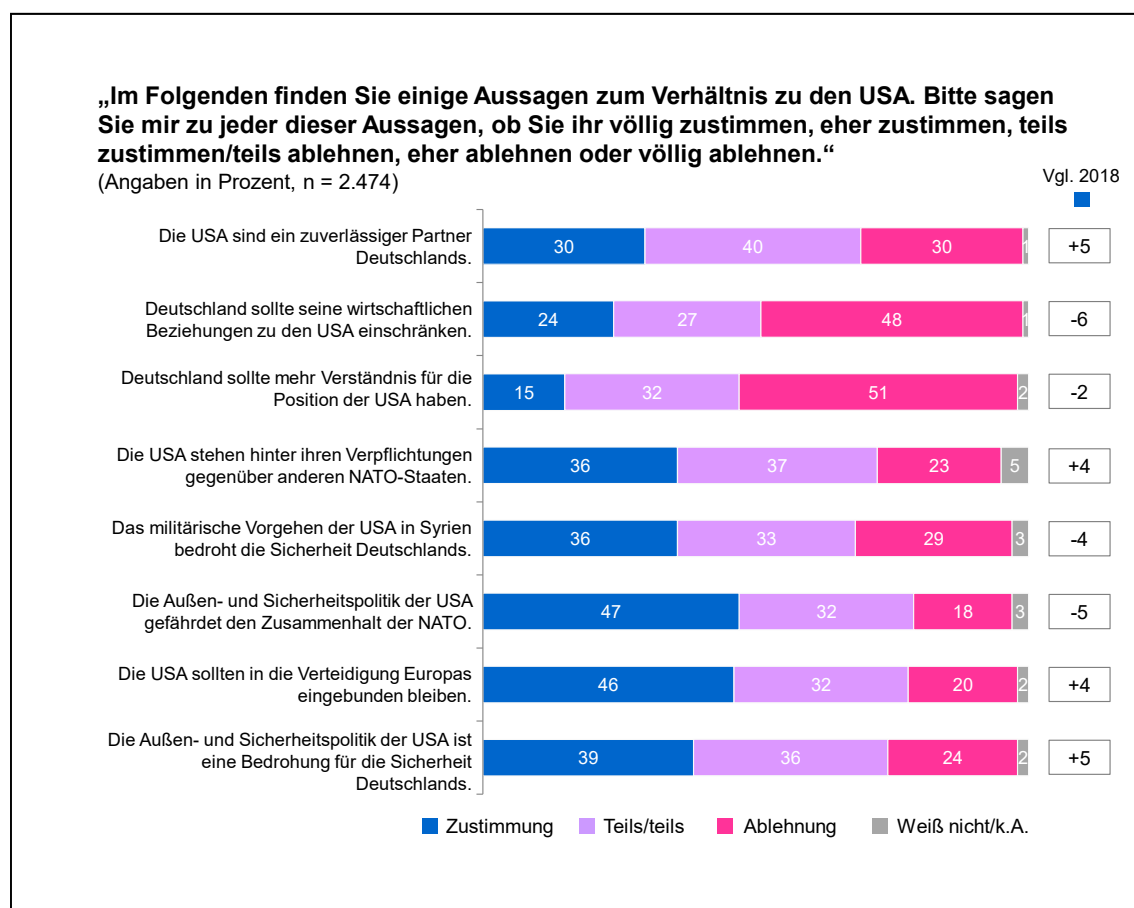
Weniger als ein Drittel (30 Prozent) der deutschen Bevölkerung sieht in den USA einen zuverlässigen Partner für Deutschland. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zustimmung jedoch um 5 Prozentpunkte gestiegen. Parallel dazu ist der Anteil derjenigen, die in den USA keinen zuverlässigen Partner sehen, um 7 Prozentpunkte auf 30 Prozent gesunken. Deutlich mehr als ein Drittel (40 Prozent) der Befragten ist in dieser Frage unentschieden. Nur noch ein knappes Viertel (24 Prozent) der Bevölkerung spricht sich für eine Einschränkung der wirtschaftlichen Beziehungen zu den USA aus. Das sind 6 Prozentpunkte weniger als noch 2018, aber der Wert ist fast identisch mit der entsprechenden Einstellung gegenüber Russland (vgl. Abbildung 5.12). Eine relative Mehrheit von 48 Prozent lehnt derartige Maßnahmen jedoch ab (+9 Prozentpunkte gegenüber 2018). Etwas mehr als ein Viertel (27 Prozent) der Bundesbürgerinnen und -bürger ist in dieser Frage unentschieden.

Weniger Zustimmung als im Vorjahr erfährt die Aussage, dass Deutschland mehr Verständnis für die Position der USA haben sollte. Lediglich 15 Prozent (-2 Prozentpunkte im Vergleich zu 2018) teilen diese Auffassung und eine absolute Mehrheit von 51 Prozent lehnt sie ab. Zum Vergleich: 22 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass Deutschland der Position Russlands mehr Verständnis entgegenbringen sollte. Die deutsche Bevölkerung ist also eher geneigt, gegenüber Russland mehr Verständnis zu zeigen als gegenüber den USA.

Die Glaubwürdigkeit der USA als NATO-Partner hat sich im Vergleich zum Vorjahr leicht verbessert. Ein Drittel (36 Prozent; +4 Prozentpunkte) der Bürgerinnen und Bürger ist davon überzeugt, dass die USA zu ihren Verpflichtungen gegenüber anderen NATO-Staaten stehen. Eine relative Mehrheit der Befragten (37 Prozent) ist in diesem Punkt geteilter Meinung und 23 Prozent scheinen ihr Vertrauen bereits verloren zu haben. Mit 5 Prozent ist der Anteil derjenigen, die keine Meinung zu diesem Aspekt haben oder ihre Meinung nicht äußern wollen, vergleichsweise hoch. Es hat also den Anschein, dass hinsichtlich der NATO-Bündnistreue der USA in der Bevölkerung nicht nur Skepsis vorherrscht, sondern auch einige Verwirrung. Eine relative Mehrheit (47 Prozent) sieht außerdem den Zusammenhalt der NATO durch die aktuelle Außen- und Sicherheitspolitik der USA gefährdet. Das sind 5 Prozentpunkte weniger als im Vorjahr. Diese positiven Veränderungen in der öffentlichen Meinung über die USA als NATO-Partner sind insofern bemerkenswert, als dass die Trump-Regierung seit der Bevölkerungsbefragung 2018

ihre Kritik an Deutschlands Verteidigungsausgaben und den sich – aus ihrer Sicht – daraus ergebenden Verfehlungen von NATO-Vorgaben eher verstärkt und Deutschland daraufhin wiederholt mit möglichen Konsequenzen gedroht hat. Im Vergleich zum Vorjahr wünschen sich dennoch mehr Bundesbürger, dass die USA auch zukünftig in die Verteidigung Europas eingebunden bleiben (46 Prozent; +4 Prozentpunkte) und das, obwohl die Außen- und Sicherheitspolitik der USA von 39 Prozent der Bürgerinnen und Bürger als Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands wahrgenommen wird (+5 Prozentpunkte zu 2018). Weniger als ein Viertel der Befragten vermag in der Außen- und Sicherheitspolitik der USA keine Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands zu erkennen und 36 Prozent der Befragten sind geteilter Meinung. Auch in diesem Punkt werden die USA kritischer beurteilt als Russland, dessen Außen- und Sicherheitspolitik von 34 Prozent als Bedrohung für Deutschlands Sicherheit gesehen wird (vgl. Abbildung 5.12).

Abbildung 5.13: Aussagen über das Verhältnis zu den USA



Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst. Vgl. 2018: Differenz Zustimmung 2019 zu 2018.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2018 und 2019.

Das militärische Vorgehen der USA in Syrien wird hingegen weniger kritisch bewertet als noch im Vorjahr: 36 Prozent der Befragten empfinden dies als Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands (-4 Prozentpunkte), ein Drittel (33 Prozent) der Befragten hat dazu keine klare Meinung und etwas mehr als ein Viertel (29 Prozent) sieht die Sicherheit Deutschlands hierdurch nicht bedroht. Zum Vergleich: Obwohl Russland, anders als die USA und ihre Verbündeten, im Frühjahr 2019 schwere Luftangriffe in Syrien mit zahlreichen zivilen Opfern flog, halten nur 32 Prozent der Befragten das militärische Vorgehen Russlands in Syrien für eine Bedrohung der Sicherheit Deutschlands. Somit fällt die öffentliche Meinung zu den USA in einem weiteren Punkt leicht kritischer aus als zu Russland.

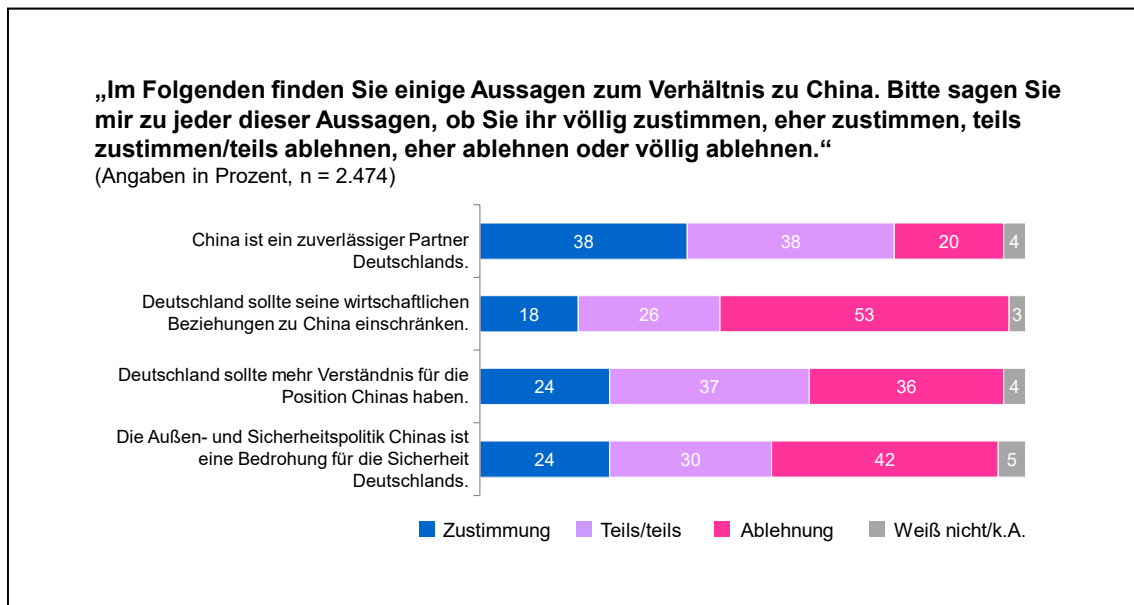
Haltungen zum Verhältnis zu China

Zum ersten Mal enthält die Bevölkerungsbefragung des ZMSBw im Jahr 2019 Fragen zu den bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und der Volksrepublik China. China ist nach den USA und Frankreich Deutschlands drittwichtigster Handelspartner. Beide Nationen pflegen gute Kontakte zueinander. Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass sich Deutschland allem voran wirtschaftspolitisch und weniger sicherheitspolitisch mit China befasst, denn „Politiker und Wirtschaftsvertreter sehen in China einen enormen Markt, der große ökonomische Gewinne verspricht, und verschließen deshalb oftmals die Augen vor den sicherheitspolitischen und politischen Ambitionen Chinas“ (Masala 2018: 18). Dabei sind die sicherheitspolitischen Herausforderungen bereits seit Jahren sichtbar, die sich für die westlichen Staaten aus Chinas rapidem Machtzuwachs und zusehends globaler und aggressiver Machtprojektion ergeben. Hierzu gehören z.B. der enorme Fähigkeitsaufwuchs der chinesischen Streitkräfte (insbesondere der Marine), die vertiefte militärische Zusammenarbeit zwischen China und Russland sowie Chinas militärische Nutzung befestigter Atolle im Südchinesischen Meer unter bewusster Missachtung international geltender Rechtsprechung.

Die Ergebnisse in Abbildung 5.14 zeigen, dass die deutsche Bevölkerung ein vergleichsweise wohlwollendes Bild von den bilateralen Beziehungen zu China hat, zumindest im direkten Vergleich mit den USA und Russland. So sehen 38 Prozent der Befragten in China einen zuverlässigen Partner Deutschlands, 38 Prozent sind geteilter Meinung und 20 Prozent lehnen diese Aussage ab. Somit wird China von einem größeren Teil der deutschen Bevölkerung als zuverlässiger Partner empfunden als die USA (30 Prozent). Auch sprechen sich weniger Bundesbürger für eine Einschränkung der wirtschaftlichen Beziehungen zu China aus (18 Prozent) als zu den USA (24 Prozent) oder Russland (23 Prozent). Ein knappes Viertel (24 Prozent) der Befragten ist der Auffassung, dass Deutsch-

land für die Position Chinas mehr Verständnis aufbringen sollte, während 37 Prozent geteilter Meinung sind und 36 Prozent diese Auffassung ablehnen. Die öffentliche Meinung ist in diesem Punkt also ebenfalls weniger kritisch als im Fall der USA. Auch die Außen- und Sicherheitspolitik Chinas wird nur von einem knappen Viertel (24 Prozent) der Befragten als Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands empfunden und somit deutlich weniger kritisch beurteilt als die Außen- und Sicherheitspolitik der USA (39 Prozent) oder Russlands (34 Prozent).

Abbildung 5.14: Aussagen über das Verhältnis zu China



Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2019.

Internationale Bedrohungsperzeptionen in soziodemografischen Gruppen

Nachfolgend wird untersucht, ob sich die wahrgenommene Bedrohung durch die amerikanische, russische und chinesische Außen- und Sicherheitspolitik zwischen den soziodemografischen Teilgruppen in der deutschen Bevölkerung signifikant unterscheidet. Die Antworten der Befragten wurden so umkodiert, dass ein hoher Wert ein hohes Maß an subjektiver Bedrohung (Maximalwert 1) und ein geringer Wert ein niedriges Maß an subjektiver Bedrohung (Minimalwert 0) repräsentiert. Ein Wert von 0,5 steht für eine ambivalente Bedrohungsperzeption.

Die Ergebnisse in Tabelle 5.7 zeigen, dass es nur wenige statistisch signifikante Unterschiede in den Bedrohungswahrnehmungen zwischen den soziodemografischen Teilgruppen gibt. Des Weiteren fällt auf, dass die Außen- und Sicherheitspolitik der USA von

allen Gruppen als die vergleichsweise größte Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands empfunden wird (Mittelwert 0,55). Die Außen- und Sicherheitspolitik Russlands wird mit einem Mittelwert von 0,51 insgesamt eher neutral beurteilt, was erneut das ambivalente Meinungsbild über Russland in der deutschen Bevölkerung verdeutlicht. Die Politik Chinas wird insgesamt mit einem Mittelwert von 0,43 als eher nicht bedrohlich wahrgenommen.

Die *Außen- und Sicherheitspolitik Russlands* wird von Männern, Personen im Alter von 50 bis 69 Jahren, Anhängern der Linken oder der AfD sowie von den Bürgerinnen und Bürgern in Ostdeutschland im Durchschnitt als weniger bedrohlich empfunden als von den jeweiligen Referenzgruppen. Insbesondere die Anhänger der CDU/CSU und der FDP stehen der Außen- und Sicherheitspolitik Russlands eher kritisch gegenüber. Die Wahrnehmungsunterschiede zwischen den Bildungs- und Einkommensgruppen sowie zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund sind nicht statistisch signifikant.

Die *Außen- und Sicherheitspolitik der USA* wird von jüngeren Befragten (16 bis 29 Jahre) weniger stark als Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands wahrgenommen als von älteren Befragten. Die Politik der USA wird insbesondere von Personen mit höherem Haushaltseinkommen (4.001 Euro und mehr) als größere Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands empfunden als von Personen mit geringerem Einkommen. Der Mittelwert von 0,67 für die höchste Einkommensgruppe ist sogar die mit Abstand am stärksten ausgeprägte Bedrohungswahrnehmung aller untersuchten soziodemografischen Teilgruppen. Zwischen den Bildungsgruppen ergeben sich keine signifikanten Unterschiede, d.h. Personen mit höherer Bildung sehen die Außen- und Sicherheitspolitik der USA ähnlich kritisch wie Personen mit niedrigerer Bildung. Darüber hinaus zeigt sich, dass Personen ohne Migrationshintergrund die Sicherheit Deutschlands durch die Außen- und Sicherheitspolitik der USA eher bedroht sehen als Personen mit Migrationshintergrund. Deutliche Wahrnehmungsunterschiede bestehen auch zwischen den Wählergruppen: Befragte mit einer Wahlabsicht für die AfD sehen die Sicherheit Deutschlands am ehesten durch die Außen- und Sicherheitspolitik der USA gefährdet, die Anhänger der SPD hingegen am wenigsten. Die Bedrohungswahrnehmung der CDU/CSU-Anhänger (Mittelwert 0,57) ist jedoch fast ähnlich stark ausgeprägt wie die der AfD-Anhänger (Mittelwert 0,60), was insofern erstaunlich ist, als dass die CDU/CSU traditionell eine Partei mit starker transatlantischer Ausrichtung war bzw. ist. Die Ergebnisse in Tabelle 5.4 zeigen jedoch, dass selbst die Anhänger der CDU/CSU inzwischen mehrheitlich eine eher anti-atlantizistische Orientierung aufweisen, selbst wenn diese im direkten Vergleich mit den anderen Parteien etwas schwächer ausgeprägt ist. Die Unterschiede zwischen den Geschlechtern, den Bildungsgruppen und den Regionen sind nicht statistisch signifikant.

Tabelle 5.7: Internationale Bedrohungsperzeptionen in soziodemografischen Gruppen

„Im Folgenden finden Sie einige Aussagen zum Verhältnis zu den USA/Russland/China. Bitte sagen Sie mir zu jeder dieser Aussagen, ob Sie ihr völlig zustimmen, eher zustimmen, teils zustimmen/teils ablehnen, eher ablehnen oder völlig ablehnen. Die Außen- und Sicherheitspolitik der USA/Russlands/Chinas ist eine Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands.“ (Mittelwerte)			
	Russland	USA	China
Insgesamt	0,51	0,55	0,43
Geschlecht	**	n.s.	n.s.
Männer	0,50	0,56	0,43
Frauen	0,53	0,55	0,43
Alter	**	*	n.s.
16 bis 29 Jahre	0,53	0,52	0,43
30 bis 49 Jahre	0,51	0,56	0,42
50 bis 69 Jahre	0,49	0,56	0,42
70 Jahre und älter	0,55	0,57	0,46
Bildungsniveau	n.s.	n.s.	n.s.
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	0,52	0,56	0,43
Realschulabschluss	0,50	0,55	0,43
Hauptschulabschluss	0,52	0,56	0,43
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat	n.s.	**	n.s.
4.001 Euro und mehr	0,53	0,67	0,42
2.001 bis 4.000 Euro	0,51	0,54	0,43
Bis 2.000 Euro	0,52	0,57	0,44
Wahlabsicht Bundestagswahl	***	**	***
CDU/CSU	0,55	0,57	0,49
SPD	0,51	0,52	0,41
AfD	0,47	0,60	0,38
FDP	0,55	0,56	0,42
Die Linke	0,46	0,55	0,41
Bündnis 90/Die Grünen	0,52	0,54	0,41
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	0,50	0,54	0,41
Region	*	n.s.	**
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	0,53	0,54	0,45
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	0,48	0,56	0,39
Süddeutschland (BW, BY)	0,52	0,56	0,43
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	0,52	0,55	0,44
Migrationshintergrund	n.s.	**	n.s.
Ja	0,49	0,51	0,41
Nein	0,52	0,56	0,43

Anmerkungen: Alle Variablen haben einen Wertebereich von [0; 1]; Varianzanalysen, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05). Der Signifikanztest für die Varianzanalyse gibt an, ob sich der Mittelwert mindestens einer Gruppe von dem Mittelwert mindestens einer anderen Gruppe unterscheidet.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2019.

In Bezug auf die Bedrohungswahrnehmung der *chinesischen Außen- und Sicherheitspolitik* zeigt sich, dass über alle Teilgruppen hinweg eine ähnliche, eher wohlwollende Meinung vorherrscht (Mittelwert 0,43). Lediglich die Menschen in Ostdeutschland sehen in der chinesischen Politik ein geringeres Bedrohungspotenzial für Deutschland als die Bürgerinnen und Bürger in den anderen Regionen. Statistisch signifikante Meinungsunterschiede bestehen auch zwischen den Wählergruppen, wobei sich die größte Differenz zwischen den Anhängern der AfD (Mittelwert 0,38) und jenen der CDU/CSU (Mittelwert 0,49) offenbart: Demnach bewerten am ehesten die Anhänger der CDU/CSU die chinesische Außen- und Sicherheitspolitik als eine potenzielle Gefahr für die Sicherheit Deutschlands. Die Wahrnehmungsunterschiede zwischen Männern und Frauen, den Alters-, Bildungs- und Einkommensgruppen sowie zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund sind nicht statistisch signifikant.

Fazit

Die Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2019 zeigt, dass sich die Bürgerinnen und Bürger der *internationalen Verantwortung Deutschlands* bewusst sind und dass eine klare Mehrheit eine aktive deutsche Außenpolitik befürwortet. Nachdem die öffentliche Unterstützung für eine aktive deutsche Außenpolitik in den letzten Jahren gesunken war, zeigt sich erstmals seit 2015 ein Anstieg der Unterstützung für eine aktive Rolle Deutschlands. Als einzige der untersuchten Teilgruppen in der deutschen Bevölkerung lehnen die Anhänger der AfD eine aktive Außenpolitik mehrheitlich ab.

In Bezug auf die *Mittel deutscher Außen- und Sicherheitspolitik* zeigt sich wie bereits in den Jahren zuvor eine ausgeprägte Präferenz für die Diplomatie und andere „weiche“ Mittel (Graf 2018). Festzustellen ist aber auch, dass robuste Mittel, wie z.B. Stabilisierungs- und Ausbildungsmissionen der Bundeswehr, großen und wachsenden Zuspruch in der Bevölkerung erfahren. Der Einsatz explizit gewaltsamer Mittel, wie z.B. mögliche Kampfeinsätze der Bundeswehr oder Waffenlieferungen an befreundete Staaten, ist (bzw. bleibt) dagegen unpopulär, ebenso die Aufnahme von Flüchtlingen.

Die deutsche Bevölkerung steht zudem entschieden hinter der *parlamentarischen Kontrolle der Streitkräfte* und befürwortet insbesondere die Zustimmungspflicht des Bundestags bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Die Bürgerinnen und Bürger unterstützen also mehrheitlich die Konzeption der Bundeswehr als Parlamentsarmee. Eine mögliche Reform des Parlamentsvorbehalts oder gar dessen Abschaffung und die damit einhergehende Wandlung der Bundeswehr zu einer „Exekutivarmee“ dürfte somit zum jetzigen

Zeitpunkt auf öffentlichen Widerstand stoßen. Auf die Unterstützung der EU-Verteidigungszusammenarbeit hat die Befürwortung der parlamentarischen Kontrolle der Streitkräfte jedoch keinen bedeutenden Einfluss.

Hinsichtlich ihrer *außenpolitischen Grundhaltungen* sind die Bundesbürgerinnen und -bürger als überzeugte Multilateralisten und Anti-Militaristen zu charakterisieren. Die Mehrheit der Bevölkerung glaubt nicht an die Moralität oder Effektivität militärischer Gewalt in der internationalen Politik, was sich auch in niedrigen Zustimmungswerten zum Einsatz gewaltsamer Mittel in der Außenpolitik niederschlägt. Dafür zeigen sich die Befragten umso überzeugter vom Wert der multilateralen Zusammenarbeit mit Verbündeten. Vor diesem Hintergrund erfahren auch die Verteidigungszusammenarbeit im Rahmen der EU sowie das deutsche sicherheits- und verteidigungspolitische Engagement in der NATO, der EU und den Vereinten Nationen hohe Zustimmungswerte.

Die *Beziehungen zu den USA* hingegen werden kritisch beurteilt und so haben sich die Bürgerinnen und Bürger in den letzten Jahren mehrheitlich zu Anti-Atlantizisten entwickelt, die die bewusste Abgrenzung zur Außen- und Sicherheitspolitik der USA fordern und die strategische Autonomie Deutschlands und der EU gestärkt sehen wollen. Diese Einstellungen sind allerdings besonders stark abhängig von der Bewertung des jeweiligen amerikanischen Präsidenten (vgl. z.B. Balmas 2018). Im Vergleich zum Vorjahr ist insgesamt aber eine leichte „Erholung“ der öffentlichen Meinung zu den transatlantischen Beziehungen festzustellen. Insbesondere in sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen kommt eine ausgeprägte Ambivalenz in der öffentlichen Meinung zum Vorschein: Obwohl die Außen- und Sicherheitspolitik der USA von einer relativen Mehrheit als Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands empfunden wird, fordert eine noch größere Gruppe auch zukünftig die Einbindung der USA in die Verteidigung Europas.

Die *öffentliche Meinung gegenüber Russland* ist ebenfalls durch ein hohes Maß an Ambivalenz geprägt. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich das Meinungsbild nicht substantiell verändert, jedoch wird Russland etwas stärker als sicherheitspolitische Bedrohung angesehen. Auffällig ist, dass das Verhältnis zu Russland in einigen Punkten immer noch positiver bewertet wird als das zu den USA und das, obwohl sich die Meinung über die USA gegenüber dem Vorjahr bereits verbessert hat.

Anders als die USA oder Russland, wird *China* von der deutschen Öffentlichkeit eher wohlwollend betrachtet: Mehr Bundesbürger halten China für einen verlässlichen Partner Deutschlands als die USA. Auch die chinesische Außen- und Sicherheitspolitik wird als weniger bedrohlich wahrgenommen als die der USA oder Russlands.

Vor dem Hintergrund der rapiden Entwicklung der *europäischen Verteidigungszusammenarbeit* wird dieser in der ZMSBw-Bevölkerungsbefragung besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Die Mehrheit der Bevölkerung befürwortet die Vertiefung der EU-Verteidigungszusammenarbeit. Positive und wichtige Einflussfaktoren für die Erklärung der Einstellung zur europäischen Verteidigungskooperation sind die persönliche Verbundenheit mit der EU sowie eine militaristische und multilateralistische Grundhaltung zur deutschen Außenpolitik. Die Einstellung zur parlamentarischen Kontrolle der nationalen Streitkräfte sowie die Haltung zur Bundeswehr spielen hingegen (fast) keine Rolle. Eine absolute Mehrheit der Befragten ist zudem davon überzeugt, dass eine gemeinsame europäische Armee einerseits den Frieden und den Zusammenhalt in Europa stärken könnte und andererseits Europa mehr Gewicht in der Welt verleihen und die Unabhängigkeit von den USA in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik verringern könnte. Weniger Menschen befürchten hingegen negative Konsequenzen durch die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Armee.

Gerade weil die Bundesbürger mehrheitlich den Ausbau bzw. die Vertiefung der europäischen Verteidigungszusammenarbeit befürworten, ist die Erkenntnis wichtig, dass eine positive Einstellung zum deutschen Engagement in der EU-Verteidigungszusammenarbeit mit einer positiven Einstellung zum deutschen Engagement in der *NATO* einhergeht, d.h. aus Sicht der Bevölkerung sind das deutsche verteidigungspolitische Engagement in der EU und in der *NATO* komplementär. Überhaupt ist sich die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung der herausragenden Bedeutung der *NATO* für die Sicherheit Deutschlands bewusst und zeigt sich deshalb davon überzeugt, dass Deutschland auch zukünftig der *NATO* angehören muss, um seine Sicherheit zu gewährleisten.

Die *differenzierte Betrachtung von Meinungsunterschieden* in der deutschen Bevölkerung hat zudem eines sehr deutlich gemacht: Eine aktive, pro-europäische und multilaterale Außen- und Verteidigungspolitik stößt insbesondere bei den Anhängern der AfD auf die geringste Zustimmung. Die Mehrheit der Bundesbürgerinnen und -bürger akzeptiert jedoch Deutschlands internationale Verantwortung und unterstützt daher eine aktive Außen- und Sicherheitspolitik, die vor allem auf die Mittel der Diplomatie zurückgreift und mit internationalen Partnern abgestimmt ist. Und so sehr das Vertrauen in den (militärischen) Verbündeten USA in letzter Zeit auch gelitten hat, so sehr unterstützen die Bürgerinnen und Bürger Deutschlands Engagement und Einbindung in die multilateralen Verteidigungsstrukturen der *NATO* und der EU.

6 Haltungen der Bürgerinnen und Bürger zur Bundeswehr

Markus Steinbrecher und Heiko Biehl

Dieser Abschnitt konzentriert sich auf die Haltungen der Bevölkerung zu den Streitkräften. Das Verhältnis von Bürgerinnen und Bürgern zur Bundeswehr wird im öffentlichen Diskurs in Deutschland häufig mit dem Schlagwort des „freundlichen Desinteresses“ charakterisiert, das auf den ehemaligen Bundespräsidenten Horst Köhler (2005) zurückgeht. Dabei handelt es sich keineswegs um ein alleiniges deutsches Argumentationsmuster. Vielmehr findet sich in wissenschaftlichen Analysen zu den zivil-militärischen Beziehungen in verschiedenen Ländern der Begriff des „civil-military gap“ (z.B. Feaver/Kohn 2001; Holsti 1998/99; Rahbek-Clemmensen et al. 2012). Beiden Einschätzungen für die zivil-militärischen Beziehungen liegt die Auffassung zugrunde, dass sich Streitkräfte und Bevölkerung seit Ende des Ost-West-Konflikts und verstärkt seit der Aussetzung der Wehrpflicht auseinanderentwickeln. Die Unterstützung und das Interesse für sicherheits- und verteidigungspolitische Anliegen seien gering und der gesellschaftliche Rückhalt für die Streitkräfte sei unzureichend. Um diese Einschätzungen zu stützen, wird die in vielen Untersuchungen zutage tretende positive Haltung der Bevölkerung zur Bundeswehr (u.a. Biehl 2017a, 2018a; Fiebig/Pietsch 2009) gerne relativiert und als wenig substantiell qualifiziert (Köhler 2005; Reichelt/Meyer 2010: 210). Dabei liegen ausreichende empirische Belege vor, die der genannten pessimistischen Sichtweise entgegenstehen. Auch die hier berichteten Ergebnisse der ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2019 und früherer Umfragen des ZMSBw sprechen dafür, dass der Begriff „freundliches Desinteresse“ die zivil-militärischen Beziehungen in Deutschland nicht korrekt beschreibt und es die angenommene Kluft zwischen Bevölkerung und Streitkräften in Deutschland nicht gibt.

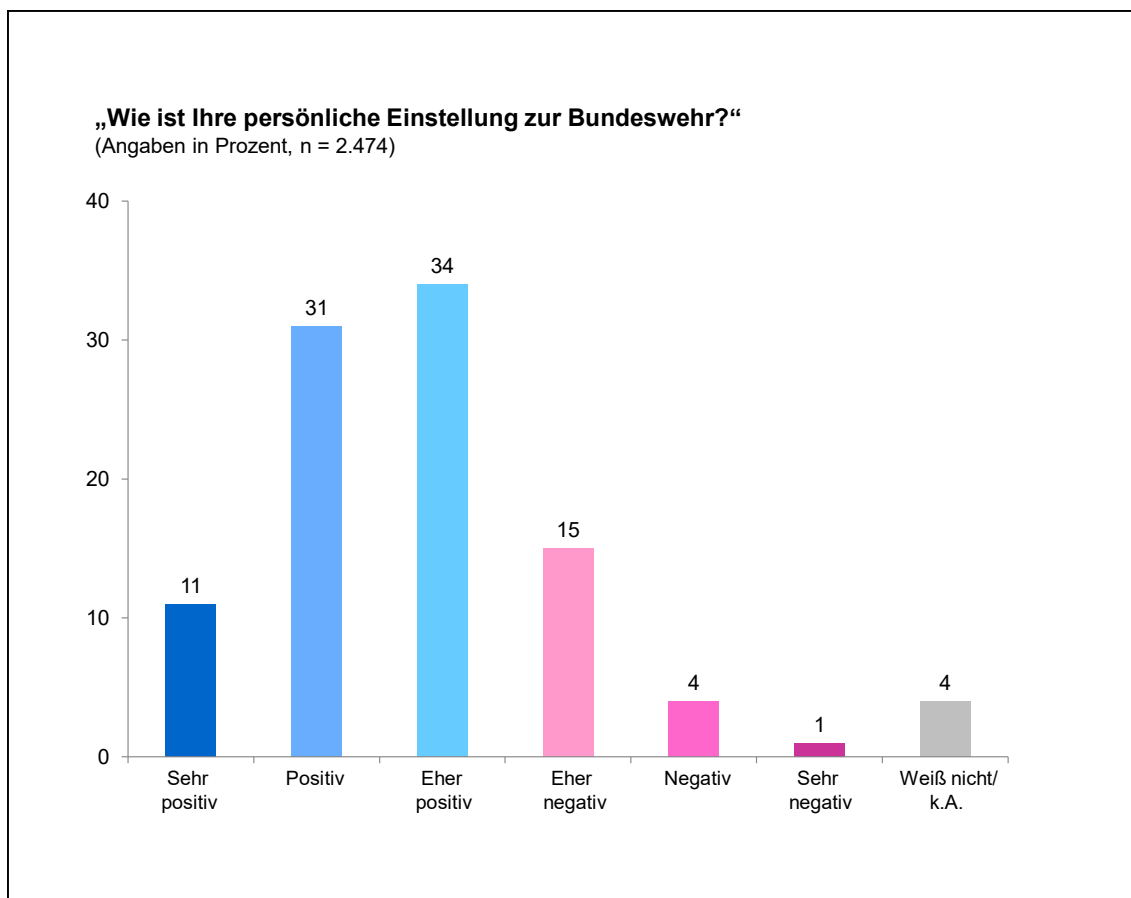
Im Folgenden wird betrachtet, wie die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland zur Bundeswehr stehen. Dazu wird eine Vielzahl differenzierter Einstellungen zu den Streitkräften analysiert und zudem werden die dazugehörigen Erklärungsfaktoren in den Blick genommen. Im Vordergrund der umfassenderen Analysen steht die Frage, welchen Einfluss persönliche Erfahrungen in und mit den Streitkräften auf Haltungen zur Bundeswehr haben. Damit wird geprüft, ob der Wehrpflicht die ihr oftmals zugeschriebene Relevanz zukommt und ob durch deren Ende von einer Entfremdung zwischen Gesellschaft und Streitkräften auszugehen ist. Zunächst ist jedoch zu klären, warum eine Betrachtung der öffentlichen Meinung zu den Streitkräften überhaupt relevant ist.

Die Debatte um die Haltungen der Bürgerinnen und Bürger gewinnt ihre Brisanz aus der Tatsache, dass Rückhalt für die Bundeswehr, wie für andere öffentliche Einrichtungen, in mehrfacher Weise bedeutsam ist: So beziehen die Streitkräfte einen wesentlichen Teil ihrer Legitimation aus der gesellschaftlichen Akzeptanz und Unterstützung. Als Armee in der Demokratie ist es das Anliegen der Bundeswehr, die Bevölkerung hinter sich zu wissen. Für die Soldatinnen und Soldaten ist die gesellschaftliche Wertschätzung ein zentrales Fundament ihrer dienstlichen Motivation. Wie sozialwissenschaftliche Studien für den Dienstilltag, für Übungen und für Einsätze nachweisen (Biehl/Keller 2016), hängt die soldatische Motivation entscheidend vom durch die Soldaten wahrgenommenen öffentlichen Zuspruch ab. Zugleich erleichtert ein hohes soziales Renommee die militärische Personalrekrutierung und -bindung. Aus verschiedenen Untersuchungen ist bekannt, dass das Ansehen eines Arbeitgebers Einfluss auf dessen Attraktivität hat (z.B. Richter 2016; vgl. Abschnitt 8). Nicht zuletzt erhebt die Innere Führung den Anspruch, dass die Bundeswehr fest in die deutsche Gesellschaft integriert sein und den Zuspruch der Bürgerinnen und Bürger erfahren soll. Die Zentrale Dienstvorschrift zur Inneren Führung (A-2600/1, Ziffer 401) setzt das Ziel, „die Einbindung der Bundeswehr in Staat und Gesellschaft zu erhalten und zu fördern, Verständnis für den Auftrag der Bundeswehr im Rahmen der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik bei den Bürgerinnen und Bürgern zu gewinnen sowie die Soldatinnen und Soldaten aktiv in die durch ständigen Wandel geprägten Streitkräfte einzubeziehen“ (Bundesministerium der Verteidigung 2008).

Grundlegende Einstellungen zur Bundeswehr

Mit einer Reihe verschiedener Indikatoren werden im Folgenden die Haltungen der Bürgerinnen und Bürger zu den Streitkräften erfasst. Dabei zeigen alle Befunde in die gleiche Richtung: Die Bundeswehr genießt wie in den letzten Jahren ein hohes gesellschaftliches Renommee (z.B. Biehl 2017a, 2018a). Gefragt nach ihrer persönlichen Einstellung äußern sich die Bürgerinnen und Bürger mehrheitlich positiv (vgl. Abbildung 6.1). 76 Prozent der Befragten haben eine positive, 20 Prozent eine negative Einstellung zu den Streitkräften. Vier Prozent der Befragten geben keine substantielle Antwort.

Abbildung 6.1: Persönliche Einstellung zur Bundeswehr



Anmerkung: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden.

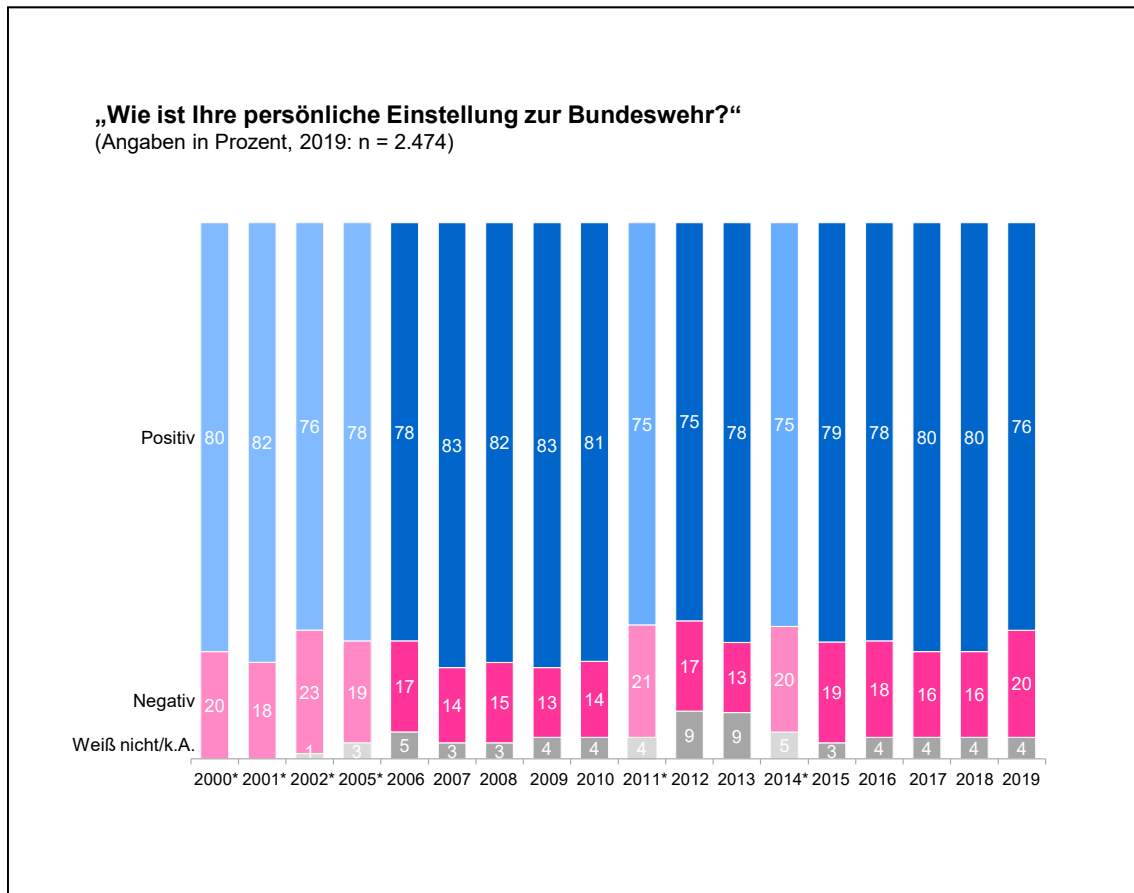
Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2019.

Damit setzt sich der Trend der vergangenen Jahre fort. Seit fast zwei Jahrzehnten bekundet eine deutliche Mehrheit der Befragten ihre wohlwollende Haltung zu den deutschen Streitkräften (vgl. Abbildung 6.2). Wie in den Vorjahren überwiegt 2019 der Bevölkerungsanteil mit positiver Einstellung zur Bundeswehr deutlich. Im Vergleich zum Jahr 2018 sind leichte Veränderungen im Anteil der Personen mit positiven oder negativen Einstellungen zur Bundeswehr festzustellen. Während die Gruppe der Befragten mit positiver Einstellung um 4 Prozentpunkte kleiner geworden ist, hat der Anteil mit negativer Einstellung um 4 Prozentpunkte zugenommen.³⁰ Die Veränderung liegt klar in der Bandbreite der Werte der letzten 20 Jahre. Über den gesamten Betrachtungszeitraum seit dem

³⁰ Wie weitergehende Analysen zu den Effekten der Fragebogen- und Reihenfolgesplits (vgl. Abschnitt 3) zeigen, kann die leichte Abnahme des Anteils der Befragten mit positiven Einstellungen zur Bundeswehr auf die geänderte Reihenfolge der Fragenblöcke in den Splits 2 und 3 zurückgeführt werden. Split 1, in dem Bewertungen der Sicherheitslage, Bedrohungswahrnehmungen und allgemeine sicherheits- und verteidigungspolitische Einstellungen abgefragt werden, bevor die Befragten die bundeswehrspe-

Jahr 2000 waren stets mindestens drei Viertel der Befragten positiv gegenüber der Bundeswehr eingestellt und zwischen 13 und 23 Prozent negativ.

Abbildung 6.2: Persönliche Einstellung zur Bundeswehr im Zeitvergleich



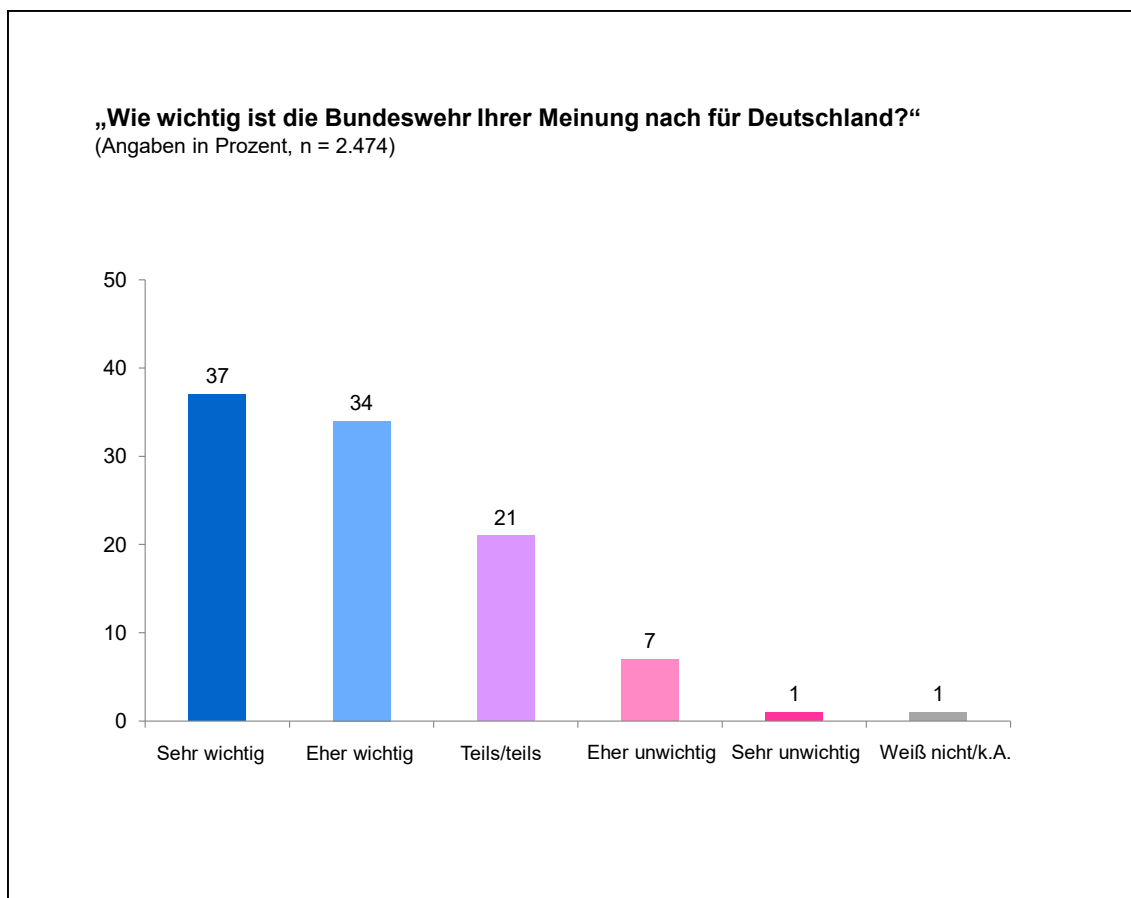
Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Alle positiven und negativen Antwortmöglichkeiten wurden jeweils zusammengefasst. *Nur eingeschränkt vergleichbare Daten erhoben (unterschiedliche Bewertungsskala/Erhebungsmethode). 2003 und 2004 wurde die Frage nicht erhoben.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2000–2002, 2005–2019.

Ein weiterer Indikator für die Bewertung der zivil-militärischen Beziehungen ist die Frage nach der Wichtigkeit der Bundeswehr für Deutschland (vgl. Abbildung 6.3). 71 Prozent der Befragten halten die Bundeswehr für sehr wichtig (37 Prozent) oder eher wichtig (34 Prozent) für Deutschland. 21 Prozent sind bei dieser Frage geteilter Meinung und nur 8 Prozent schätzen die Bundeswehr als (eher oder sehr) unwichtig ein.

zifischen Fragen beantworten sollten, führt nämlich zu systematisch besseren Bewertungen der Bundeswehr. Dies gilt nicht nur für die Einstellung zur Bundeswehr, sondern auch für die Einschätzung der Wichtigkeit, des persönlichen und gesellschaftlichen Ansehens der Bundeswehr, der persönlichen Anerkennung des Diensts der Soldatinnen und Soldaten sowie des Vertrauens in die Bundeswehr.

Abbildung 6.3: Einschätzung Wichtigkeit der Bundeswehr

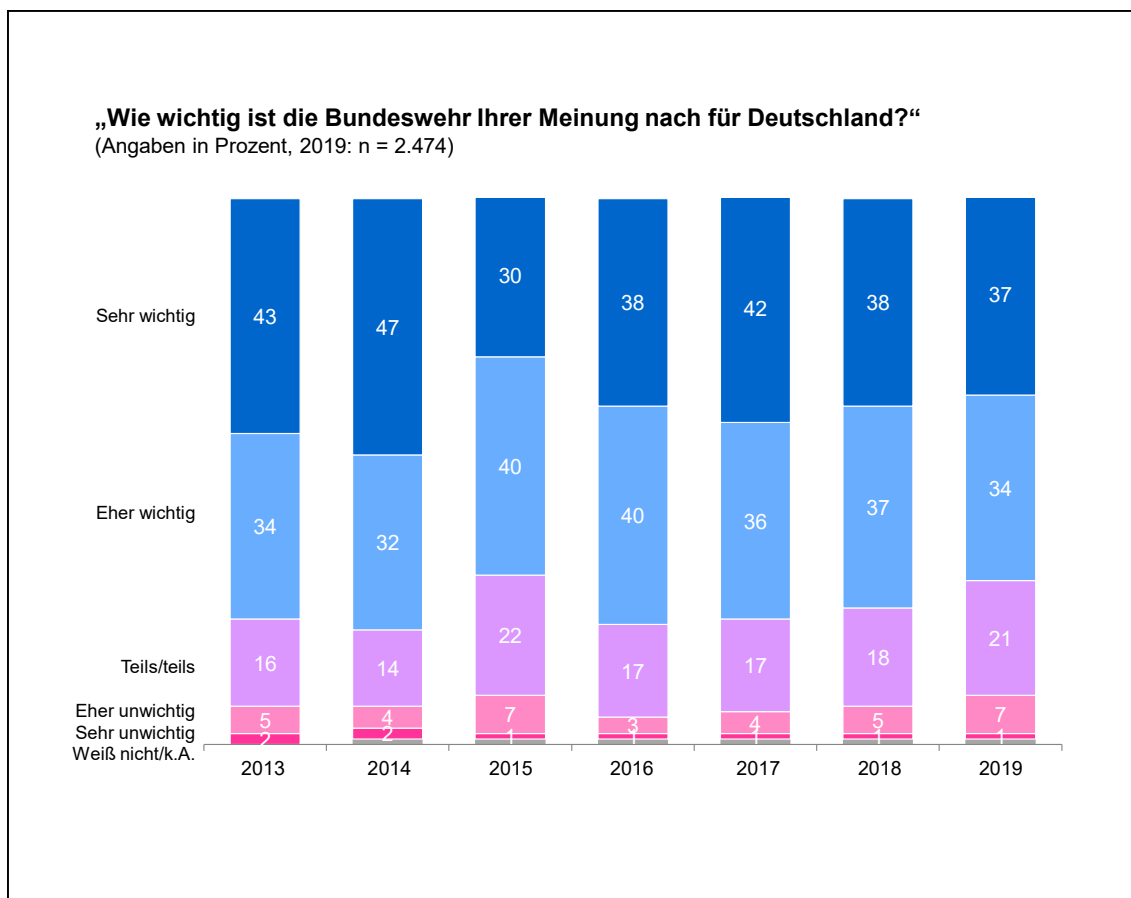


Anmerkung: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2019.

Im Vergleich zum Vorjahr (vgl. Abbildung 6.4) hat der Anteil derjenigen, welche die Bundeswehr für sehr oder eher wichtig halten, um 4 Prozentpunkte abgenommen. Zu weiteren leichten Verschiebungen kommt es für die Mittelkategorie derer, die geteilter Meinung sind (+3 Prozentpunkte). Über den gesamten Erhebungszeitraum dieses Indikators seit 2013 wird 2019 der zweitniedrigste Wert erreicht. Allerdings bewegt sich der zusammengefasste Anteil für die Antworten „sehr“ und „eher wichtig“ wie schon die positive Einstellung zu den Streitkräften (vgl. Abbildungen 6.1 und 6.2) im gesamten Zeitraum in einem recht engen Band zwischen 70 und 79 Prozent.

Abbildung 6.4: Einschätzung Wichtigkeit der Bundeswehr im Zeitvergleich

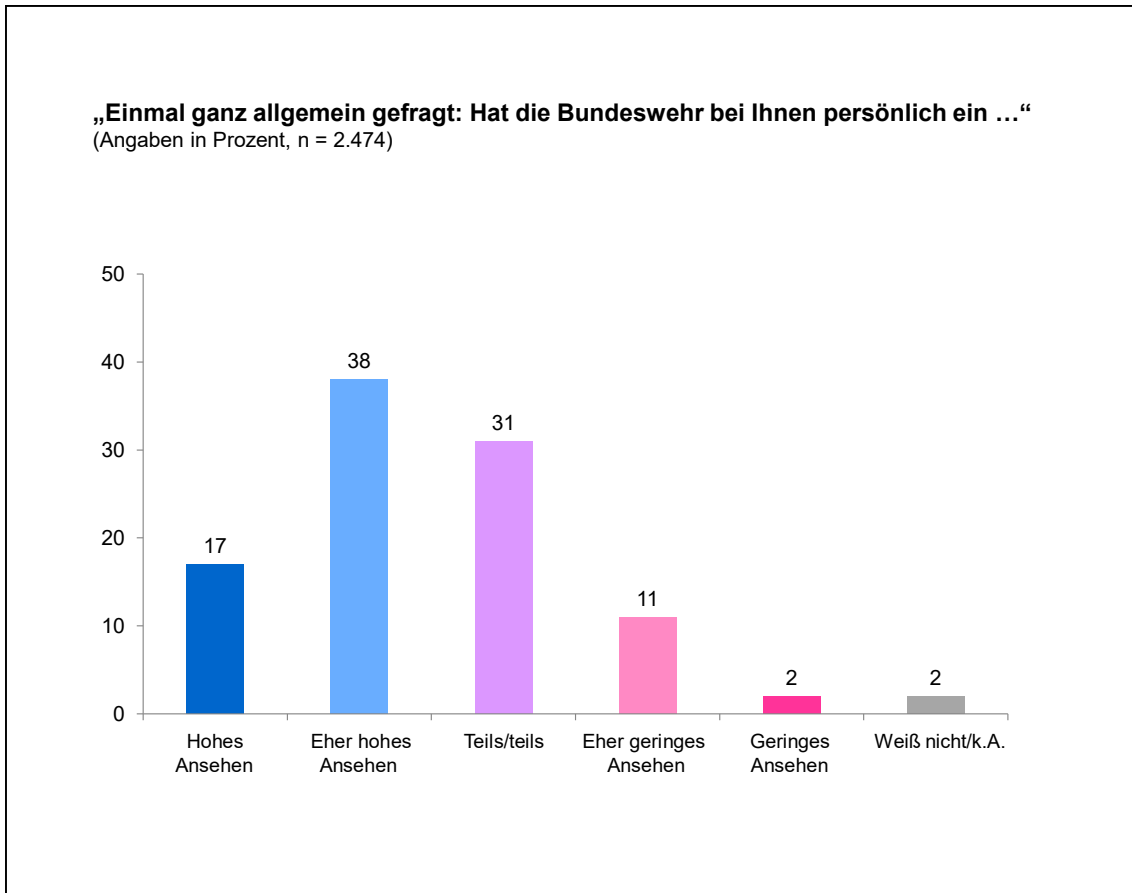


Anmerkung: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2013–2019.

Im weiteren Verlauf des Interviews wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer gefragt, welches Ansehen die Bundeswehr bei ihnen persönlich hat (vgl. Abbildung 6.5). Die Bundeswehr genießt in der Bevölkerung mehrheitlich ein hohes (17 Prozent) oder eher hohes Ansehen (38 Prozent). Insgesamt äußern sich bei dieser Frage 55 Prozent der Befragten positiv. Bei 11 Prozent der Befragten hat die Bundeswehr ein eher geringes, bei 2 Prozent ein geringes Ansehen. 31 Prozent sind geteilter Meinung.

Abbildung 6.5: Persönliches Ansehen der Bundeswehr

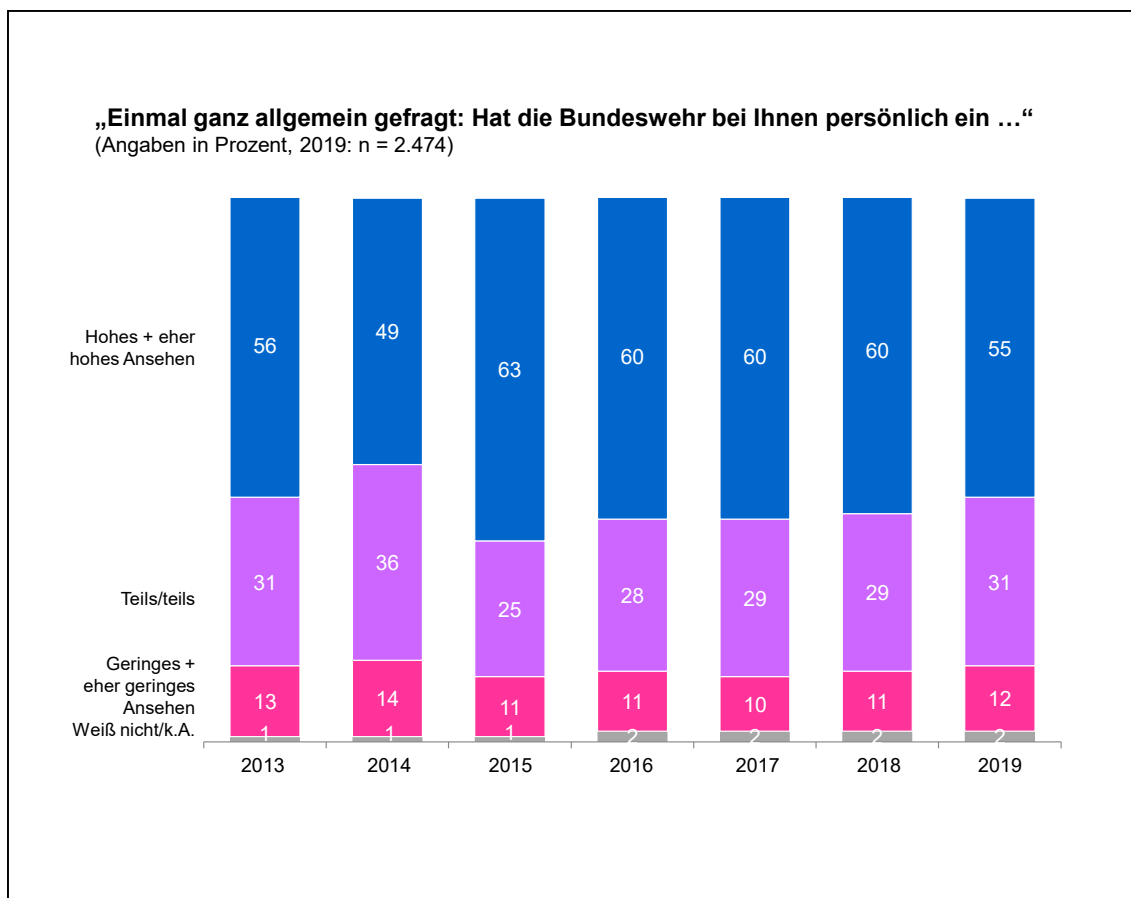


Anmerkung: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2019.

Im Vergleich zum Jahr 2018 zeigt sich eine Abnahme des hohen oder eher hohen Ansehens von 60 auf 55 Prozent (-5 Prozentpunkte; vgl. Abbildung 6.6). Der Anteil derjenigen, die sich nicht eindeutig äußern können (teils/teils), hat um 2 Prozentpunkte zugenommen. Über den gesamten Erhebungszeitraum seit 2013 schwankt das hohe oder eher hohe Ansehen der Streitkräfte zwischen 49 und 63 Prozent und verändert sich damit stärker als die beiden vorher betrachteten Indikatoren, Einstellung und Wichtigkeit. Der Wert für das Jahr 2019 liegt etwa in der Mitte dieses Intervalls.

Abbildung 6.6: Persönliches Ansehen der Bundeswehr im Zeitvergleich

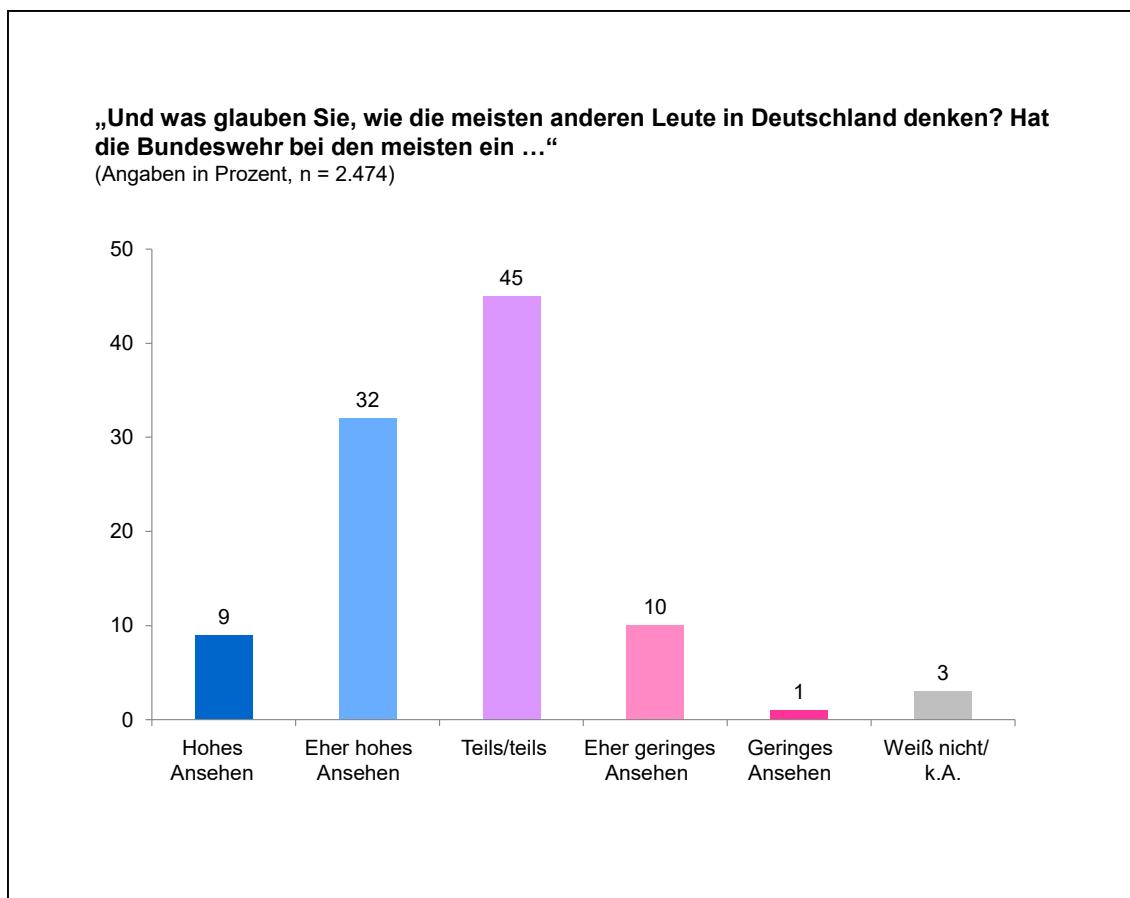


Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. 2013 wurden nur eingeschränkt vergleichbare Daten erhoben. Die Fragestellung lautete: „Welches Ansehen genießt die Bundeswehr bei Ihnen persönlich?“

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2013–2019.

Zusätzlich zum persönlichen Ansehen wurden die Befragten mit der gleichen Antwortskala danach gefragt, wie sie das gesellschaftliche Ansehen der Bundeswehr in Deutschland bewerten (vgl. Abbildung 6.7). 41 Prozent glauben, dass die Streitkräfte bei den anderen Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland ein hohes (9 Prozent) oder eher hohes Ansehen (32 Prozent) genießen. 45 Prozent sind bei dieser Frage geteilter Meinung. 11 Prozent bewerten das gesellschaftliche Ansehen als eher gering (10 Prozent) oder gering (1 Prozent). Insgesamt zeigt sich also eine Lücke zwischen den aus den persönlichen Bewertungen aggregierten Einstellungen der Befragten und ihrer Wahrnehmung des gesellschaftlichen Meinungsklimas von 14 Prozentpunkten (vgl. Abbildungen 6.5 und 6.7). Für tieferegehende Analysen zu dieser Thematik und potenzielle Ursachen dieser Lücke sei auf die Dissertation von Meike Wanner verwiesen (Wanner 2019).

Abbildung 6.7: Einschätzung des gesellschaftlichen Ansehens der Bundeswehr

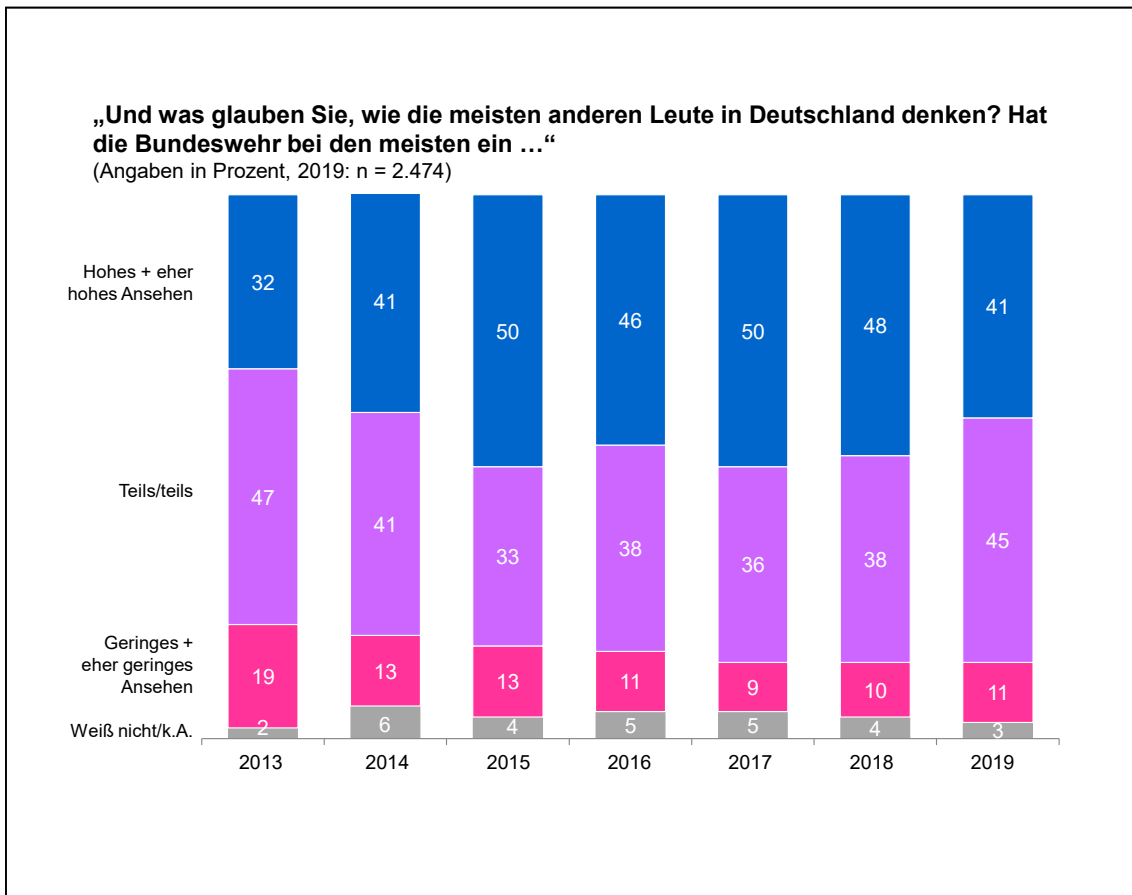


Anmerkung: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2019.

Die Einschätzung des Ansehens der Bundeswehr in der Gesellschaft hat sich im Vergleich zum Jahr 2018 verschlechtert (vgl. Abbildung 6.8). Der Anteil der Befragten, welcher der Bundeswehr ein hohes oder eher hohes gesellschaftliches Ansehen konstatiert, hat um 7 Prozentpunkte abgenommen. Dies spiegelt sich in einer Zunahme der Gruppe derjenigen mit geteilter Meinung wider (+7 Prozentpunkte). Betrachtet man die Entwicklung im Zeitverlauf, schwankt auch für diesen Indikator der Anteil für die positiven Äußerungen relativ stark in einem Band zwischen 32 und 50 Prozent. Für die Lücke zwischen persönlichem und gesellschaftlichem Ansehen ergeben sich von 2013 bis 2019 Differenzen zwischen -24 und -8 Prozentpunkten. Das aggregierte persönliche Ansehen der Bundeswehr ist also stets auf einem höheren Niveau als das wahrgenommene gesellschaftliche Ansehen. 2019 liegt das Ausmaß der Lücke in den zusammengefassten Einstellungen mit -14 Prozentpunkten am unteren Ende dieses Wertebereichs – am größten war sie im Jahr 2013.

Abbildung 6.8: Einschätzung des gesellschaftlichen Ansehens der Bundeswehr im Zeitvergleich

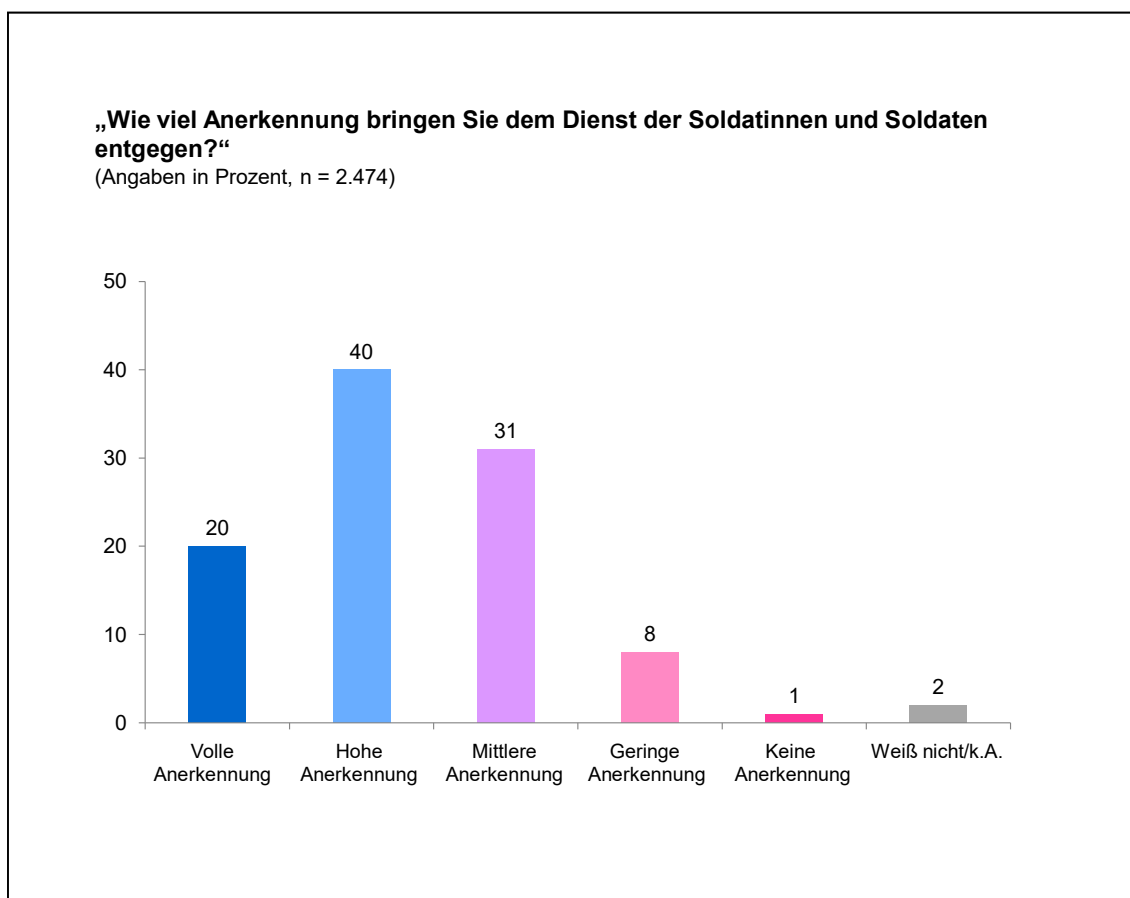


Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. 2013 wurden nur eingeschränkt vergleichbare Daten erhoben. Die Fragestellung lautete: „Und was meinen Sie, wie hoch ist das Ansehen der Bundeswehr in unserer Gesellschaft?“

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2013–2019.

Ein ähnliches Bild wie für das Ansehen der Bundeswehr ergibt sich mit Blick auf die Anerkennung für den soldatischen Dienst (vgl. Abbildung 6.9): Bei 60 Prozent der Bevölkerung erfährt dieser volle (20 Prozent) oder hohe Anerkennung (40 Prozent). Mittlere Anerkennung spricht dem Dienst der Soldatinnen und Soldaten etwa ein Drittel der Befragten aus (31 Prozent). Geringe (8 Prozent) oder keine Anerkennung (1 Prozent) bringen dem soldatischen Dienst nur 9 Prozent der Befragten entgegen.

Abbildung 6.9: Persönliche Anerkennung gegenüber dem Dienst der Soldatinnen und Soldaten

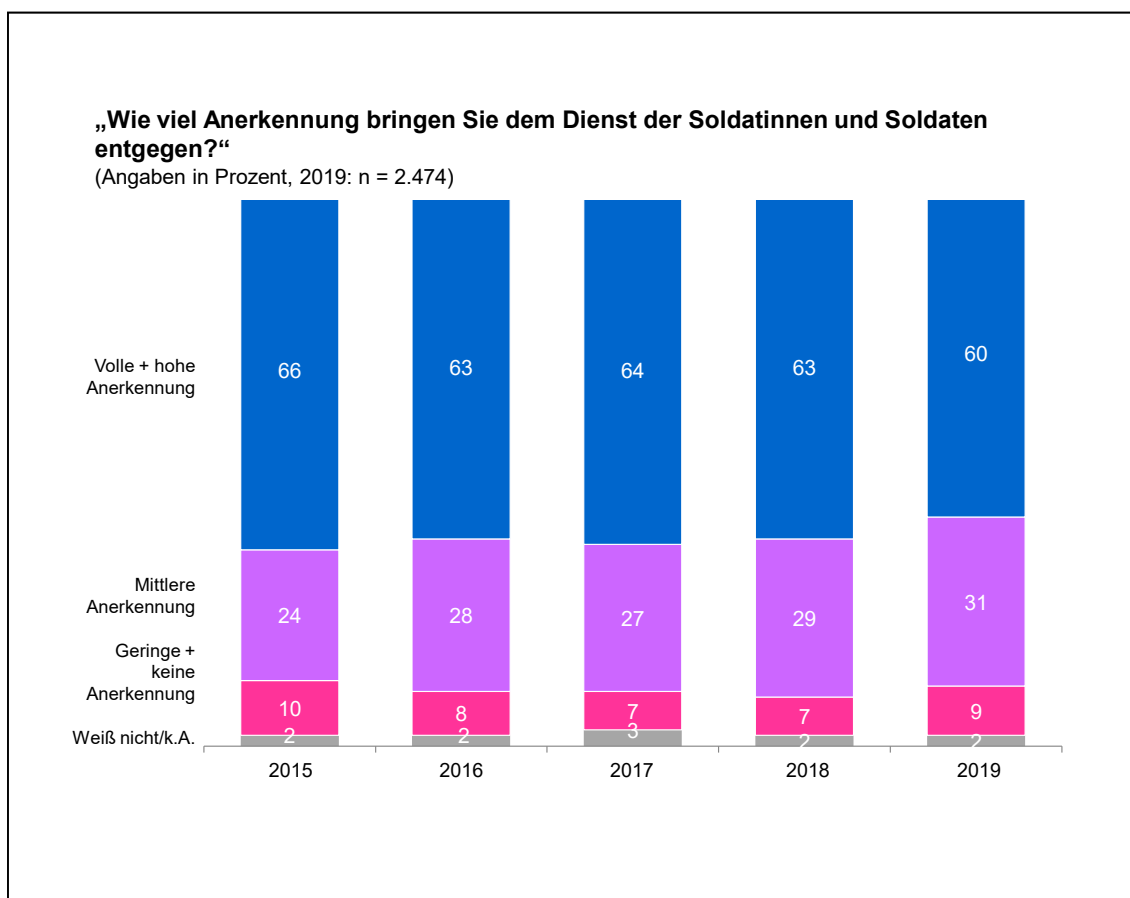


Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Benennungen der Antwortausprägungen für grafische Darstellung gekürzt. Die vollständigen Ausprägungen lauten: „Ein hohes Maß an Anerkennung“ (Hohe Anerkennung); „Ein mittleres Maß an Anerkennung“ (Mittlere Anerkennung); „Ein geringes Maß an Anerkennung“ (Geringe Anerkennung). Die beiden übrigen Antworten sind unverändert.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2019.

Im Vergleich zum Vorjahr zeigt sich wie schon bei den vorangegangenen Indikatoren für die Haltungen zur Bundeswehr eine leichte Abnahme der vollen oder hohen Anerkennung um 3 Prozentpunkte (vgl. Abbildung 6.10). Im gesamten Erhebungszeitraum dieses Indikators seit 2015 wird im Jahr 2019 der niedrigste Wert erreicht. Allerdings variiert der zusammengefasste Wert für volle und hohe Anerkennung lediglich zwischen 60 und 66 Prozent und schwankt damit weniger als die vorher betrachteten Einstellungen zur Wichtigkeit und zum Ansehen der Bundeswehr.

Abbildung 6.10: Persönliche Anerkennung gegenüber dem Dienst der Soldatinnen und Soldaten im Zeitvergleich



Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Benennungen der Antwortausprägungen für grafische Darstellung gekürzt, vgl. Abbildung 6.9.

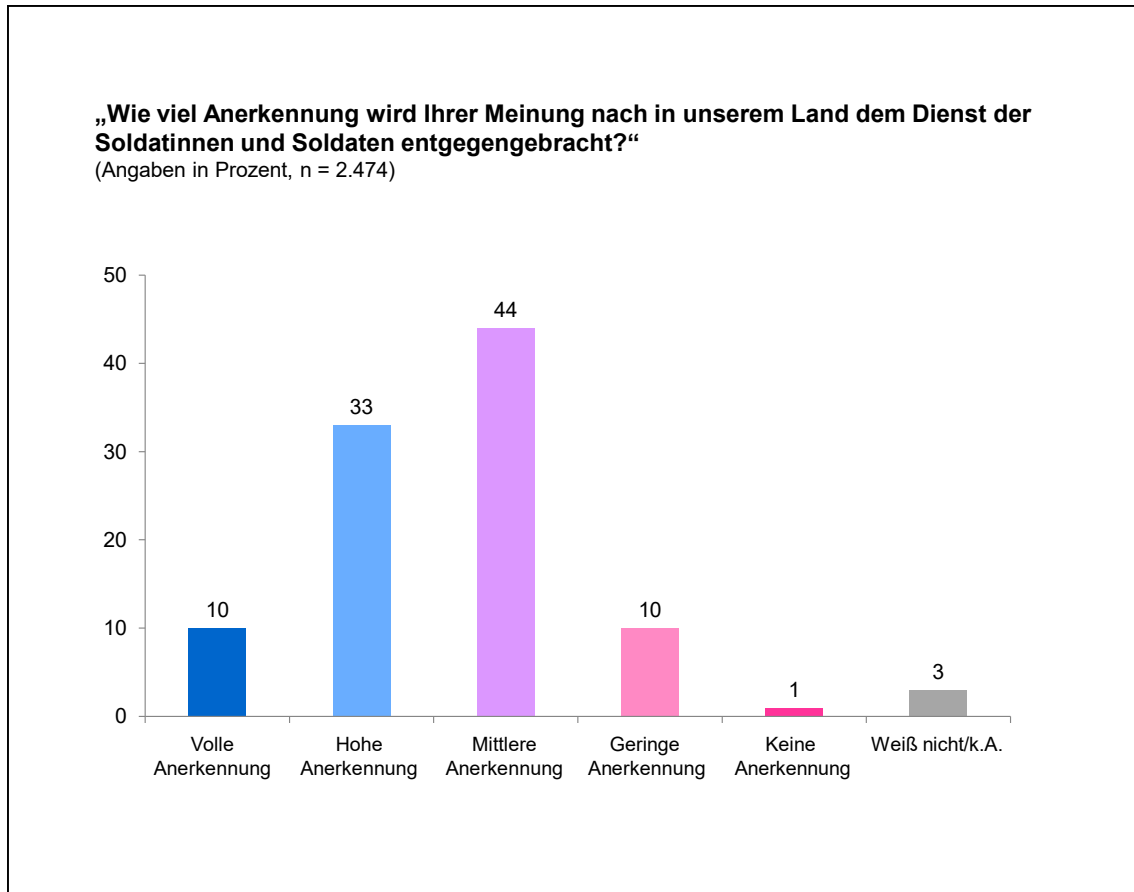
Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2015–2019.

Wie bei den Fragen zum Ansehen der Bundeswehr wurde auch für die Anerkennung gegenüber dem Dienst der Soldatinnen und Soldaten erfasst, wie es neben der persönlichen um die gesellschaftliche Anerkennung bestellt ist (vgl. Abbildung 6.11). 43 Prozent der Befragten der Bevölkerungsbefragung 2019 denken, dass den Soldatinnen und Soldaten in Deutschland volle (10 Prozent) oder hohe Anerkennung (33 Prozent) entgegengebracht wird. 44 Prozent schätzen das Niveau der gesellschaftlichen Anerkennung als mittel ein. 11 Prozent bewerten das Ausmaß der Anerkennung als gering (10 Prozent) oder denken, dass die Soldatinnen und Soldaten gar keine Anerkennung erhalten (1 Prozent).

Im Vergleich zum Vorjahr zeigen sich nur geringfügige Veränderungen (vgl. Abbildung 6.12). Für diesen Indikator ist also anders als für die anderen Messinstrumente für die Bewertung der Bundeswehr nur eine Abnahme von einem Prozentpunkt bei den positiven Bewertungen festzustellen. Über den gesamten Untersuchungszeitraum seit dem Jahr

2015 schwankt der zusammengefasste Anteil für volle und hohe Anerkennung lediglich zwischen 40 und 46 Prozent.

Abbildung 6.11: Gesellschaftliche Anerkennung gegenüber dem Dienst der Soldatinnen und Soldaten

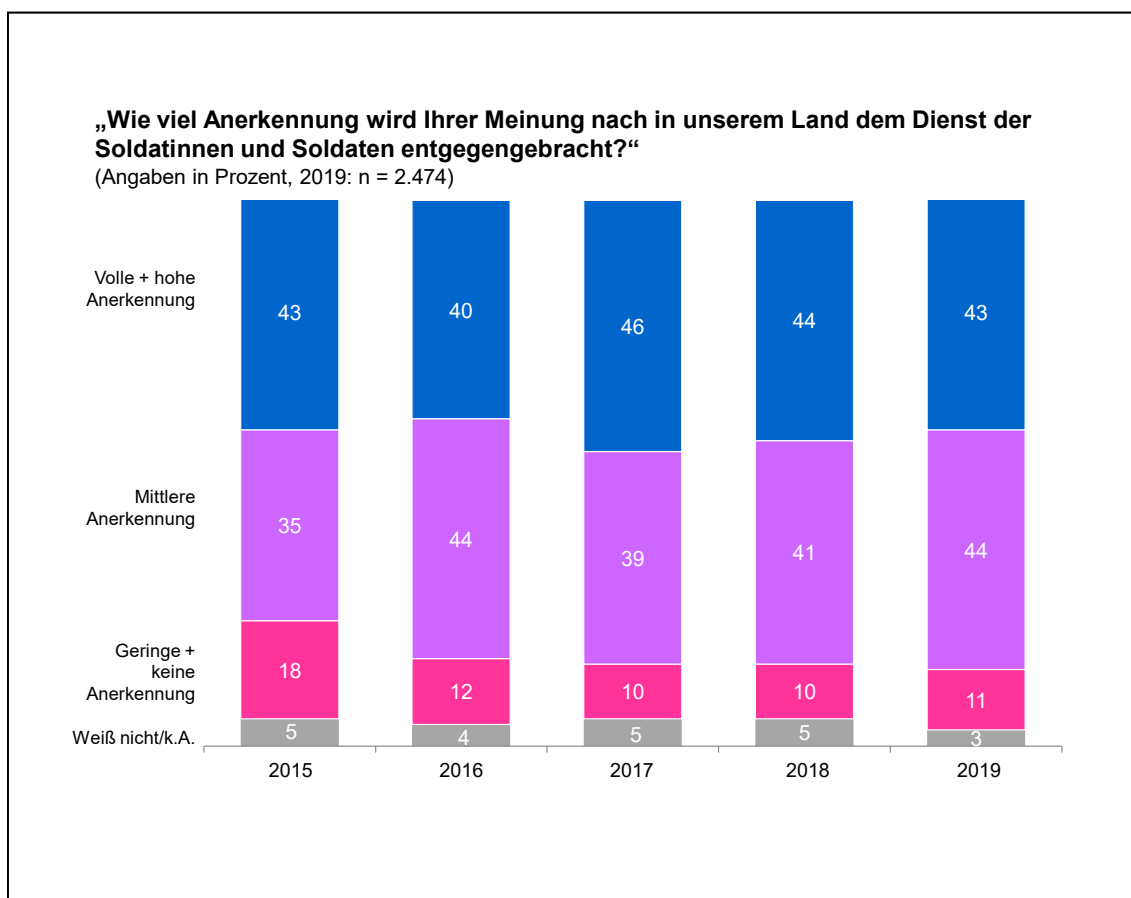


Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Benennungen der Antwortausprägungen für grafische Darstellung gekürzt, vgl. Abbildung 6.9.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2019.

Setzt man persönliche und gesellschaftliche Anerkennung miteinander in Beziehung, ergibt sich wie schon für das Ansehen der Bundeswehr eine Diskrepanz zwischen den aggregierten persönlichen Bewertungen und dem wahrgenommenen Meinungsklima im gesamten Land. Der zusammengefasste Wert für volle und hohe Anerkennung auf der persönlichen Ebene liegt 16 Prozentpunkte über dem Wert für das wahrgenommene gesellschaftliche Meinungsklima zu dieser Frage. Das ist die geringste Differenz im Untersuchungszeitraum seit 2015 – der Abstand in den anderen Jahren liegt zwischen -18 und -23 Prozentpunkten.

Abbildung 6.12: Gesellschaftliche Anerkennung gegenüber dem Dienst der Soldatinnen und Soldaten im Zeitvergleich

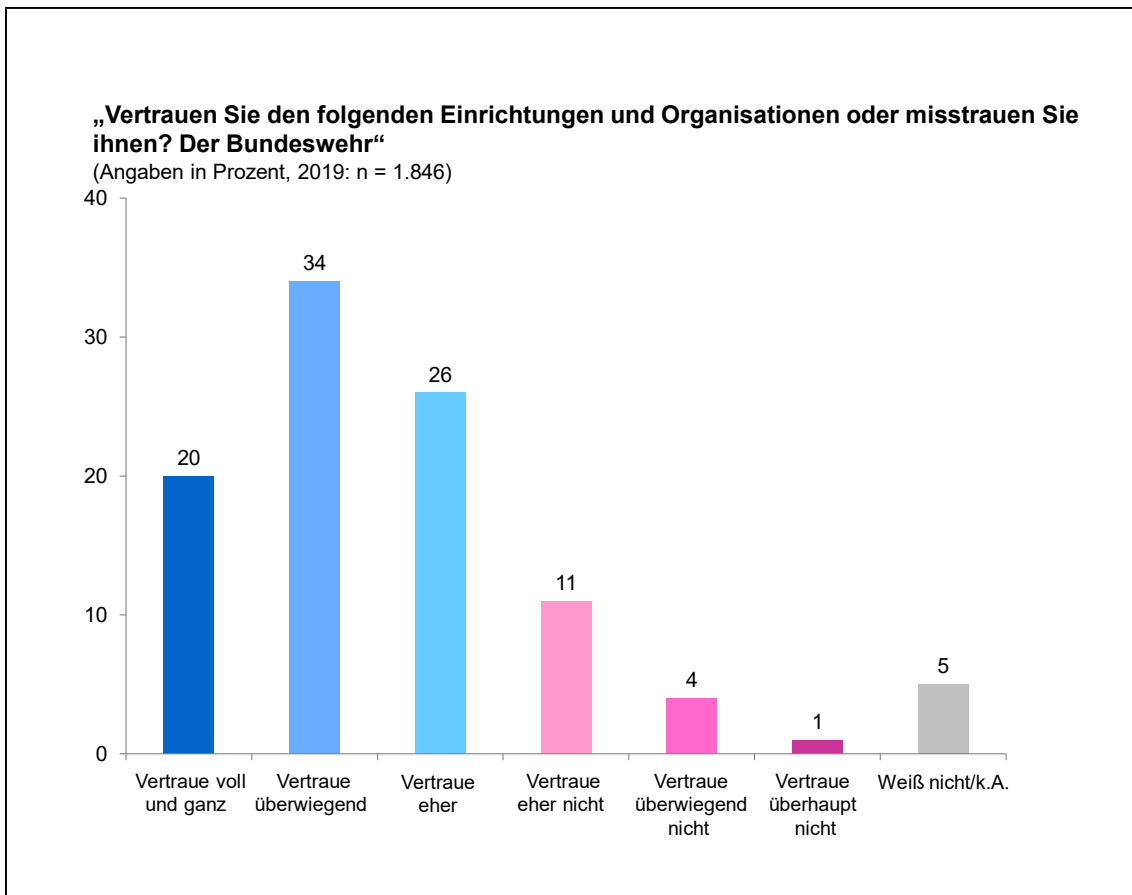


Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Benennungen der Antwortausprägungen für grafische Darstellung gekürzt, vgl. Abbildung 6.9.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2015–2019.

Als letzter Indikator für die Haltungen der Bürgerinnen und Bürger zu den Streitkräften wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Umfrage nach ihrem Vertrauen in eine Vielzahl von Institutionen gefragt. Mit diesem Instrument ist ein Vergleich des Vertrauens in die Bundeswehr zu anderen öffentlichen Einrichtungen in Deutschland möglich. Betrachtet man zuerst das Vertrauen in die Bundeswehr, so wird in Abbildung 6.13 deutlich, dass die große Mehrheit der Bevölkerung der Bundeswehr vertraut. 80 Prozent äußern sich entsprechend. Mangelndes Vertrauen in die Streitkräfte herrscht dagegen bei 16 Prozent der Befragten vor. Dies ist ein bemerkenswert hoher Zuspruch an Vertrauen, der zudem im Zeitverlauf äußerst stabil ist (vgl. Abbildung 6.14). Das Vertrauen in die Bundeswehr schwankt zwischen 2015 und 2019 fast gar nicht und liegt zwischen 79 und 81 Prozent.

Abbildung 6.13: Vertrauen in die Bundeswehr

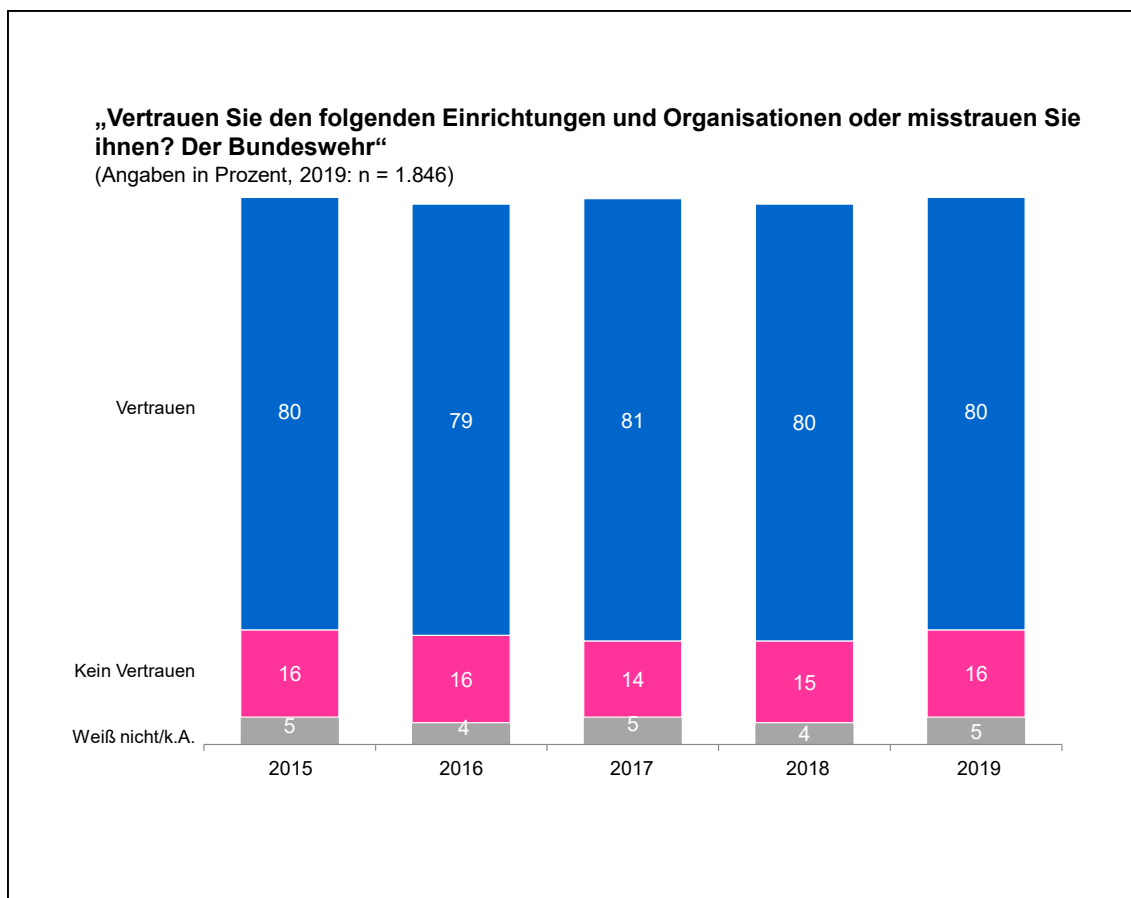


Anmerkung: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Die Frage wurde aufgrund der Splits A und B nicht allen Befragten gestellt (vgl. Abschnitt 3).

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2019.

Deutlich wird das hohe Vertrauen in die Bundeswehr beim Vergleich mit anderen Institutionen. Die Bundeswehr ist eine der Organisationen, die das stärkste Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger erfährt (vgl. Abbildung 6.15). Nur die Polizei, die öffentlichen Schulen und die Gesetzliche Krankenversicherung genießen deutlich mehr (zwischen 87 und 92 Prozent), das Bundesverfassungsgericht (84 Prozent) und das Bundeskriminalamt (83 Prozent) etwas mehr Vertrauen. Dies bestätigt erneut das aus den vergangenen Jahren bekannte Muster.

Abbildung 6.14: Vertrauen in die Bundeswehr im Zeitvergleich

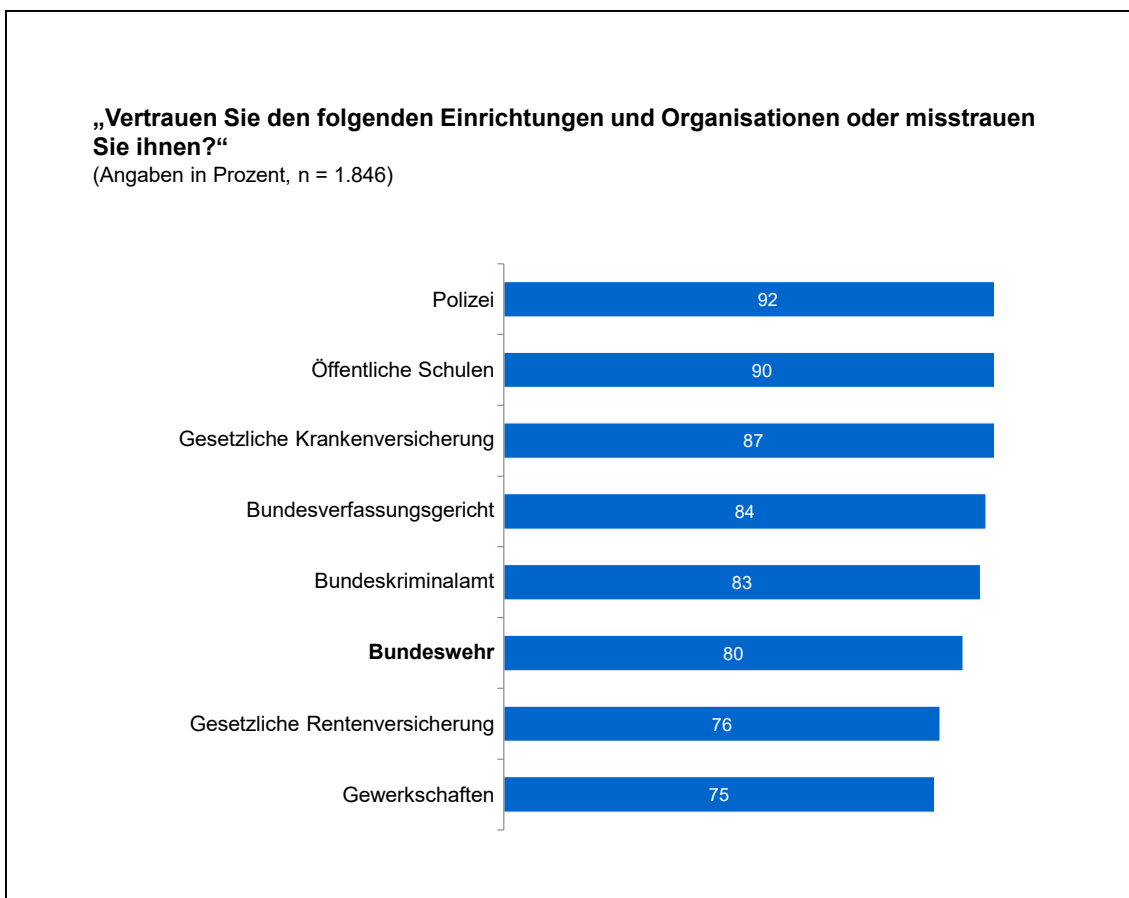


Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Alle positiven und negativen Antwortmöglichkeiten wurden jeweils zusammengefasst. Die Frage wurde 2019 aufgrund der Splits A und B nicht allen Befragten gestellt (vgl. Abschnitt 3).

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2015–2019.

Der Bundeswehr schenkt die Bevölkerung ein größeres Vertrauen als vielen anderen etablierten Institutionen aus verschiedenen Sektoren (vgl. Abbildung 6.16). Einschränkend ist anzumerken, dass das Niveau des Vertrauens in den Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw für die meisten Institutionen über dem Niveau liegt, das andere Erhebungen ausweisen (z.B. Infratest dimap 2017; Petersen 2018). Mit dem vorhandenen Datenmaterial ist nicht abschließend zu klären, worauf dieser generell höhere Vertrauenszuspruch zurückzuführen ist. Es ist aber plausibel anzunehmen, dass die verwendete sechsstufige Skala ohne Mittelpunkt (neutrale Antwort) zu systematisch höheren Vertrauenswerten führt. Von dieser Einschränkung unbenommen ist die Abstufung des Vertrauenszuspruchs zu den betrachteten Organisationen: Seit Jahren nimmt die Bundeswehr – wie andere Untersuchungen bestätigen – einen Spitzenplatz im Vertrauensranking der öffentlichen Einrichtungen ein (z.B. Die Welt 2013; Infratest dimap 2016).

Abbildung 6.15: Vertrauen in Institutionen in Deutschland, Teil 1



Anmerkungen: Alle positiven Antwortmöglichkeiten wurden zusammengefasst. Die Frage wurde aufgrund der Splits A und B nicht allen Befragten gestellt (vgl. Abschnitt 3).

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2019.

Abbildung 6.16: Vertrauen in Institutionen in Deutschland, Teil 2



Anmerkungen: Alle positiven Antwortmöglichkeiten wurden zusammengefasst. Die Frage wurde aufgrund der Splits A und B nicht allen Befragten gestellt (vgl. Abschnitt 3).

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2019.

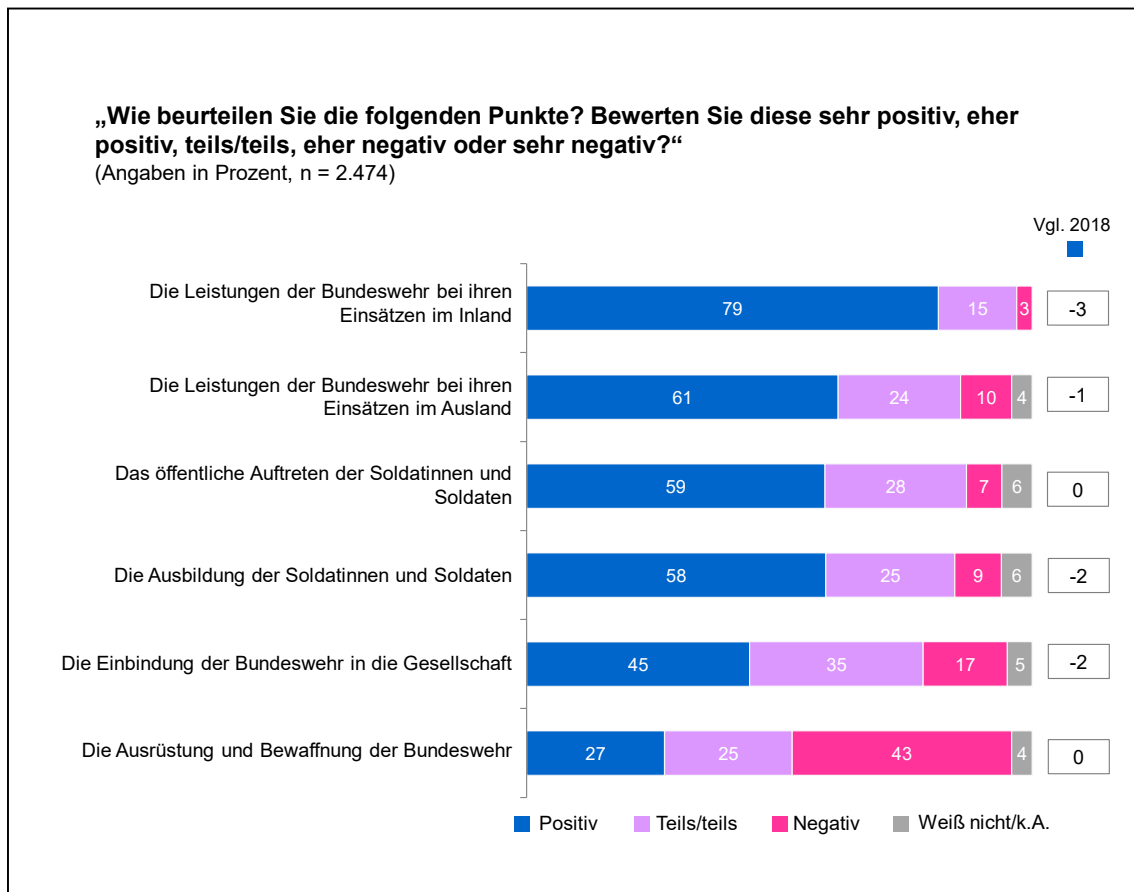
Spezifische Einstellungen zur Bundeswehr

Neben den bisher analysierten Fragen zu generellen Einstellungen zur und Bewertungen der Bundeswehr wurden die Bürgerinnen und Bürger zu militärspezifischen Themen und Leistungen der deutschen Streitkräfte gefragt (vgl. Abbildung 6.17). Mit 79 Prozent am positivsten werden wie in den Vorjahren die Leistungen der Bundeswehr bei ihren Einsätzen im Inland angesehen. Überwiegend positiv werden die Leistungen in den Auslandseinsätzen (61 Prozent) sowie das öffentliche Auftreten der Soldatinnen und Soldaten (59 Prozent) bewertet. Fast ebenso hoch ist der Anteil positiver Bewertungen für die Ausbildung der Soldatinnen und Soldaten (58 Prozent).

Kritischer fällt das Urteil zur Einbindung der Bundeswehr in die Gesellschaft mit 45 Prozent positiven Bewertungen aus, 35 Prozent kommen zu einer ambivalenten Einschätzung, 17 Prozent der Befragten bewerten diesen Aspekt negativ. Deutlich negativer ist die Haltung der Bürgerinnen und Bürger zu Ausrüstung und Bewaffnung der Bundeswehr. Nur etwas mehr als ein Viertel der Befragten schätzt diese positiv ein (27 Prozent)

und 43 Prozent bewerten diese negativ. Die anhaltende Debatte um den Ausrüstungsstand der Streitkräfte und die entsprechende Berichterstattung in den Medien ist also im Bewusstsein der Bevölkerung unverändert präsent. Im Vergleich zum Vorjahr gibt es bei allen sechs Fragen nur leichte Veränderungen für den Anteil der positiven Bewertungen von maximal drei Prozentpunkten.

Abbildung 6.17: Beurteilungen von verschiedenen Leistungen und Aspekten der Bundeswehr



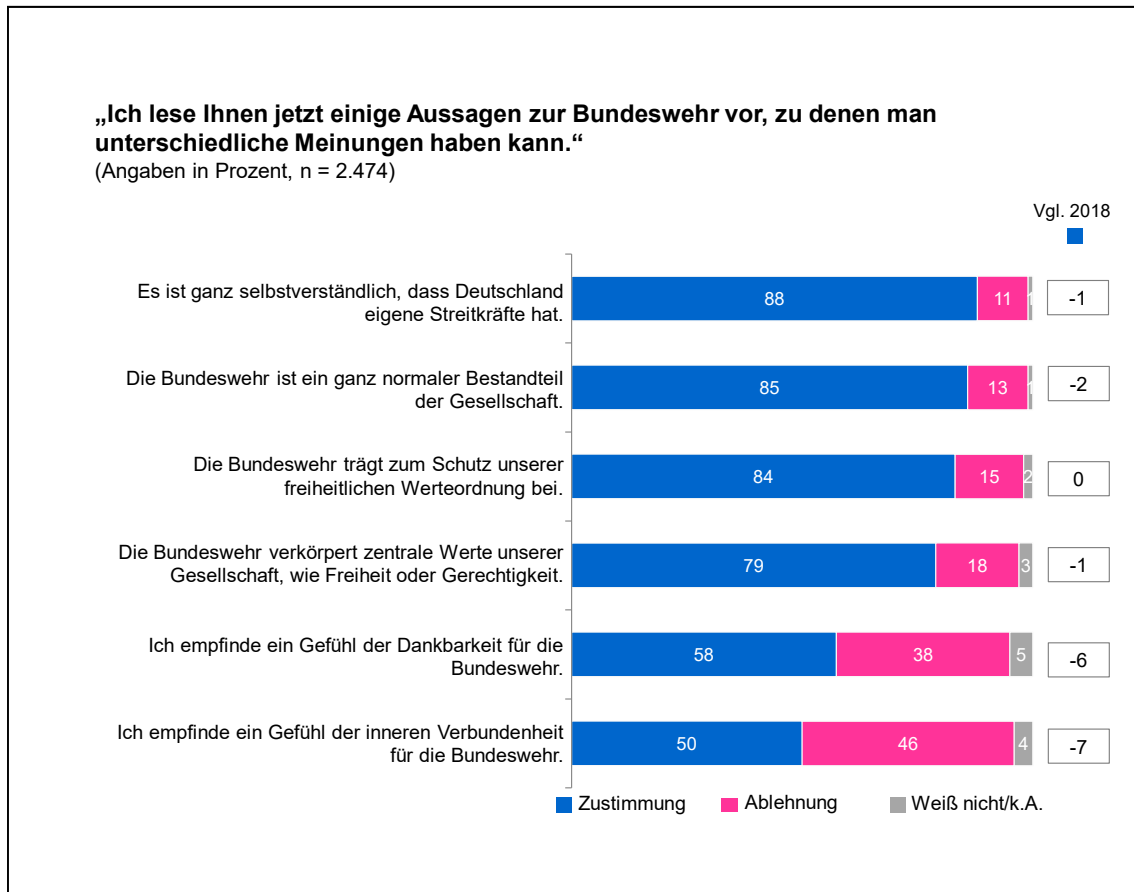
Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Positiv: Anteile „Sehr positiv“ und „Eher positiv“ zusammengefasst; Negativ: Anteile „Sehr negativ“ und „Eher negativ“ zusammengefasst. Vgl. 2018: Differenz Zustimmung 2019 zu 2018.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2018 und 2019.

In einer weiteren Fragebatterie ging es um die Bewertung einiger Aussagen zum Verhältnis von Bundeswehr und Gesellschaft. Für die allermeisten Bürgerinnen und Bürger ist es selbstverständlich, dass die Bundesrepublik Streitkräfte hat (88 Prozent Zustimmung; vgl. Abbildung 6.18) und diese ein normaler Bestandteil der Gesellschaft sind (85 Prozent). 84 Prozent unterstützen die Aussage, dass die Bundeswehr zum Schutz der freiheitlichen Werteordnung in Deutschland beiträgt. Für 79 Prozent verkörpern die Streitkräfte zentrale Werte der Gesellschaft. Hinsichtlich dieser vier Aspekte zeigt sich eine

bemerkenswerte Kontinuität im Vergleich zum Vorjahr mit Veränderungen der positiven Antwortausprägungen von maximal 2 Prozentpunkten. Die affektive Verbundenheit zu den Streitkräften ist dagegen im Vergleich mit dem Jahr 2018 um 6 bzw. 7 Prozentpunkte gesunken: 58 Prozent der Befragten empfinden ein Gefühl der Dankbarkeit der Bundeswehr gegenüber, 50 Prozent bekunden ein Gefühl der inneren Verbundenheit.

Abbildung 6.18: Aussagen zum Verhältnis von Bundeswehr und Gesellschaft



Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst. Vgl. 2018: Differenz Zustimmung 2019 zu 2018.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2018 und 2019.

Erklärung der Einstellung und der Haltung zur Bundeswehr

Während verschiedene Untersuchungen – entgegen einer verbreiteten Skepsis innerhalb der Streitkräfte und in Teilen der Wissenschaft und Öffentlichkeit – wiederholt die positive Einstellung der Bürgerinnen und Bürger nachgewiesen haben (z.B. Biehl 2017a, 2018a; Reichelt/Meyer 2010: 210; von Bredow 2015: 262f.), ist nur in geringerem Maße bekannt, worauf diese beruht. Im Folgenden werden daher die Erklärungsfaktoren und

Motive einer wohlwollenden wie einer ablehnenden Haltung zu den Streitkräften beleuchtet. In einem ersten Schritt wird geprüft, inwiefern soziodemografische Eigenschaften und die Wahlabsicht der Befragten Einfluss auf ihre Bewertung der Bundeswehr nehmen (gemessen mithilfe der Einstellung, vgl. Abbildungen 6.1 und 6.2). Dazu wird die Einstellung zu den Streitkräften über verschiedene Bevölkerungsgruppen hinweg verglichen (vgl. Tabelle 6.1). Die Verteilung des Ansehens und Vertrauens in die Bundeswehr folgt weitgehend den gleichen Mustern und wird daher nicht dargestellt.

Die Einstellung zu den Streitkräften ist zum Teil abhängig von der sozialen Position der Befragten. So sind Männer mit 79 Prozent positiven Einstellungen der Bundeswehr gegenüber etwas freundlicher eingestellt als Frauen (74 Prozent). Deutliche Unterschiede zeigen sich zwischen den Altersgruppen. Hier ist zudem ein linearer positiver Zusammenhang zu beobachten. Mit zunehmendem Alter ist die Unterstützung für die Streitkräfte größer. Von den über 70-Jährigen weisen 84 Prozent eine positive Einstellung auf, bei den unter 30-Jährigen sind es lediglich 64 Prozent. Damit überwiegen trotzdem über alle Alterskohorten hinweg die Anteile derjenigen mit positiver Einstellung. Im Vergleich zum Alter sind die Unterschiede in der Bewertung der Bundeswehr bei den Angehörigen verschiedener Bildungs- und Einkommensgruppen relativ gering. Personen mit höherem Bildungsniveau weisen eine etwas geringere Unterstützung auf (73 Prozent) als Befragte mit Hauptschulabschluss (81 Prozent). Beim Einkommen sind die Unterschiede noch geringer, aber immer noch statistisch signifikant.

Merkliche Abweichungen gibt es zwischen den Anhängerschaften der politischen Parteien. Während die Befürworter der Unionsparteien (88 Prozent) und der SPD (85 Prozent) den Streitkräften durchweg wohlgesonnen sind, zeigt sich etwas weniger Unterstützung bei den Anhängern von AfD (77 Prozent) und FDP (74 Prozent). Am niedrigsten ist die positive Haltung gegenüber den Streitkräften bei den Unterstützern der Grünen (69 Prozent) und der Linken (68 Prozent) ausgeprägt. Aber selbst bei diesen Parteien haben mindestens zwei Drittel der Anhänger eine positive Einstellung zur Bundeswehr. Die Nichtwähler und Personen ohne Parteipräferenz weisen ebenfalls ein überwiegend positives Meinungsbild zu den Streitkräften auf (66 Prozent).

Tabelle 6.1: Einstellung zur Bundeswehr in soziodemografischen Gruppen

„Wie ist Ihre persönliche Einstellung zur Bundeswehr?“ (Angaben in Prozent)			
	Positiv ¹	Negativ ²	Weiß nicht/k.A.
Insgesamt	76	20	4
Geschlecht ***			
Männer	79	19	(2)
Frauen	74	21	6
Alter ***			
16 bis 29 Jahre	64	30	(6)
30 bis 49 Jahre	74	23	(3)
50 bis 69 Jahre	81	16	(3)
70 Jahre und älter	84	12	(5)
Bildungsniveau *			
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	73	23	(4)
Realschulabschluss	76	20	(4)
Hauptschulabschluss	81	16	(4)
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat *			
4.001 Euro und mehr	72	23	6
2.001 bis 4.000 Euro	77	20	3
Bis 2.000 Euro	75	21	4
Wahlabsicht Bundestagswahl ***			
CDU/CSU	88	9	(3)
SPD	85	(13)	(2)
AfD	77	(22)	(1)
FDP	74	(22)	(4)
Die Linke	68	(28)	(4)
Bündnis 90/Die Grünen	69	28	(3)
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	66	26	(8)
Region *			
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	79	20	(1)
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	76	20	(4)
Süddeutschland (BW, BY)	74	21	(6)
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	77	20	4
Migrationshintergrund ***			
Ja	83	(11)	(6)
Nein	75	21	4

Anmerkungen: 1) Anteile „Sehr positiv“, „Positiv“ und „Eher positiv“ wurden zusammengefasst; 2) Anteile „Sehr negativ“, „Negativ“ und „Eher negativ“ wurden zusammengefasst. Einzelne Prozentangaben ergeben mitunter in der Summe nicht 100 Prozent, da sie gerundet wurden. Chi²-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05); Werte in Klammern: n ≤ 50.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2019.

Daneben bestehen geringfügige regionale Unterschiede: In Norddeutschland (79 Prozent) ist das Meinungsklima für die Bundeswehr etwas freundlicher als in Süddeutschland (74 Prozent). Es gibt zudem Differenzen zwischen Befragten mit und ohne Migrationshintergrund. Befragte mit Migrationshintergrund stehen der Bundeswehr positiver gegenüber (83 Prozent). In der Gesamtschau bleibt festzuhalten, dass zwar einige Differenzen hinsichtlich der sozialstrukturellen Merkmale bestehen, die Bundeswehr jedoch bei allen betrachteten Gruppen auf deutlich mehrheitlich positive Einstellungen trifft.

Im Folgenden werden die weiter oben behandelten allgemeinen Indikatoren zur Bundeswehr genauer betrachtet und mithilfe multivariater Analysen Einstellungen und Merkmale herausgearbeitet, die deren Ausprägung erklären können. Für die Einstellung, das Ansehen und das Vertrauen ergibt sich – wie dargestellt – der gleiche Befund: Die Bevölkerung schätzt die Bundeswehr und begegnet ihr wohlwollend. Wie statistische Analysen zeigen, hängen die drei Indikatoren nicht nur konzeptionell, sondern auch empirisch eng zusammen. Die entsprechenden Korrelationen (Pearsons r) bewegen sich zwischen 0,70 und 0,77 (alle sind statistisch signifikant auf dem 0,001-Prozent-Niveau; nicht tabellarisch dargestellt). Eine Faktorenanalyse mit den Variablen Einstellung, Ansehen und Vertrauen in die Bundeswehr ergibt eine einfaktorielle Lösung.³¹ Eine entsprechend konstruierte Skala auf Basis der drei Haltungen zu den Streitkräften weist mit einem Cronbachs alpha von 0,89 eine sehr hohe Reliabilität auf. Mithin messen die drei Indikatoren nicht verschiedenartige Konstrukte, sondern gleichermaßen die *grundlegende Haltung* zur Bundeswehr – im Folgenden wird für die zusammengefasste Variable diese Bezeichnung verwendet. In den folgenden multivariaten Auswertungen (vgl. Tabelle 6.2) wird ein Index verwendet, in dem die drei ursprünglichen Variablen zusammengefasst sind. Sein Wertebereich liegt zwischen 0 (vollkommen negative Haltung zur Bundeswehr) und 1 (vollkommen positive Haltung zur Bundeswehr). So kann auf eine detaillierte Betrachtung aller drei Indikatoren verzichtet werden. Die deskriptiven Statistiken für den Index „Haltung zur Bundeswehr“ zeigen, dass die Bevölkerung im Mittel eine sehr positive Haltung zur Bundeswehr hat (0,66; Standardabweichung: 0,21).

Es kursieren durchaus Vorstellungen und Annahmen, wer den Streitkräften wohlgesonnener ist und wer ihnen eher mit Distanz begegnet. Wie die Auswertung nach sozialen Gruppen ergeben hat, üben sozialstrukturelle Merkmale einen gewissen Einfluss auf die Einstellung zur Bundeswehr aus (vgl. Tabelle 6.1). Ergänzend wirkt die parteipolitische

³¹ Ergebnisse der Faktorenanalyse: Eigenwert des Faktors = 2,46. Erklärte Varianz = 82 Prozent. Faktorladungen: Einstellung = 0,92, Ansehen = 0,91, Vertrauen = 0,89.

Präferenz der Befragten. Daneben sollten Erfahrungen in und Kontakte zu den Streitkräften relevant sein. So betonten die Verteidiger der Wehrpflicht durchgehend deren soziale Integrationskraft (Pfaffensteller 2010: 485). Stimmt diese These, dann sollten Personen, die Erfahrungen in den und mit den Streitkräften aufweisen, diesen positiver gegenüberstehen als Befragte ohne eigene Erfahrungen. Mit dem Übergang zur Freiwilligenarmee treten Begegnungen zwischen Bürgern und Soldaten und die mediale Berichterstattung an die Stelle persönlicher Erfahrungen in und mit den Streitkräften. Daher ist zu betrachten, welche Wirkung diese unterschiedlichen Kontaktarten auf die Haltung zur Bundeswehr entfalten. Diese – in Teilen konkurrierenden – Annahmen lassen sich mit dem Variablensatz der Bevölkerungsbefragung 2019 empirisch überprüfen. Dazu werden multiple lineare Regressionsanalysen gerechnet, in die die Haltung zur Bundeswehr als abhängige Variable eingeht. Als Erklärungsgrößen werden zunächst soziodemografische Merkmale (Tabelle 6.2; Modell I), politische Orientierungen (Modell II) und Erfahrungen oder Kontakte mit den Streitkräften (Modell III) getrennt betrachtet. Damit ist es möglich, den Effekt der jeweiligen Indikatoren zu identifizieren und deren Einfluss auf die Haltung zur Bundeswehr separat zu analysieren. Anschließend wird in einer umfassenden Analyse (Modell IV) geprüft, inwieweit sich die Effekte gegenseitig überlagern oder aufheben.

Die Auswertungen zeigen die überschaubare Relevanz sozialstruktureller Merkmale der Befragten für ihre Haltung zur Bundeswehr (vgl. Tabelle 6.2, Modell I). So stehen Männer, Ältere und Personen mit Migrationshintergrund – auch unter Kontrolle der anderen Größen – den Streitkräften wohlgesonnener gegenüber. Bildung, Einkommen und regionale Herkunft haben hingegen keinen eigenständigen Einfluss auf die Haltung zur Bundeswehr. Die Erklärungskraft der sozialstrukturellen Merkmale ist mit einem korrigierten R^2 von 0,04 gering. Folglich bestätigt sich der bereits aus den Gruppenvergleichen gewonnene Eindruck, dass die Bundeswehr über alle sozialen Gruppierungen hinweg relativ positiv bewertet wird.

In Modell II wird der Einfluss der (partei-)politischen Orientierungen getestet. Ob ein Befragter einer Regierungs-, einer Oppositions- oder gar keiner Partei zuneigt, hat einen merklichen Einfluss auf seine Haltung zu den Streitkräften. Dabei wird die zur Zeit der Erhebung geltende politische Konstellation als Maßstab angelegt: Eine Wahlabsicht für Union oder SPD als Regierungsparteien auf Bundesebene bildet die Referenzkategorie. Wie zu erwarten, sind die Anhänger der Grünen und die der Linken der Bundeswehr gegenüber kritischer eingestellt als Regierungsanhänger. Dies gilt ebenso für die Befragten mit einer Wahlabsicht für die AfD und für die FDP-Anhängerschaft. Zugleich weisen Befragte ohne Parteiaffinität eine negativere Haltung zur Bundeswehr als Befürworter von Union und SPD auf, was als Ausdruck einer generell größeren Distanz zu staatlichen Institutionen und Einrichtungen des politischen Systems verstanden werden kann. Die

allgemeine ideologische Orientierung gemessen mit der Links-Rechts-Selbsteinstufung hat keinen statistisch signifikanten Effekt auf die abhängige Variable.

Tabelle 6.2: Determinanten der Haltung zur Bundeswehr

	Index Haltung zur Bundeswehr			
	Modell I	Modell II	Modell III	Modell IV
<i>Soziodemografie</i>				
Frauen	-0,08**			-0,02 ^{n.s.}
Alter	0,12***			0,07*
Niedrige Bildung	0,06 ^{n.s.}			0,06 ^{n.s.}
Hohe Bildung	-0,06 ^{n.s.}			-0,07*
Haushaltsnettoeinkommen (bis 2.000 Euro)	-0,05 ^{n.s.}			-0,04 ^{n.s.}
Haushaltsnettoeinkommen (4.001 Euro und mehr)	0,04 ^{n.s.}			0,02 ^{n.s.}
Ostdeutschland	0,03 ^{n.s.}			0,05 ^{n.s.}
Migrationshintergrund	0,08**			0,09***
<i>Politische Einstellungen</i>				
Wahlabsicht AfD		-0,06*		-0,06*
Wahlabsicht FDP		-0,10***		-0,10***
Wahlabsicht Die Linke		-0,14***		-0,13***
Wahlabsicht Bündnis 90/Die Grünen		-0,17***		-0,11***
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.		-0,17***		-0,14***
Links-Rechts-Selbsteinstufung		0,00 ^{n.s.}		-0,01 ^{n.s.}
<i>Kontakte und Erfahrungen</i>				
Wahrnehmung Bundeswehr im Alltag			0,16***	0,16***
Wahrnehmung Bundeswehr in den Medien			-0,02 ^{n.s.}	-0,03 ^{n.s.}
Ist/war bei der Bundeswehr			0,12***	0,07**
Verwandter/Bekannter ist/war bei der Bundeswehr			0,04 ^{n.s.}	0,04 ^{n.s.}
Korrigiertes R ²	0,04	0,05	0,04	0,10
n	1.576	1.576	1.576	1.576

Anmerkungen: Die abhängige Variable ist die Haltung zur Bundeswehr, gebildet mit den Variablen Einstellung, Ansehen und Vertrauen zur Bundeswehr (s. Text). Wertebereich der abhängigen Variable [0 – negative Haltung zur Bundeswehr; 1 – positive Haltung zur Bundeswehr], Mittelwert [0,66]. Alle erklärenden Variablen mit Ausnahme von Alter [16: 101], Wahrnehmung Bundeswehr im Alltag [0; 3] und Wahrnehmung Bundeswehr in den Medien [0; 4] haben einen Wertebereich von [0; 1]. Analyseverfahren: Multiple lineare Regressionen; standardisierte Regressionskoeffizienten (beta). Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05).

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2019.

Das Zusammenspiel eigener Erfahrungen in den und mit den Streitkräften, alltäglicher Begegnungen und medialer Wahrnehmungen führt zu einer positiveren Haltung zur Bundeswehr (Modell III). Am wichtigsten ist die persönliche Wahrnehmung der Bundeswehr im Alltag oder persönlichen Umfeld. Wenn Streitkräfte im Alltag der Bürgerinnen und Bürger präsent und sie Gegenstand von Gesprächen und Diskussionen sind, erfahren sie einen höheren gesellschaftlichen Zuspruch. Umgekehrt gilt ebenso: Wenn sich Streitkräfte von der Öffentlichkeit fernhalten und sie nicht mehr Bestandteil des täglichen Lebens der Bürgerinnen und Bürger sind, dann schlägt sich dies negativ auf ihr öffentliches

Image nieder. Erfahrungen, die jemand als Soldat macht bzw. gemacht hat, wirken sich ebenfalls positiv auf die Haltung zur Bundeswehr aus. Wie schon im Vorjahr (Biehl 2018a), aber im Unterschied zu den Analysen für das Jahr 2017 (z.B. Biehl 2017a), hat die mediale Wahrnehmung keinen Einfluss auf die Bewertung der Bundeswehr. Dies bedeutet, dass der Umfang der wahrgenommenen Berichterstattung über die Streitkräfte in Fernsehen, Radio, Printmedien und Internet für die Haltung der Befragten zur Bundeswehr nicht relevant ist. Ebenso bedeutungslos sind Erfahrungen von Verwandten oder Bekannten mit den Streitkräften.

In der Gesamtbetrachtung aller Einflussgrößen bestätigt sich überwiegend deren Relevanz (Modell IV) aus den Teilmodellen. D.h. für die Haltung zur Bundeswehr sind persönliche Kontakte oder Erfahrungen mit den Streitkräften wesentlich, ergänzend kommen die politischen Orientierungen hinzu. Die sozialstrukturellen Merkmale der Befragten sind nachrangig. Im Einzelnen zeigt sich, dass bei gleichzeitiger Betrachtung aller Größen weder Geschlecht noch Einkommen oder ein Wohnort in Ostdeutschland einen statistisch signifikanten Einfluss auf die Haltung zur Bundeswehr nehmen. Kleinere Effekte üben ein Migrationshintergrund (positiv), höheres Alter (positiv) und ein hoher Bildungsabschluss (negativ) aus. Wesentlicher sind die politischen Orientierungen der Befragten und deren Erfahrungen mit der Bundeswehr: Die Anhängerschaft zur Union und zur SPD geht ebenso mit einer positiveren Einstellung zur Bundeswehr einher wie Begegnungen mit der Truppe im Alltag. Auch wer selbst Soldat (gewesen) ist, steht den Streitkräften wohlwollender gegenüber. Die mediale Wahrnehmung der Bundeswehr spielt auch im komplexen Modell IV keine Rolle.

Besonders die Ergebnisse für die Merkmale aus der Kategorie Kontakte und Erfahrungen zeigen, wie schon in den zurückliegenden Jahren (Biehl 2017a, 2018a), dass es nicht allein die Wehrpflicht ist, die die Streitkräfte in die Bevölkerung einbindet. Es ist die öffentliche Präsenz der Streitkräfte, ihre Zugänglichkeit und Transparenz, die dazu führt, dass sie von den Bürgerinnen und Bürgern Unterstützung erfahren. Die Erfahrungen, die in der und mit der Wehrpflicht gemacht wurden, können folglich zu einem gewissen Grad durch intensive Öffentlichkeitsarbeit, persönliche Begegnungen und authentischen Austausch substituiert werden – was für die Freiwilligenarmee Bundeswehr eine erfreuliche Nachricht ist, sofern daraus Handlungskonsequenzen erwachsen.

Fazit

Insgesamt bestätigt sich auch in der Bevölkerungsbefragung 2019 das seit Jahren gute Renommee, das die Bundeswehr bei den Bürgerinnen und Bürgern genießt. Alle verwendeten Indikatoren weisen in dieselbe Richtung: Die Streitkräfte sind angesehen und erfahren Vertrauen. Dies geht quer durch die gesellschaftlichen Gruppen. Dabei ist, abgesehen von Veränderungen im niedrigen einstelligen Prozentpunkt-Bereich, die teilweise durch den Reihenfolge-Split des Fragebogens zu erklären sind (vgl. Abschnitt 3), eine erstaunliche Konstanz zu den Vorjahren festzustellen. Sowohl für die Ausprägung des gesellschaftlichen Zuspruchs als auch für dessen Determinanten herrscht weitgehende Kontinuität.

Angesichts dieser Befunde ist es umso bemerkenswerter, dass sich die eingangs vorgestellte These des freundlichen Desinteresses der Deutschen an ihren Streitkräften weiterhin hoher Popularität erfreut. Dies ist nicht allein deswegen problematisch, weil sie der empirischen Evidenz entgegensteht – dies sollte insbesondere für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler schon Anlass genug zur Revision sein. Gravierender ist die Tatsache, dass die These von der eigentlichen Problematik im Verhältnis von Gesellschaft, Streitkräften und Politik ablenkt: Die Bevölkerung steht den Auslandseinsätzen und generell dem Einsatz militärischer Mittel als politischem Instrument (außer zu Hilfs- und humanitären Maßnahmen sowie zur Verteidigung) ambivalent bis distanziert gegenüber. Dies bestätigen erneut die Befunde der Bevölkerungsbefragung 2019 des ZMSBw (siehe hierzu die Abschnitte 10 und 11). Die dabei zutage tretende Diskrepanz zwischen den politischen Entscheidungen, den Mandaten für die Streitkräfte und dem Willen der Bürgerinnen und Bürger wird durch die These vom freundlichen Desinteresse jedoch nicht erfasst. Im Gegenteil: Indem der Bevölkerung das Bemühen abgesprochen wird, den außen- und sicherheitspolitischen Wandel zu verstehen (so auch bei Brüßler 2018), erfolgt geradezu eine Schuldzuweisung an die Gesellschaft. Demnach habe nicht die Politik den gesellschaftlichen Präferenzen zu folgen, sondern die Bevölkerung sei aufgefordert, die sicherheitspolitischen Entscheidungen nachzuvollziehen.

Diese Auffassung bedient zugleich die unter Soldatinnen und Soldaten verbreitete Wahrnehmung eines unzureichenden gesellschaftlichen Zuspruchs (z.B. Böcker et al. 2013; Bohnert/Reitstetter 2014). Die vorliegenden Befunde der Bevölkerungsbefragung des ZMSBw sowie weiterer Untersuchungen stehen diesen Sichtweisen aber ebenso wie der Annahme eines „freundlichen Desinteresses“ entgegen. Es wäre daher nicht zuletzt für diejenigen, die sich öffentlich äußern, angezeigt, die Defizite in den zivil-militärischen Beziehungen konkret und korrekt zu benennen, statt der Bevölkerung fälschlicherweise

ein freundliches Desinteresse an ihrer Armee oder mangelnden Rückhalt für die Streitkräfte und ihre Aufgaben zu unterstellen.

7 Wahrnehmung der Bundeswehr in der Öffentlichkeit

Markus Steinbrecher

Wegen der Verkleinerung der Bundeswehr, der Schließung vieler Standorte und der Aussetzung der Wehrpflicht seit dem Jahr 2011 haben viele Bürgerinnen und Bürger nur noch über die Medien Kontakt mit den Streitkräften. Daher ist es wichtig, zu wissen, in welchem Maße die Medien über die Streitkräfte berichten, weil sich die Bürgerinnen und Bürger im Wesentlichen mithilfe dieser Informationen eine eigene Meinung bilden können. Im Rahmen der Bevölkerungsbefragung 2019 wurde wie in den Vorjahren erfasst, wie häufig und mit welchem Tenor (positiv, neutral, negativ) die Bürgerinnen und Bürger die Streitkräfte in den Medien und in der persönlichen Kommunikation wahrnehmen. Ein weiteres Thema dieses Abschnitts ist, wie die Befragten den Kontakt zwischen Bundeswehr und Gesellschaft bewerten. Hinzu kommt, wie schon in der Bevölkerungsbefragung 2018, die Sicht der Bevölkerung auf die Integration von Frauen in die Streitkräfte als besonderer Aspekt der Wahrnehmung der Bundeswehr in der Öffentlichkeit.³²

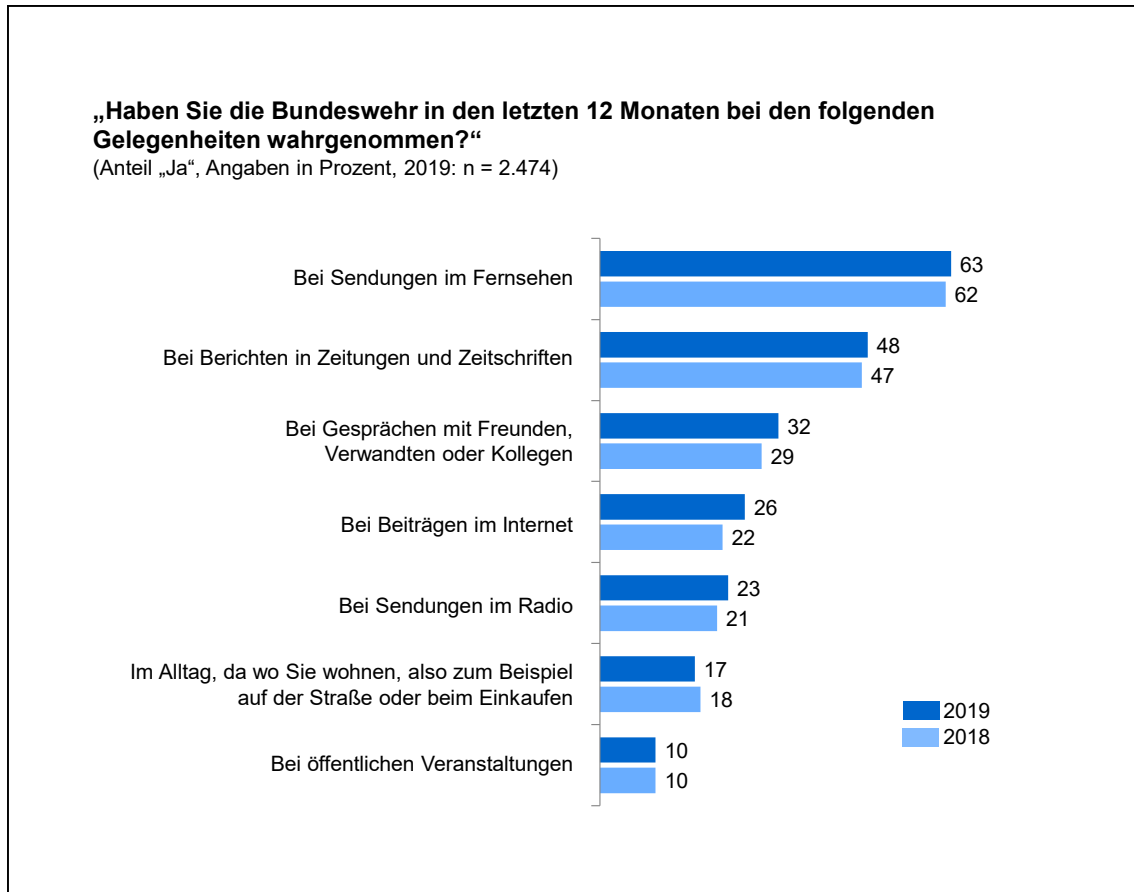
Wahrnehmung und Eindruck von der Bundeswehr bei verschiedenen Gelegenheiten

Im Folgenden geht es um die Wahrnehmung der Bundeswehr in den Medien durch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Bevölkerungsbefragung 2019. Es wurde untersucht, inwiefern die Befragten die Bundeswehr in den Medien und bei verschiedenen anderen Gelegenheiten während der letzten 12 Monate wahrgenommen haben (vgl. Abbildung 7.1). 63 Prozent der Befragten haben etwas über die Bundeswehr im Fernsehen gesehen. 48 Prozent haben in Zeitungen und Zeitschriften über die Streitkräfte gelesen. 32 Prozent haben in persönlichen Gesprächen mit Freunden, Verwandten oder Kollegen die Bundeswehr thematisiert. Etwa ein Viertel hat in Beiträgen im Internet (26 Prozent) oder in Radiosendungen (23 Prozent) etwas über die Soldatinnen und Soldaten erfahren. Die

³² Anders als in den Jahren 2017 und 2018 wurde im Rahmen der Bevölkerungsbefragung 2019 nicht zeitgleich zum Erhebungszeitraum eine Auswertung der Berichterstattung in ausgewählten deutschen Zeitungen und Fernsehnachrichten sowie auf Internetseiten durchgeführt. Aufwand und Ertrag dieser Inhaltsanalyse hielten sich in den Jahren 2017 und 2018 nicht die Waage, sodass für weitere Informationen zur Berichterstattung über die Bundeswehr in klassischen und sozialen Medien auf die Medienresonanzanalyse des Zentrums Informationsarbeit Bundeswehr (ZInfoABw) verwiesen werden kann, deren Ergebnisse in der Regel im 1. Quartal des Folgejahres vorgestellt werden (Argus Data Insights 2019; Cognita AG 2019).

anderen Gelegenheiten werden von weniger als einem Fünftel der Befragten angeführt (im Alltag: 17 Prozent, bei öffentlichen Veranstaltungen: 10 Prozent).

Abbildung 7.1: Wahrnehmung der Bundeswehr bei verschiedenen Gelegenheiten

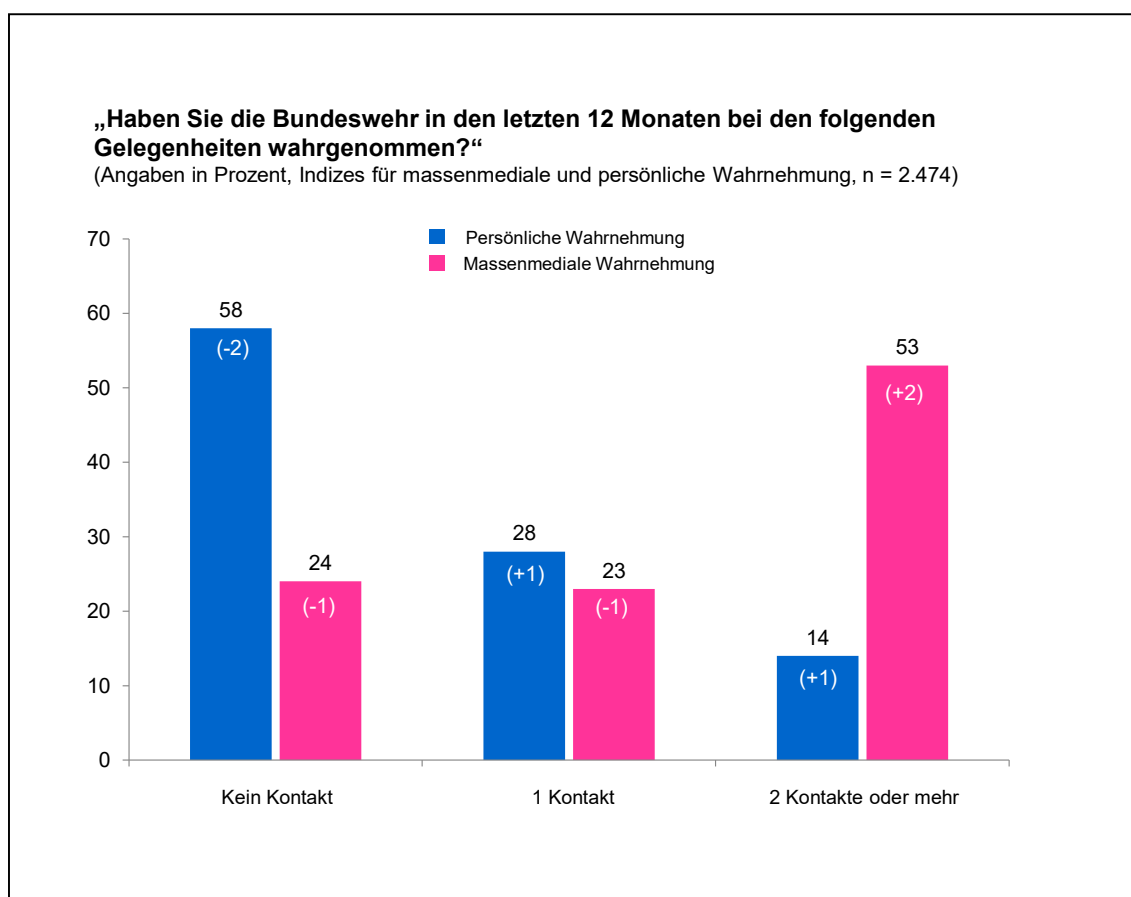


Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2018 und 2019.

Vergleicht man die Ergebnisse mit denen des Vorjahres, zeigen sich für alle abgefragten Kommunikationswege geringfügige Veränderungen von maximal vier Prozentpunkten. Während die Bürgerinnen und Bürger die Bundeswehr im Alltag geringfügig seltener wahrgenommen haben (-1 Prozentpunkt), hat sich die Wahrnehmung bei öffentlichen Veranstaltungen nicht verändert. Die Häufigkeit, etwas über die Bundeswehr im Fernsehen oder in Zeitungen und Zeitschriften zu erfahren, hat von 2018 auf 2019 um 1 Prozentpunkt zugenommen, die für Radiosendungen um 2 Prozentpunkte. In Gesprächen mit Freunden, Verwandten oder Kollegen ist die Bundeswehr etwas häufiger ein Thema (+3 Prozentpunkte). Bei Beiträgen im Internet ist der Anstieg am größten (+4 Prozentpunkte).

Bildet man Zählindizes für die massenmediale (Fernsehen, Radio, Zeitungen und Zeitschriften sowie Internet) sowie die persönliche Wahrnehmung (Gespräche, im Alltag, bei öffentlichen Veranstaltungen) der Bundeswehr und vergleicht die Ergebnisse, wird eine Diskrepanz zwischen den beiden Kategorien deutlich. Da die Anzahl der berücksichtigten Kontaktmöglichkeiten für Massenmedien und persönliche Kontakte nicht identisch ist, werden nur die Kategorien „kein Kontakt“, „1 Kontakt“ und „2 Kontakte oder mehr“ betrachtet (vgl. Abbildung 7.2).

Abbildung 7.2: Persönliche und massenmediale Wahrnehmung der Bundeswehr im Vergleich



Anmerkungen: Die Prozentangaben ergeben in der Summe nicht 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Veränderungen gegenüber 2018 in Klammern.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2018 und 2019.

Es zeigt sich, dass drei Viertel der Bürgerinnen und Bürger die Bundeswehr über mindestens einen Kanal der Massenmedien wahrgenommen haben – im Vergleich zum Vorjahr ist dieser Wert nahezu unverändert (+1 Prozentpunkt). Im persönlichen Umfeld haben hingegen nur 42 Prozent der Befragten mindestens einmal die Streitkräfte wahrgenommen. Damit hat sich der persönliche Kontakt zu den Streitkräften im Jahresvergleich

ebenfalls kaum verändert (2018: 40 Prozent). Noch größer wird der Kontrast, wenn man die Kategorie „2 Kontakte oder mehr“ betrachtet: Die Differenz zwischen dem Index für persönliche Kontakte (14 Prozent) und dem für massenmediale Kontakte (53 Prozent) beträgt 39 Prozentpunkte (2018: 38 Prozentpunkte). Allerdings ist für die Einordnung dieser Unterschiede darauf hinzuweisen, dass der Aufwand eines Bürgers für die massenmediale Wahrnehmung der Bundeswehr deutlich geringer ist als für die Wahrnehmung im persönlichen Umfeld. Einen Bericht über die Streitkräfte im Radio, Fernsehen oder in der Zeitung kann man zufällig beim Durchschalten oder Durchblättern erfassen. Und angesichts des hohen Ausmaßes der Mediennutzung in Deutschland (Breunig/van Eimeren 2015) besteht zwangsläufig eine wesentlich höhere Chance, über diese Informationskanäle etwas über die Bundeswehr zu erfahren.

Die geringen Veränderungen der massenmedialen und persönlichen Wahrnehmung der Bundeswehr im Vergleich zum Jahr 2018 werden auch bei einer Betrachtung der Mittelwerte der beiden Indizes deutlich (vgl. Tabelle 7.1). Der Mittelwert für den Index persönliche Wahrnehmung liegt bei 0,60 und ist damit leicht gestiegen (2018: 0,57; 2017: 0,72; 2016: 0,66; Steinbrecher 2018a). Auch der Mittelwert des Indexes massenmediale Wahrnehmung hat mit 1,57 leicht zugenommen (2018: 1,52; 2017: 1,99; 2016: 1,74; Steinbrecher 2018a).

Zwischen den soziodemografischen Gruppen zeigen sich die folgenden Unterschiede: Männer nehmen die Bundeswehr häufiger wahr als Frauen. Die Differenz beträgt 0,19 (persönliche Wahrnehmung) und 0,27 (massenmediale Wahrnehmung). Auch zwischen den Altersgruppen werden Abweichungen deutlich. Während die Wahrnehmung der Bundeswehr im persönlichen Umfeld mit steigendem Lebensalter abnimmt, zeigt sich für den Zusammenhang zwischen Alter und der massenmedialen Wahrnehmung ein positiver linearer Zusammenhang: Je älter ein Befragter ist, desto eher nimmt er die Bundeswehr über die Massenmedien wahr. Ein höheres Bildungsniveau führt zu einer verstärkten massenmedialen wie persönlichen Wahrnehmung der Bundeswehr. Beim Einkommen nehmen die Befragten mit mittlerem Einkommen die Bundeswehr in etwas stärkerem Maße über die Massenmedien wahr als Personen mit geringem Einkommen – für die persönliche Kommunikation zeigt sich hingegen ein positiver linearer Zusammenhang: Je höher das Einkommen ist, desto häufiger wird die Bundeswehr im persönlichen Umfeld und der persönlichen Kommunikation wahrgenommen.

Tabelle 7.1: Persönliche und massenmediale Wahrnehmung der Bundeswehr in soziodemografischen Gruppen

„Haben Sie die Bundeswehr in den letzten 12 Monaten bei den folgenden Gelegenheiten wahrgenommen?“ (Indizes für massenmediale und persönliche Wahrnehmung, Mittelwerte)		
	Index persönliche Wahrnehmung ¹	Index massenmediale Wahrnehmung ²
Insgesamt	0,60	1,57
Geschlecht	***	***
Männer	0,69	1,73
Frauen	0,50	1,46
Alter	**	***
16 bis 29 Jahre	0,65	1,25
30 bis 49 Jahre	0,62	1,63
50 bis 69 Jahre	0,61	1,68
70 Jahre und älter	0,46	1,72
Bildungsniveau	***	***
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	0,76	1,79
Realschulabschluss	0,57	1,55
Hauptschulabschluss	0,50	1,51
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat	**	**
4.001 Euro und mehr	0,72	1,63
2.001 bis 4.000 Euro	0,61	1,64
Bis 2.000 Euro	0,52	1,46
Wahlabsicht Bundestagswahl	***	***
CDU/CSU	0,66	1,87
SPD	0,56	1,55
AfD	0,85	1,75
FDP	0,67	1,89
Die Linke	0,60	1,48
Bündnis 90/Die Grünen	0,57	1,53
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	0,42	1,24
Region	***	***
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	0,57	1,42
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	0,83	1,71
Süddeutschland (BW, BY)	0,63	1,77
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	0,44	1,45
Migrationshintergrund	*	n.s.
Ja	0,70	1,48
Nein	0,58	1,60

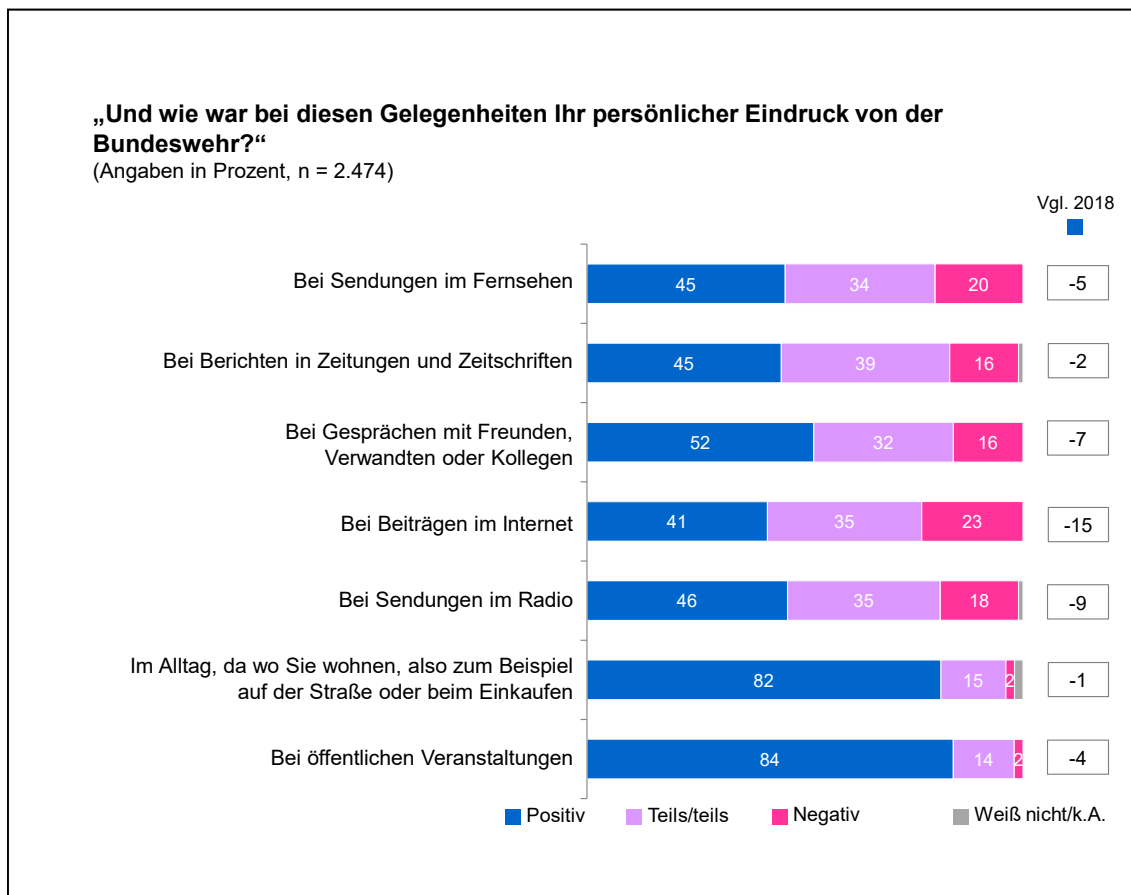
Anmerkungen: 1) Folgende Wahrnehmungsformen wurden zusammengefasst: Gespräche, im Alltag, bei öffentlichen Veranstaltungen, Wertebereich [0; 3]; 2) Folgende Wahrnehmungsformen wurden zusammengefasst: Fernsehen, Radio, Zeitungen und Zeitschriften, Internet, Wertebereich [0; 4]. Analyseverfahren: Varianzanalysen, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05). Der Signifikanztest für die Varianzanalyse gibt an, ob sich der Mittelwert mindestens einer Gruppe von dem Mittelwert mindestens einer anderen Gruppe unterscheidet.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2019.

Auch die Wahlabsicht ist relevant: In der persönlichen Kommunikation haben vor allem Personen ohne Wahlabsicht in unterdurchschnittlichem Maße (0,42) Kontakt mit der Bundeswehr. Besonders häufig nehmen Unterstützer der AfD (0,85), der FDP (0,67) und der Unionsparteien (0,66) die Streitkräfte im persönlichen Bereich wahr. Über die Massenmedien erhalten die Anhänger von FDP (1,89), CDU/CSU (1,87) und AfD (1,75) in überdurchschnittlicher Weise Informationen über die Bundeswehr. Am wenigsten werden die Befürworter von Die Linke (1,48) und Befragte ohne Parteipräferenz (1,24) von massenmedialen Informationen über die Streitkräfte erreicht. Ob man die Streitkräfte wahrnimmt, ist auch von der Wohnregion abhängig. Ostdeutsche (0,83) reden häufiger über die Bundeswehr bzw. begegnen ihr im Alltag öfter als Befragte aus anderen Regionen. Besonders selten haben Westdeutsche (0,44) im persönlichen Bereich Kontakt zu den Streitkräften. Bei den Massenmedien liegen die Unterschiede ein wenig anders: Süd- und Ostdeutsche sehen, hören oder lesen am häufigsten etwas über die Bundeswehr in den Medien. Das Schlusslicht bilden in dieser Hinsicht die Befragten in Norddeutschland (1,42). Der Migrationshintergrund ist im Hinblick auf die massenmediale Wahrnehmung der Bundeswehr irrelevant. Bei der persönlichen Kommunikation tauschen sich Personen mit Migrationshintergrund häufiger mit anderen über die Bundeswehr aus als Befragte ohne einen solchen Hintergrund.

Weiterhin wurden die Befragten nach ihrem persönlichen Eindruck von der Bundeswehr bei der Wahrnehmung über die einzelnen Kommunikationskanäle gefragt (vgl. Abbildung 7.3). Antworten durften jeweils nur diejenigen Befragten, welche die Streitkräfte auf den entsprechenden Kanälen wahrgenommen hatten. Es zeigt sich über alle sieben untersuchten Formen hinweg ein grundsätzlich positiver Tenor, der sich nur wenig zwischen den Massenmedien Fernsehen, Zeitungen und Zeitschriften, Radio und Internet unterscheidet (zwischen 41 und 46 Prozent der Befragten haben einen positiven Eindruck). Für die Berichterstattung im Internet ergibt sich bei den Befragten der schlechteste Eindruck. Allerdings waren auch hier die Wahrnehmungen mit 41 Prozent immer noch eher positiv. Besser ist die Wahrnehmung bei persönlichen Gesprächen mit Freunden, Verwandten oder Kollegen: 52 Prozent haben hier einen positiven Eindruck von den Streitkräften erhalten. Im Alltag und bei öffentlichen Veranstaltungen hinterlässt die Bundeswehr den besten Eindruck (82 bzw. 84 Prozent). Damit ist die Wahrnehmung über die Kanäle am besten, in denen die Bundeswehr persönliche Begegnungen zwischen Bürgern und Soldaten ermöglicht. Allerdings wird sie auf diesen Wegen am seltensten wahrgenommen (vgl. Abbildung 7.1).

Abbildung 7.3: Persönlicher Eindruck der Bundeswehr bei verschiedenen Gelegenheiten



Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Positiv: Anteile „Sehr positiv“ und „Eher positiv“ zusammengefasst; Negativ: Anteile „Sehr negativ“ und „Eher negativ“ zusammengefasst. Vgl. 2018: Differenz Positiv 2019 zu 2018.

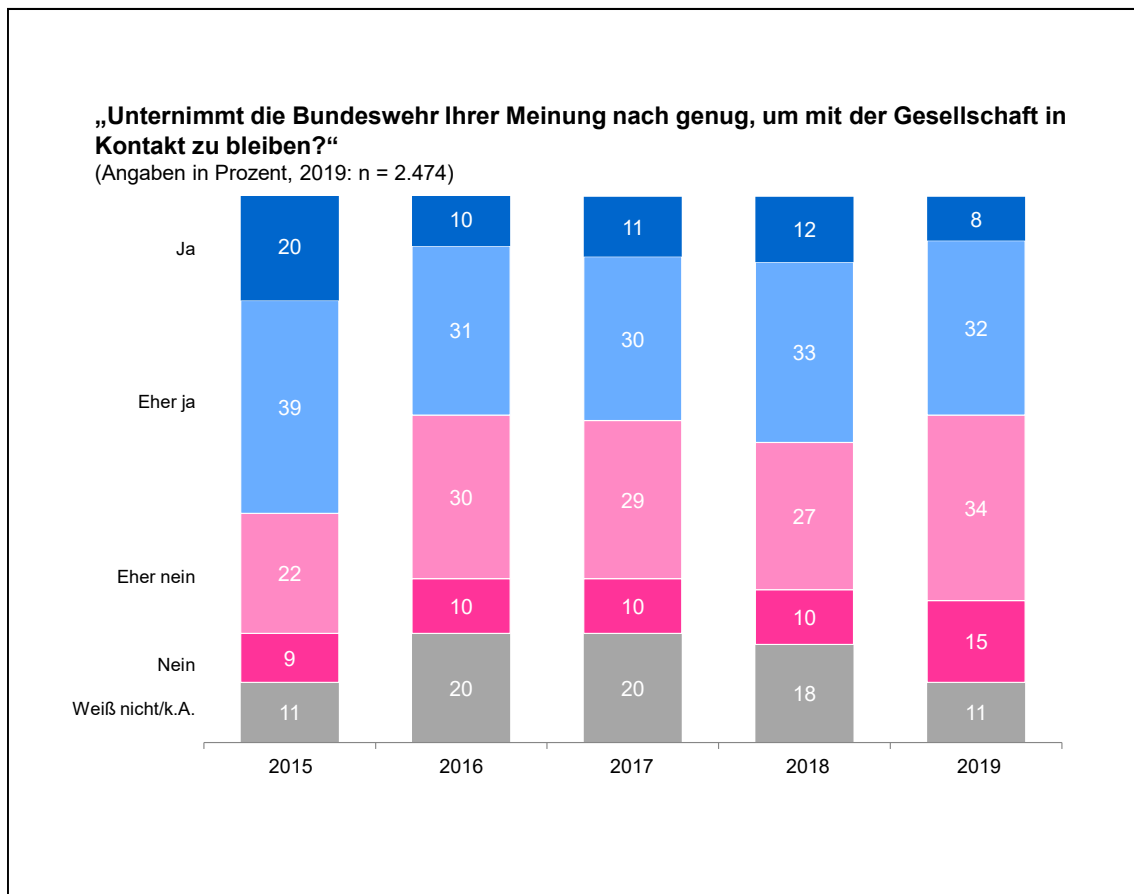
Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2018 und 2019.

Im Vergleich zum Vorjahr zeigen sich teilweise deutliche Verschlechterungen hinsichtlich des wahrgenommenen Eindrucks bei fünf der sieben Informationskanäle. Bei Beiträgen im Internet hat die positive Wahrnehmung mit 15 Prozentpunkten am stärksten abgenommen. Auch bei Sendungen im Radio hat sich der positive Eindruck um 9 Prozentpunkte abgeschwächt. Bei Berichten im Fernsehen (-5 Prozentpunkte), bei persönlichen Gesprächen (-7 Prozentpunkte) und bei öffentlichen Veranstaltungen (-4 Prozentpunkte) ist der Anteil derjenigen, die einen positiven (Medien-)Tenor wahrnehmen, in ähnlichem Maße gesunken. Leichte Veränderungen ergeben sich bei der Wahrnehmung von Berichten in Zeitungen und Zeitschriften (-2 Prozentpunkte) und im Alltag (-1 Prozentpunkt). Insgesamt zeigt sich daher durchgehend eine Verschlechterung des wahrgenommenen Eindrucks der Berichterstattung und Kommunikation über die Bundeswehr im Vergleich der Jahre 2018 und 2019 – das Ausmaß variiert allerdings stark zwischen den einzelnen Kommunikationskanälen.

Bewertung des Kontakts zwischen Bundeswehr und Gesellschaft

Die Frage, ob die Streitkräfte genug tun, um mit der Gesellschaft in Kontakt zu bleiben, ist im Vergleich zum Vorjahr negativer beantwortet worden (vgl. Abbildung 7.4). Waren es 2018 noch 45 Prozent (Anteile „Ja“ und „Eher ja“ zusammengefasst), die angaben, dass die Bundeswehr für den Kontakt mit der Gesellschaft genug unternimmt, sind es 2019 nur noch 40 Prozent. Damit ist die Zustimmung zu dieser Frage auf den niedrigsten Wert seit 2015 gefallen. 2019 unternimmt die Bundeswehr in den Augen von 49 Prozent der Bürgerinnen und Bürger nicht genug, um mit der Gesellschaft in Kontakt zu bleiben – 2018 waren es 37 Prozent. Eine relative Mehrheit der Befragten stellt der Bundeswehr in dieser Hinsicht ein schlechtes Zeugnis aus. 11 Prozent machen keine Angabe zu dieser Frage – ein deutlich niedrigerer Wert als in den Vorjahren.

Abbildung 7.4: Bewertung des Kontakts zwischen Bundeswehr und Gesellschaft



Anmerkung: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2015–2019.

Tabelle 7.2: Bewertung des Kontakts zwischen Bundeswehr und Gesellschaft in soziodemografischen Gruppen

„Unternimmt die Bundeswehr Ihrer Meinung nach genug, um mit der Gesellschaft in Kontakt zu bleiben?“ (Angaben in Prozent)			
	Ja ¹	Nein ²	Weiß nicht/k.A.
Insgesamt	40	49	11
Geschlecht **			
Männer	42	49	9
Frauen	38	49	14
Alter **			
16 bis 29 Jahre	34	53	14
30 bis 49 Jahre	38	52	10
50 bis 69 Jahre	45	45	10
70 Jahre und älter	41	47	12
Bildungsniveau ^{n.s.}			
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	39	49	12
Realschulabschluss	39	48	13
Hauptschulabschluss	43	48	9
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat *			
4.001 Euro und mehr	39	50	(12)
2.001 bis 4.000 Euro	41	50	9
Bis 2.000 Euro	42	45	13
Wahlabsicht Bundestagswahl ***			
CDU/CSU	46	46	(8)
SPD	51	42	(7)
AfD	42	50	(8)
FDP	(43)	53	(5)
Die Linke	35	54	(11)
Bündnis 90/Die Grünen	32	56	12
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	32	48	20
Region ***			
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	43	47	(10)
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	46	44	(10)
Süddeutschland (BW, BY)	33	56	11
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	40	47	13
Migrationshintergrund *			
Ja	46	41	13
Nein	39	50	11

Anmerkungen: 1) Ja: Anteile „Ja“ und „Eher ja“ wurden zusammengefasst; 2) Nein: Anteile „Eher nein“ und „Nein“ wurden zusammengefasst. Einzelne Prozentangaben ergeben mitunter in der Summe nicht 100 Prozent, da sie gerundet wurden. Analyseverfahren: Chi²-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05); Werte in Klammern: n ≤ 50.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2019.

Für alle soziodemografischen Variablen mit Ausnahme der Bildung sind statistisch signifikante Unterschiede hinsichtlich der Bewertung des Kontakts zwischen Bundeswehr und Gesellschaft festzustellen (vgl. Tabelle 7.2). Männer bewerten diesen Kontakt mit 42 Prozent besser als Frauen (38 Prozent). Mit zunehmendem Alter scheinen mehr Befragte die Auffassung zu teilen, dass die Bundeswehr genug für den Kontakt mit der Gesellschaft unternimmt. Die Unterschiede zwischen den drei Bildungsgruppen sind statistisch nicht signifikant.

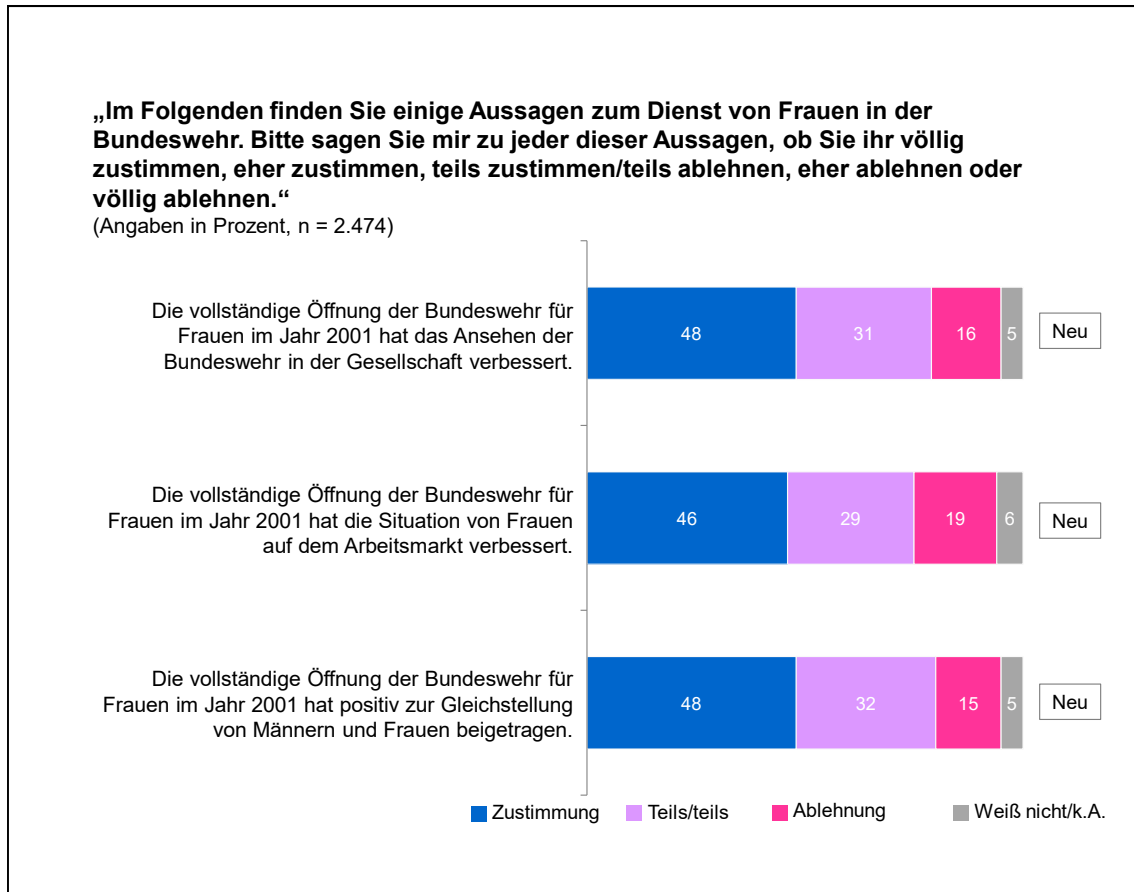
Befragte mit hohem Einkommen schätzen den Kontakt zwischen Streitkräften und Gesellschaft um drei Prozentpunkte schlechter ein als Befragte mit niedrigem Einkommen. Die Wahlabsicht ist auch bei dieser Frage relevant. Es zeigen sich relativ große Unterschiede zwischen den einzelnen Unterstützergruppen: Personen mit einer Wahlabsicht für CDU/CSU, SPD, AfD und FDP bewerten den Kontakt als überdurchschnittlich gut, Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke sowie Personen ohne Wahlabsicht als unterdurchschnittlich gut. Regionale Zugehörigkeiten spielen ebenfalls eine Rolle. Die beiden Pole bilden die Ostdeutschen (46 Prozent positive Nennungen) und die Süddeutschen (33 Prozent). Befragte mit Migrationshintergrund bewerten den Kontakt zwischen Militär und Bürgern etwas positiver (46 Prozent) als Personen ohne Migrationshintergrund (39 Prozent).

Einstellungen zu Frauen in der Bundeswehr

Für das Verhältnis zwischen Bundeswehr und Gesellschaft ist die Integration von Frauen in die Streitkräfte eine wichtige Frage. Im Jahr 2001 wurden alle Laufbahnen der Bundeswehr für Frauen geöffnet. Das ZMSBw hat diesen Prozess mit mehreren Studien begleitet, die sich mit der Sicht der Soldatinnen und Soldaten auf diese Frage beschäftigen (Kümmel 2008, 2014; Kümmel/Werkner 2003). Mit der Perspektive auf das Jahr 2001 und die damalige Öffnung der Streitkräfte für Frauen wurde bereits in der Bevölkerungsbefragung 2018 nach der Sicht der Bürgerinnen und Bürger zu diesem Thema gefragt. In der Bevölkerungsbefragung 2019 wurde der Wortlaut einiger Fragen gekürzt und präzisiert, weil sich bei der Auswertung zur Befragung 2018 zeigte, dass unklar ist, welchen der im Fragetext benannten Aspekte die Befragten überhaupt bewertet haben (Steinbrecher 2018a). Zusätzlich wurden auch 2019 einige Fragen verwendet, die in ähnlicher Weise in der Bevölkerungsbefragung 2001 schon einmal abgefragt wurden. Wo die Frageformulierung hinreichend ähnlich oder identisch ist, erfolgt daher in der Auswertung ein Vergleich mit der damaligen Befragung oder ein Verweis auf die damaligen Ergebnisse. Bei identischer Abfrage im Vergleich zur Bevölkerungsbefragung 2018 erfolgt eine Gegenüberstellung mit der letztjährigen Umfrage.

Abbildung 7.5 zeigt die relativen Häufigkeiten für die drei Fragen dieses Themenkomplexes, die einen expliziten Bezug zum Jahr 2001 im Fragewortlaut herstellen: 48 Prozent geben an, dass die Öffnung 2001 das Ansehen der Bundeswehr in der Gesellschaft verbessert hat. 31 Prozent sind geteilter Meinung und 16 Prozent lehnen die Aussage ab.

Abbildung 7.5: Einstellungen zu Frauen in der Bundeswehr, Teil 1



Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2019.

Die Position, dass durch die Öffnung der Bundeswehr für Frauen eine Verbesserung ihrer Situation auf dem Arbeitsmarkt eingetreten ist, wird von 46 Prozent unterstützt, 29 Prozent haben dazu eine geteilte Meinung, während 19 Prozent diese Position ablehnen. Die Verteilung der Antworten auf die dritte Frage ist der ersten sehr ähnlich: 48 Prozent stimmen zu, dass die Öffnung der Streitkräfte für Frauen positiv zur Gleichstellung von Männern und Frauen beigetragen hat. Etwa ein Drittel der Befragten hat dazu weder eine zustimmende noch eine ablehnende Meinung. 15 Prozent lehnen diese Aussage ab.

Die Haltung der Befragten zu vier weiteren Fragen zur Öffnung der Bundeswehr für Frauen – ohne expliziten Bezug zum Öffnungsjahr 2001 – ist in Abbildung 7.6 dargestellt. 21 Prozent teilen die Meinung, dass die Streitkräfte an Kampfkraft verlieren, wenn Frauen in Kampffunktionen tätig sind. 24 Prozent sind hinsichtlich dieser Aussage geteilter Meinung und 50 Prozent lehnen diese Position ab. Bereits in der Bevölkerungsbefragung 2001 mussten sich die Befragten zu dieser Aussage äußern – allerdings stand ihnen zur Antwort eine sechsstufige Antwortskala ohne Mittelkategorie zur Verfügung.³³ Damals stimmten 44 Prozent der Befragten dieser Aussage zu, 56 Prozent lehnten sie ab. Die Zustimmung zu dieser Aussage ist zwischen 2001 und 2019 also deutlich gesunken. Die Einbindung von Frauen in Kampffunktionen wird also von einer Mehrheit der Bevölkerung nicht als Einschränkung der Kampfkraft der Bundeswehr bewertet.

Ein vollkommen geteiltes Meinungsbild ergibt sich 2019 zu der Aussage, dass die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundeswehr erreicht ist: Zustimmung (30 Prozent) und Ablehnung (29 Prozent) halten sich nahezu die Waage, während sich 32 Prozent der Befragten weder für Ablehnung noch für Zustimmung entscheiden können. Knapp jeder Zehnte äußert zu dieser Frage gar keine Meinung. Im Vergleich zum Vorjahr zeigt sich eine Zunahme des Anteils der Zustimmung um 1 Prozentpunkt.

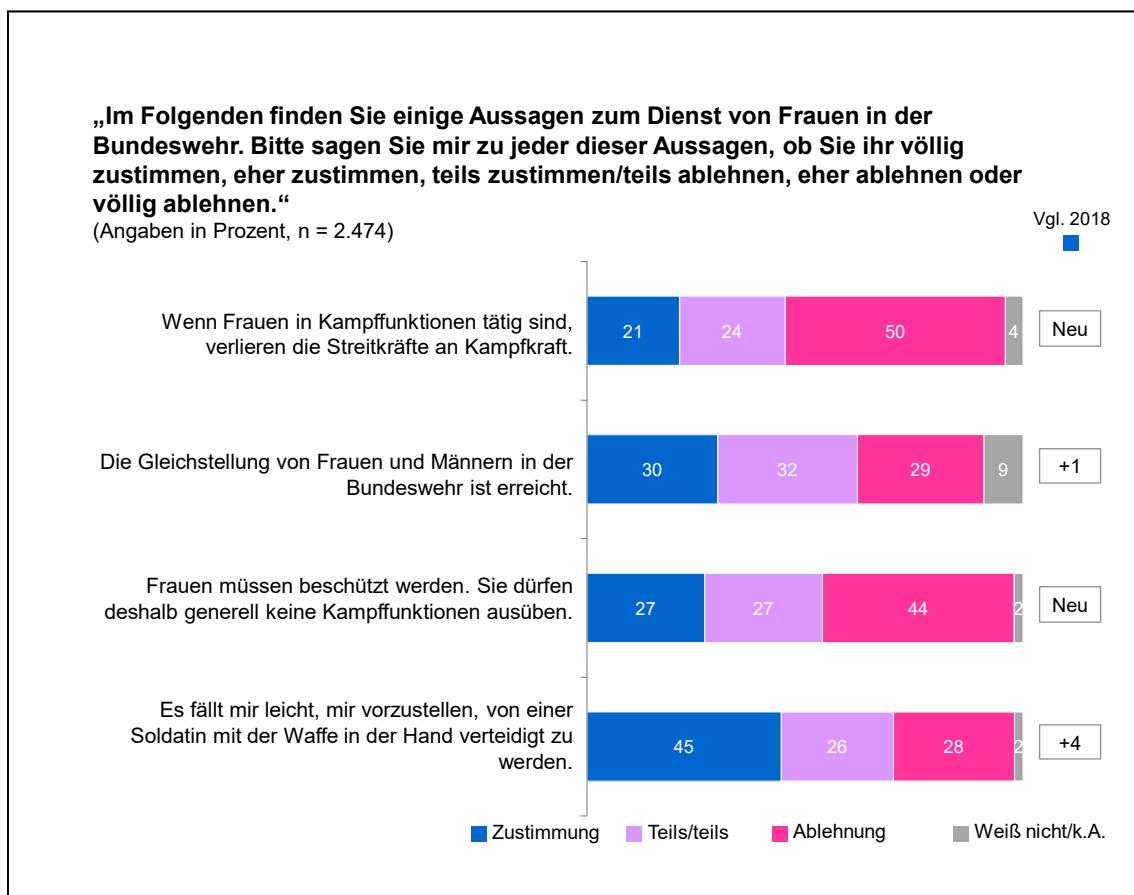
Der Aussage, dass Frauen geschützt werden müssen und deshalb generell keine Kampffunktionen ausüben dürfen, stimmen 27 Prozent der Befragten zu. 27 Prozent haben zu dieser Aussage eine geteilte Meinung und 44 Prozent lehnen sie ab. Auch diese Frage wurde mit identischer Formulierung, aber mit sechsstufiger Antwortskala ohne Mittelpunkt bereits in der Bevölkerungsbefragung 2001 gestellt.³⁴ 52 Prozent stimmten ihr zu, 48 Prozent lehnten sie ab. Es zeigt sich also eine Verschiebung hin zu einer generell positiveren Haltung in der Bevölkerung zu Frauen in der Bundeswehr.

³³ Die genaue Fragestellung in der Bevölkerungsbefragung 2001 lautete: „Zum Dienst von Frauen in der Bundeswehr haben wir einige Aussagen zusammengefasst. Wie ist Ihre Haltung zu diesen Aussagen? Sagen Sie mir bitte anhand einer Skala von 1 bis 6, inwieweit Sie der jeweiligen Aussage zustimmen oder nicht. Die 1 bedeutet „stimme voll zu“, die 6 bedeutet „stimme überhaupt nicht zu“. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen: Wenn Frauen in Kampffunktionen tätig sind, verlieren die Streitkräfte an Kampfkraft.“ Genaue Verteilung: 1 = „stimme voll zu“: 13 Prozent, 2: 13 Prozent, 3: 18 Prozent (Zustimmung: 1 bis 3 zusammengefasst), 4: 19 Prozent, 5: 16 Prozent, 6 = „stimme überhaupt nicht zu“: 21 Prozent (Ablehnung: 4 bis 6 zusammengefasst), n = 2.462.

³⁴ Die genaue Fragestellung in der Bevölkerungsbefragung 2001 lautete: „Zum Dienst von Frauen in der Bundeswehr haben wir einige Aussagen zusammengefasst. Wie ist Ihre Haltung zu diesen Aussagen? Sagen Sie mir bitte anhand einer Skala von 1 bis 6, inwieweit Sie der jeweiligen Aussage zustimmen oder nicht. Die 1 bedeutet „stimme voll zu“, die 6 bedeutet „stimme überhaupt nicht zu“. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen: Frauen müssen geschützt werden. Sie dürfen deshalb generell keine Kampffunktionen ausüben.“ Genaue Verteilung: 1 = „stimme voll zu“: 20 Prozent, 2: 14 Prozent, 3: 19 Prozent (Zustimmung: 1 bis 3 zusammengefasst), 4: 18 Prozent, 5: 12 Prozent, 6 = „stimme überhaupt nicht zu“: 18 Prozent (Ablehnung: 4 bis 6 zusammengefasst), n = 2.462.

Die letzte Frage in Abbildung 7.6 zeigt, dass sich 45 Prozent der Befragten leicht vorstellen können, von einer Soldatin mit der Waffe in der Hand verteidigt zu werden. Während 26 Prozent bei dieser Aussage geteilter Meinung sind, können sich 28 Prozent der Bevölkerung nicht leicht vorstellen, von einer Frau verteidigt zu werden. Hier ist ein Vergleich mit der letztjährigen Bevölkerungsbefragung möglich: Die Zustimmung zu dieser Aussage hat sich zwischen den beiden Erhebungen um 4 Prozentpunkte vergrößert, auch dies ein weiterer Indikator für eine insgesamt positivere Haltung der Bevölkerung zur Integration von Frauen in die Streitkräfte.

Abbildung 7.6: Einstellungen zu Frauen in der Bundeswehr, Teil 2



Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2018 und 2019.

Auf Basis der sieben Fragen zur Integration von Frauen in die Bundeswehr wird ein Integrationsindex gebildet. Dafür wird der Wertebereich der Einzelitems auf eine Skala von 0 (lehne völlig ab) bis 1 (stimme völlig zu) rekodiert und die Variablen so umgeformt, dass höhere Werte eine positivere Haltung zur Integration von Frauen abbilden und niedrigere Werte eine negative Haltung.³⁵ Dann wird ein Mittelwert über alle Fragen berechnet. Es zeigt sich, dass die Befragten insgesamt die Integration von Frauen in die Bundeswehr positiv bewerten (Mittelwert: 0,57) und die Meinungen in diesem Bereich nicht besonders stark variieren (Standardabweichung: 0,19). Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Mittelwert (0,50, Standardabweichung: 0,16) erhöht, allerdings sind die Indizes für die Jahre 2018 und 2019 strenggenommen nicht vergleichbar, weil die Fragen und teilweise auch die Frageformulierungen nicht identisch waren (siehe oben).

Ob es hinsichtlich des Integrationsindex Unterschiede zwischen soziodemografischen Gruppen und Personen mit unterschiedlicher Wahlabsicht gibt, wird in Tabelle 7.3 abgebildet. Die Ergebnisse zeigen, dass sich die Bewertung der Integration von Frauen in die Bundeswehr nicht zwischen Männern und Frauen, verschiedenen Einkommensgruppen und Befragten mit und ohne Migrationshintergrund unterscheidet. Besonders ersterer Befund ist relevant: Frauen und Männer haben offensichtlich eine identische Haltung zur Integration von Frauen in die Bundeswehr. Für das Alter zeigt sich ein leichter negativ-linearer Zusammenhang, d.h. Jüngere stehen der Einbindung von Frauen in die Streitkräfte etwas positiver gegenüber als Ältere. Bei den Bildungsgruppen ergibt sich ein leicht positiver Zusammenhang: Höher Gebildete sind ein wenig offener gegenüber der Integration von Frauen in die deutschen Streitkräfte. Bei den Anhängern verschiedener Parteien kommt es zu unterschiedlichen Bewertungen. Während Wähler von SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen die Integration von Frauen etwas positiver bewerten als der Bevölkerungsdurchschnitt, kommen Unterstützer der AfD und Personen ohne Wahlabsicht zu negativeren Beurteilungen. Bei der regionalen Herkunft sind Westdeutsche leicht skeptischer in ihrer Bewertung als die Bewohnerinnen und Bewohner der anderen drei Landesteile.

³⁵ Cronbachs alpha für den Index beträgt 0,80, d.h. die Reliabilität ist gut.

Tabelle 7.3: Positionen zur Integration von Frauen in die Bundeswehr in soziodemografischen Gruppen

	Index Integration von Frauen in die Bundeswehr
Insgesamt	0,57
Geschlecht ^{n.s.}	
Männer	0,57
Frauen	0,58
Alter **	
16 bis 29 Jahre	0,59
30 bis 49 Jahre	0,58
50 bis 69 Jahre	0,57
70 Jahre und älter	0,54
Bildungsniveau **	
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	0,59
Realschulabschluss	0,58
Hauptschulabschluss	0,56
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat ^{n.s.}	
4.001 Euro und mehr	0,59
2.001 bis 4.000 Euro	0,57
Bis 2.000 Euro	0,57
Wahlabsicht Bundestagswahl ***	
CDU/CSU	0,58
SPD	0,61
AfD	0,52
FDP	0,60
Die Linke	0,57
Bündnis 90/Die Grünen	0,60
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	0,54
Region *	
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	0,58
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	0,58
Süddeutschland (BW, BY)	0,59
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	0,56
Migrationshintergrund ^{n.s.}	n.s.
Ja	0,59
Nein	0,57

Anmerkungen: Wertebereich [0 – gar keine Zustimmung; 1 – volle Zustimmung]; Analyseverfahren: Varianzanalysen, Signifikanzniveau: *** $p < 0,001$; ** $p < 0,01$; * $p < 0,05$; n.s. = nicht signifikant ($p \geq 0,05$). Der Signifikanztest für die Varianzanalyse gibt an, ob sich der Mittelwert mindestens einer Gruppe von dem Mittelwert mindestens einer anderen Gruppe unterscheidet.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2019.

Fazit

Insgesamt wird aus den Daten der Bevölkerungsbefragung 2019 deutlich, dass die Befragten die Bundeswehr über die Massenmedien und in persönlichen Gesprächen in sehr ähnlichem Maße wahrnehmen wie im letzten Jahr. Insgesamt wird die Berichterstattung als positiv bewertet, allerdings nehmen die Bürgerinnen und Bürger im Vergleich zum Jahr 2018 einen schlechteren Medientenor, insbesondere im Internet, wahr. Mit Blick auf den Kontakt zwischen Bundeswehr und Gesellschaft sehen viele Befragte noch Verbesserungsmöglichkeiten. Hier haben sich die Einschätzungen im Rückblick auf das letzte Jahr weiter verschlechtert.

Die Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger zur Öffnung der Bundeswehr für Frauen – ein Aspekt der zivil-militärischen Beziehungen – sind im Vergleich zum Vorjahr tendenziell positiv. Nahezu die Hälfte der Befragten denkt, dass sich sowohl das Ansehen der Bundeswehr in der Gesellschaft als auch die Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt durch die vollständige Öffnung der Streitkräfte für Frauen verbessert und die Bundeswehr so zur Gleichstellung von Männern und Frauen beigetragen hat.

Allerdings gibt es bei einigen größeren Gruppen der Bevölkerung immer noch Vorbehalte gegenüber Frauen in den Streitkräften, zudem sind Gleichstellung und Gleichberechtigung von Frauen in der Bundeswehr aus der Perspektive der Befragten noch nicht erreicht. Im Vergleich zu den Ergebnissen der Bevölkerungsbefragungen 2001 und 2018 zeigt sich allerdings eine Verbesserung des Integrationsklimas für Frauen, auch wenn aufgrund geänderter Formulierungen und einer abweichenden Antwortskala nur ein eingeschränkter Vergleich möglich ist.

8 Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr

Markus Steinbrecher

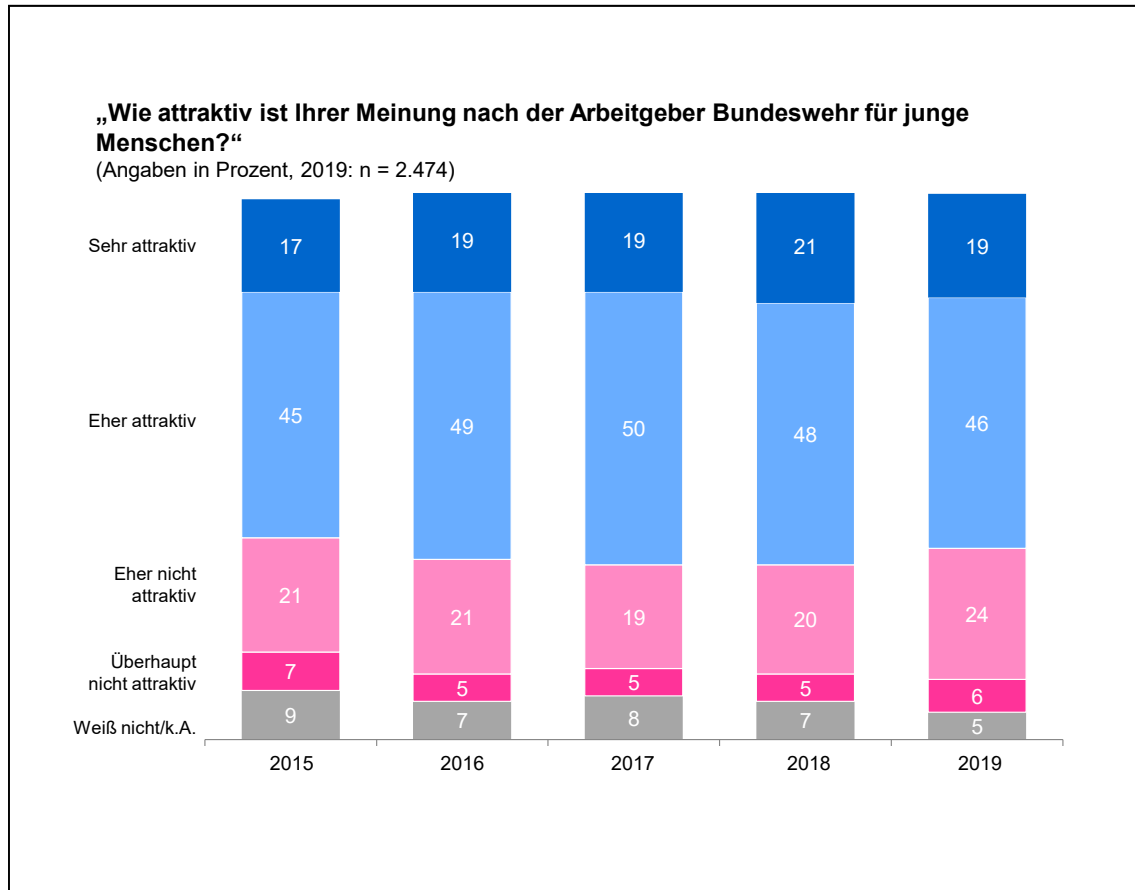
Seit der vollständigen Umstellung auf eine Freiwilligenarmee ab 2011 ist es eine besondere Herausforderung für die Bundeswehr, genug Bewerberinnen und Bewerber zu mobilisieren, um den Bedarf an zivilem und militärischem Personal zu decken. In jedem Jahr müssen sich etwa 60.000 junge Menschen, also fast 10 Prozent eines Geburtsjahrgangs, für eine Karriere in der Bundeswehr interessieren, um die aktuelle Personalstärke zu halten (Fantapié Altobelli et al. 2015: 8). Zum Stichtag 24. Juni 2019 umfasste die Bundeswehr 181.463 Soldatinnen und Soldaten (Bundesministerium der Verteidigung 2019) bei einer Sollstärke von 185.000. Im Rahmen der sogenannten Trendwende Personal soll die Bundeswehr bis zum Jahr 2024 auf 198.000 Soldatinnen und Soldaten anwachsen (Bundesministerium der Verteidigung 2017; Personalboard 2017). Eine weitere Erhöhung auf 203.000 Soldatinnen und Soldaten und 66.000 zivile Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bis 2025 wurde am 28. November 2018 beschlossen (Bundesministerium der Verteidigung 2018a). Daher wurde eine Vielzahl von Maßnahmen ins Leben gerufen, um die Anziehungskraft der Bundeswehr als Arbeitgeber zu erhöhen, darunter zum Beispiel die Attraktivitätsagenda („Bundeswehr in Führung – Aktiv. Attraktiv. Anders.“). Zu diesem Programm gehören beispielsweise die stärkere Flexibilisierung von Arbeitszeitmodellen, die Reduzierung der Zahl der Versetzungen oder der Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen. Gleichzeitig erfolgte eine Intensivierung der Personalwerbung, unter anderem im Rahmen der Kampagne „Mach, was wirklich zählt“, mit eigenen Youtube-Serienformaten wie „Die Rekruten“, „Mali“ oder „Die Springer“, sowie eine Bündelung aller Initiativen und Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung in einer Personalstrategie (Bundesministerium der Verteidigung 2016b).

In diesem Abschnitt wird der Blick der Bürgerinnen und Bürger auf die Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr dargestellt und analysiert. Während zu Beginn deskriptive Statistiken und die Ergebnisse von Gruppenvergleichen präsentiert werden, stehen zum Abschluss des Abschnitts multivariate Analysen zur Erklärung der Attraktivitätswahrnehmung und der Bereitschaft, die Bundeswehr als Arbeitgeber zu empfehlen, im Fokus. So können deren Determinanten genauer herausgearbeitet werden. Bei den Analysen sind drei Fragen besonders wichtig: Inwiefern nehmen die Befragten die Bundeswehr als attraktiven Arbeitgeber wahr? Würden die Bürgerinnen und Bürger Freunden oder Verwandten den Dienst in der Bundeswehr empfehlen? Und unterscheiden sich die Erklä-

rungsfaktoren der Arbeitgeberattraktivität der Bundeswehr und der Bereitschaft, die Bundeswehr als Arbeitgeber zu empfehlen, zwischen der Gesamtbevölkerung und der Kernzielgruppe der Personalwerbung der Bundeswehr, den 16- bis 29-Jährigen (Fantapié Altobelli et al. 2015; Hentschel 2013)?

Wahrnehmungen und Bewertungen der Attraktivitätsagenda der Bundeswehr

Abbildung 8.1: Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr für junge Menschen



Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2015–2019.

Seit 2015 enthält die Bevölkerungsbefragung einige Fragen zur Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr. Die Streitkräfte werden 2019 als etwas weniger attraktiv bewertet als im Vorjahr (vgl. Abbildung 8.1). 19 Prozent halten die Bundeswehr für einen sehr attraktiven Arbeitgeber für junge Menschen (2018: 21 Prozent) und 46 Prozent halten sie für eher attraktiv (2018: 48 Prozent). Insgesamt liegt die wahrgenommene Attraktivität der Streitkräfte als Arbeitgeber also bei 65 Prozent und damit 4 Prozentpunkte niedriger als 2018. Der Anteil derjenigen, die die Bundeswehr für einen (eher) unattraktiven Arbeitgeber halten, ist mit 24 Prozent im Vergleich zum Vorjahr um 4 Prozentpunkte gestiegen. Als überhaupt nicht attraktiv sehen 6 Prozent der Befragten die Bundeswehr an

(+1 Prozentpunkt). Insgesamt bewerten also 30 Prozent der Bürgerinnen und Bürger die Bundeswehr als einen (eher) nicht attraktiven Arbeitgeber (+5 Prozentpunkte). Der Anteil der Befragten ohne substantielle Meinung ist leicht gesunken (5 Prozent; -2 Prozentpunkte).

Betrachtet man die Bewertung der Attraktivität in den soziodemografischen Gruppen, erkennt man einige Unterschiede (vgl. Tabelle 8.1): So beurteilen Männer (69 Prozent) die Bundeswehr deutlich häufiger als sehr oder eher attraktiven Arbeitgeber als Frauen (60 Prozent). Hinsichtlich des Alters oder Bildungsniveaus zeigen sich – anders als im Vorjahr (Steinbrecher 2018d) – statistisch signifikante Gruppenunterschiede: Die Attraktivität als Arbeitgeber ist unter den 16- bis 29-Jährigen am niedrigsten (57 Prozent) und bei den 50- bis 69-Jährigen am höchsten (70 Prozent) ausgeprägt. Beim Bildungsniveau sehen Befragte mit Hauptschulabschluss die Bundeswehr als etwas attraktiver an (68 Prozent) als die beiden anderen Gruppen (64 Prozent). Auch für das Einkommen gibt es kleine Unterschiede: Die wahrgenommene Attraktivität der Bundeswehr als Arbeitgeber nimmt mit steigendem Einkommen leicht ab. Besonders groß sind die Unterschiede im Hinblick auf die Wahlabsicht der Befragten. Deutlich über dem Gesamtwert aller Bürgerinnen und Bürger liegt die Attraktivitätsbewertung der Anhänger von CDU/CSU (75 Prozent), SPD (72 Prozent) und AfD (70 Prozent), während diejenigen mit Wahlabsicht für die Grünen (55 Prozent), Die Linke (59 Prozent), FDP (61 Prozent) und Befragte ohne Wahlabsicht (56 Prozent) die Bundeswehr in geringerem Maße, aber immer noch mehrheitlich, als attraktiven Arbeitgeber bewerten. Auch regional gibt es Unterschiede in der Attraktivitätswahrnehmung. Am besten wird die Attraktivität mit 71 Prozent in Ostdeutschland beurteilt. Die Werte für West- und Norddeutschland liegen nahe am Gesamtwert für alle Befragten (65 bzw. 64 Prozent). Etwas schlechter wird die Attraktivität der Bundeswehr als Arbeitgeber mit 61 Prozent in Süddeutschland bewertet. Ein Grund für die hohe Attraktivität unter den Ostdeutschen könnte sein, dass die Bundeswehr anders als andere Arbeitgeber ost- und westdeutschen Beschäftigten den gleichen Lohn zahlt. Das Vorliegen eines Migrationshintergrunds spielt für die Attraktivitätsbewertung keine Rolle.

Im Vergleich zur Attraktivitätsbewertung im Jahr 2018 zeigen sich in einigen Gruppen deutlich stärkere Veränderungen als über alle Bevölkerungsgruppen hinweg (-4 Prozentpunkte). So hat unter den jüngsten Befragten die wahrgenommene Attraktivität von 68 auf 57 Prozent abgenommen (Steinbrecher 2018d; tabellarisch nicht ausgewiesen). Besonders stark ist die Abnahme auch unter Personen mit hohem Einkommen (-10 Prozentpunkte) sowie Anhängern von FDP (-13 Prozentpunkte) und Die Linke (-10 Prozentpunkte).

Tabelle 8.1: Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr in soziodemografischen Gruppen

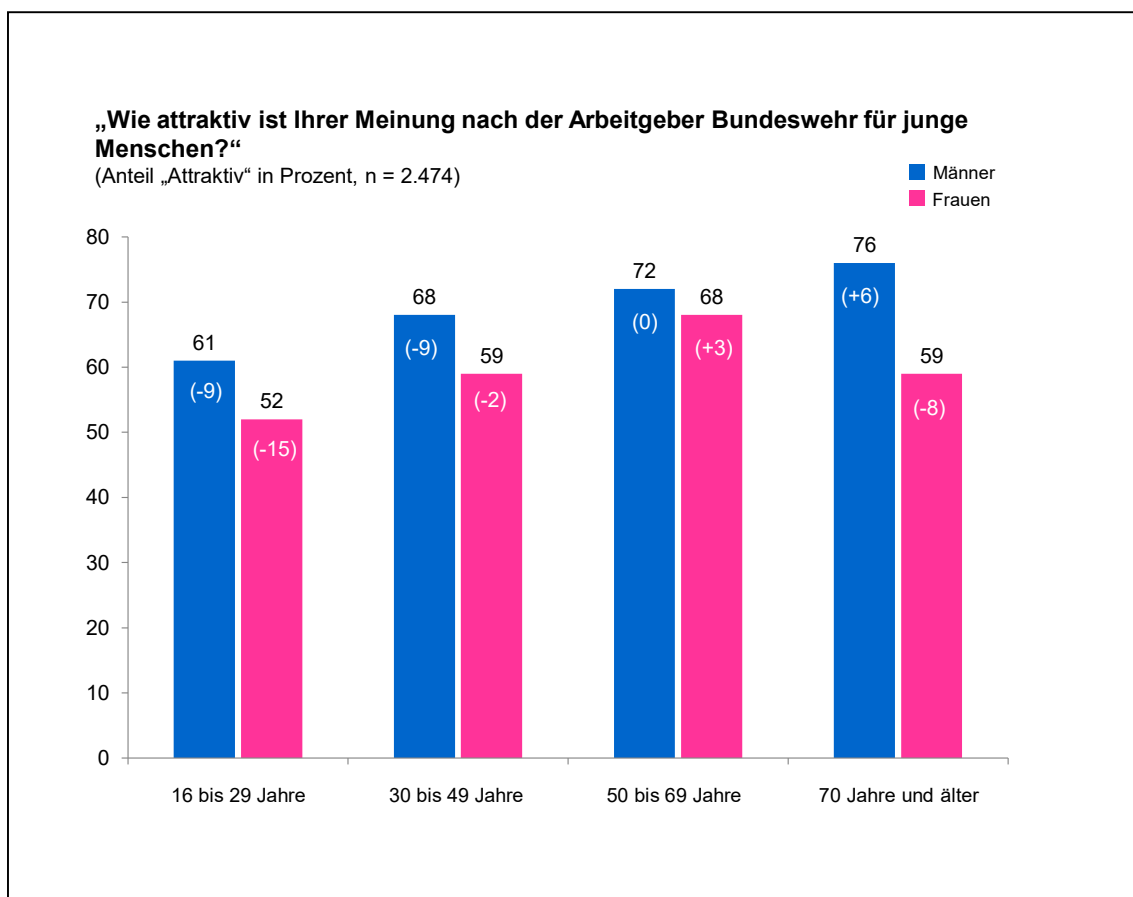
„Wie attraktiv ist Ihrer Meinung nach der Arbeitgeber Bundeswehr für junge Menschen?“ (Angaben in Prozent)			
	Attraktiv ¹	Nicht attraktiv ²	Weiß nicht/k.A.
Insgesamt	65	30	5
Geschlecht ***			
Männer	69	28	(3)
Frauen	60	32	7
Alter ***			
16 bis 29 Jahre	57	38	(5)
30 bis 49 Jahre	63	33	(4)
50 bis 69 Jahre	70	26	(5)
70 Jahre und älter	66	25	(9)
Bildungsniveau *			
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	64	31	(5)
Realschulabschluss	64	32	(4)
Hauptschulabschluss	68	26	(6)
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat *			
4.001 Euro und mehr	62	33	(4)
2.001 bis 4.000 Euro	66	31	(3)
Bis 2.000 Euro	67	28	(5)
Wahlabsicht Bundestagswahl ***			
CDU/CSU	75	20	(6)
SPD	72	26	(2)
AfD	70	28	(2)
FDP	61	(36)	(4)
Die Linke	59	38	(4)
Bündnis 90/Die Grünen	55	39	(6)
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	56	34	10
Region ***			
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	65	32	(3)
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	71	25	(4)
Süddeutschland (BW, BY)	61	30	9
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	64	32	(4)
Migrationshintergrund ^{n.s.}			
Ja	63	32	(5)
Nein	65	30	5

Anmerkungen: 1) Anteile „Sehr attraktiv“ und „Eher attraktiv“ zusammengefasst; 2) Anteile „Überhaupt nicht attraktiv“ und „Eher nicht attraktiv“ zusammengefasst. Einzelne Prozentangaben ergeben mitunter in der Summe nicht 100 Prozent, da sie gerundet wurden. Analyseverfahren: Chi²-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05); Werte in Klammern: n ≤ 50.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2019.

Abbildung 8.2 konzentriert sich auf die wahrgenommene Attraktivität nach Altersgruppen und Geschlecht. Es wird deutlich, dass die für die Befragten insgesamt festgestellte Abnahme der Arbeitgeberattraktivität nicht in allen betrachteten Gruppen auftritt. Am stärksten nimmt die wahrgenommene Attraktivität bei den 16 bis 29 Jahre alten Frauen ab (-15 Prozentpunkte), gefolgt von den gleichaltrigen sowie den 30 bis 49 Jahre alten Männern (jeweils -9 Prozentpunkte). Diese Veränderungen stellen die Personalwerbung der Streitkräfte vor größere Herausforderungen als die Reduzierung der Attraktivität in der Altersgruppe der über 70 Jahre alten Frauen (-8 Prozentpunkte). Unterdurchschnittlich ist die Abnahme bei den 30- bis 49-jährigen Frauen (-2 Prozentpunkte). In der Altersgruppe der 50 bis 69 Jahre alten Befragten zeigt sich unter den Frauen sogar eine leichte Zunahme der wahrgenommenen Arbeitgeberattraktivität (+3 Prozentpunkte). Die mindestens 70 Jahre alten Männer sind die einzige Gruppe, bei denen die wahrgenommene Attraktivität der Bundeswehr als Arbeitgeber deutlich zugenommen hat (+6 Prozentpunkte).

Abbildung 8.2: Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr für junge Menschen nach Altersgruppen und Geschlecht



Anmerkung: Anteile „Sehr attraktiv“ und „Eher attraktiv“ zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2018 und 2019.

Betrachtet man das generelle Niveau der Attraktivitätsbewertung und die Unterschiede zwischen Männern und Frauen, dann zeigt sich unter den 16- bis 29-Jährigen eine Mehrheit, die die Bundeswehr immer noch als attraktiven Arbeitgeber wahrnimmt, die Unterschiede zwischen Männern und Frauen entsprechen der Differenz über alle Befragten hinweg (9 Prozentpunkte).³⁶ Bei den Männern nimmt die Attraktivitätsbewertung linear mit dem Alter zu (von 61 auf 76 Prozent), bei den Frauen nimmt sie in der ältesten Gruppe wieder ab. Dementsprechend vergrößert sich vor allem in der Gruppe der 70 Jahre und älteren Befragten die Lücke in der Attraktivitätsbewertung (17 Prozentpunkte).

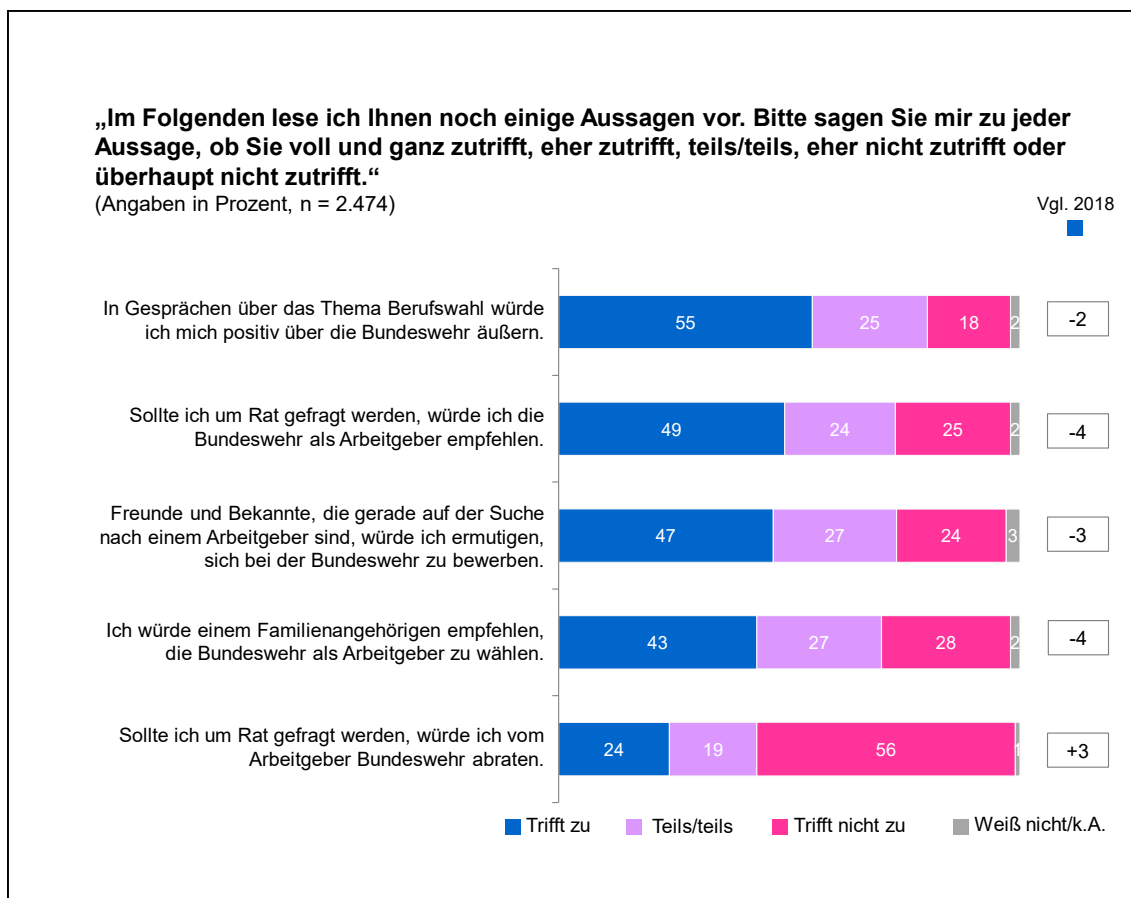
Empfehlungen für die Bundeswehr als Arbeitgeber

Wenn es darum geht, die Bundeswehr als Arbeitgeber zu empfehlen, sind die Befragten grundsätzlich positiv eingestellt. Die zustimmenden Antworten variieren zwischen 43 und 55 Prozent (vgl. Abbildung 8.3). Die größte Zustimmung erhält mit 55 Prozent die Aussage: „In Gesprächen über das Thema Berufswahl würde ich mich positiv über die Bundeswehr äußern.“ Explizit vom Arbeitgeber Bundeswehr abraten würden nur 24 Prozent der Befragten.

Blickt man auf die Veränderungen zum Vorjahr, zeigt sich bei den positiven Aussagen (obere vier Aussagen in Abbildung 8.3) eine Abnahme zwischen 2 und 4 Prozentpunkten für die Antwortoption „Trifft zu“. Bei der einzigen negativen Aussage (untere Aussage in Abbildung 8.3) nimmt der Anteil derjenigen, die zustimmen, um 3 Prozentpunkte zu. Die leichte Abnahme der wahrgenommenen Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr spiegelt sich also auch in einer leicht zurückgehenden Empfehlungsbereitschaft für die Bundeswehr als Arbeitgeber wider.

³⁶ Andere Studien lassen einen Vergleich der Attraktivität verschiedener Arbeitgeber zu. Die Ergebnisse zeigen, dass die Bundeswehr bei jungen Menschen einer der attraktivsten potenziellen Arbeitgeber ist. So ergab eine Umfrage des Marktforschungsinstituts Trendence unter 20.000 Schülerinnen und Schülern der Klassen 8 bis 13, dass 12,7 Prozent die Bundeswehr als den attraktivsten Arbeitgeber betrachten (Trendence 2018). Damit liegt die Bundeswehr auf Platz 3 der Umfrage.

Abbildung 8.3: Empfehlungen für die Bundeswehr als Arbeitgeber



Anmerkungen: Trifft zu: Anteile „Trifft ganz zu“ und „Trifft eher zu“ zusammengefasst; Trifft nicht zu: Anteile „Trifft überhaupt nicht zu“ und „Trifft eher nicht zu“ zusammengefasst. Vgl. 2018: Differenz Trifft zu 2019 zu 2018.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2018 und 2019.

Für die folgenden Analysen werden die fünf Fragen mit ihren jeweils fünf Antwortausprägungen zu einem Index „Empfehlungen für Arbeitgeber Bundeswehr“ zusammengefasst – das letzte Item wurde dafür gedreht, damit es gleichförmig wie die anderen Variablen läuft, d.h. höhere Ausprägungen bedeuten, dass man nicht vom Arbeitgeber Bundeswehr abraten würde. Der Index hat einen Wertebereich von 0 bis 1. Höhere Werte stehen dafür, dass ein Befragter die Bundeswehr eher als Arbeitgeber empfehlen würde, niedrigere Werte, dass dies eher nicht der Fall ist. Tabelle 8.2 zeigt die Mittelwerte des Empfehlungsindex in den soziodemografischen Gruppen im Zeitvergleich zwischen 2015 und 2019. Insgesamt ergibt sich eine positive Entwicklung mit Mittelwerten von 0,56 im Jahr 2015 über 0,59 im Jahr 2016 auf 0,61 in den Jahren 2017 und 2018, d.h. die Bereitschaft, die Bundeswehr als Arbeitgeber zu empfehlen, nimmt im Mittel bei allen Befragten bis 2018 zu. 2019 zeigt sich eine leichte Abnahme auf 0,59.

Tabelle 8.2: Index Empfehlungen für die Bundeswehr als Arbeitgeber in soziodemografischen Gruppen im Zeitvergleich

(Mittelwerte)	Index Empfehlungen für die Bundeswehr als Arbeitgeber				
	2015	2016	2017	2018	2019
Insgesamt	0,56	0,59	0,61	0,61	0,59
Geschlecht	***	n.s.	***	***	***
Männer	0,61	0,59	0,62	0,64	0,62
Frauen	0,52	0,58	0,59	0,59	0,56
Alter	**	***	**	n.s.	***
16 bis 29 Jahre	0,53	0,52	0,57	0,60	0,54
30 bis 49 Jahre	0,56	0,59	0,61	0,62	0,58
50 bis 69 Jahre	0,59	0,62	0,62	0,61	0,61
70 Jahre und älter	0,56	0,60	0,61	0,63	0,63
Bildungsniveau	n.s.	***	**	n.s.	***
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	0,56	0,61	0,60	0,60	0,56
Realschulabschluss	0,57	0,60	0,63	0,61	0,60
Hauptschulabschluss	0,56	0,56	0,60	0,63	0,63
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat	***	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.
4.001 Euro und mehr	0,60	0,58	0,62	0,62	0,58
2.001 bis 4.000 Euro	0,59	0,60	0,62	0,62	0,60
Bis 2.000 Euro	0,54	0,59	0,60	0,61	0,60
Wahlabsicht Bundestagswahl	***	***	***	***	***
CDU/CSU	0,60	0,62	0,64	0,67	0,66
SPD	0,59	0,64	0,65	0,66	0,66
AfD	0,52	0,58	0,65	0,64	0,63
FDP	0,60	0,60	0,60	0,65	0,57
Die Linke	0,43	0,54	0,54	0,52	0,53
Bündnis 90/Die Grünen	0,52	0,56	0,52	0,51	0,53
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	0,54	0,54	0,56	0,57	0,55
Region	n.s.	**	n.s.	**	n.s.
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	0,57	0,56	0,60	0,59	0,58
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	0,55	0,61	0,63	0,65	0,61
Süddeutschland (BW, BY)	0,57	0,60	0,60	0,61	0,59
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	0,57	0,57	0,60	0,61	0,59
Migrationshintergrund		n.s.	n.s.	n.s.	n.s.
Ja	-	0,61	0,63	0,60	0,62
Nein	-	0,58	0,60	0,62	0,59

Anmerkungen: Wertebereich der abhängigen Variablen [0 – keine Empfehlung; 1 – starke Empfehlung]. Analyseverfahren: Varianzanalysen, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05). Der Signifikanztest für die Varianzanalyse gibt an, ob sich der Mittelwert mindestens einer Gruppe von dem Mittelwert mindestens einer anderen Gruppe unterscheidet.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2015–2019.

Zwischen weiblichen und männlichen Befragten zeigte sich 2015 ein relativ großer Abstand von 0,09 Punkten, der sich aber 2016 und 2017 deutlich verkleinert hat (0,01 bzw. 0,03 Punkte). 2018 und 2019 liegt die Differenz zwischen Männern und Frauen auf einem ähnlichen Niveau bei 0,05 bzw. 0,06 Punkten. Frauen stehen der Bundeswehr als Arbeitgeber ab 2016 positiver gegenüber als noch 2015 und bleiben in ihrer Bewertung seitdem relativ konstant. Bei Männern variiert der Wert im Betrachtungszeitraum in einem recht engen Bereich zwischen 0,59 und 0,64. Für Alter und Bildung ergeben sich relativ identische positive Entwicklungen des Indexwertes über alle Teilgruppen hinweg. 2018 haben sich die Teilgruppen in ihrer Bewertung so angeglichen, dass die geringen Unterschiede nicht mehr statistisch signifikant sind: Die verschiedenen Alters- und Bildungsgruppen weichen also in ihrer Bereitschaft, die Bundeswehr als Arbeitgeber zu empfehlen, nicht mehr voneinander ab. Dies hat sich 2019 geändert. Besonders die jüngeren Befragten zwischen 16 und 29 Jahren (-0,06 Skalenpunkte) sowie die höher Gebildeten (-0,04 Skalenpunkte) weisen eine klare Abnahme ihrer Empfehlungsbereitschaft auf, während sich für die anderen Alters- und Bildungsgruppen nur geringfügige Veränderungen ergeben. Beim Einkommen unterscheiden sich die Gruppenmittelwerte seit 2016 nicht mehr statistisch signifikant voneinander. Unter den Parteianhängern weisen die Befürworter der Unionsparteien (0,66), der SPD (0,66) und der AfD (0,63) im Jahr 2019 überdurchschnittliche Werte auf. Deutlich unterdurchschnittlich ist die Empfehlungsbereitschaft unter den Anhängern von Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke (beide 0,53) sowie Befragten ohne Parteipräferenz (0,55). Bei allen Parteigruppen nimmt die Empfehlungsbereitschaft im Zeitverlauf zwischen 2015 und 2018 zu. Starke Veränderungen zwischen 2018 und 2019 sind lediglich für die FDP-Anhänger auszumachen. Die Unterschiede zwischen den Befragten aus den vier Regionen sind zu allen Zeitpunkten gering und in drei der fünf Jahre nicht statistisch signifikant. Ein Migrationshintergrund spielt für die Empfehlungsbereitschaft keine Rolle.

Multivariate Analysen zur Arbeitgeberattraktivität

Zum Abschluss dieses Abschnitts sollen mithilfe multivariater Analysen die Erklärungsfaktoren von zwei Indikatoren der wahrgenommenen Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr untersucht werden. Abhängige Variablen der folgenden Analysen sind zum einen der Empfehlungsindex (vgl. Tabelle 8.2), zum anderen die Frage nach der Attraktivitätswahrnehmung zu Beginn dieses Abschnitts (vgl. Abbildungen 8.1 und 8.2 sowie Tabelle 8.1). Da der Empfehlungsindex eine quasi-metrische Variable ist, werden multivariate lineare Regressionen berechnet. Die Antworten zur Attraktivitätswahrnehmung werden dichotomisiert (1= sehr und eher attraktiv; 0= eher nicht und überhaupt nicht attraktiv, weiß nicht, keine Angabe) und daher als Verfahren multivariate binär-logistische

Regressionen verwendet.³⁷ Als Erklärungsfaktoren gehen soziodemografische Merkmale (Ressourcen, Modell I, vgl. die Tabellen 8.3 bis 8.7) und politische Einstellungen (politisches Interesse, Bewertung der eigenen und der allgemeinen wirtschaftlichen Lage, Wahlabsicht, Modell II) sowie bundeswehrspezifische Einstellungen (allgemeine Einstellung zur Bundeswehr, spezifische Bewertungen der Leistungen der Bundeswehr und der Soldatinnen und Soldaten sowie die Wahrnehmung der Bundeswehr im persönlichen Bereich und über die Massenmedien, Modelle III und IV) in die Analysen ein. Bei den bundeswehrspezifischen Einstellungen werden zwei separate Modelle berechnet. Eines ohne die Einstellung zur Bundeswehr (Modell III), eines mit dieser Variable (Modell IV). In das Gesamtmodell gehen alle Erklärungsfaktoren ein (Modell V). Durch die schrittweise Vorgehensweise können Wirkungsmechanismen und Einflüsse der einzelnen Variablen besser herausgearbeitet werden. Es wäre sinnvoll gewesen, auch Wertorientierungen und Bedürfnisse als Erklärungsfaktoren einzubeziehen, da sich diese in vorangegangenen Untersuchungen zur Arbeitgeberattraktivität als wichtige Erklärungsfaktoren erwiesen haben (Bulmahn/Höfig 2013; Fantapié Altobelli et al. 2015; Richter 2016). In der Bevölkerungsbefragung 2019 wurden diese Aspekte allerdings nicht abgefragt und können daher in den Analysen nicht berücksichtigt werden. Insofern ist davon auszugehen, dass die Effekte der tatsächlich in die Analysen einbezogenen Merkmale und Einstellungen überschätzt werden. Die Analysen für beide abhängigen Variablen werden sowohl für alle Befragten als auch für die 16- bis 29-Jährigen berechnet, da es von besonderem Interesse ist, ob sich die Determinanten in der Kernzielgruppe der Personalwerbung der Bundeswehr von der Grundgesamtheit aller Bürgerinnen und Bürger unterscheiden.

In Tabelle 8.3 sind die Analyseergebnisse aufgeführt, die die *Bewertung der Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr* erklären. Werte unter 1 stehen für negative Effekte der jeweiligen Variablen, Werte über 1 repräsentieren im Gegensatz dazu positive Einflüsse. *Modell I* zeigt, dass Ostdeutsche, Personen mit niedriger Bildung oder Befragte, die bei der Bundeswehr waren oder sind, die Streitkräfte eher als attraktiven Arbeitgeber bewerten. Am stärksten wirkt sich dabei die persönliche Erfahrung mit und in den Streitkräften aus.

Unter den politischen Einstellungen und Wahlabsichtsvariablen in *Modell II* sind das politische Interesse und eine Wahlabsicht für CDU und CSU (im Vergleich zur Referenzgruppe der Nichtwähler und Personen ohne Wahlabsicht) besonders erklärungsstark –

³⁷ Für dieses Vorgehen spricht, dass hier vor allem von Interesse ist, die Merkmale und Einstellungen zu bestimmen, die beeinflussen, ob eine Person die Bundeswehr als attraktiven Arbeitgeber bewertet oder nicht. Zudem kommen ordinal-logistische Regressionsanalysen mit der ursprünglichen Kodierung zu weitgehend identischen Ergebnissen.

beide wirken sich positiv auf die wahrgenommene Attraktivität aus. Weiterhin zeigen sich bessere Bewertungen der Streitkräfte unter Anhängern der AfD und der SPD. Schätzt jemand die nationale wirtschaftliche Lage als besser ein, erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, die Bundeswehr als attraktiven Arbeitgeber zu bewerten. Die anderen Variablen haben keine statistisch signifikanten Effekte.

In *Modell III* ergeben sich für eine Vielzahl von Erklärungsfaktoren statistisch signifikante positive Einflüsse auf die Bewertung der Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr. Besonders erklärungsstark sind die Bewertung der Ausbildung der Soldatinnen und Soldaten, des Auftretens der Soldatinnen und Soldaten in der Öffentlichkeit und der Einbindung der Bundeswehr in die Gesellschaft (jeweils $\text{Exp}(b)$ -Werte >5). Positiv auf die wahrgenommene Arbeitgeberattraktivität wirken sich auch die Einstufung der Ausrüstung und Bewaffnung der Bundeswehr, die Bewertung der Leistungen der Streitkräfte im Ausland und die Wahrnehmung der Bundeswehr im persönlichen Bereich und der persönlichen Kommunikation aus.

Die Zunahme der Einstellung zur Bundeswehr in *Modell IV* führt nur zu wenigen Veränderungen. Während diese Variable einen sehr starken positiven Effekt hat, schwächen sich die Einflüsse der anderen Faktoren etwas ab oder haben keinen statistisch signifikanten Effekt mehr.

Für das *Gesamtmodell (Modell V)* wurden zusätzlich zu den in Tabelle 8.3 dargestellten Koeffizienten die einfacher zu interpretierenden durchschnittlichen marginalen Effekte berechnet (vgl. Tabelle 8.5). Die marginalen Effekte geben Wahrscheinlichkeitsveränderungen für die jeweilige Variable an, während die übrigen Faktoren im Modell konstant gehalten werden. Der Wert in der entsprechenden Zeile repräsentiert die Wahrscheinlichkeitsdifferenz, wenn die jeweilige Variable zwischen Mittelwert minus 2 Standardabweichungen und Mittelwert plus 2 Standardabweichungen variiert wird (metrische Variablen) bzw. das Merkmal vorliegt oder nicht vorliegt (dichotome Variablen). Die anderen Variablen werden auf den Modus (dichotome Variablen) oder Mittelwert gesetzt und so konstant gehalten. Im Gesamtmodell (Modell V in Tabelle 8.3) wird die Dominanz bundeswehrspezifischer Einstellungen deutlich. Aus den beiden anderen Determinantengruppen haben nur zwei Variablen einen statistisch signifikanten Effekt. Personen, die in Ostdeutschland wohnen, schätzen mit einer höheren Wahrscheinlichkeit die Bundeswehr als attraktiven Arbeitgeber ein (+10 Prozentpunkte; vgl. Tabelle 8.5). Gleiches gilt für Personen, die bei der Bundeswehr beschäftigt sind oder waren (+13 Prozentpunkte). Insgesamt wird das Modell V allerdings von drei bundeswehrspezifischen Einstellungen dominiert: der Einstellung zur Bundeswehr (+62 Prozentpunkte), der Bewertung der Einbindung der Streitkräfte in die Gesellschaft (+31 Prozentpunkte) sowie der Ausbildung

der Soldatinnen und Soldaten (+27 Prozentpunkte). Werden diese Aspekte positiv bewertet bzw. ist jemand den Streitkräften gegenüber positiv eingestellt, erhöht sich die Wahrscheinlichkeit deutlich, die Bundeswehr als attraktiven Arbeitgeber wahrzunehmen. Eine weitere Variable ist relevant: Befragte, welche das Auftreten der Soldatinnen und Soldaten (+13 Prozentpunkte) positiv bewerten, zeigen eine stärkere Neigung, die Bundeswehr als attraktiven Arbeitgeber für junge Menschen einzuschätzen. Wahrnehmungen der Streitkräfte in der persönlichen und medialen Kommunikation spielen keine Rolle. Trotzdem zeigt sich bei einem zusammenfassenden Blick auf alle Einstellungen und Wahrnehmungen mit Bezug zur Bundeswehr wie schon in den Vorjahren (Steinbrecher 2017a, 2018d), dass es die Streitkräfte als Institution und die Soldatinnen und Soldaten als Botschafter ihres Arbeitgebers selbst in der Hand haben, die Meinung der Bevölkerung zur Arbeitgeberattraktivität zu beeinflussen.

Inwiefern sich diese Zusammenhänge auch in der Zielgruppe der Personalwerbung der Bundeswehr, den 16- bis 29-Jährigen, zeigen, geht aus Tabelle 8.4 hervor. Es sei angemerkt, dass aus dieser Altersgruppe insgesamt 481 Personen im Rahmen der Bevölkerungsbefragung 2019 befragt wurden. Diese Fallzahl ist groß genug, um belastbare Aussagen über diese Altersgruppe sowie mögliche Zusammenhänge und Effekte in der Grundgesamtheit zu treffen, sie sind aber mit einer größeren Unsicherheit belastet. Dies führt einerseits dazu, dass es in den Analysen schwieriger ist, übliche Grenzwerte zur Bestimmung der statistischen Signifikanz von Effekten zu übertreffen, andererseits können die Effekte in logistischen Regressionsanalysen instabil sein und leicht sehr kleine oder sehr große Werte annehmen.

In *Modell I* in Tabelle 8.4 zeigt sich eine Übereinstimmung mit den Analysen für Befragte aller Altersgruppen: Auch unter den 16- bis 29-Jährigen sind Personen mit einem Wohnsitz in Ostdeutschland eher der Auffassung, dass die Bundeswehr ein attraktiver Arbeitgeber ist (vgl. Modell I in Tabelle 8.3). Die anderen Erklärungsfaktoren haben keine statistisch signifikanten Effekte.

In *Modell II* zeigen sich drei Parallelen zu den Ergebnissen für alle Altersgruppen: Personen mit einer Wahlabsicht für die Unionsparteien, die SPD und die AfD sehen im Vergleich zu Personen ohne Wahlabsicht die Bundeswehr als attraktiveren Arbeitgeber. Anders als in Modell II für die gesamte Bevölkerung (vgl. Tabelle 8.3) gibt es bei den 16- bis 29-Jährigen aber keinen Effekt des politischen Interesses oder der Bewertung der nationalen wirtschaftlichen Lage.

Tabelle 8.3: Determinanten der Bewertung der Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr, Gesamtbevölkerung

	Bewertung der Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr				
	Modell I	Modell II	Modell III	Modell IV	Modell V
<i>Ressourcen</i>					
Frauen	0,90 ^{n.s.}				0,94 ^{n.s.}
Alter	1,01 ^{n.s.}				1,00 ^{n.s.}
Niedrige Bildung	1,27*				1,36 ^{n.s.}
Hohe Bildung	1,11 ^{n.s.}				1,25 ^{n.s.}
Haushaltsnettoeinkommen (bis 2.000 Euro)	0,96 ^{n.s.}				1,15 ^{n.s.}
Haushaltsnettoeinkommen (4.001 Euro und mehr)	0,90 ^{n.s.}				0,95 ^{n.s.}
Ostdeutschland	1,74***				1,80**
Migrationshintergrund	1,18 ^{n.s.}				0,71 ^{n.s.}
Ist/war bei der Bundeswehr	3,14***				2,15***
<i>Politische Einstellungen</i>					
Politisches Interesse		2,16***			1,20 ^{n.s.}
Eigene wirtschaftliche Lage		1,33 ^{n.s.}			0,92 ^{n.s.}
Nationale wirtschaftliche Lage		1,64*			0,89 ^{n.s.}
Wahlabsicht CDU/CSU		1,90***			1,02 ^{n.s.}
Wahlabsicht SPD		1,64**			0,74 ^{n.s.}
Wahlabsicht AfD		1,63**			0,78 ^{n.s.}
Wahlabsicht FDP		1,00 ^{n.s.}			0,65 ^{n.s.}
Wahlabsicht Die Linke		0,96 ^{n.s.}			0,79 ^{n.s.}
Wahlabsicht Bündnis 90/Die Grünen		0,86 ^{n.s.}			0,79 ^{n.s.}
<i>Bundeswehrspezifische Einstellungen</i>					
Einstellung zur Bundeswehr				56,13***	76,65***
Leistungen Bw im Inland			1,55 ^{n.s.}	1,13 ^{n.s.}	1,14 ^{n.s.}
Leistungen Bw im Ausland			2,76***	1,01 ^{n.s.}	0,95 ^{n.s.}
Ausrüstung und Bewaffnung Bw			1,98**	1,43 ^{n.s.}	1,37 ^{n.s.}
Einbindung Bw in Gesellschaft			5,98***	4,63***	5,75***
Auftreten der Soldaten			8,17***	4,11***	2,29*
Ausbildung der Soldaten			7,03***	5,52***	5,52***
Index persönliche Wahrnehmung Bw			1,29**	1,20*	1,17 ^{n.s.}
Index massenmediale Wahrnehmung Bw			1,03 ^{n.s.}	0,98 ^{n.s.}	0,93 ^{n.s.}
Konstante	1,15 ^{n.s.}	0,61 ^{n.s.}	0,01***	0,01***	0,01***
Nagelkerkes R ²	0,06	0,06	0,37	0,42	0,44
n	2.309	2.467	2.145	2.112	20,014

Anmerkungen: Wertebereich der abhängigen Variablen [0 – eher nicht und überhaupt nicht attraktiv, weiß nicht, keine Angabe; 1 – sehr und eher attraktiv). Alle erklärenden Variablen außer Alter [16; 101], Index persönliche Wahrnehmung Bw [0; 3] und Index massenmediale Wahrnehmung Bw [0; 4] haben einen Wertebereich von [0; 1]. Analyseverfahren: Multivariate binär-logistische Regressionen; Effektkoeffizienten (Exp(b)). Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05).

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2019.

Tabelle 8.4: Determinanten der Bewertung der Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr, 16- bis 29-Jährige

	Bewertung der Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr				
	Modell I	Modell II	Modell III	Modell IV	Modell V
<i>Ressourcen</i>					
Frauen	0,70 ^{n.s.}				0,72 ^{n.s.}
Alter	1,02 ^{n.s.}				1,06 ^{n.s.}
Niedrige Bildung	2,02 ^{n.s.}				1,96 ^{n.s.}
Hohe Bildung	1,07 ^{n.s.}				0,98 ^{n.s.}
Haushaltsnettoeinkommen (bis 2.000 Euro)	0,67 ^{n.s.}				0,36*
Haushaltsnettoeinkommen (4.001 Euro und mehr)	0,80 ^{n.s.}				0,71 ^{n.s.}
Ostdeutschland	2,61**				2,61 ^{n.s.}
Migrationshintergrund	1,00 ^{n.s.}				0,27*
Ist/war bei der Bundeswehr	1,39 ^{n.s.}				2,85 ^{n.s.}
<i>Politische Einstellungen</i>					
Politisches Interesse		2,29 ^{n.s.}			2,59 ^{n.s.}
Eigene wirtschaftliche Lage		1,68 ^{n.s.}			1,87 ^{n.s.}
Nationale wirtschaftliche Lage		1,17 ^{n.s.}			0,58 ^{n.s.}
Wahlabsicht CDU/CSU		3,43**			3,30 ^{n.s.}
Wahlabsicht SPD		2,78*			2,06 ^{n.s.}
Wahlabsicht AfD		4,50**			1,67 ^{n.s.}
Wahlabsicht FDP		0,64 ^{n.s.}			0,21 ^{n.s.}
Wahlabsicht Die Linke		0,38 ^{n.s.}			0,58 ^{n.s.}
Wahlabsicht Bündnis 90/Die Grünen		0,89 ^{n.s.}			1,37 ^{n.s.}
<i>Bundeswehrspezifische Einstellungen</i>					
Einstellung zur Bundeswehr				165,99***	671,46***
Leistungen Bw im Inland			0,52 ^{n.s.}	0,40 ^{n.s.}	0,18 ^{n.s.}
Leistungen Bw im Ausland			2,92 ^{n.s.}	1,26 ^{n.s.}	1,58 ^{n.s.}
Ausrüstung und Bewaffnung Bw			1,17 ^{n.s.}	0,72 ^{n.s.}	0,46 ^{n.s.}
Einbindung Bw in Gesellschaft			5,60**	3,71 ^{n.s.}	20,85**
Auftreten der Soldaten			26,31***	13,17**	7,40 ^{n.s.}
Ausbildung der Soldaten			5,09*	2,89 ^{n.s.}	0,84 ^{n.s.}
Index persönliche Wahrnehmung Bw			1,66**	1,51*	2,14**
Index massenmediale Wahrnehmung Bw			1,00 ^{n.s.}	0,92 ^{n.s.}	0,78 ^{n.s.}
Konstante	0,86 ^{n.s.}	0,52 ^{n.s.}	0,02***	0,01***	0,00***
Nagelkerkes R ²	0,08	0,12	0,43	0,51	0,59
n	412	483	410	399	348

Anmerkungen: Wertebereich der abhängigen Variablen [0 – eher nicht und überhaupt nicht attraktiv, weiß nicht, keine Angabe; 1 – sehr und eher attraktiv). Alle erklärenden Variablen außer Alter [16; 29], Index persönliche Wahrnehmung Bw [0; 3] und Index massenmediale Wahrnehmung Bw [0; 4] haben einen Wertebereich von [0; 1]. Analyseverfahren: Multivariate binär-logistische Regressionen; Effektkoeffizienten (Exp(b)). Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05).

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2019.

Tabelle 8.5: Marginale Effekte für Determinanten der Bewertung der Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr

	Bewertung der Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr	
	Alle Befragten	16- bis 29-Jährige
<i>Ressourcen</i>		
Frauen	-1 ^{n.s.}	-7 ^{n.s.}
Alter	-3 ^{n.s.}	+14 ^{n.s.}
Niedrige Bildung	+6 ^{n.s.}	+11 ^{n.s.}
Hohe Bildung	+4 ^{n.s.}	0 ^{n.s.}
Haushaltsnettoeinkommen (bis 2.000 Euro)	+3 ^{n.s.}	-24*
Haushaltsnettoeinkommen (4.001 Euro und mehr)	-1 ^{n.s.}	-7 ^{n.s.}
Ostdeutschland	+10 ^{***}	+15 ^{n.s.}
Migrationshintergrund	-8 ^{n.s.}	-31*
Ist/war bei der Bundeswehr	+13 ^{***}	+16 ^{n.s.}
<i>Politische Einstellungen</i>		
Politisches Interesse	+4 ^{n.s.}	+16 ^{n.s.}
Eigene wirtschaftliche Lage	-1 ^{n.s.}	+10 ^{n.s.}
Nationale wirtschaftliche Lage	-2 ^{n.s.}	-8 ^{n.s.}
Wahlabsicht CDU/CSU	+1 ^{n.s.}	+17 ^{n.s.}
Wahlabsicht SPD	-7 ^{n.s.}	+12 ^{n.s.}
Wahlabsicht AfD	-5 ^{n.s.}	+9 ^{n.s.}
Wahlabsicht FDP	-9 ^{n.s.}	-37 ^{n.s.}
Wahlabsicht Die Linke	-5 ^{n.s.}	-12 ^{n.s.}
Wahlabsicht Bündnis 90/Die Grünen	-5 ^{n.s.}	+6 ^{n.s.}
<i>Bundeswehrspezifische Einstellungen</i>		
Einstellung zur Bundeswehr	+62 ^{***}	+85 ^{***}
Leistungen Bw im Inland	+2 ^{n.s.}	-22 ^{n.s.}
Leistungen Bw im Ausland	-1 ^{n.s.}	+8 ^{n.s.}
Ausrüstung und Bewaffnung Bw	+6 ^{n.s.}	-15 ^{n.s.}
Einbindung Bw in Gesellschaft	+31 ^{***}	+55 ^{**}
Auftreten der Soldaten	+13*	+35 ^{n.s.}
Ausbildung der Soldaten	+27 ^{***}	-3 ^{n.s.}
Index persönliche Wahrnehmung Bw	+7 ^{n.s.}	+30 ^{**}
Index massenmediale Wahrnehmung Bw	-6 ^{n.s.}	-18 ^{n.s.}

Anmerkungen: Die marginalen Effekte geben (gerundete) Wahrscheinlichkeitsveränderungen (in Prozent) für die jeweilige Variable an, während die übrigen Faktoren im Modell konstant gehalten werden. Der Wert in der entsprechenden Zeile gibt die Wahrscheinlichkeitsdifferenz an, wenn die jeweilige Variable zwischen Mittelwert minus 2 Standardabweichungen und Mittelwert plus 2 Standardabweichungen variiert wird (metrische Variablen) bzw. das Merkmal vorliegt oder nicht vorliegt (dichotome Variablen). Die anderen Variablen werden auf den Modus (dichotome Variablen) oder Mittelwert gesetzt. Die Werte basieren auf Modell V in den Tabellen 8.3 und 8.4. Signifikanzniveau: *** $p < 0,001$; ** $p < 0,01$; * $p < 0,05$; n.s. = nicht signifikant ($p \geq 0,05$).

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2019.

Für die *Modelle III und IV* zeigen sich im Vergleich zwischen jungen und allen Befragten viele identische Ergebnisse: Bewertet jemand die Einbindung in die Gesellschaft sowie die Ausbildung der Soldatinnen und Soldaten sowie ihr Auftreten in der Öffentlichkeit besser und nimmt die Bundeswehr im Rahmen persönlicher Kommunikation wahr, wird die Arbeitgeberattraktivität positiver eingeschätzt. Drei Unterschiede sind im Vergleich der beiden Gruppen (alle und 16- bis 29-Jährige) zu verzeichnen: Modell IV wird auch

bei den jungen Befragten von der Einstellung zur Bundeswehr dominiert, die mit Abstand den stärksten positiven Effekt hat. Von Relevanz sind in diesem Modell lediglich noch die Bewertung des Auftretens der Soldatinnen und Soldaten sowie der Index persönliche Wahrnehmung der Bundeswehr – beide mit positivem Einfluss auf die Arbeitgeberattraktivität.

Auch in *Modell V* zeigen sich einige zentrale Übereinstimmungen der Ergebnisse für die jungen Befragten und die gesamte Stichprobe. Auch hier soll der Einfachheit halber für die Interpretation der Stärke der Koeffizienten auf die marginalen Effekte in Tabelle 8.5 eingegangen werden: Eine positive Einstellung zu den Streitkräften (+85 Prozentpunkte) und eine positivere Einschätzung der Einbindung der Streitkräfte in die Gesellschaft (+55 Prozentpunkte) führen genauso zu besseren Attraktivitätsbewertungen wie eine stärkere Wahrnehmung der Bundeswehr in der persönlichen Kommunikation (+30 Prozentpunkte). Unterschiede zwischen den 16- bis 29-Jährigen und der Gesamtbevölkerung ergeben sich hinsichtlich Migrationshintergrund, regionaler Herkunft, militärischer Erfahrung und Einkommen: Personen mit niedrigem Haushaltseinkommen (-24 Prozentpunkte) sowie mit Migrationshintergrund sehen die Bundeswehr in geringerem Maße als attraktiven Arbeitgeber (-31 Prozentpunkte). Regionale Herkunft und militärische Erfahrungen bei den Streitkräften spielen für die Erklärung der Arbeitgeberattraktivität unter jungen Befragten keine Rolle. Insgesamt wirken sich aber fast alle Variablen mit statistisch signifikanten Effekten bei den jüngsten Befragten stärker auf die Bewertung der Attraktivität aus als bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Bevölkerungsbefragung 2019.

In weiteren umfassenden Analysen wird der *Empfehlungsindex* (aus Tabelle 8.2) als abhängige Variable verwendet, der angibt, ob ein Befragter die Bundeswehr als Arbeitgeber empfehlen würde. Anders als in den vorherigen Analysen geht es also nicht um eine Bewertung oder Einschätzung, sondern darum, ob jemand aktiv für die Bundeswehr Partei ergreifen und einem Freund oder Verwandten empfehlen würde, sich bei der Bundeswehr zu bewerben bzw. dort zu arbeiten. Die Ergebnisse sind in den Tabellen 8.6 und 8.7 dargestellt. Die Vorgehensweise erfolgt analog zu den bisherigen Analysen. Allerdings wird hier mit der linearen Regression ein anderes Verfahren genutzt, sodass die Stärke der Koeffizienten zwischen den Tabellen für die unterschiedlichen abhängigen Variablen nicht miteinander verglichen werden kann. Innerhalb der Tabellen 8.6 und 8.7 ist dieser Vergleich sehr wohl möglich, weil standardisierte Effekte ausgewiesen werden. Demzufolge hat in *Modell I* (Tabelle 8.6) die militärische Erfahrung (Ist/war bei der Bundeswehr) den stärksten Einfluss. Hat jemand diese Erfahrung, erhöht sich der Indexwert um 0,11 Punkte (nicht-standardisierter Effekt, tabellarisch nicht ausgewiesen). Ebenfalls po-

sitiv wirken sich ein Wohnort in Ostdeutschland, ein Migrationshintergrund und ein niedriges Bildungsniveau aus. Ältere würden die Bundeswehr eher als Arbeitgeber empfehlen als Jüngere. Negative Koeffizienten ergeben sich für Geschlecht und hohe Bildung, d.h. Frauen und höher Gebildete würden die Bundeswehr in geringerem Maße empfehlen. Das Einkommen hat keinen statistisch signifikanten Effekt.

Unter den politischen Einstellungen und Verhaltensweisen in *Modell II* haben fast alle Variablen statistisch signifikante Effekte. Am stärksten positiv wirken sich Wahlabsichten für die Unionsparteien und die SPD aus. Weitere positive Effekte ergeben sich für das politische Interesse, die Bewertung der nationalen und der eigenen wirtschaftlichen Lage sowie eine Wahlabsicht für die FDP oder die AfD. Negativ auf die Empfehlungsbereitschaft wirken sich Wahlabsichten für Bündnis 90/Die Grünen aus.

Modell III zeigt auch für diese abhängige Variable, dass es vor allem bundeswehrspezifische Einstellungen sind, welche die Empfehlungsbereitschaft beeinflussen: Der Anteil erklärter Varianz liegt bei 41 Prozent, alle Variablen im Modell haben statistisch signifikante positive Effekte, d.h. positivere Bewertungen bzw. eine stärkere Wahrnehmung führen zu einer größeren Empfehlungsbereitschaft. Mit Abstand am stärksten wirken sich die Bewertung der Leistungen der Bundeswehr im Ausland sowie der Ausbildung der Soldatinnen und Soldaten aus. Die schwächsten Effekte haben die Bewertung der Leistungen der Streitkräfte im Inland, die Bewertung der Ausrüstung und Bewaffnung sowie der Index, welcher die massenmediale Wahrnehmung der Bundeswehr misst.

In *Modell IV* ändert sich durch Einbeziehung der Einstellung zur Bundeswehr an diesen positiven Wirkungsmechanismen wenig. Diese Variable ist mit großem Abstand der erklärungsstärkste Einflussfaktor. Nicht mehr statistisch signifikant ist im Vergleich zu *Modell III* die Leistungsbewertung der Streitkräfte im Inland.

Im *Gesamtmodell – Modell V* – bestätigen sich diese Ergebnisse weitgehend, vor allem die bundeswehrspezifischen Einstellungen erweisen sich als besonders starke Erklärungsfaktoren, die politischen Einstellungen verlieren komplett ihre Bedeutung. Unter den Ressourcen wirkt sich ein niedriges Bildungsniveau positiv auf den Empfehlungsindex aus, genauso wie ein Wohnort in Ostdeutschland und militärische Erfahrungen.

Mit großem Abstand den stärksten Effekt aller Einflussfaktoren hat die Einstellung zur Bundeswehr. Personen, die den Streitkräften besonders positiv gegenüberstehen, haben eine um 0,46 Punkte – das ist fast die Hälfte der Skala – höhere Bereitschaft (nicht-standardisierter Effekt, tabellarisch nicht ausgewiesen), die Bundeswehr als Arbeitgeber zu empfehlen als Befragte, die eine sehr negative Einstellung haben. Alle anderen Variablen aus dieser Gruppe, mit Ausnahme der Bewertung der Leistungen der Bundeswehr im In-

land und der Ausrüstung und Bewaffnung der Bundeswehr, haben einen positiven, statistisch signifikanten Einfluss auf die Empfehlungsbereitschaft. Insgesamt zeigen sich daher weitgehende Übereinstimmungen zwischen den Ergebnissen für 2018 und 2019 (Steinbrecher 2018d), was für die zeitliche Konstanz und Konsistenz der Einflüsse der Erklärungsvariablen spricht.

Die Analysen für den Index Empfehlungsbereitschaft wurden ebenfalls für die 16- bis 29-Jährigen separat berechnet. Tabelle 8.7 zeigt die entsprechenden Ergebnisse. Wie schon für die Attraktivitätsbewertung gilt auch hier, dass durch die deutlich niedrigere Zahl der berücksichtigten Befragten herkömmliche Grenzwerte für die Feststellung der statistischen Signifikanz von Effekten deutlich schwieriger zu überwinden sind. Dies spiegelt sich in der geringeren Zahl an insgesamt statistisch signifikanten Effekten wider. Blickt man auf die einzelnen Modelle, so ist in *Modell I* lediglich die regionale Herkunft relevant. Auch unter den jungen Befragten würden Personen mit Wohnsitz in Ostdeutschland die Bundeswehr in stärkerem Maße als Arbeitgeber empfehlen. Die Ergebnisse von *Modell II* für die 16- bis 29-Jährigen entsprechen weitestgehend den Befunden für alle Befragten: Junge Leute mit Wahlabsicht für CDU/CSU, SPD oder AfD würden die Streitkräfte eher als Arbeitgeber empfehlen, solche mit Wahlabsicht für Die Linke würden dies eher nicht tun. Ansonsten würden Befragte mit höherem politischen Interesse die Bundeswehr eher als Arbeitgeber empfehlen. Wie für alle Befragten sind bei den Analysen für die Kernzielgruppe der Personalwerbung der Bundeswehr in *Modell III* fast alle Variablen relevant – alle Variablen mit statistisch signifikanten Einflüssen haben ein positives Vorzeichen. Wird in *Modell IV* die Einstellung zur Bundeswehr in die Analysen mit aufgenommen, dominiert diese Variable das Modell deutlich (mit einem starken positiven Effekt). Hinzu kommen als statisch signifikante Einflussfaktoren die Bewertung der Leistungen der Bundeswehr im Ausland, die Bewertung des Auftretens der Soldatinnen und Soldaten sowie die Wahrnehmung der Streitkräfte im persönlichen Bereich. In *Modell V* sind Erklärungsfaktoren aus allen drei Variablengruppen relevant für die Erklärung der Empfehlungsbereitschaft – anders als im Modell für alle Befragten, wo nur bundeswehrspezifische Einstellungen analytische Bedeutung haben. Auch das Gesamtmodell wird dabei von der Einstellung zur Bundeswehr dominiert. 16- bis 29-Jährige mit einer sehr positiven Einstellung zur Bundeswehr haben unter Kontrolle der anderen Variablen im Modell eine um 0,60 Punkte höhere Neigung, die Streitkräfte als Arbeitgeber zu empfehlen als Gleichaltrige mit sehr negativer Haltung. Weitere relevante Einflussfaktoren sind die Bewertung der Einbindung der Bundeswehr in die Gesellschaft, des Auftretens der Soldatinnen und Soldaten sowie die Wahrnehmung der Bundeswehr im persönlichen Umfeld. Hinzu kommt, dass Anhänger von Union, SPD und AfD die Bundeswehr eher als

Arbeitgeber empfehlen würden, genauso wie Ostdeutsche und Befragte ohne Migrationshintergrund. Im Vergleich zum Modell für alle Befragten sind die Determinanten der Empfehlungsbereitschaft bei jungen Leuten vielfältiger und differenzierter.

Tabelle 8.6: Determinanten der Empfehlungen für die Bundeswehr als Arbeitgeber, Gesamtbevölkerung

	Index Empfehlungen für die Bundeswehr als Arbeitgeber				
	Modell I	Modell II	Modell III	Modell IV	Modell V
<i>Ressourcen</i>					
Frauen	-0,05*				-0,02 ^{n.s.}
Alter	0,06**				-0,01 ^{n.s.}
Niedrige Bildung	0,06*				0,04*
Hohe Bildung	-0,05*				-0,02 ^{n.s.}
Haushaltsnettoeinkommen (bis 2.000 Euro)	-0,02 ^{n.s.}				0,00 ^{n.s.}
Haushaltsnettoeinkommen (4.001 Euro und mehr)	0,02 ^{n.s.}				0,02 ^{n.s.}
Ostdeutschland	0,07**				0,04*
Migrationshintergrund	0,06**				-0,01 ^{n.s.}
Ist/war bei der Bundeswehr	0,16***				0,07***
<i>Politische Einstellungen</i>					
Politisches Interesse		0,09***			0,00 ^{n.s.}
Eigene wirtschaftliche Lage		0,05*			-0,01 ^{n.s.}
Nationale wirtschaftliche Lage		0,06**			-0,03 ^{n.s.}
Wahlabsicht CDU/CSU		0,15***			0,02 ^{n.s.}
Wahlabsicht SPD		0,13***			0,02 ^{n.s.}
Wahlabsicht AfD		0,06**			0,00 ^{n.s.}
Wahlabsicht FDP		0,05*			-0,02 ^{n.s.}
Wahlabsicht Die Linke		-0,03 ^{n.s.}			-0,03 ^{n.s.}
Wahlabsicht Bündnis 90/Die Grünen		-0,05*			-0,03 ^{n.s.}
<i>Bundeswehrspezifische Einstellungen</i>					
Einstellung zur Bundeswehr				0,39***	0,39***
Leistungen Bw im Inland			0,05*	0,01 ^{n.s.}	0,02 ^{n.s.}
Leistungen Bw im Ausland			0,21***	0,10***	0,10***
Ausrüstung und Bewaffnung Bw			0,08***	0,04*	0,03 ^{n.s.}
Einbindung Bw in Gesellschaft			0,12***	0,08***	0,09***
Auftreten der Soldaten			0,17***	0,09***	0,08***
Ausbildung der Soldaten			0,19***	0,14***	0,14***
Index persönliche Wahrnehmung Bw			0,09***	0,06***	0,06***
Index massenmediale Wahrnehmung Bw			0,08***	0,05**	0,04*
Korrigiertes R ²	0,06	0,07	0,41	0,49	0,50
n	2.273	2.454	2.136	2.104	1.983

Anmerkungen: Wertebereich der abhängigen Variablen [0 – keine Empfehlung des Arbeitgebers Bundeswehr; 1 – starke Empfehlung des Arbeitgebers Bundeswehr]. Alle erklärenden Variablen mit Ausnahme von Alter [16; 101], Index persönliche Wahrnehmung Bw [0; 3] und Index massenmediale Wahrnehmung Bundeswehr [0; 4] haben einen Wertebereich von [0; 1]. Analyseverfahren: Multiple lineare Regressionen; standardisierte Regressionskoeffizienten (beta). Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05).

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2019.

Tabelle 8.7: Determinanten der Empfehlungen für die Bundeswehr als Arbeitgeber, 16- bis 29-Jährige

	Index Empfehlungen für die Bundeswehr als Arbeitgeber				
	Modell I	Modell II	Modell III	Modell IV	Modell V
<i>Ressourcen</i>					
Frauen	-0,10 ^{n.s.}				-0,05 ^{n.s.}
Alter	0,00 ^{n.s.}				0,01 ^{n.s.}
Niedrige Bildung	0,10 ^{n.s.}				0,04 ^{n.s.}
Hohe Bildung	-0,06 ^{n.s.}				-0,03 ^{n.s.}
Haushaltsnettoeinkommen (bis 2.000 Euro)	-0,06 ^{n.s.}				-0,07 ^{n.s.}
Haushaltsnettoeinkommen (4.001 Euro und mehr)	-0,01 ^{n.s.}				-0,01 ^{n.s.}
Ostdeutschland	0,13*				0,08*
Migrationshintergrund	0,04 ^{n.s.}				-0,09*
Ist/war bei der Bundeswehr	0,02 ^{n.s.}				-0,01 ^{n.s.}
<i>Politische Einstellungen</i>					
Politisches Interesse		0,10*			0,05 ^{n.s.}
Eigene wirtschaftliche Lage		0,07 ^{n.s.}			0,05 ^{n.s.}
Nationale wirtschaftliche Lage		0,06 ^{n.s.}			0,00 ^{n.s.}
Wahlabsicht CDU/CSU		0,19***			0,09*
Wahlabsicht SPD		0,14**			0,10*
Wahlabsicht AfD		0,25***			0,12**
Wahlabsicht FDP		-0,05 ^{n.s.}			-0,06 ^{n.s.}
Wahlabsicht Die Linke		-0,15**			-0,04 ^{n.s.}
Wahlabsicht Bündnis 90/Die Grünen		0,00 ^{n.s.}			0,05 ^{n.s.}
<i>Bundeswehrspezifische Einstellungen</i>					
Einstellung zur Bundeswehr				0,44***	0,48***
Leistungen Bw im Inland			-0,05 ^{n.s.}	-0,06 ^{n.s.}	-0,07 ^{n.s.}
Leistungen Bw im Ausland			0,26***	0,13**	0,11 ^{n.s.}
Ausrüstung und Bewaffnung Bw			0,12**	0,06 ^{n.s.}	0,04 ^{n.s.}
Einbindung Bw in Gesellschaft			0,11*	0,08 ^{n.s.}	0,11*
Auftreten der Soldaten			0,22***	0,13*	0,13*
Ausbildung der Soldaten			0,16**	0,10 ^{n.s.}	0,03 ^{n.s.}
Index persönliche Wahrnehmung Bw			0,14**	0,09*	0,10*
Index massenmediale Wahrnehmung Bw			0,09*	0,07 ^{n.s.}	0,05 ^{n.s.}
Korrigiertes R ²	0,02	0,14	0,47	0,57	0,60
n	366	476	398	388	310

Anmerkungen: Wertebereich der abhängigen Variablen [0 – keine Empfehlung des Arbeitgebers Bundeswehr; 1 – starke Empfehlung des Arbeitgebers Bundeswehr]. Alle erklärenden Variablen mit Ausnahme von Alter [16; 29], Index persönliche Wahrnehmung Bw [0; 3] und Index massenmediale Wahrnehmung Bundeswehr [0; 4] haben einen Wertebereich von [0; 1]. Analyseverfahren: Multiple lineare Regressionen; standardisierte Regressionskoeffizienten (beta). Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05).

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2019.

Fazit

Betrachtet man alle Ergebnisse dieses Abschnitts in der Gesamtschau, wird klar, dass die Bundeswehr von den meisten Bürgerinnen und Bürgern als attraktiver Arbeitgeber wahrgenommen wird. Viele würden Freunden, Bekannten und Verwandten die Streitkräfte als Arbeitgeber empfehlen. Insgesamt zeigen diese Analysen die große Bedeutung der Soldatinnen und Soldaten als Botschafter der Bundeswehr und die Relevanz der generellen affektiven Haltung zu den Streitkräften. Insofern verdeutlichen auch diese Ergebnisse, dass es die Streitkräfte genauso wie einzelne Soldatinnen und Soldaten selbst in der Hand haben, Bürgerinnen und Bürger für den Dienst in der Bundeswehr zu begeistern. Dass dafür die Grundlagen durch die Maßnahmen der Agenda Attraktivität gelegt sind, zeigen die Ergebnisse der Personalbefragung 2016: Im Vergleich zur Personalbefragung 2013 bewerten deutlich mehr Angehörige der Bundeswehr ihren Arbeitgeber als attraktiv (2013: 39 Prozent, 2016: 59 Prozent) und deutlich mehr würden wieder bei der Bundeswehr anfangen (2013: 43 Prozent, 2016: 56 Prozent) oder Freunden oder Bekannten empfehlen, bei der Bundeswehr zu arbeiten (2013: 23 Prozent, 2016: 36 Prozent) (Richter 2016). Insofern scheinen die Indikatoren für eine Multiplikatorwirkung der Angehörigen der Streitkräfte in die richtige Richtung zu zeigen.

9 Einstellungen zur Höhe der Verteidigungsausgaben sowie zum Personalumfang der Bundeswehr

Markus Steinbrecher

Zum ersten Mal seit der Wiedervereinigung sind die deutschen Verteidigungsausgaben ab dem Jahr 2017 substantiell gestiegen. Wurden 2016 noch 35,1 Milliarden Euro für Verteidigung ausgegeben, erhöhten sich diese Ausgaben im Bundeshaushalt 2017 (der Haushalt für das Verteidigungsministerium ist der Einzelplan 14) auf etwas mehr als 37,0 Milliarden Euro. 2018 erfolgte eine Erhöhung auf 38,5 Milliarden Euro und 2019 ein weiterer Anstieg auf 43,2 Milliarden Euro (Bundesministerium der Finanzen 2019a). Für 2020 sind Ausgaben in Höhe von 44,9 Milliarden Euro geplant (Bundesministerium der Finanzen 2019b). Diese sogenannte Trendwende Finanzen ist vor dem Hintergrund des 2014 auf dem NATO-Gipfel in Wales durch die Regierungen der Mitgliedsstaaten beschlossenen politischen Ziels der Steigerung der Verteidigungsausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und der langjährigen Unterfinanzierung der Bundeswehr zu sehen. Den Wert von zwei Prozent des BIP haben die deutschen Verteidigungsausgaben zuletzt 1992 erreicht (SIPRI 2018). 2019 liegt der Verteidigungsetat Deutschlands bei einer Höhe von 1,36 Prozent des BIP (NATO Public Diplomacy Division 2019). In der Berichterstattung über die Bundeswehr wurden die Höhe der Verteidigungsausgaben und die Einhaltung des NATO-Ziels im zeitlichen Umfeld der Bevölkerungsbefragung 2019 wiederholt thematisiert, sodass davon auszugehen ist, dass die Bevölkerung zumindest in den Grundzügen mit der Thematik und den entsprechenden politischen Argumenten vertraut ist.

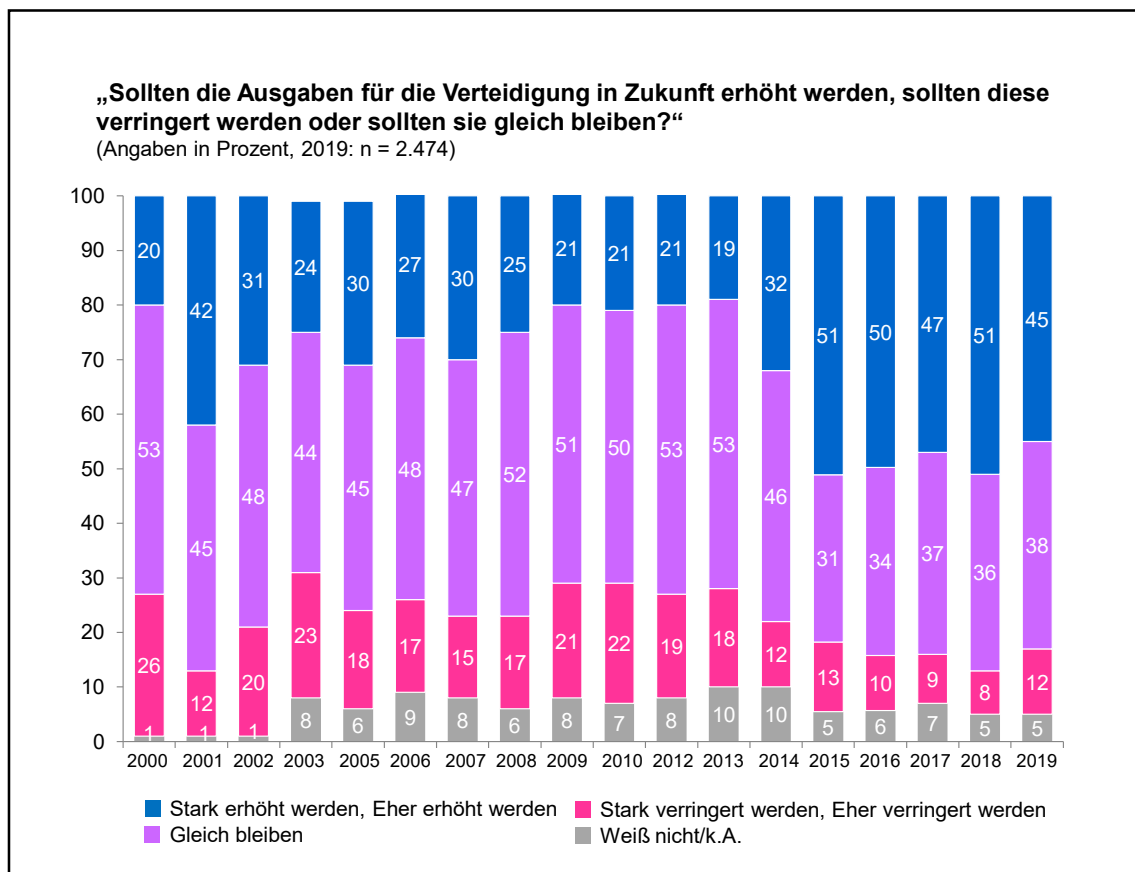
Neben dem Umschwung in der Entwicklung der Verteidigungsausgaben wächst auch zum ersten Mal seit dem Ende des Kalten Krieges der angestrebte Personalumfang der Bundeswehr. Zum Stichtag 24. Juni 2019 umfasste die Bundeswehr 181.463 Soldatinnen und Soldaten (Bundesministerium der Verteidigung 2019) bei einer Sollstärke von 185.000. Im Rahmen der „Trendwende Personal“ soll die Bundeswehr bis zum Jahr 2024 auf 198.000 Soldatinnen und Soldaten anwachsen und 2025 eine Personalstärke von 203.000 erreichen. Zudem wurde die strenge Personalobergrenze abgeschafft und ein „atmender Personalkörper“ geschaffen (Bundesministerium der Verteidigung 2017; Personalboard 2017).

Vor dem Hintergrund dieser veränderten Rahmenbedingungen der Verteidigungsausgaben und der Personalstärke der Bundeswehr ist es von besonderem Interesse, wie sich die Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland zu diesen Themen 2019 entwickelt haben. Die folgenden Analysen der Bevölkerungsbefragung 2019 schließen daher eine langfristige Perspektive ein und stellen die Entwicklung dieser Einstellungen seit dem Jahr 1981 bzw. 2000 dar. Zudem werden die Erklärungsfaktoren der beiden Einstellungen ausführlich untersucht und herausgearbeitet.

Einstellung zu den Verteidigungsausgaben

Die Bevölkerung positioniert sich 2019 wie in den Vorjahren eindeutig zur Höhe des Verteidigungsetats: 45 Prozent der Befragten sind für eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben, etwas weniger (38 Prozent) stimmen dafür, die Ausgaben gleich zu halten und lediglich 12 Prozent plädieren für eine Verringerung des Verteidigungsbudgets.

Abbildung 9.1: Einstellung zu den Verteidigungsausgaben im Zeitvergleich 2000–2019



Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. 2004 und 2011 wurde die Frage nicht erhoben.

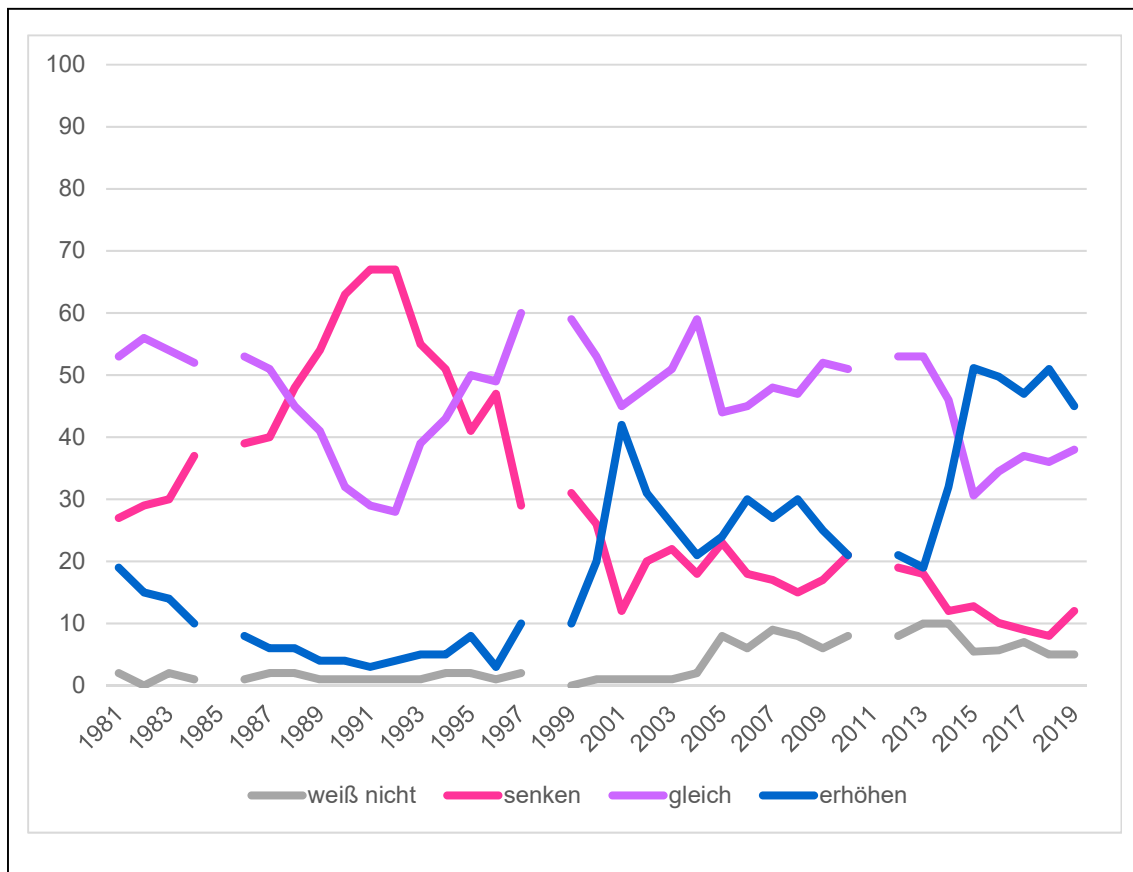
Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2000–2003, 2005–2010, 2012–2019.

Im Vergleich zum Vorjahr hat der Anteil der Befürworter einer Ausgabenerhöhung um 6 Prozentpunkte abgenommen, für die beiden anderen Optionen zeigen sich Zuwächse um 2 bzw. 4 Prozentpunkte (vgl. Abbildung 9.1). Damit ist seit dem Jahr 2015 immer noch eine deutliche Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger für eine Erhöhung der Ausgaben für Verteidigung oder wenigstens die Erhaltung des Status quo.

Blickt man auf längere zeitliche Entwicklungen mithilfe aller Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw bzw. des SOWI seit dem Jahr 2000, so ist über den gesamten Zeitraum betrachtet 2019 der fünfthöchste Zustimmungswert für eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben zu verzeichnen. Wählt man unter Verwendung anderer im Auftrag des Verteidigungsministeriums durchgeführter Umfragen eine längere zeitliche Perspektive ab dem Jahr 1981 (vgl. Abbildung 9.2), zeigt sich in stärkerem Maße der Meinungsumschwung zugunsten höherer Verteidigungsausgaben in der zweiten Hälfte der 2010er-Jahre. Der Verlauf der Haltung der Bevölkerung zu dieser Frage ist im Wesentlichen ein Spiegelbild der Entwicklung der sicherheitspolitischen Lage. Mit der Entspannung in den 1980er-Jahren zeigt sich ein Anstieg des Anteils derjenigen, die die Verteidigungsausgaben senken möchten, von 27 Prozent im Jahr 1981 auf 54 Prozent im Jahr 1989. Nach dem Ende des Kalten Krieges spricht sich mit 63 bzw. 67 Prozent in den Jahren 1990 bis 1992 eine deutliche Mehrheit der Deutschen für eine Verringerung der Ausgaben für das Militär aus und zeigt somit den Willen, die sogenannte Friedensdividende einzufahren. Entsprechend nimmt der Anteil derjenigen, welche die Ausgaben erhöhen oder auf dem gleichen Niveau halten wollen, ab. Der jeweils niedrigste Wert für beide Kurven im gesamten Zeitraum wird Anfang der 1990er-Jahre erreicht (3 Prozent für Erhöhung im Jahr 1991, 28 Prozent für gleiches Niveau 1992). Ab Mitte der 1990er verschwindet die Mehrheit für eine Senkung des Verteidigungsetats. Stattdessen verschiebt sich die Position der Bevölkerung hin zu einem Erhalt des Niveaus der Verteidigungsausgaben. Zwischen 44 und 59 Prozent der Bürgerinnen und Bürger sprechen sich zwischen 1995 und 2013 für diese Position aus und stellen damit entweder eine relative oder sogar absolute Mehrheit dar. Nur 2001 zeigt sich als Reaktion auf die Anschläge in den USA am 11. September ein starker Anstieg des Anteils derjenigen, die mehr Verteidigungsausgaben befürworten, auf 42 Prozent – dies ist der höchste Wert dieser Kurve zwischen 1981 und 2014. Das Jahr 2014 ist mit dem Beginn des Bürgerkrieges in der Ukraine, dem Erstarken des sogenannten Islamischen Staates in Syrien und im Irak sowie dem starken Fokus des Elitendiskurses in Deutschland auf die gewachsene Verantwortung des Landes (z.B. während der Münchener Sicherheitskonferenz 2014) ein Wendepunkt für die Haltungen zur Entwicklung des Verteidigungsetats: 2014 sprechen sich 32 Prozent für erhöhte Ausgaben aus (+13 Prozentpunkte im Vergleich zu 2013), während mit 46 Prozent die relative Mehrheit immer noch für einen Erhalt des Ausgabenniveaus ist. Ab 2015 ist dann die relative bzw.

absolute Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger für mehr Ausgaben für die Streitkräfte – eine Rolle spielt dabei auch die schlechte Lage der Ausrüstung und Bewaffnung der Bundeswehr (Steinbrecher 2017b, 2018b).

Abbildung 9.2: Einstellung zu den Verteidigungsausgaben im Zeitvergleich 1981–2019



Anmerkungen: Für die Jahre 1985, 1998 und 2011 stehen keine Daten zur Verfügung. Die Fragestellungen und Antwortskalen variieren, sind aber über den gesamten Befragungszeitraum vergleichbar. In den Befragungen zur Wehrpolitischen Lage wurde die Frage nach der Höhe der Verteidigungsausgaben grundsätzlich mit einer 3er-Skala (senken, gleich bleiben, erhöhen) abgefragt. In den Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw und des SOWI wurde die Frage stets mit einer 5er-Skala (siehe Abbildung 9.1) erhoben. Aus Vergleichbarkeitsgründen wurden jeweils die beiden positiven und negativen Antwortausprägungen zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2000–2002, 2005–2010, 2012–2019, Wehrpolitische Lage 1981–1984, 1986–1997, 1999, 2003–2004.

Insgesamt zeigt sich also bei der Einstellung zu den Verteidigungsausgaben im Zeitverlauf eine beachtliche Volatilität des Meinungsbildes, die sich vor allem durch Ereignisse und Veränderungen der sicherheitspolitischen Lage erklären lässt – ein Beleg für das Konzept der „rationalen Öffentlichkeit“. Dieses besagt, dass die öffentliche Meinung auf der Aggregatebene rational und objektiv nachvollziehbar auf politische Ereignisse und Entscheidungen der Eliten reagiert („rational public“, z.B. Isernia et al. 2002; Page/Shapiro 1992; Shapiro/Page 1988).

Nachdem gezeigt werden konnte, dass es im Zeitverlauf deutliche Verschiebungen der öffentlichen Meinung zur Höhe der Verteidigungsausgaben gibt, ist die Frage, ob sich dabei bestimmte Gruppen der Bevölkerung voneinander unterscheiden. Tabelle 9.1 zeigt die Meinung der Bürgerinnen und Bürger in den soziodemografischen Gruppen und nach ihrer Wahlabsicht in der Bevölkerungsbefragung 2019. Es wird deutlich, dass sich alle dargestellten Merkmale mit Ausnahme des Migrationshintergrundes statistisch signifikant auf die Position zu den Verteidigungsausgaben auswirken. Ungeachtet der Unterschiede sprechen sich aber alle betrachteten Gruppen mit teilweise eindeutigen Mehrheiten für eine Steigerung des Etats oder die Beibehaltung des aktuellen Ausgabenniveaus aus. Maximal ein Sechstel der Bürgerinnen und Bürger sind in zwei Teilgruppen (Personen mit Wahlabsicht für Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen) dafür, die Verteidigungsausgaben zu senken.

Blickt man auf beide Geschlechter, so befürworten Männer (50 Prozent) in stärkerem Maße mehr Geld für die Streitkräfte als Frauen (41 Prozent). Bei den Altersgruppen unterscheiden sich vor allem die jüngsten Befragten von den drei anderen Gruppen: Während bei den 16- bis 29-Jährigen 38 Prozent für eine Erhöhung des Verteidigungsetats sind, sind es bei den Älteren jeweils mindestens 46 Prozent. Die Unterschiede in der Zustimmung zur Erhöhung zwischen den unterschiedlichen Bildungsniveaus sind mit sechs Prozentpunkten relativ gering, aber immer noch statistisch signifikant. Beim Einkommen sind die Differenzen mit einer Spannweite von 8 Prozentpunkten etwas stärker. Ein höheres Einkommen führt zu einer stärkeren Unterstützung für die Erhöhung des Einzelplans 14. Die Wahlabsicht wirkt sich in besonderem Maße auf die Einstellung zu den Verteidigungsausgaben aus: Besonders hoch ist die Unterstützung einer Erhöhung unter Anhängern von Union, SPD und FDP mit Werten von jeweils 54 Prozent. Bei Befürwortern der Grünen, der Linken sowie bei Befragten ohne Wahlabsicht liegt der Anteil derjenigen, die eine Steigerung des Etats befürworten, zwischen 32 und 41 Prozent und erreicht damit unterdurchschnittliche Werte. Regional ist die Unterstützung für mehr Geld für die Verteidigung im Süden am höchsten (50 Prozent) – überall finden sich aber relative Mehrheiten.

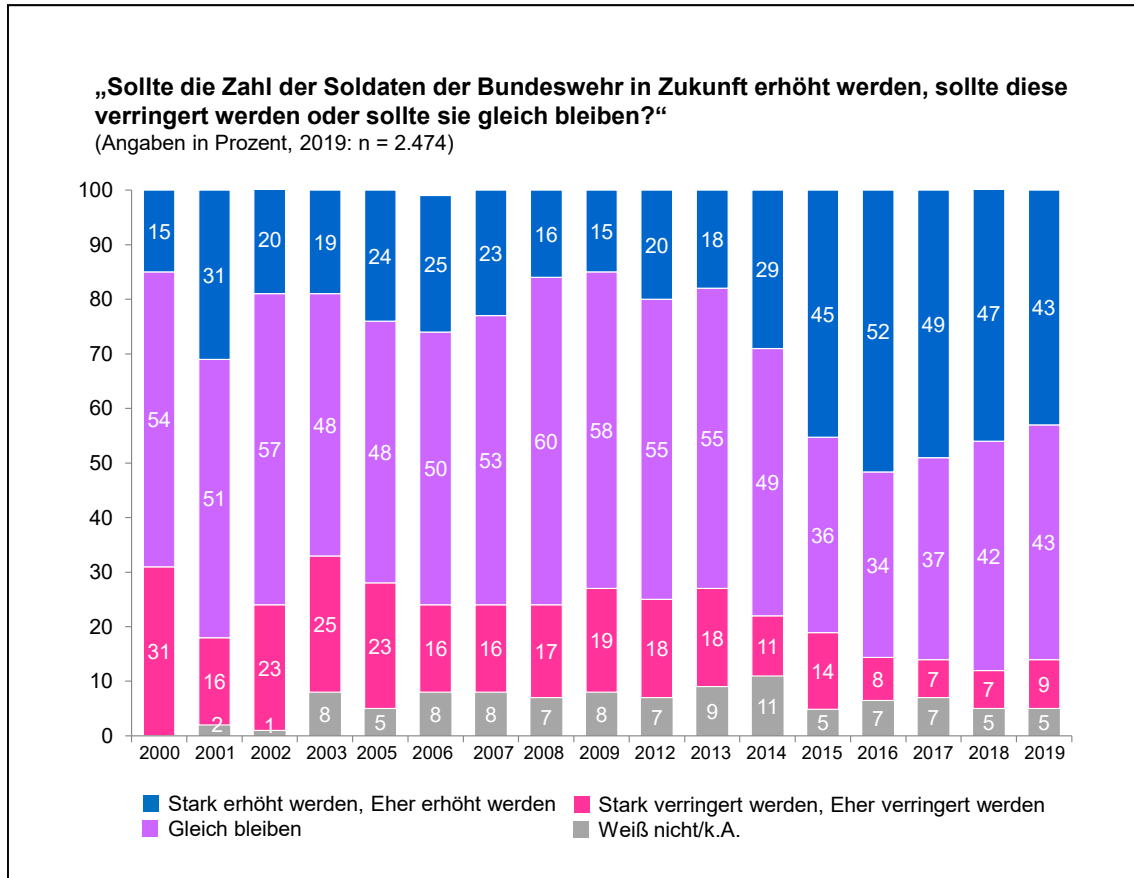
Tabelle 9.1: Einstellung zu den Verteidigungsausgaben in soziodemografischen Gruppen

„Sollten die Ausgaben für die Verteidigung in Zukunft erhöht werden, sollten diese verringert werden oder sollten sie gleich bleiben?“ (Angaben in Prozent)				
	Erhöht werden ¹	Gleich bleiben	Verringert werden ²	Weiß nicht/ k.A.
Insgesamt	45	38	12	5
Geschlecht ***				
Männer	50	35	12	(3)
Frauen	41	40	13	7
Alter ***				
16 bis 29 Jahre	38	39	15	(8)
30 bis 49 Jahre	47	37	13	(3)
50 bis 69 Jahre	46	38	12	(4)
70 Jahre und älter	49	38	(7)	(6)
Bildungsniveau ***				
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	45	35	15	(5)
Realschulabschluss	43	39	13	(5)
Hauptschulabschluss	49	39	8	(4)
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat *				
4.001 Euro und mehr	47	37	(12)	(4)
2.001 bis 4.000 Euro	48	36	13	(4)
Bis 2.000 Euro	40	44	12	(4)
Wahlabsicht Bundestagswahl ***				
CDU/CSU	54	36	(8)	(2)
SPD	54	35	(10)	(2)
AfD	48	39	(13)	(1)
FDP	54	(35)	(10)	(2)
Die Linke	34	46	(16)	(4)
Bündnis 90/Die Grünen	41	38	16	(5)
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	32	41	15	12
Region ***				
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	45	39	16	(1)
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	42	42	12	(5)
Süddeutschland (BW, BY)	50	36	10	(5)
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	44	38	12	7
Migrationshintergrund ^{n.s.}				
Ja	43	41	(11)	(5)
Nein	45	38	12	(5)

Anmerkungen: 1) Anteile „Stark erhöht werden“ und „Eher erhöht werden“ wurden zusammengefasst; 2) Anteile „Stark verringert werden“ und „Eher verringert werden“ wurden zusammengefasst. Einzelne Prozentangaben ergeben mitunter in der Summe nicht 100 Prozent, da sie gerundet wurden. Analyseverfahren: Chi²-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05); Werte in Klammern: n ≤ 50.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2019.

Abbildung 9.3: Einstellung zum Personalumfang der Bundeswehr im Zeitvergleich



Anmerkung: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. 2004, 2010 und 2011 wurde die Frage nicht erhoben.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2000–2003, 2005–2009, 2012–2019.

Neben den Budgetpräferenzen werden die Bürgerinnen und Bürger in der Bevölkerungsbefragung des ZMSBw stets dazu befragt, ob die Zahl der Soldatinnen und Soldaten in Zukunft erhöht, verringert werden oder gleich bleiben sollte (vgl. Abbildung 9.3). Im Jahr 2019 sprechen sich 43 Prozent der Deutschen dafür aus, dass die Zahl der Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr erhöht werden sollte. Ein gleich hoher Anteil möchte den Status quo bei der Stärke der Streitkräfte erhalten, während nur 9 Prozent für eine Reduzierung des Personalumfangs sind. Im Vergleich zum Vorjahr erhöht sich der Anteil der Befürworter einer gleichbleibenden Personalstärke leicht um 1 Prozentpunkt. Der Anteil der Befürworter einer Vergrößerung hat etwas abgenommen (-4 Prozentpunkte). Die Bürgerinnen und Bürger begrüßen also weiterhin mit großer Mehrheit eine Vergrößerung der Streitkräfte oder eine Beibehaltung des aktuellen Niveaus. Im Zeitverlauf zwischen 2000 und 2019 wird 2019 der fünfthöchste Wert der ganzen Zeitreihe für die Erhöhung des

Personalumfangs erreicht. Von 2000 bis 2014 sprachen sich relative oder absolute Mehrheiten der Bevölkerung dafür aus, dass der Personalumfang der Bundeswehr gleich bleiben sollte. Zwischen 2015 und 2018 gab es mindestens eine relative Mehrheit für die Vergrößerung der Personalstärke der Streitkräfte. Die Betrachtung eines längeren Zeitraums wie bei der Frage nach der Höhe der Verteidigungsausgaben ist hier nicht möglich, da die Frage nach dem Personalumfang in Befragungen vor dem Jahr 2000 nicht enthalten war.

Wie schon für die Einstellung zu den Verteidigungsausgaben soll auch für den gewünschten Personalumfang der Bundeswehr untersucht werden, ob sich die Angehörigen bestimmter soziodemografischer Gruppen in ihrer Einstellung zur Ausgestaltung des Personalkörpers unterscheiden. Die Ergebnisse in Tabelle 9.2 zeigen, dass sich Männer und Frauen, Personen aus unterschiedlichen Alters- und Bildungsgruppen, Menschen aus verschiedenen Regionen und mit unterschiedlichen politischen Präferenzen statistisch signifikant in ihrer Einstellung zur Veränderung der Personalstärke unterscheiden. Für die Einkommensgruppen und den Migrationshintergrund sind keine statistisch signifikanten Differenzen zu verzeichnen.

Insgesamt sind die Muster denjenigen für die Einstellung zum Verteidigungshaushalt ähnlich (vgl. Tabelle 9.1). Männer (48 Prozent) sind in stärkerem Maße der Auffassung, dass der Personalumfang erhöht werden sollte als Frauen (38 Prozent). Mit zunehmendem Alter wächst die Zustimmung für einen größeren Personalkörper, die Differenz zwischen jüngster und ältester Gruppe beträgt in dieser Hinsicht 8 Prozentpunkte. Die Unterschiede zwischen den Bildungsgruppen sind zwar statistisch signifikant, aber mit 1 bis 4 Prozentpunkten Abstand relativ gering. Unter den Parteianhängern weisen die Anhänger von SPD oder AfD (53 Prozent) mit Abstand die größte Mehrheit für eine Vergrößerung des Personalumfangs auf. Überdurchschnittliche Werte sind zudem für die Befürworter von CDU/CSU (49 Prozent) und FDP (48 Prozent) zu verzeichnen. Unterdurchschnittliche Unterstützung für einen größeren Personalumfang zeigt sich bei Anhängern der Grünen (35 Prozent), Personen ohne Wahlabsicht (32 Prozent) und bei Befragten mit Wahlabsicht für Die Linke (37 Prozent).

Regional sind die Differenzen in der Befürwortung von mehr Soldatinnen und Soldaten für die Bundeswehr relativ groß: Während in Nord- und Ostdeutschland nur 37 bzw. 36 Prozent der Befragten der Auffassung sind, dass der Personalumfang der Bundeswehr vergrößert werden sollte, teilen in West- und Süddeutschland 46 bzw. 48 Prozent diese Position.

Tabelle 9.2: Einstellung zum Personalumfang der Bundeswehr in soziodemografischen Gruppen

„Sollte die Zahl der Soldaten der Bundeswehr in Zukunft erhöht werden, sollte diese verringert werden oder sollte sie gleich bleiben?“ (Angaben in Prozent)				
	Erhöht werden ¹	Gleich bleiben	Verringert werden ²	Weiß nicht/ k.A.
Insgesamt	43	43	9	5
Geschlecht ***				
Männer	48	40	9	(3)
Frauen	38	46	9	7
Alter ***				
16 bis 29 Jahre	39	42	13	(7)
30 bis 49 Jahre	45	41	10	(4)
50 bis 69 Jahre	42	46	8	(4)
70 Jahre und älter	47	40	(6)	(7)
Bildungsniveau ***				
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	43	39	13	(5)
Realschulabschluss	42	43	10	(5)
Hauptschulabschluss	46	44	(5)	(5)
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat n.s.				
4.001 Euro und mehr	47	39	(10)	(4)
2.001 bis 4.000 Euro	43	43	10	4
Bis 2.000 Euro	42	45	(8)	(5)
Wahlabsicht Bundestagswahl ***				
CDU/CSU	49	42	(6)	(3)
SPD	53	39	(5)	(3)
AfD	53	37	(8)	(2)
FDP	48	(42)	(5)	(5)
Die Linke	37	44	(14)	(4)
Bündnis 90/Die Grünen	35	45	15	(5)
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	32	47	11	10
Region ***				
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	37	48	14	(1)
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	36	49	(10)	(5)
Süddeutschland (BW, BY)	48	39	7	(6)
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	46	39	9	7
Migrationshintergrund n.s.				
Ja	43	46	(6)	(5)
Nein	43	42	10	5

Anmerkungen: 1) Anteile „Stark erhöht werden“ und „Eher erhöht werden“ wurden zusammengefasst; 2) Anteile „Stark verringert werden“ und „Eher verringert werden“ wurden zusammengefasst. Einzelne Prozentangaben ergeben mitunter in der Summe nicht 100 Prozent, da sie gerundet wurden. Analyseverfahren: Chi²-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s.= nicht signifikant (p ≥ 0,05); Werte in Klammern: n ≤ 50.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2019.

Erklärung der Einstellungen zu den Verteidigungsausgaben und zum Personalumfang

Zum Abschluss dieses Abschnitts sollen mithilfe multivariater linearer Regressionen die Erklärungsfaktoren der beiden Einstellungen untersucht werden. Grundlage für die Auswahl der Faktoren sind die weitestgehend auf die USA zentrierte Literatur zur Erklärung der Einstellung zu den Verteidigungsausgaben (z.B. Bartels 1994; Eichenberg/Stoll 2003, 2017; Wlezien 1995), die Analyseergebnisse mit den Daten der Bevölkerungsbefragungen 2017 und 2018 (Steinbrecher 2017b, 2018b) sowie allgemeine deutsche Forschungsergebnisse für die Erklärung außen- und sicherheitspolitischer Einstellungen (z.B. Biehl/Schoen 2015; Rattinger et al. 2016). Die genauere Untersuchung der Determinanten ist vor allem deswegen relevant, weil politische Entscheidungen zur Höhe des Verteidigungshaushalts mit den Bevölkerungseinstellungen in einem Wechselverhältnis stehen und wie bei einem Thermostat aufeinander zu reagieren scheinen (Eichenberg/Stoll 2003; Wlezien 1995): Die Höhe der Verteidigungsausgaben ist also (auch) von der Position der Bürgerinnen und Bürger zu dieser Frage abhängig. Wird ein bestimmtes, von der Bevölkerung als angemessen betrachtetes Niveau erreicht, sinkt die Zustimmung für eine weitere Erhöhung der Verteidigungsausgaben. Entsprechendes gilt auch im umgekehrten Fall. Es ist davon auszugehen, dass sich diese Forschungsergebnisse auf die Einstellungen zum Personalumfang übertragen lassen. Daher werden in beiden Analysen die gleichen Erklärungsfaktoren verwendet. Schrittweise werden in sechs Modellen unterschiedliche Determinantengruppen und ihre Wirkung auf die beiden Einstellungen untersucht (vgl. Tabellen 9.3 und 9.4). Die Modelle entsprechen weitgehend den Analysen der beiden Vorjahre. Einige Variablen sind nicht mehr Teil des Modells, weil sie entweder nicht in der Bevölkerungsbefragung 2019 erfasst wurden (verteidigungspolitische Kompetenzüberzeugung), nicht relevant sind (politisches Interesse) oder aber redundant zu anderen in den Analysen enthaltenen Konstrukten sind (EU- und NATO-Multilateralismus).

Modell I in Tabelle 9.3 konzentriert sich auf Ressourcen bzw. soziodemografische Eigenschaften und kann zeigen, dass sich Befragte mit niedriger Bildung eher für eine Erhöhung der *Verteidigungsausgaben* aussprechen. Haben Befragte Erfahrungen bei der Bundeswehr gesammelt (Ist/war bei der Bundeswehr), sind sie deutlich stärker für eine Erhöhung des Einzelplans 14 als Personen, die diese Erfahrung nicht gemacht haben. Gleiches gilt für Personen mit Migrationshintergrund und Befragte mit mittlerem Einkommen (im Vergleich zu Personen mit niedrigem Einkommen).

Modell II betrachtet den Einfluss spezifischer sicherheitspolitischer Einstellungen. Die Ergebnisse zeigen, dass die Einschätzung der Sicherheitslage in Deutschland keinen Einfluss auf die abhängige Variable hat. Wohl aber hat die Bewertung der weltweiten Sicherheitslage eine Wirkung: Befragte, die die Lage positiver einschätzen, sind eher für eine

Verringerung der Ausgaben für die Verteidigung. Bürgerinnen und Bürger, die sich persönlich sicherer fühlen, sprechen sich stärker für eine Steigerung der Ausgaben aus. Ein positiver Einfluss geht auch von den Einstellungen zu Russland aus. Personen, die Russland kritischer gegenüberstehen, sind eher dafür, die deutschen Streitkräfte finanziell besser auszustatten.

In *Modell III* werden die Wirkungen bundeswehrspezifischer Einstellungen untersucht. Unter den fünf Modellen, die einzelne Determinantengruppen betrachten, ist es das Modell mit der größten Erklärungskraft: 22 Prozent der Varianz der abhängigen Variable werden durch die Merkmale im Modell erklärt. Mit deutlichem Abstand ist die Einstellung zur Bundeswehr die erklärungsstärkste Variable. Wer allgemein positiver gegenüber den Streitkräften eingestellt ist, möchte auch mehr Geld für diese ausgeben. Bewertungen der Ausrüstung und Bewaffnung sowie des Ausbildungsstandes der Soldatinnen und Soldaten spielen ebenfalls eine Rolle für die Einstellung zu den Verteidigungsausgaben. Personen, die den Ausbildungsstand positiv bewerten, möchten mehr Geld für die Bundeswehr ausgeben. Wird die Ausrüstung und Bewaffnung schlechter bewertet, führt dies dazu, dass man eher bereit ist, den Streitkräften mehr finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Wahrnehmung der Bundeswehr im persönlichen Bereich wie über die Medien ist für die Erklärung der abhängigen Variable nicht relevant.

Sicherheitspolitische Grundorientierungen (*Modell IV*; vgl. Abschnitt 5) sind ebenfalls relevant für die Erklärung der Einstellung zu den Verteidigungsausgaben. Personen, die Krieg stärker als ein adäquates Mittel zur Konfliktlösung sehen (Militarismus), sind genauso in größerem Maße für eine Erhöhung des Verteidigungsetats wie Befragte, die sich für ein stärkeres Engagement Deutschlands in der internationalen Politik aussprechen (Internationalismus). Auch Befürworter der Zusammenarbeit mit Deutschlands Bündnispartnern möchten eher mehr für Verteidigung ausgeben. Überhaupt nicht wirkt sich dagegen Atlantizismus aus: Der Blick auf die USA spielt also für die Haltung zur Höhe der Verteidigungsausgaben keine Rolle.

Modell V konzentriert sich auf allgemeine politische Einstellungen und Verhaltensweisen. Vor allem die Bewertung der nationalen wirtschaftlichen Lage und Wahlabsichten für die Regierungsparteien (im Vergleich zu Personen ohne Parteipräferenz) wirken sich positiv aus. Personen, welche die eigene wirtschaftliche Lage positiver bewerten, möchten wie die Anhänger von AfD oder FDP mehr für Verteidigung ausgeben.

Das *Gesamtmodell (Modell VI)* hat mit einer Erklärungsleistung von 29 Prozent der Varianz der abhängigen Variablen eine zufriedenstellende Erklärungskraft. Die Ergebnisse stimmen weitgehend mit denen aus dem Jahr 2018 überein (Steinbrecher 2018b), sodass von einer großen Konstanz und Konsistenz der Erklärungsmechanismen über die Zeit

hinweg gesprochen werden kann. Mit großem Abstand erklärungsstärkster Faktor ist die Einstellung zur Bundeswehr. Personen, die der Bundeswehr positiver gegenüberstehen, möchten ihr auch mehr Geld zur Verfügung stellen. Neben der affektiven Nähe spielen auch instrumentelle Erwägungen eine Rolle. In dieser Hinsicht kann der negative Koeffizient für die Bewertung der Sicherheitslage in Deutschland interpretiert werden. Bewertet jemand die Sicherheitslage in Deutschland als unsicherer, spricht er sich für die Erhöhung der Verteidigungsausgaben aus, d.h. die Bundeswehr bzw. die Erhöhung ihres Etats wird als Möglichkeit betrachtet, die Sicherheitslage in Deutschland zu verbessern (vgl. Abschnitt 4). In ähnlicher Weise sind die Effekte für die zwei weiteren bundeswehrspezifischen Einstellungen zu interpretieren, für die statistisch signifikante Effekte zu verzeichnen sind. Mehr Verteidigungsausgaben werden offensichtlich auch als Weg gesehen, die in den Augen der Befragten schlechte Situation der Ausrüstung und Bewaffnung der Bundeswehr (vgl. Abschnitt 6) zu verbessern³⁸ bzw. den als relativ positiv bewerteten Ausbildungsstand des militärischen Personals zu erhalten (vgl. ebenfalls Abschnitt 6). Kontakte im persönlichen Umfeld wie über die Massenmedien spielen in Modell VI keine Rolle.

Grundsätzliche außen- und sicherheitspolitische Überlegungen sind ebenfalls für die Erklärung der Einstellung zu den Verteidigungsausgaben im Gesamtmodell relevant. Die positiven Effekte von Multilateralismus, Internationalismus und von kritischen Einstellungen zu Russland kann man so interpretieren, dass den Bürgerinnen und Bürgern durchaus bewusst ist, dass für eine Erfüllung der deutschen Verpflichtungen gegenüber den Bündnispartnern und für ein stärkeres internationales Engagement finanziell besser ausgestattete Streitkräfte notwendig sind. Interessant ist in dieser Hinsicht die fehlende Relevanz des Atlantizismus: Der Blick auf das deutsch-amerikanische Verhältnis spielt für die Haltung zur Erhöhung der Verteidigungsausgaben keine Rolle.³⁹

³⁸ Betrachtet man den Einfluss der Einstellung zur Ausrüstung und Bewaffnung auf die Einstellung zur Höhe der Verteidigungsausgaben im Zeitvergleich, so zeigt sich, dass dieser Faktor von Jahr zu Jahr bedeutsamer wird, obwohl die Bewertung der Ausrüstung und Bewaffnung über die Jahre hinweg auf einem niedrigen Niveau nur etwas schwankt. Insofern könnte diese Entwicklung eine der Ursachen für die gestiegene Unterstützung von Ausgabenerhöhungen in den letzten Jahren sein. Explizit empirisch untersucht wird dieser Zusammenhang hier allerdings nicht, sodass die Schlussfolgerung nur auf Plausibilitätsüberlegungen basiert.

³⁹ In Analysen zu den Erklärungsfaktoren der Höhe der Verteidigungsausgaben auf Staatenebene zeigt sich allerdings ein Zusammenhang zwischen Einbindung in Allianzen und Verteidigungsbudget: Je enger die Verbindung eines Staates mit der stärksten Kraft im internationalen System (den USA), desto geringer sind die Ausgaben für die Verteidigung (Hunter/Robbins 2016).

Tabelle 9.3: Determinanten der Einstellung zu den Verteidigungsausgaben

	Einstellung zu den Verteidigungsausgaben					
	Modell I	Modell II	Modell III	Modell IV	Modell V	Modell VI
<i>Ressourcen</i>						
Frauen	-0,01 ^{n.s.}					-0,01 ^{n.s.}
Alter	0,02 ^{n.s.}					-0,03 ^{n.s.}
Niedrige Bildung	0,08**					0,06*
Hohe Bildung	0,00 ^{n.s.}					-0,01 ^{n.s.}
Haushaltsnettoeinkommen (bis 2.000 Euro)	-0,06**					-0,03 ^{n.s.}
Haushaltsnettoeinkommen (4.001 Euro und mehr)	0,02 ^{n.s.}					-0,01 ^{n.s.}
Ostdeutschland	0,01 ^{n.s.}					0,02 ^{n.s.}
Migrationshintergrund	0,05*					-0,01 ^{n.s.}
Ist/war bei der Bundeswehr	0,10***					0,02 ^{n.s.}
<i>Sicherheitspolitische Einstellungen</i>						
Kritische Einstellungen zu Russland		0,11***				0,10***
Sicherheitslage weltweit		-0,09***				-0,02 ^{n.s.}
Sicherheitslage Deutschland		0,02 ^{n.s.}				-0,06*
Sicherheitslage persönlich		0,08**				0,01 ^{n.s.}
<i>Bundeswehrspezifische Einstellungen</i>						
Einstellung zur Bundeswehr			0,41***	-		0,36***
Ausrüstung und Bewaffnung Bw			-0,18***	-		-0,19**
Ausbildung der Soldaten			0,14***	-		0,14***
Index persönliche Wahrnehmung Bw			0,04 ^{n.s.}	-		0,04 ^{n.s.}
Index massenmediale Wahrnehmung Bw			-0,01 ^{n.s.}	-		-0,04 ^{n.s.}
<i>Sicherheitspolitische Grundorientierungen</i>						
Militarismus				0,14***		0,13***
Multilateralismus				0,17***		0,09***
Internationalismus				0,15***		0,13***
Atlantizismus				-0,01 ^{n.s.}		-0,01 ^{n.s.}
<i>Politische Einstellungen</i>						
Eigene wirtschaftliche Lage					0,07**	0,00 ^{n.s.}
Nationale wirtschaftliche Lage					0,13***	0,06**
Wahlabsicht CDU/CSU					0,12***	0,01 ^{n.s.}
Wahlabsicht SPD					0,13***	0,03 ^{n.s.}
Wahlabsicht AfD					0,06*	-0,02 ^{n.s.}
Wahlabsicht FDP					0,06*	0,04 ^{n.s.}
Wahlabsicht Die Linke					-0,02 ^{n.s.}	-0,02 ^{n.s.}
Wahlabsicht Bündnis 90/Die Grünen					0,00 ^{n.s.}	0,01 ^{n.s.}
Links-Rechts-Selbsteinstufung					0,03 ^{n.s.}	0,07**
Korrigiertes R ²	0,02	0,02	0,22	0,08	0,06	0,29
n	2.193	2.352	2.165	2.342	2.132	1.928

Anmerkungen: Wertebereich der abhängigen Variablen [0 – stark verringert werden; 1 – stark erhöht werden]. Alle erklärenden Variablen mit Ausnahme von Alter [16; 101], Index persönliche Wahrnehmung Bw [0; 3] und Index massenmediale Wahrnehmung Bw [0; 4] haben einen Wertebereich von [0; 1]. Analyseverfahren: Multiple lineare Regressionen; standardisierte Regressionskoeffizienten (beta). Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05).

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2019.

Im Gesamtmodell spielen parteipolitische Überlegungen der Befragten keine Rolle für ihre Meinung zur Höhe der Verteidigungsausgaben. Die durchaus unterschiedlichen Positionen der deutschen Parteien zur Höhe des Budgets spiegeln sich unter Kontrolle anderer Eigenschaften und Einstellungen also nicht in den Analyseergebnissen wider. Zuletzt sei noch erwähnt, dass auch in Modell VI für Befragte mit positiverer Bewertung der nationalen wirtschaftlichen Lage stärkere Präferenzen für eine Steigerung der Ausgaben für die Streitkräfte zu verzeichnen sind.

Tabelle 9.4 zeigt die Analysen für die Determinanten der *Einstellung zum Personalumfang* der Bundeswehr. Da die Ergebnisse der einzelnen Modelle in Bezug auf Richtung, Stärke und statistische Signifikanz der Effekte den vorherigen Analysen zur Erklärung der Präferenz für die Verteidigungsausgaben sehr ähnlich sind, soll vor allem auf die Abweichungen in den Ergebnissen zwischen den beiden abhängigen Variablen eingegangen werden. Für die Einstellung zum Personalumfang spielt in *Modell I* das Einkommen keine Rolle. In den *Modellen II* und *VI* haben kritische Einstellungen zu Russland stärkere Effekte auf die Haltung zum Personalumfang als auf die Einstellung zu den Verteidigungsausgaben. Die Bewertung der Sicherheitslage in Deutschland hat allerdings auch in Modell VI keinen statistisch signifikanten Effekt. Dafür wirkt die persönliche Wahrnehmung der Streitkräfte in diesem Modell positiv auf die abhängige Variable. Anders als bei der Haltung zu den Verteidigungsausgaben unterstützen Personen mit der Absicht, die Grünen zu wählen, eine Vergrößerung der Bundeswehr in geringerem Maße.

Blickt man auf das *Gesamtmodell (Modell VI)*, ist auch für die Einstellung zum Personalumfang die Einstellung zur Bundeswehr, und damit die affektive Nähe zu den Streitkräften, die mit Abstand erklärungsstärkste Variable. Zweitstärkster Erklärungsfaktor ist der Internationalismus, d.h. besonders Befürworter einer aktiven deutschen Außenpolitik sprechen sich in höherem Maße für eine Vergrößerung des Personalumfangs der Bundeswehr aus. Von größerer Bedeutung mit standardisierten Effektkoeffizienten größer $\pm 0,10$ sind zudem kritische Einstellungen zu Russland, die Bewertung von Ausrüstung und Bewaffnung der Streitkräfte, der Ausbildung der Soldaten sowie der Militarismus.

Tabelle 9.4: Determinanten der Einstellung zum Personalumfang der Bundeswehr

	Einstellung zum Personalumfang der Bundeswehr					
	Modell I	Modell II	Modell III	Modell IV	Modell V	Modell VI
<i>Ressourcen</i>						
Frauen	-0,02 ^{n.s.}					0,00 ^{n.s.}
Alter	0,02 ^{n.s.}					-0,04 ^{n.s.}
Niedrige Bildung	0,07*					0,05*
Hohe Bildung	-0,01 ^{n.s.}					-0,02 ^{n.s.}
Haushaltsnettoeinkommen (bis 2.000 Euro)	-0,01 ^{n.s.}					0,02 ^{n.s.}
Haushaltsnettoeinkommen (4.001 Euro und mehr)	0,04 ^{n.s.}					0,02 ^{n.s.}
Ostdeutschland	-0,04 ^{n.s.}					-0,04 ^{n.s.}
Migrationshintergrund	0,05*					-0,02 ^{n.s.}
Ist/war bei der Bundeswehr	0,10***					0,02 ^{n.s.}
<i>Sicherheitspolitische Einstellungen</i>						
Kritische Einstellungen zu Russland		0,15***				0,13***
Sicherheitslage weltweit		-0,08***				-0,03 ^{n.s.}
Sicherheitslage Deutschland		0,03 ^{n.s.}				-0,03 ^{n.s.}
Sicherheitslage persönlich		0,06*				-0,03 ^{n.s.}
<i>Bundeswehrspezifische Einstellungen</i>						
Einstellung zur Bundeswehr			0,35***			0,30***
Ausrüstung und Bewaffnung Bw			-0,11***			-0,13***
Ausbildung der Soldaten			0,15***			0,14***
Index persönliche Wahrnehmung Bw			0,03 ^{n.s.}			0,04*
Index massenmediale Wahrnehmung Bw			0,01 ^{n.s.}			-0,02 ^{n.s.}
<i>Sicherheitspolitische Grundorientierungen</i>						
Militarismus				0,13***		0,10***
Multilateralismus				0,14*		0,08**
Internationalismus				0,18***		0,16***
Atlantizismus				0,00 ^{n.s.}		0,00 ^{n.s.}
<i>Politische Einstellungen</i>						
Eigene wirtschaftliche Lage					0,09***	0,04 ^{n.s.}
Nationale wirtschaftliche Lage					0,11***	0,07**
Wahlabsicht CDU/CSU					0,08**	-0,04 ^{n.s.}
Wahlabsicht SPD					0,12***	0,02 ^{n.s.}
Wahlabsicht AfD					0,10***	0,04 ^{n.s.}
Wahlabsicht FDP					0,05*	0,03 ^{n.s.}
Wahlabsicht Die Linke					-0,03 ^{n.s.}	-0,01 ^{n.s.}
Wahlabsicht Bündnis 90/Die Grünen					-0,05 ^{n.s.}	-0,08**
Links-Rechts-Selbsteinstufung					0,01 ^{n.s.}	0,04 ^{n.s.}
Korrigiertes R ²	0,02	0,03	0,18	0,08	0,06	0,26
n	2.184	2.342	2.164	2.331	2.163	1.923

Anmerkungen: Wertebereich der abhängigen Variablen [0 – stark verringert werden; 1 – stark erhöht werden]. Alle erklärenden Variablen mit Ausnahme von Alter [16; 101], Index persönliche Wahrnehmung Bw [0; 3] und Index massenmediale Wahrnehmung Bw [0; 4] haben einen Wertebereich von [0; 1]. Analyseverfahren: Multiple lineare Regressionen; standardisierte Regressionskoeffizienten (beta). Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05).

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2019.

Fazit

Zusammengefasst zeigen die Analyseergebnisse sowohl für die Einstellung zu den Verteidigungsausgaben als auch zum Personalumfang der Streitkräfte sehr ähnliche Muster in Bezug auf deskriptive Statistiken sowie Struktur und Stärke der Determinanten. Dies spricht dafür, dass die Befragten wie in den Vorjahren beide Fragen als zwei Seiten derselben Medaille sehen. Ersichtlich wird dies an einem starken positiven Zusammenhang zwischen beiden Einstellungen (Korrelationskoeffizient Pearsons $r = 0,75$, $p < 0,001$): Befragte, die sich für mehr Verteidigungsausgaben aussprechen, plädieren auch für eine Vergrößerung der Personalstärke der Bundeswehr. Die Stabilität der Einstellungen seit 2015 spricht im Sinne des Thermostat-Modells (Eichenberg/Stoll 2003; Wlezien 1995) dafür, dass aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger die optimale Höhe für beide Kennzahlen noch nicht erreicht ist – trotz der Steigerungen des Verteidigungsetats und der geplanten Verstärkung der Bundeswehr auf 203.000 Soldatinnen und Soldaten bis 2024.

Was die Erklärungsfaktoren betrifft, zeigen sich weitgehende Übereinstimmungen in den Determinanten beider Einstellungen. Die affektive Nähe zu den Streitkräften spielt eine besonders starke Rolle, genauso wie instrumentelle Erwägungen (Verbesserung der Sicherheitslage, Aufrechterhaltung des positiv bewerteten Ausbildungsstandes der Soldatinnen und Soldaten, Verbesserung von Ausrüstung und Bewaffnung sowie kritische Einstellungen gegenüber Russland) und parteipolitische Erwägungen. Von Bedeutung sind auch außen- und sicherheitspolitische Grundorientierungen: Personen mit stärkeren militaristischen und internationalistischen Haltungen sprechen sich sowohl für mehr Ausgaben als auch eine Verstärkung der Streitkräfte aus.

Wie schon in den Vorjahren ist für die Einordnung der in diesem Abschnitt präsentierten Ergebnisse der Hinweis wichtig, dass die Befragten durch die verwendete Fragestellung nicht zu einer Abwägung von Ausgaben für verschiedene Politikbereiche gezwungen werden. Aufgrund haushaltsbezogener Restriktionen ist es aber für Parlament und Regierung selbst bei sehr guter Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage notwendig, eine solche Abwägung und die Festlegung von Prioritäten für unterschiedliche Politikbereiche oder politische Programme vorzunehmen. Die entsprechende Forschung zeigt, dass Bürgerinnen und Bürger solche Abwägungen ebenfalls durchführen (z.B. Wlezien 1995) und dann das Politikfeld Verteidigung und Sicherheit im Vergleich zu Sozial- oder Bildungspolitik geringere Prioritäten erhält. Dies spiegelt sich auch in den Ergebnissen zur Frage der Entwicklung des Etats für verschiedene Politikbereiche wider, die in der Bevölkerungsbefragung 2018 enthalten war (Steinbrecher 2018b). Allerdings sind die dort präsentierten Er-

gebnisse auch ein Beleg dafür, dass das üblicherweise in der Bevölkerungsbefragung genutzte Instrument die Haltungen der Bürgerinnen und Bürger zur Höhe der Verteidigungsausgaben adäquat wiedergibt.

10 Einstellungen zu den Aufgabenbereichen der Bundeswehr

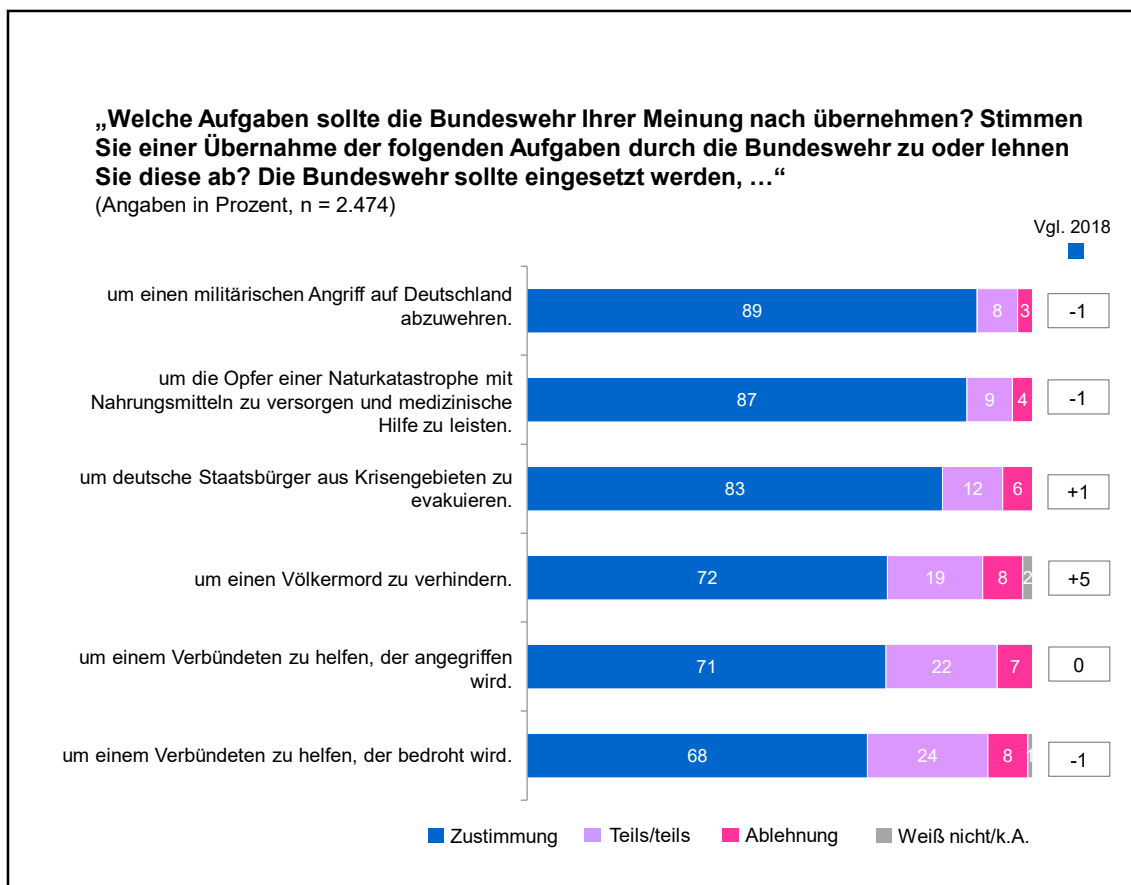
Markus Steinbrecher

Das Weißbuch 2016 zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr benennt eine Reihe von Aufgaben für die Bundeswehr im Ausland wie im Inland (Bundesministerium der Verteidigung 2016a). Dazu zählen unter anderem die Landes- und Bündnisverteidigung (auf deutschem Gebiet wie auf dem Gebiet der Bündnispartner), die Verteidigung gegen terroristische und hybride Bedrohungen, das internationale Krisenmanagement im Rahmen internationaler Organisationen, von Friedenseinsätzen oder Sanktionsmaßnahmen, der Heimatschutz und subsidiäre Unterstützungsleistungen in Deutschland (z.B. die Überwachung des deutschen Luft- und Seeraums, Hilfeleistungen im Fall von Naturkatastrophen oder schweren Unglücksfällen sowie Beiträge zur Terrorabwehr) sowie Evakuierungen oder Geiselnbefreiungen im Ausland (Bundesministerium der Verteidigung 2016a: 91–93). Diese Aufgaben werden in der Konzeption der Bundeswehr in noch größerem Detail weiter ausgeführt (Bundesministerium der Verteidigung 2018b: 21–34). Im Folgenden geht es darum, welche Vorstellungen die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland von den Aufgabenbereichen der Bundeswehr außerhalb Deutschlands haben. Zusätzlich zur Beschreibung des Unterstützungsniveaus für verschiedene Aufgaben sollen die Erklärungsfaktoren für die Befürwortung oder Ablehnung bestimmter Aufgaben herausgearbeitet werden.

Generelle Aufgabenbereiche der Bundeswehr

Im Rahmen der Bevölkerungsbefragung 2019 wurde die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger zu unterschiedlichen Aufgabenbereichen der Bundeswehr erfragt (vgl. Abbildung 10.1). Neun von zehn Befragten befürworteten den Einsatz der Bundeswehr, um einen militärischen Angriff auf Deutschland abzuwehren (89 Prozent) und um die Opfer einer Naturkatastrophe mit Nahrungsmitteln zu versorgen sowie medizinische Hilfe zu leisten (87 Prozent). 83 Prozent der Bürgerinnen und Bürger unterstützen den Einsatz der Streitkräfte, um deutsche Staatsbürger aus Krisengebieten zu evakuieren. Jeweils etwa sieben von zehn Bundesbürgern befürworteten, die Bundeswehr einzusetzen, um einen Völkermord zu verhindern (72 Prozent), um einem Verbündeten zu helfen, der angegriffen wird (71 Prozent), und um einem Verbündeten zu helfen, der bedroht wird (68 Prozent).

Abbildung 10.1: Einstellungen zu den Aufgabenbereichen der Bundeswehr, Teil 1

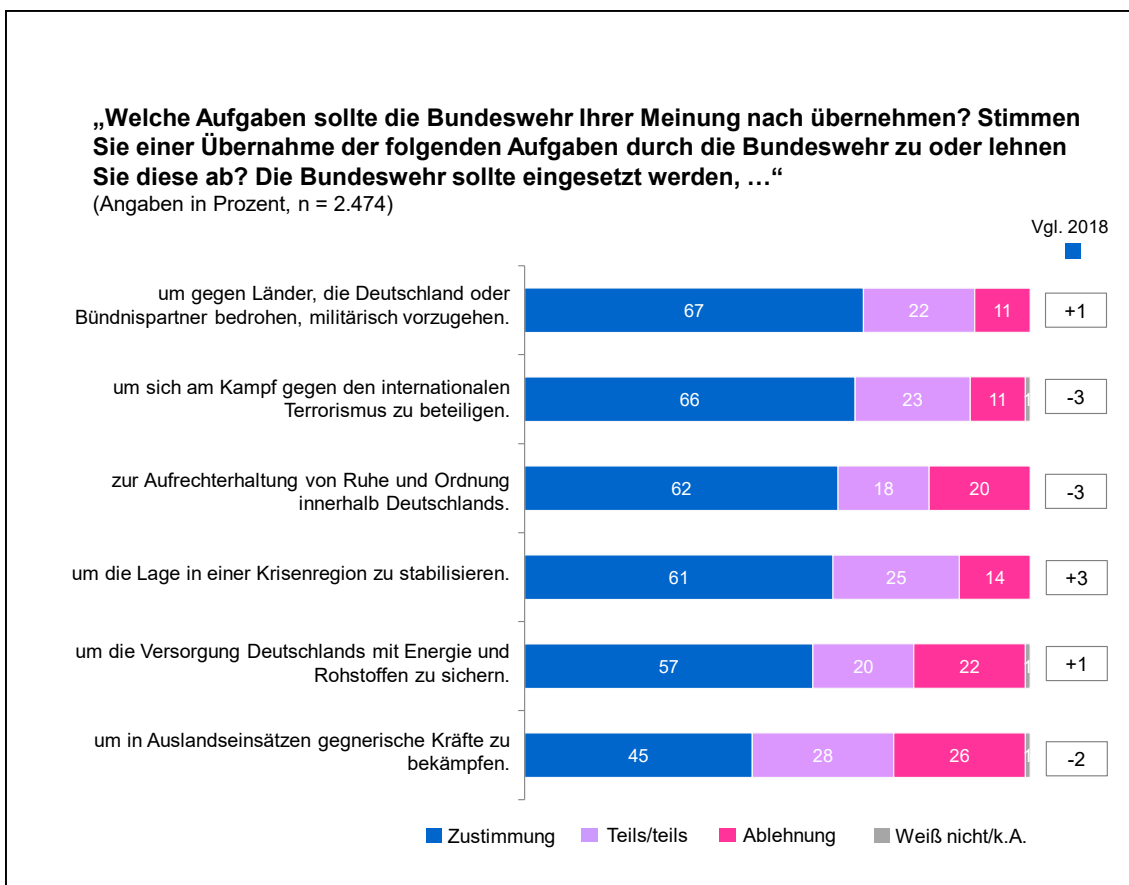


Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst. Vgl. 2018: Differenz Zustimmung 2019 zu 2018.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2018 und 2019.

Über 60 Prozent der Befragten sind für den Einsatz der Streitkräfte, um gegen Länder vorzugehen, die Deutschland oder seine Bündnispartner bedrohen (67 Prozent), um sich am Kampf gegen den internationalen Terrorismus zu beteiligen (66 Prozent), um Ruhe und Ordnung innerhalb Deutschlands aufrechtzuerhalten (62 Prozent) oder um die Lage in einer Krisenregion zu stabilisieren (61 Prozent; vgl. Abbildung 10.2). Eine absolute Mehrheit unterstützt zudem die Entsendung der Bundeswehr, um die Versorgung Deutschlands mit Energie und Rohstoffen zu sichern (57 Prozent). Das einzige Szenario, das nicht von einer absoluten Mehrheit unterstützt wird, ist der Einsatz der Bundeswehr, um in Auslandseinsätzen gegnerische Kräfte zu bekämpfen (45 Prozent).

Abbildung 10.2: Einstellungen zu den Aufgabenbereichen der Bundeswehr, Teil 2



Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst. Vgl. 2018: Differenz Zustimmung 2019 zu 2018.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2018 und 2019.

Die Befragten sprechen sich vor allem für die Übernahme von Aufgaben bei den originären Pflichten der Bundeswehr aus: Landesverteidigung, Katastrophenhilfe sowie der Schutz und die Sicherheit deutscher Staatsbürger. Große Zustimmung findet auch die Bündnisverteidigung. Im Vergleich zum Vorjahr ergeben sich für fast alle Aufgabenbereiche lediglich Veränderungen von +/- 3 Prozentpunkten im Niveau der Zustimmung. Ein stärkerer Zuwachs der Zustimmung um 5 Prozentpunkte zeigt sich für das Szenario „Völkermord verhindern“. Eine allgemeine Entwicklung ist nicht zu konstatieren, weil die Unterstützung bei einigen Fragen sinkt und bei anderen steigt.

Im Folgenden soll analysiert werden, welche Eigenschaften und Einstellungen die Befürwortung der verschiedenen Aufgaben erklären können. Um die Analysen übersichtlich zu

halten, werden die verschiedenen Aufgaben zusammengefasst. Auf der Basis theoretischer Überlegungen ergeben sich fünf Aufgabenbereiche:⁴⁰ 1) Landesverteidigung („um einen militärischen Angriff auf Deutschland abzuwehren“), 2) Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in Deutschland, 3) Bündnisverteidigung („um einem Verbündeten zu helfen, der angegriffen wird“, „um einem Verbündeten zu helfen, der bedroht wird“ und „um gegen Länder, die Deutschland oder Bündnispartner bedrohen, militärisch vorzugehen“), 4) Hilfseinsätze („um die Opfer einer Naturkatastrophe mit Nahrungsmitteln zu versorgen und medizinische Hilfe zu leisten“ und „um deutsche Staatsbürger aus Krisengebieten zu evakuieren“) und 5) Stabilisierungseinsätze („um sich am Kampf gegen den internationalen Terrorismus zu beteiligen“, „um einen Völkermord zu verhindern“, „um die Lage in einer Krisenregion zu stabilisieren“ und „um in Auslandseinsätzen gegnerische Kräfte zu bekämpfen“). Die zwei Einzelvariablen sowie die drei Indizes haben einen Wertebereich zwischen 0 (gar keine Zustimmung) und 1 (volle Zustimmung). Die Reliabilität der Indizes ist gut (Bündnisverteidigung, Cronbachs alpha: 0,83; Stabilisierungseinsätze, Cronbachs alpha: 0,79) bzw. zufriedenstellend (Hilfseinsätze, Cronbachs alpha: 0,68).

Tabelle 10.1 zeigt die Mittelwerte für die fünf Variablen bzw. Indizes in den bekannten Teilgruppen für soziodemografische Merkmale sowie die Wahlabsicht. Die Befunde entsprechen weitgehend denen des Vorjahres (Steinbrecher 2018c). Die *Landesverteidigung* findet mit einem Mittelwert von 0,89 die mit Abstand größte Zustimmung. Wie aus den gruppenspezifischen Mittelwerten hervorgeht, wird die Wahrnehmung dieser Aufgabe durch die Bundeswehr von den meisten Gruppen der Bevölkerung in gleichem Maße unterstützt – die Mittelwerte variieren lediglich zwischen 0,85 und 0,92. Minimale statistisch signifikante Unterschiede sind zwischen den Alters- und Bildungsgruppen, unterschiedlichen Parteianhängern, Menschen aus verschiedenen Regionen sowie mit und ohne Migrationshintergrund zu verzeichnen.

Für die anderen Aufgabenbereiche ist die Unterstützung teils deutlich geringer und es gibt stärkere Gruppenunterschiede. Die *Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung* in Deutschland durch die Bundeswehr findet mit einem Mittelwert von 0,68 breite Unterstützung. Besonders hoch ist die Neigung zur Befürwortung unter Befragten mit Hauptschulab-

⁴⁰ Eine explorative Faktorenanalyse führt zu einer dreifaktoriellen Lösung, die theoretisch nicht sinnvoll zu interpretieren ist. Daher wird einer theoretisch begründeten Zusammenfassung der Aufgaben der Bundeswehr der Vorzug gegeben. Die zufriedenstellenden bis guten Reliabilitätswerte der entsprechenden Indexvariablen untermauern die Entscheidung für diese Vorgehensweise. Zudem ist so ein Vergleich mit den Ergebnissen der Vorjahre möglich.

schluss (0,74) sowie Anhängern von SPD oder AfD (0,75 bzw. 0,73). Deutlich unterdurchschnittlich sind die Mittelwerte von hoch Gebildeten (0,64), Befragten unter 30 Jahren (0,65), ab 70 Jahren (0,66) von Anhängern der Grünen (0,63) und von Die Linke (0,64) sowie Ostdeutschen (0,64). Allerdings bewerten bei allen festzustellenden Unterschieden alle Gruppen eine Übernahme dieser Aufgabe durch die deutschen Streitkräfte positiv.

Die *Bündnisverteidigung* als Verpflichtung der Bundeswehr wird von großen Teilen der Bevölkerung unterstützt (0,73). Es gibt leichte Unterschiede zwischen Menschen unterschiedlichen Alters, auf Basis der Bildung und des Einkommens, der Wahlabsicht sowie des Wohnorts und des Migrationshintergrunds. Allerdings fallen nur die unterschiedlichen Positionen der Parteianhängerschaften stärker ins Gewicht. Während die Unterstützung für die Bündnisverteidigung unter Anhängern von Die Linke (0,67) und Personen ohne Parteipräferenz (0,68) unterdurchschnittlich ist, befürworten Personen, welche CDU/CSU oder die SPD unterstützen (0,77 bzw. 0,78), die Wahrnehmung dieser Aufgabe durch die Bundeswehr besonders stark.

Hilfseinsätze finden mit einem Mittelwert von 0,85 die breite Unterstützung der Befragten. Große Bewertungsunterschiede zwischen den Teilgruppen sind nicht zu verzeichnen. Die Mittelwerte bewegen sich in den einzelnen Gruppen im Bereich zwischen 0,80 und 0,89.

Die mittlere Unterstützung für *Stabilisierungseinsätze* als Aufgabe der Bundeswehr ist mit 0,68 auf dem gleichen Niveau wie für die Aufgabe „Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung“, liegt aber immer noch deutlich im positiven Bereich der Skala. Die Einkommensgruppen divergieren leicht in ihrer Bewertung. Besonders deutlich werden abweichende Bewertungen aber hinsichtlich der Wahlabsicht und des Wohnorts: Die Unterstützung ist unter den Anhängern der SPD mit 0,75 am höchsten, während potenzielle Wähler von Die Linke und Nichtwähler (beide 0,64) dieser Aufgabe am wenigsten zustimmen. Norddeutsche (0,63) sind ebenfalls etwas skeptischer, im Gegensatz dazu weisen Westdeutsche das größte Unterstützungsniveau auf (0,71).

Tabelle 10.1: Einstellungen zu den Aufgabenbereichen der Bundeswehr in soziodemografischen Gruppen

	Landes- verteidi- gung	Ruhe und Ordnung	Bündnis- verteidi- gung	Hilfsein- sätze	Stabilisie- rungsein- sätze
Insgesamt	0,89	0,68	0,73	0,85	0,68
Geschlecht	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.
Männer	0,89	0,68	0,73	0,85	0,69
Frauen	0,88	0,68	0,72	0,84	0,67
Alter	***	*	**	***	n.s.
16 bis 29 Jahre	0,85	0,65	0,70	0,80	0,67
30 bis 49 Jahre	0,88	0,70	0,72	0,85	0,69
50 bis 69 Jahre	0,90	0,70	0,74	0,87	0,69
70 Jahre und älter	0,90	0,66	0,75	0,86	0,66
Bildungsniveau	*	***	*	**	n.s.
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	0,88	0,64	0,72	0,84	0,68
Realschulabschluss	0,89	0,68	0,73	0,85	0,67
Hauptschulabschluss	0,90	0,74	0,75	0,87	0,69
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat	n.s.	n.s.	*	n.s.	**
4.001 Euro und mehr	0,88	0,67	0,72	0,84	0,68
2.001 bis 4.000 Euro	0,89	0,69	0,74	0,85	0,69
Bis 2.000 Euro	0,89	0,68	0,71	0,84	0,66
Wahlabsicht Bundestagswahl	**	***	***	***	***
CDU/CSU	0,89	0,69	0,77	0,85	0,69
SPD	0,91	0,75	0,78	0,89	0,75
AfD	0,92	0,73	0,72	0,85	0,66
FDP	0,87	0,67	0,73	0,85	0,69
Die Linke	0,88	0,64	0,67	0,86	0,64
Bündnis 90/Die Grünen	0,88	0,63	0,72	0,84	0,67
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	0,86	0,67	0,68	0,81	0,64
Region	*	**	*	*	***
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	0,89	0,69	0,70	0,85	0,63
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	0,91	0,64	0,73	0,87	0,67
Süddeutschland (BW, BY)	0,88	0,67	0,74	0,84	0,68
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	0,87	0,70	0,73	0,84	0,71
Migrationshintergrund	**	n.s.	***	n.s.	***
Ja	0,92	0,70	0,78	0,86	0,74
Nein	0,88	0,68	0,72	0,85	0,67

Anmerkungen: Wertebereich [0 – gar keine Zustimmung; 1 – volle Zustimmung]; Analyseverfahren: Varianzanalysen, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05). Der Signifikanztest für die Varianzanalyse gibt an, ob sich der Mittelwert mindestens einer Gruppe von dem Mittelwert mindestens einer anderen Gruppe unterscheidet.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2019.

Die folgenden Analysen gehen über die in Tabelle 10.1 dargestellten hinaus. Zusätzlich zu soziodemografischen Gruppenzugehörigkeiten bzw. Ressourcen gehen in Anlehnung an die Analysen von Steinbrecher und Wanner (2018a) und die generelle Forschung zur Erklärung außen- und sicherheitspolitischer Einstellungen (z.B. Biehl/Schoen 2015) weitere Determinanten ein (vgl. Tabelle 10.2). Darunter sind kognitive Aspekte und Fähigkeiten (in diesem Fall das politische Interesse), affektive Bewertungen und Einstellungen (wie die Einstellung zur Bundeswehr oder Sicherheitsbewertungen; vgl. die Abschnitte 4 und 6), außen- und sicherheitspolitische Grundorientierungen (vgl. Abschnitt 5), Einschätzungen der Leistungen der Streitkräfte (bei vorherigen Einsätzen im Ausland) sowie normative und rechtliche Orientierungen (hier mangels anderer Variablen die Einstellung zu den Regelungen des Parlamentsbeteiligungsgesetzes für Auslandseinsätze). Tabelle 10.2 präsentiert die Ergebnisse von linearen Regressionen für die Erklärung der Einstellungen zu den fünf Aufgabenbereichen der Bundeswehr. Die Anlage der Analysen ist – bis auf das Fehlen der verteidigungspolitischen Kompetenzüberzeugung der Befragten – identisch mit denjenigen aus den Forschungsberichten zu den Bevölkerungsbefragungen 2017 und 2018, sodass die Ergebnisse miteinander verglichen werden können: Es zeigen sich weitgehende Übereinstimmungen und nur wenige Abweichungen in den Erklärungsmustern (Steinbrecher 2017c, 2018c).

Die Analysen zeigen, dass es unterschiedliche Determinantenstrukturen zwischen den einzelnen Aufgaben gibt, es ergeben sich allerdings auch einige Gemeinsamkeiten bzw. übergreifende Muster, auf die im Folgenden eingegangen wird: Als erstes allgemeines Ergebnis lässt sich festhalten, dass kognitive Aspekte und Fähigkeiten genauso wie parteipolitische und ideologische Orientierungen unbedeutend für die Erklärung der Unterstützung der fünf Aufgaben sind oder nur eine untergeordnete Rolle spielen.

Zweitens sind Performanzbewertungen besonders wichtig. In allen fünf Fällen hat die Einschätzung der Leistungen der Bundeswehr bei Auslandseinsätzen eine hohe Erklärungskraft – in drei Analysen ist sie sogar die erklärungsstärkste Variable. Bewerten Befragte die Leistungen positiv, führt dies zu größerer Unterstützung für alle fünf betrachteten Aufgaben der Bundeswehr.

Drittens sind die außen- und sicherheitspolitischen Grundorientierungen von großer Bedeutung. Militarismus hat in allen fünf Fällen statistisch signifikante Effekte (mit unterschiedlicher Wirkungsrichtung wie im Folgenden ausgeführt). Multilateralismus und Atlantizismus sind in vier Analysen relevant für die Erklärung von Einstellungen zu den Aufgaben der Bundeswehr. Personen, die militärische Gewaltanwendung unterstützen, befürworten einerseits die Übernahme von Bündnisverteidigung und Stabilisierungsein-

sätzen in stärkerem Maße, andererseits lehnen sie die Erledigung der anderen drei Aufgaben durch die Bundeswehr eher ab. Multilateralisten sprechen sich stärker für Landesverteidigung, Bündnisverteidigung und Stabilisierungseinsätze aus, stehen der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung durch die Streitkräfte innerhalb Deutschlands aber etwas skeptischer gegenüber. Personen, die sich eher für eine enge Zusammenarbeit mit den USA in der Außen- und Sicherheitspolitik aussprechen, weisen den Streitkräften eher die Aufgabe der Bündnisverteidigung zu, während sie die Übernahme der Landesverteidigung und von Stabilisierungs- wie Hilfseinsätzen kritischer sehen.

Viertens hat die affektive Nähe zu den Streitkräften stets einen positiven Einfluss auf die Einstellungen gegenüber den Aufgaben: Haben Befragte eine positive Einstellung zur Bundeswehr, unterstützen sie die Übernahme aller fünf Aufgaben in stärkerem Maße. Besonders groß ist dieser Effekt im Fall der Bündnisverteidigung, der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und der Landesverteidigung, etwas kleiner bei Hilfs- und Stabilisierungseinsätzen.

Als fünfter übergreifender Befund ist festzustellen, dass Einschätzungen der weltweiten Sicherheitslage in vier von fünf Analysen statistisch signifikante Wirkungen haben. Fühlt sich jemand unsicherer, unterstützt er die Übernahme aller Aufgaben durch die Bundeswehr in stärkerem Maße. Am deutlichsten tritt dieser Effekt bei den Hilfseinsätzen zutage, am schwächsten ist er in Bezug auf die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung.

Sechstens ist zu konstatieren, dass normative oder rechtliche Erwägungen in vier von fünf Fällen eine Rolle für die Erklärung der abhängigen Variablen spielen. Befürworten Befragte die Regeln des Parlamentsbeteiligungsgesetzes, dann stehen sie der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in Deutschland und Stabilisierungseinsätzen durch die Bundeswehr deutlich skeptischer gegenüber, befürworten aber stärker die Aufgaben Landesverteidigung und Hilfseinsätze.

Gemessen am korrigierten R^2 kann das Modell insbesondere die Unterschiede in der Position der Bürgerinnen und Bürger hinsichtlich der Aufgabenbereiche Bündnisverteidigung, Stabilisierungs- und Hilfseinsätze erklären. Der Anteil erklärter Varianz liegt hier zwischen 29 und 35 Prozent, für die anderen beiden Aufgaben bei 21 bzw. 17 Prozent. Angesichts der höheren Varianz der Indexvariablen ist dieser Befund wenig überraschend. Die Ergebnisse zeigen insgesamt die Komplexität der Erklärungsmuster und Determinanten der Einstellungen zu den Aufgaben der Streitkräfte und machen deutlich, dass es die Bundeswehr zum Teil selbst in der Hand hat, Unterstützung für ihre Arbeit, ihre Aufgaben und Einsätze zu generieren.

Tabelle 10.2: Determinanten der Einstellungen zu den Aufgabenbereichen der Bundeswehr

	Landesverteidigung	Ruhe und Ordnung	Bündnisverteidigung	Hilfseinsätze	Stabilisierungseinsätze
<i>Kognitive Aspekte und Fähigkeiten</i>					
Politisches Interesse	-0,03 ^{n.s.}	-0,01 ^{n.s.}	0,04 ^{n.s.}	0,01 ^{n.s.}	0,03 ^{n.s.}
<i>Funktionale und performanzbezogene Aspekte</i>					
Leistungen Bw im Ausland	0,11 ^{***}	0,19 ^{***}	0,24 ^{***}	0,20 ^{***}	0,28 ^{***}
Bundeswehr-Standort in der Nähe	0,01 ^{n.s.}	-0,08 ^{***}	-0,05 [*]	0,07 ^{***}	-0,04 ^{n.s.}
<i>Parteilpolitische und ideologische Orientierungen</i>					
Links-Rechts-Selbsteinstufung	0,06 [*]	0,02 ^{n.s.}	0,05 [*]	0,03 ^{n.s.}	0,01 ^{n.s.}
Wahlabsicht CDU/CSU	0,00 ^{n.s.}	-0,02 ^{n.s.}	0,03 ^{n.s.}	0,00 ^{n.s.}	0,02 ^{n.s.}
Wahlabsicht SPD	0,03 ^{n.s.}	0,05 ^{n.s.}	0,04 ^{n.s.}	0,07 [*]	0,08 ^{**}
Wahlabsicht AfD	0,02 ^{n.s.}	0,02 ^{n.s.}	0,01 ^{n.s.}	-0,01 ^{n.s.}	0,01 ^{n.s.}
Wahlabsicht FDP	-0,02 ^{n.s.}	0,01 ^{n.s.}	0,03 ^{n.s.}	0,01 ^{n.s.}	0,04 ^{n.s.}
Wahlabsicht Die Linke	0,03 ^{n.s.}	-0,02 ^{n.s.}	-0,02 ^{n.s.}	0,03 ^{n.s.}	0,00 ^{n.s.}
Wahlabsicht Bündnis 90/Die Grünen	-0,01 ^{n.s.}	-0,02 ^{n.s.}	0,02 ^{n.s.}	0,01 ^{n.s.}	0,00 ^{n.s.}
<i>Normen und Werte</i>					
Zustimmung Parlamentsbeteiligungsgesetz	0,08 ^{***}	-0,18 ^{***}	0,00 ^{n.s.}	0,05 [*]	-0,05 [*]
<i>Affektive Orientierungen</i>					
Einstellung zur Bundeswehr	0,19 ^{***}	0,18 ^{***}	0,23 ^{***}	0,15 ^{***}	0,12 ^{***}
Sicherheitsbewertung weltweit	-0,19 ^{***}	-0,08 ^{**}	-0,13 ^{***}	-0,28 ^{***}	-0,02 ^{n.s.}
Sicherheitsbewertung national	0,06 [*]	-0,01 ^{n.s.}	0,06 [*]	0,07 ^{**}	-0,01 ^{n.s.}
Sicherheitsbewertung persönlich	0,09 ^{***}	0,04 ^{n.s.}	0,04 ^{n.s.}	0,15 ^{***}	0,06 [*]
Militarismus	-0,07 ^{**}	-0,10 ^{***}	0,09 ^{***}	-0,09 ^{***}	0,04 [*]
Multilateralismus	0,08 ^{**}	-0,15 ^{***}	0,18 ^{***}	0,03 ^{n.s.}	0,11 ^{***}
Internationalismus	0,02 ^{n.s.}	0,06 [*]	0,09 ^{***}	0,01 ^{n.s.}	0,22 ^{***}
Atlantizismus	-0,12 ^{***}	-0,03 ^{n.s.}	0,05 ^{**}	-0,15 ^{***}	-0,05 [*]
<i>Ressourcen</i>					
Frauen	0,00 ^{n.s.}	0,01 ^{n.s.}	0,00 ^{n.s.}	-0,01 ^{n.s.}	-0,02 ^{n.s.}
Alter	-0,01 ^{n.s.}	-0,08 ^{**}	-0,02 ^{n.s.}	0,00 ^{n.s.}	-0,08 ^{**}
Niedrige Bildung	0,01 ^{n.s.}	0,06 [*]	0,04 ^{n.s.}	0,04 ^{n.s.}	0,06 [*]
Hohe Bildung	0,00 ^{n.s.}	-0,05 ^{n.s.}	-0,02 ^{n.s.}	-0,01 ^{n.s.}	0,01 ^{n.s.}
Haushaltsnettoeinkommen (bis 2.000 Euro)	0,00 ^{n.s.}	-0,03 ^{n.s.}	-0,04 [*]	-0,04 [*]	-0,03 ^{n.s.}
Haushaltsnettoeinkommen (4.001 und mehr)	0,01 ^{n.s.}	-0,02 ^{n.s.}	-0,03 ^{n.s.}	-0,02 ^{n.s.}	-0,02 ^{n.s.}
Ostdeutschland	0,05 [*]	-0,02 ^{n.s.}	0,06 ^{**}	0,03 ^{n.s.}	0,04 ^{n.s.}
Migrationshintergrund	0,04 [*]	0,04 ^{n.s.}	0,05 [*]	0,03 ^{n.s.}	0,05 [*]
Ist/war bei der Bundeswehr	0,01 ^{n.s.}	0,00 ^{n.s.}	-0,03 ^{n.s.}	-0,03 ^{n.s.}	0,01 ^{n.s.}
Korrigiertes R ²	0,21	0,17	0,35	0,31	0,29
n	1.972	1.973	1.973	1.973	1.973

Anmerkungen: Wertebereich der abhängigen Variablen [0 – gar keine Zustimmung; 1 – volle Zustimmung]. Alle erklärenden Variablen mit Ausnahme von Alter [16; 101] haben einen Wertebereich von [0; 1]. Analyseverfahren: Multiple lineare Regressionen; standardisierte Regressionskoeffizienten (beta). Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05).

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2019.

Fazit

Insgesamt sprechen sich die Befragten dafür aus, dass die Bundeswehr vor allem die Aufgaben Landesverteidigung und Katastrophenhilfe erledigen sowie den Schutz und die Sicherheit deutscher Staatsbürger gewährleisten sollte. Große Zustimmung findet auch die Bündnisverteidigung. Diese Ergebnisse stehen scheinbar im Widerspruch zu den Befunden hinsichtlich der Unterstützung der NATO-Partner im Baltikum und der entsprechenden einsatzgleichen Verpflichtungen (vgl. Abschnitte 5 und 11). Eine offensichtliche Schlussfolgerung ist, dass die Bürgerinnen und Bürger einer Vielzahl von Aufgaben der Streitkräfte grundsätzlich positiv gegenüberstehen. Wenn es aber um konkrete Einsätze, z.B. in Mali oder Afghanistan, oder um einsatzgleiche Verpflichtungen wie im Baltikum mit entsprechenden Aufgaben geht, ist die Unterstützung deutlich geringer (vgl. Abschnitte 5 und 11).⁴¹

Die weitergehenden Analysen machen deutlich, dass es unterschiedliche Determinantenstrukturen zwischen den einzelnen Aufgabenbereichen Landesverteidigung, Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung, Bündnisverteidigung sowie Hilfs- und Stabilisierungseinsätzen gibt. Es ergeben sich allerdings auch einige Gemeinsamkeiten bzw. übergreifende Muster: 1) Kognitive Aspekte und Fähigkeiten genauso wie parteipolitische und ideologische Orientierungen sind unbedeutend für die Erklärung der Unterstützung der fünf Aufgaben oder spielen nur eine untergeordnete Rolle. 2) Performanzbewertungen sind besonders wichtig. Bewerten Befragte die Leistungen der Bundeswehr in ihren Einsätzen im Ausland positiv, führt dies zu größerer Unterstützung für alle fünf betrachteten Aufgaben. 3) Die außen- und sicherheitspolitischen Grundorientierungen sind von großer Bedeutung. Militarismus hat in allen fünf Fällen, Multilateralismus und Atlantizismus in vier Analysen einen statistisch signifikanten Effekt. Personen, die militärische Gewaltanwendung unterstützen, befürworten einerseits die Übernahme von Bündnisverteidigung und Stabilisierungseinsätzen in stärkerem Maße, andererseits lehnen sie die Erledigung der anderen drei Aufgaben durch die Bundeswehr eher ab. Multilateralisten sprechen sich stärker für die Landesverteidigung, Bündnisverteidigung und Stabilisierungseinsätze aus, stehen der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung durch die Streitkräfte innerhalb Deutschlands aber etwas skeptischer gegenüber. Personen, die sich eher für eine enge Zusammenarbeit mit den USA in der Außen- und Sicherheitspolitik aussprechen, weisen den Streitkräften eher die Aufgabe der Bündnisverteidigung zu, während sie die Über-

⁴¹ Der im Herbst 2018 erschienene Sammelband „Freiheit oder Sicherheit? Ein Spannungsverhältnis aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger“ (Steinbrecher et al. 2018a) sowie Biehl et al. (2017) liefern hierzu weitergehende Befunde und Schlussfolgerungen.

nahme der Landesverteidigung und von Stabilisierungs- wie Hilfseinsätzen kritischer sehen. 4) Die affektive Nähe zu den Streitkräften hat stets einen positiven Einfluss auf die Einstellungen gegenüber den Aufgabenbereichen: Haben Befragte eine positive Einstellung zur Bundeswehr, unterstützen sie die Übernahme aller fünf Aufgaben in stärkerem Maße. 5) Einschätzungen der weltweiten Sicherheitslage haben in vier von fünf Analysen statistisch signifikante Wirkungen. Fühlt sich jemand unsicherer, unterstützt er die Übernahme aller Aufgaben durch die Bundeswehr stärker. 6) Normative Erwägungen spielen in vier von fünf Fällen eine Rolle für die Erklärung der abhängigen Variablen. Befürworten Befragte die Regeln des Parlamentsbeteiligungsgesetzes, dann stehen sie der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in Deutschland und Stabilisierungseinsätzen durch die Bundeswehr deutlich skeptischer gegenüber, befürworten aber stärker die Landesverteidigung und Hilfseinsätze.

11 Einstellungen zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr

Timo Graf und Heiko Biehl

Das militärische Vorgehen Russlands in der Ukraine hat seit 2014 zu einer Refokussierung auf die Bündnis- und Landesverteidigung in der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik geführt. Dieser strategische Paradigmenwechsel spiegelt sich in der Konzeption der Bundeswehr (Bundesministerium der Verteidigung 2018b) und im Fähigkeitsprofil der Bundeswehr wider, die die Gleichrangigkeit von Stabilisierungsmissionen und Maßnahmen zur Bündnis- und Landesverteidigung betonen. Neben den fortlaufenden Ausbildungs-, Stabilisierungs- und Überwachungsmissionen wie in Afghanistan, Mali und im Mittelmeer binden daher Verpflichtungen im Rahmen der Bündnisverteidigung verstärkt die Aufmerksamkeit und Ressourcen der Bundeswehr (Bundesministerium der Verteidigung 2016a: 90–93).

Seit Anfang 2017 beteiligt sich die Bundeswehr am NATO-Gefechtsverband in Litauen im Rahmen der Enhanced Forward Presence (eFP, deutsch: Verstärkte Vornepräsenz). Bis einschließlich Februar 2019 wurden gemäß des Rotationsprinzips insgesamt rund 3.500 deutsche Soldatinnen und Soldaten zur „verstärkten Vornepräsenz“ nach Litauen entsandt. Zusätzlich haben Einheiten der deutschen Luftwaffe in den Jahren 2018 und 2019 zum wiederholten Male die Luftraumüberwachung (englisch: Air Policing) in den baltischen Ländern übernommen. Diese Engagements dienen der Rückversicherung der Bündnispartner und sollen die Verteidigungsbereitschaft der Allianz demonstrieren. Durch diese Beiträge erweitert die Bundeswehr ihr Aufgabenspektrum und beteiligt sich mit konkreten Maßnahmen an der Revitalisierung der Bündnisverteidigung.

Mit dieser verteidigungspolitischen Neuausrichtung ging zuweilen die Hoffnung einher, dass der Rückhalt der deutschen Bevölkerung für die ergriffenen Maßnahmen zur Bündnisverteidigung höher sein würde als für die Stabilisierungsmissionen, wie z.B. in Afghanistan (Lange 2018: 5). Ein Grund für diese Erwartung war und ist die durchgängig hohe Zustimmung der Bundesbürger zur Bündnisverteidigung (Rattinger/Holst 1998: 92–117; Biehl et al. 2017; Steinbrecher et al. 2018b). Seit Jahrzehnten spricht sich in Umfragen eine klare Mehrheit der Bevölkerung für den Beistand Deutschlands und der Bundeswehr für Verbündete aus. Dies bestätigt auch die diesjährige ZMSBw-Bevölkerungsbefragung, in der die Verteidigung und militärische Unterstützung von Verbündeten Zustimmungswerte von mindestens zwei Dritteln erfahren (vgl. Abschnitt 10).

Die Ergebnisse der Bevölkerungsbefragungen aus den Jahren 2017 und 2018 haben jedoch bereits gezeigt, dass die gehegten Erwartungen an die öffentliche Zustimmung zu den Bündnismaßnahmen nicht eingetreten sind (Biehl 2017b, 2018b). Im Gegenteil: Das Engagement der Bundeswehr im Baltikum ist kaum bekannt und erfährt bei den Bürgerinnen und Bürgern ein bestenfalls geteiltes Echo. Im laufenden Jahr haben sich die Meinung und der Kenntnisstand über die Beteiligung der Bundeswehr an den Bündnisaktivitäten im Baltikum leicht verbessert. Dennoch muss erneut festgestellt werden, dass die große Mehrheit der Befragten nur sehr geringe Kenntnisse von den und über die Engagements der Bundeswehr in Litauen und im baltischen Luftraum hat. Zudem steht die niedrige Zustimmung zu den konkreten Bündnismaßnahmen nicht mit der ansonsten großen Befürwortung der Bündnisverteidigung in Zusammenhang.

Im Folgenden wird zunächst detailliert die Bekanntheit der unterschiedlichen Engagements der Bundeswehr betrachtet. Daran anknüpfend wird dargestellt, wie die Befragten zu diesen Einsätzen stehen: Unterstützen sie diese Missionen oder lehnen sie diese eher ab? Des Weiteren wird untersucht, ob es hinsichtlich des Wissensstandes und der Meinung über die Auslandseinsätze der Bundeswehr signifikante Unterschiede zwischen den soziodemografischen Gruppen in der deutschen Bevölkerung gibt. Im letzten Schritt werden diese beiden Perspektiven zusammengeführt und geprüft, inwiefern die Bekanntheit eines Einsatzes Einfluss auf die Einstellung der Befragten zu diesem Einsatz nimmt. Dies wird zunächst bivariat und anschließend mit mehreren Modellen multivariat analysiert.

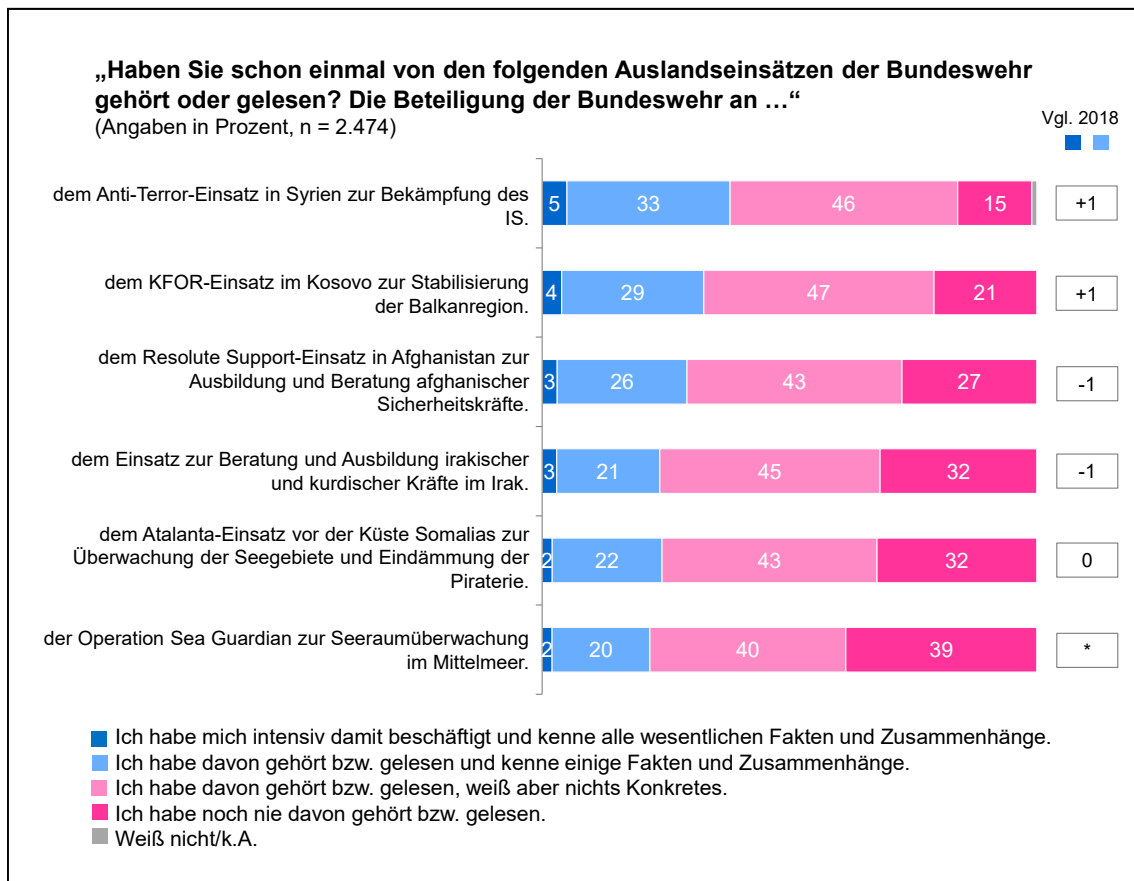
Bekanntheit der Auslandseinsätze der Bundeswehr

Hinsichtlich der Auslandseinsätze der Bundeswehr sollten die Befragten zunächst einschätzen, wie gut sie über die einzelnen Einsätze Bescheid wissen. In der nachfolgenden Darstellung der Ergebnisse werden die Antwortmöglichkeiten „Ich habe mich intensiv damit beschäftigt und kenne alle wesentlichen Fakten und Zusammenhänge“ sowie „Ich habe davon gehört bzw. gelesen und kenne einige Fakten und Zusammenhänge“ zusammengefasst. Es wird davon ausgegangen, dass Personen, die eine der beiden Antworten wählen, über einen grundlegenden Kenntnisstand zu den jeweiligen Einsätzen verfügen.

Die Frage nach der Kenntnis der unterschiedlichen Auslandsmissionen zeigt, dass der Anti-Terror-Einsatz in Syrien zur Bekämpfung des IS (38 Prozent; +1 Prozentpunkt im Vergleich zu 2018) der bekannteste Auslandseinsatz der Bundeswehr ist (vgl. Abbildung 11.1). Ein Drittel der Befragten gibt zudem an, dass Fakten und Zusammenhänge rund um den auslaufenden KFOR-Einsatz im Kosovo zur Stabilisierung der Balkanregion (33 Prozent; +1 Prozentpunkt) und den Resolute-Support-Einsatz in Afghanistan zur Ausbildung und Beratung afghanischer Sicherheitskräfte (29 Prozent; -1 Prozentpunkt) bekannt

sind. Es folgen die Mission zur Beratung und Ausbildung irakischer und kurdischer Kräfte im Irak (24 Prozent; -1 Prozentpunkt) und der Atalanta-Einsatz vor der Küste Somalias zur Überwachung der Seegebiete und Eindämmung der Piraterie (24 Prozent; keine Veränderung im Vergleich zu 2018). Die Operation Sea Guardian zur Seeraumüberwachung im Mittelmeer kennen 22 Prozent der Befragten.⁴²

Abbildung 11.1: Bekanntheit der Auslandseinsätze der Bundeswehr, Teil 1



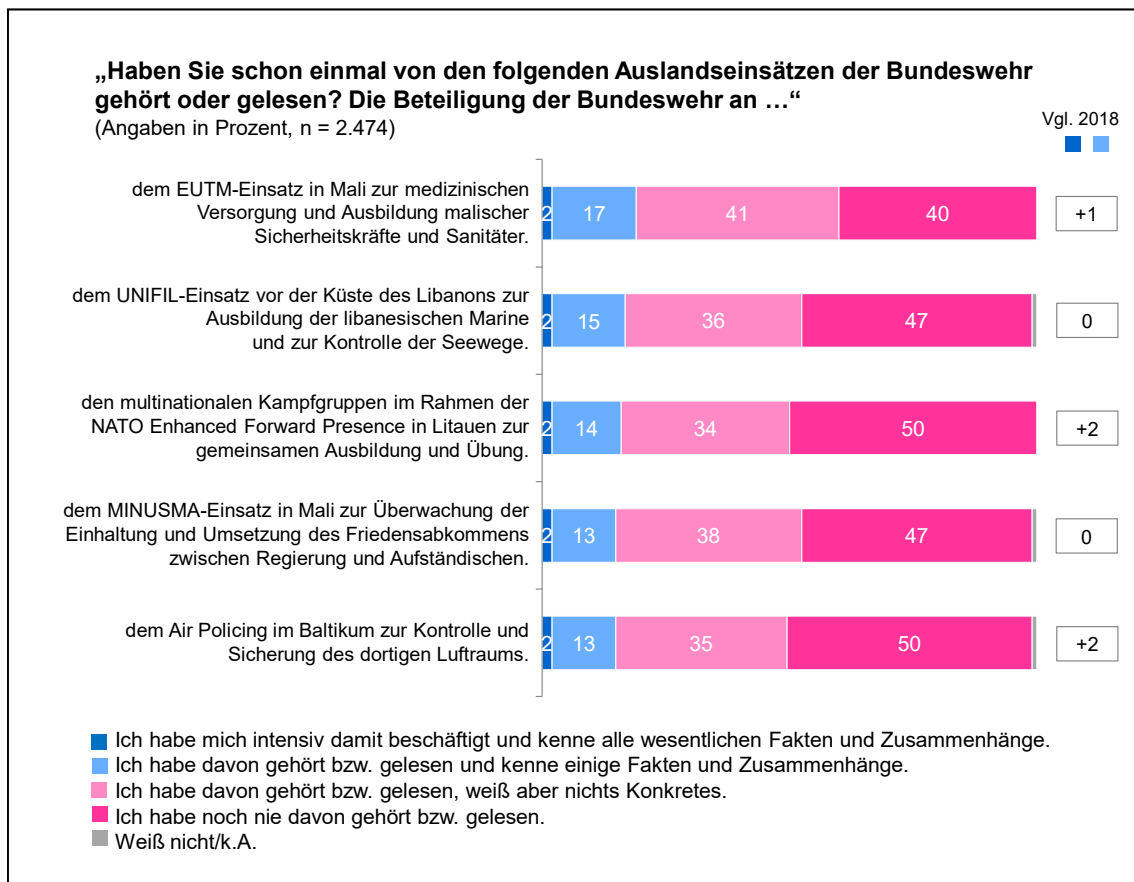
Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Vgl. 2018: Differenz „Ich habe mich intensiv damit beschäftigt und kenne alle wesentlichen Fakten und Zusammenhänge“ und „Ich habe davon gehört bzw. gelesen und kenne einige Fakten und Zusammenhänge“ 2019 zu 2018. *Hinweis: Die Formulierung bzw. Beschreibung des Einsatzes wurde im Vergleich zum Vorjahr geändert. Daher ist ein Vergleich nicht möglich.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2018 und 2019.

⁴² Im Jahr 2018 wurde nach der „Operation Sophia zur Aufklärung von Schleusernetzwerken auf der zentralen Mittelmeerroute“ gefragt. Da die Bundeswehr seit dem 30. Juni 2019 nicht mehr an dieser EU-Mission teilnimmt, wurde in der diesjährigen Bevölkerungsbefragung stattdessen nach der Beteiligung der Bundeswehr an der NATO-Operation Sea Guardian zur Seeraumüberwachung im Mittelmeer gefragt. Ein Vergleich mit den Werten des Vorjahres ist daher nicht möglich.

Weniger bekannt sind den Bundesbürgern die UNIFIL-Mission vor der Küste des Libanons zur Ausbildung der libanesischen Marine und zur Kontrolle der Seewege (17 Prozent; keine Veränderung gegenüber 2018; vgl. Abbildung 11.2) sowie die beiden Einsätze in Mali (EUTM-Mali: 19 Prozent; +1 Prozentpunkt; MINUSMA: 15 Prozent; keine Veränderung). Am Ende der Bekanntheitskala rangieren die Verpflichtungen im Rahmen der Bündnisverteidigung: Die Aktivitäten in Litauen innerhalb der NATO Enhanced Forward Presence sind 16 Prozent der Befragten vertraut (+2 Prozentpunkte), das Air Policing im Baltikum nur 15 Prozent (+2 Prozentpunkte).

Abbildung 11.2: Bekanntheit der Auslandseinsätze der Bundeswehr, Teil 2



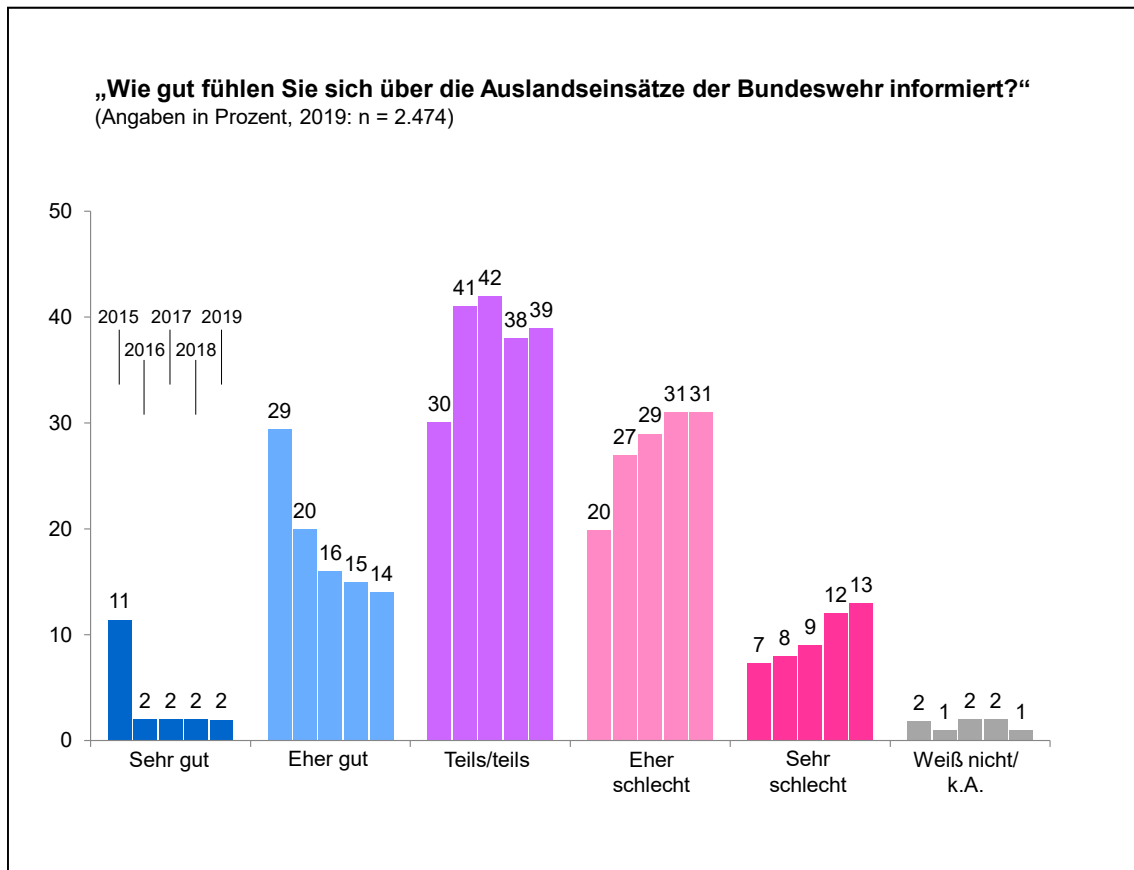
Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Vgl. 2018: Differenz „Ich habe mich intensiv damit beschäftigt und kenne alle wesentlichen Fakten und Zusammenhänge“ und „Ich habe davon gehört bzw. gelesen und kenne einige Fakten und Zusammenhänge“ 2019 zu 2018.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2018 und 2019.

Neben dem MINUSMA-Einsatz in Mali weisen die beiden Engagements zur Rückversicherung der Bündnispartner somit die geringste Bekanntheit auf. Zu beachten ist allerdings, dass es sich hierbei um neuere Missionen handelt. Die Beteiligung am NATO-Gefechtsverband in Litauen startete erst 2017. Die Luftraumüberwachung für die baltischen Staaten übernehmen die NATO-Bündnispartner zwar bereits seit 2004, allerdings

erfüllt Deutschland – wie die Partnernationen – diese Aufgabe stets nur für einen gewissen Zeitraum. Die letzte deutsche Beteiligung fand zwischen August 2018 und April 2019 statt. Insgesamt wird deutlich, dass das Wissen der Bevölkerung rund um die unterschiedlichen internationalen Missionen der Bundeswehr begrenzt ist. Dabei sind die langjährigen Auslandseinsätze im Mittel bekannter als die Engagements im Rahmen der Bündnisverteidigung.

Abbildung 11.3: Subjektive Informiertheit über Auslandseinsätze im Zeitvergleich



Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2015–2019.

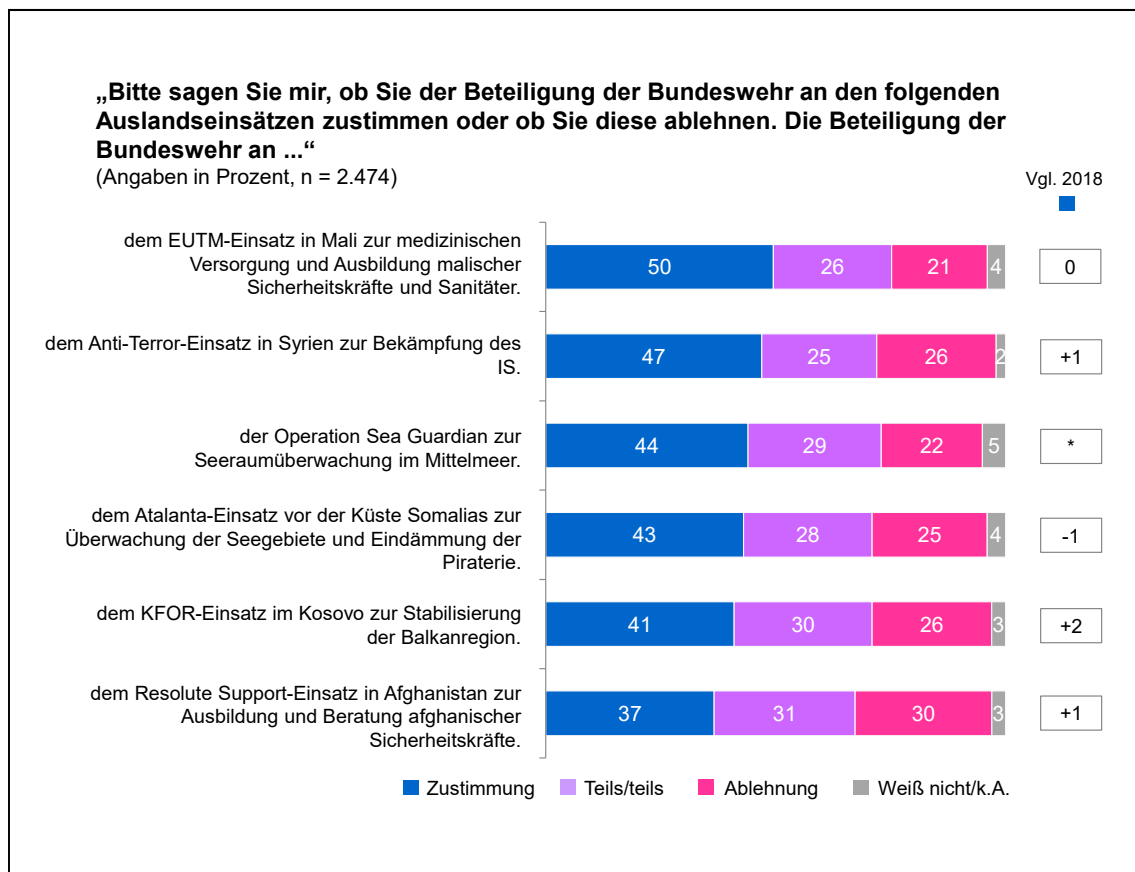
Die Umfrageteilnehmer wurden außerdem gefragt, wie gut sie sich im Allgemeinen über die Auslandseinsätze der Bundeswehr informiert fühlen (vgl. Abbildung 11.3). Weniger als ein Fünftel (16 Prozent) der Bürgerinnen und Bürger fühlt sich sehr gut oder eher gut über die Auslandseinsätze der Bundeswehr informiert. Mehr als ein Drittel fühlt sich teils gut, teils schlecht informiert (39 Prozent) und 44 Prozent der Befragten fühlen sich eher schlecht oder sehr schlecht informiert. Betrachtet man die Entwicklung der subjektiven Informiertheit über die Auslandseinsätze der Bundeswehr im Zeitverlauf, so wird ein ne-

gativer Trend sichtbar: Der Anteil der Bundesbürger, die sich sehr gut oder eher gut informiert fühlen, sank von 40 Prozent im Jahr 2015 kontinuierlich auf 16 Prozent im Jahr 2019, während parallel dazu der Anteil derjenigen, die sich sehr schlecht oder eher schlecht informiert fühlen, von 27 auf 44 Prozent anstieg.

Zustimmung zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr

Neben dem subjektiven Wissensstand zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr wurde auch die Einstellung zu den Auslandseinsätzen erhoben. Die vergleichende Betrachtung der Zustimmungswerte zeigt: Der EUTM-Einsatz in Mali (50 Prozent Zustimmung; keine Veränderung im Vergleich zu 2018) und der Anti-Terror-Einsatz in Syrien zur Bekämpfung des IS (47 Prozent; +1 Prozentpunkt) erhalten von der deutschen Bevölkerung die größte Zustimmung (vgl. Abbildung 11.4).

Abbildung 11.4: Zustimmung zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr, Teil 1



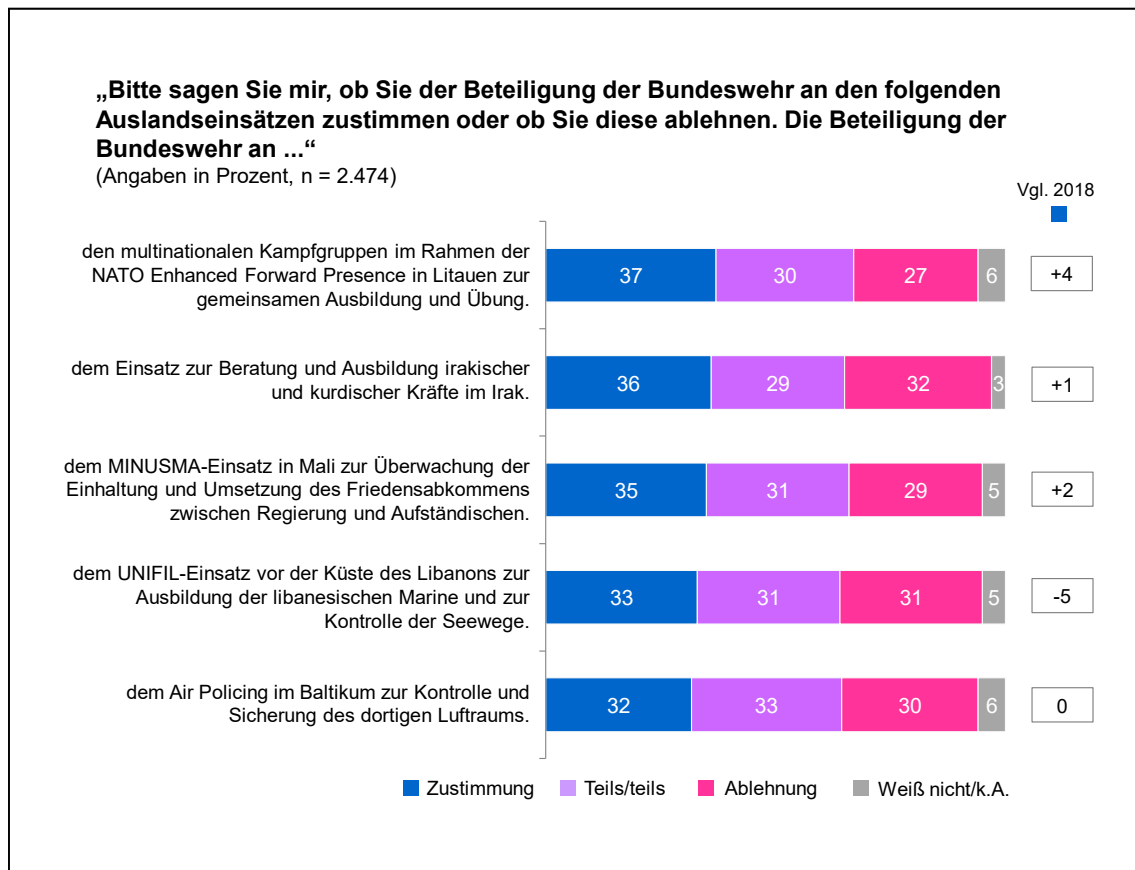
Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst. Vgl. 2018: Differenz Zustimmung 2019 zu 2018. *Hinweis: Die Formulierung bzw. Beschreibung des Einsatzes wurde im Vergleich zum Vorjahr geändert. Daher ist ein Vergleich nicht möglich.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2018 und 2019.

Eine relative Mehrheit unterstützt außerdem das Engagement der Bundeswehr im Rahmen der NATO-Operation Sea Guardian im Mittelmeer (44 Prozent; kein Vergleich möglich), den Atalanta-Einsatz vor der Küste Somalias (43 Prozent; -1 Prozentpunkt) und den KFOR-Einsatz (41 Prozent; +2 Prozentpunkte). Jeweils nur rund ein Drittel der Bundesbürgerinnen und -bürger stimmt der Beteiligung der Bundeswehr an den übrigen Einsätzen zu (vgl. Abbildung 11.5), sei es in Afghanistan (Resolute Support), Mali (MINUSMA), im Irak (Ausbildung irakischer und kurdischer Kräfte), vor der Küste des Libanons (UNIFIL) oder im Baltikum (eFP und Air Policing).

Im Vergleich zum Vorjahr sind mit Ausnahme des UNIFIL-Einsatzes (-5 Prozentpunkte) keine starken Veränderungen der Zustimmungswerte zu den Einsätzen zu beobachten. Einzig die Zustimmung zur Beteiligung der Bundeswehr an den multinationalen Kampfgruppen der NATO im Rahmen der verstärkten Vornepräsenz in Litauen ist merklich gestiegen (+4 Prozentpunkte).

Abbildung 11.5: Zustimmung zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr, Teil 2



Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst. Vgl. 2018: Differenz Zustimmung 2019 zu 2018.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2018 und 2019.

Subjektives Wissen und Einstellung zu den Auslandseinsätzen in soziodemografischen Gruppen

Die bisherigen Ergebnisse zeigen, dass die deutsche Bevölkerung (im Mittel) nur über sehr begrenzte Kenntnisse über die Auslandseinsätze der Bundeswehr verfügt und zu vielen Einsätzen ein sehr geteiltes Meinungsbild vorherrscht. Nachfolgend wird untersucht, ob es zwischen den soziodemografischen Gruppen in der deutschen Bevölkerung signifikante Unterschiede im Wissen über und in der Einstellung zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr gibt. Da eine separate Analyse für die einzelnen Einsätze nicht zielführend und auch nicht praktisch darstellbar ist, wurden die einzelnen Wissens- und Einstellungsvariablen zu den Einsätzen jeweils in Indexvariablen zusammengefasst.

Die Durchführung einer Faktorenanalyse zeigt, dass die Einstellung zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr eine einfaktorielle Struktur aufweist (Eigenwert = 6,3; erklärte Varianz = 57 Prozent; tabellarisch nicht dargestellt). Dabei zeigt sich – wie im Vorjahr (Biehl 2018b) – kein Unterschied zwischen den klassischen Auslandseinsätzen und den Maßnahmen im Rahmen der Bündnisverteidigung. Die Skala auf Basis der einzelnen Einstellungsfragen weist zudem eine sehr hohe Reliabilität auf (Cronbachs alpha = 0,92). Vor diesem Hintergrund ist es empirisch gerechtfertigt und analytisch sinnvoll, aus den einzelnen Einstellungsvariablen eine einzige Indexvariable zu bilden, die die Einstellung zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr in einem globalen Messwert (Mittelwert) abbildet. Die Indexvariable hat einen Wertebereich von 0 (völlige Ablehnung) bis 1 (völlige Zustimmung). Der Mittelwert von 0,5 entspricht der Antwortoption „teils/teils“ und definiert somit eine ambivalente Einstellung zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Das subjektive Informationsniveau hat wiederum eine einfaktorielle Struktur (Eigenwert = 5,8; erklärte Varianz = 53 Prozent; tabellarisch nicht dargestellt) und eine hohe Skalenreliabilität (Cronbachs alpha = 0,91). Daher ist es auch hier empirisch gerechtfertigt und analytisch ratsam, eine Indexvariable auf der Grundlage der einzelnen Wissensfragen zu bilden. Der Wertebereich der Indexvariable reicht von 0 (kein Wissen) bis 1 (umfassendes Wissen).

Die Ergebnisse in Tabelle 11.1 zeigen, dass zwischen den soziodemografischen Teilgruppen statistisch signifikante Unterschiede im Wissensstand und in der Einstellung bestehen. Männer weisen ein signifikant höheres Informationsniveau auf und unterstützen die Auslandseinsätze der Bundeswehr auch stärker als Frauen. Die Befragten im Alter von 16 bis 29 Jahren verfügen über sehr viel geringeres Wissen als die anderen Altersgruppen. Auch die Unterstützung zu den Auslandseinsätzen fällt in dieser Altersgruppe am geringsten aus. Wissen und Zustimmung sind bei den 50- bis 69-Jährigen dagegen am stärksten ausgeprägt.

Tabelle 11.1: Wissen und Einstellung zu den Auslandseinsätzen in soziodemografischen Gruppen

„Haben Sie schon einmal von den folgenden Auslandseinsätzen der Bundeswehr gehört oder gelesen?“ „Bitte sagen Sie mir, ob Sie der Beteiligung der Bundeswehr an den folgenden Auslandseinsätzen zustimmen oder ob Sie diese ablehnen.“ (Mittelwerte)		
	Wissen	Einstellung
Insgesamt	0,29	0,54
Geschlecht	***	**
Männer	0,35	0,55
Frauen	0,24	0,52
Alter	***	**
16 bis 29 Jahre	0,22	0,51
30 bis 49 Jahre	0,30	0,53
50 bis 69 Jahre	0,33	0,56
70 Jahre und älter	0,29	0,53
Bildungsniveau	**	n.s.
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	0,32	0,54
Realschulabschluss	0,30	0,53
Hauptschulabschluss	0,28	0,55
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat	**	n.s.
4.001 Euro und mehr	0,31	0,54
2.001 bis 4.000 Euro	0,30	0,54
Bis 2.000 Euro	0,28	0,53
Wahlabsicht Bundestagswahl	***	***
CDU/CSU	0,32	0,56
SPD	0,33	0,64
AfD	0,33	0,49
FDP	0,30	0,54
Die Linke	0,29	0,49
Bündnis 90/Die Grünen	0,27	0,54
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	0,23	0,48
Region	***	**
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	0,32	0,54
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	0,31	0,53
Süddeutschland (BW, BY)	0,28	0,52
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	0,28	0,56
Migrationshintergrund	n.s.	***
Ja	0,30	0,62
Nein	0,29	0,53

Anmerkungen: Alle Variablen haben einen Wertebereich von [0; 1]; Varianzanalysen, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05). Der Signifikanztest für die Varianzanalyse gibt an, ob sich der Mittelwert mindestens einer Gruppe von dem Mittelwert mindestens einer anderen Gruppe unterscheidet.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2019.

Des Weiteren zeigt sich, dass zwischen den Bildungsgruppen zwar kein Unterschied in der Haltung zu den Auslandseinsätzen besteht, sehr wohl aber eine Differenz beim Wissen: Das Informationsniveau steigt mit höherer Bildung. Ebenso wächst das Wissen mit steigendem Haushaltseinkommen. Ausgeprägte und signifikante Unterschiede bestehen insbesondere zwischen den Wählergruppen. Auffällig ist, dass von den Anhängern der etablierten Parteien, die Anhänger der Grünen über das geringste Informationsniveau verfügen. Einen noch niedrigeren Kenntnisstand weisen nur Nichtwähler bzw. Personen ohne eine klare Parteipräferenz auf. Hinsichtlich der Einstellung zu den Auslandseinsätzen ist festzustellen, dass die Anhänger der SPD die positivste Haltung aufweisen und die Anhänger der AfD, der Linken sowie Nichtwähler eine (im Mittel) leicht ablehnende Haltung zu den Einsätzen einnehmen. Statistisch signifikant sind auch die Unterschiede zwischen den Regionen. Die Bürgerinnen und Bürger in Süd- und Westdeutschland sind weniger informiert über die Auslandseinsätze der Bundeswehr als jene in Nord- und Ostdeutschland. Gleichwohl ist die Zustimmung zu den Auslandseinsätzen in Westdeutschland am höchsten. Der Migrationshintergrund der Befragten ist für das Informationsniveau unerheblich, jedoch unterstützen Personen mit Migrationshintergrund die Auslandseinsätze sehr viel stärker als jene ohne Migrationshintergrund.

Der Einfluss des subjektiven Wissens auf die Einstellung zu den Auslandseinsätzen

Wie in den Vorjahren, zeigt sich auch in diesem Jahr der große Einfluss, den das subjektive Informationsniveau über die Auslandseinsätze der Bundeswehr auf die Einstellung zu diesen hat (Biehl 2018b; vgl. Tabelle 11.2). Befragte, die über grundlegende Kenntnisse zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr verfügen, stimmen diesen auch deutlich stärker zu als jene Befragten, die über wenige oder keine Kenntnisse verfügen. Dieser Zusammenhang ergibt sich gleichermaßen für die klassischen Auslandseinsätze wie für die Bündnismaßnahmen im Baltikum. Die Unterschiede in den Meinungsbildern von mehr und weniger informierten Bürgerinnen und Bürgern sind dabei erheblich. Bei denjenigen mit geringeren Kenntnissen erfährt keine Mission eine mehrheitliche Zustimmung. Damit konzentriert sich ein Großteil der Vorbehalte und Ablehnung der Auslandseinsätze bei den Bevölkerungsteilen, die weniger über die Bundeswehrengagements wissen – und dies trifft ausweislich der vorangegangenen Auswertungen (vgl. Abbildungen 11.1 und 11.2) auf die meisten Bundesbürgerinnen und Bundesbürger zu. Ganz anders sind die Ansichten derjenigen, die nach eigener Auskunft über grundlegendes Wissen über die Einsätze verfügen: Von ihnen befürwortet stets über die Hälfte die verschiedenen Auslandseinsätze der Bundeswehr.

Tabelle 11.2: Einstellungen zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr – Bedeutung des Wissens

„Bitte sagen Sie mir, ob Sie der Beteiligung der Bundeswehr an den folgenden Missionen zustimmen oder ob Sie diese ablehnen.“ (Angaben in Prozent)				
	Stimme zu ¹	Teils/teils	Lehne ab ²	Weiß nicht/ k.A.
Operation Sea Guardian (Mittelmeer) ***				
Wissen vorhanden ³	67	20	11	(2)
Wissen nicht vorhanden ⁴	38	31	25	6
EUTM (Mali) ***				
Wissen vorhanden	72	16	11	(1)
Wissen nicht vorhanden	45	28	23	4
Anti-IS-Einsatz (Syrien) ***				
Wissen vorhanden	65	19	15	(1)
Wissen nicht vorhanden	36	28	33	3
Atalanta (Somalia) ***				
Wissen vorhanden	66	29	14	(0)
Wissen nicht vorhanden	36	31	28	5
KFOR (Kosovo) ***				
Wissen vorhanden	61	22	17	(0)
Wissen nicht vorhanden	31	35	30	4
UNIFIL (Libanon) ***				
Wissen vorhanden	56	27	16	(0)
Wissen nicht vorhanden	29	32	34	5
Resolute Support (Afghanistan) ***				
Wissen vorhanden	51	28	21	(1)
Wissen nicht vorhanden	31	33	33	4
Ausbildungsmission (Irak) ***				
Wissen vorhanden	58	24	17	(1)
Wissen nicht vorhanden	29	31	36	4
MINUSMA (Mali) ***				
Wissen vorhanden	60	21	19	(1)
Wissen nicht vorhanden	30	33	31	6
Enhanced Forward Presence (Litauen) ***				
Wissen vorhanden	60	25	16	(0)
Wissen nicht vorhanden	33	31	30	7
Air Policing (Baltikum) ***				
Wissen vorhanden	59	22	19	(1)
Wissen nicht vorhanden	28	35	31	6

Anmerkungen: 1) Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; 2) Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst; 3) Anteile „Kenne alle wesentlichen Fakten und Zusammenhänge“ und „Kenne einige Fakten und Zusammenhänge“ zusammengefasst; 4) Anteile „Habe noch nie davon gehört oder gelesen“ und „Habe davon gehört oder gelesen, weiß aber nichts Konkretes“ zusammengefasst. Einzelne Prozentangaben ergeben mitunter in der Summe nicht 100 Prozent, da sie gerundet wurden. Analyseverfahren: Chi²-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05); Werte in Klammern: n ≤ 50.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2019.

Insgesamt fällt die Ablehnung bei Befragten mit hohem subjektiven Wissen deutlich geringer aus. Damit erweist sich der Wissensstand durchweg als eine entscheidende Größe für die Haltung zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr.

Determinanten der Einstellung zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr

Nachfolgend soll untersucht werden, welche Faktoren die Einstellung zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr beeinflussen und welche Rolle dem subjektiven Wissensstand in diesem Zusammenhang zukommt. Ein Einwand gegen dessen Relevanz könnte lauten, dass der subjektive Wissensstand kein geeigneter Erklärungsfaktor der Einstellung zu den Einsätzen ist, da sich im Sinne eines sicherheitspolitischen Themenpublikums diejenigen eher über die Auslandsengagements informiert halten, die den Streitkräften ohnehin wohlwollender begegnen und dementsprechend auch eine positivere Einstellung zu den Auslandseinsätzen haben. Der in Tabelle 11.2 gezeigte Zusammenhang zwischen dem subjektiven Wissensstand und der Einstellung zu den Auslandseinsätzen sollte demnach verschwinden, wenn man ihn auf die Haltung zu den Streitkräften und weitere wesentliche (sicherheits-)politische Orientierungen kontrolliert. Im Folgenden wird geprüft, inwiefern diese Vermutung zutrifft und der subjektive Wissensstand über die Auslandseinsätze einen eigenständigen Einfluss auf die Haltung zu ihnen ausübt. Dazu werden multiple lineare Regressionsanalysen berechnet, in die die Einstellung zu den Einsätzen als abhängige Variable eingeht.

Als mögliche Erklärungsvariable wird im ersten Schritt allein das Informationsniveau über die Einsätze herangezogen. In weiteren Schritten werden soziodemografische Merkmale, politische Orientierungen, Erfahrungen bzw. Kontakte mit der Bundeswehr sowie sicherheitspolitische Einstellungen getrennt berücksichtigt. Dieses Vorgehen ermöglicht es, den Effekt der jeweiligen Indikatoren auf die Haltung zu den Einsätzen separat zu schätzen (Biehl 2012; Fiebig 2012; Mader 2017). Anschließend wird umfassend getestet, inwieweit sich diese Erklärungsfaktoren wechselseitig überlagern oder aufheben und ob das subjektive Wissen zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr einen eigenständigen Einfluss auf die Haltung zu den Einsätzen ausübt, wenn alle anderen relevanten Größen betrachtet werden.

In der Einzelbetrachtung bestätigt sich die Einsicht, dass der subjektive Wissensstand zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr einen wesentlichen Einfluss auf die Haltung zu den Auslandsmissionen nimmt (vgl. Tabelle 11.3). Allein durch diese Größe sind immerhin 15 Prozent der vorhandenen Varianz in der Einstellung zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr zu erklären (vgl. *Modell I*). Demgegenüber schlägt sich der soziale Hintergrund der Befragten kaum auf ihre Haltung zu den internationalen Engagements nieder

(vgl. *Modell II*). Männer, Personen mit niedriger Bildung sowie mit Migrationshintergrund stimmen diesen eher zu – unter Kontrolle der anderen sozialstrukturellen Größen. Insgesamt erklären die soziodemografischen Variablen 4 Prozent der Varianz in der Haltung zu den Auslandseinsätzen.

Tabelle 11.3: Determinanten der Einstellung zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr

	Einstellung zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr					
	Modell I	Modell II	Modell III	Modell IV	Modell V	Modell VI
Informationsgrad Einsätze der Bundeswehr	0,39***					0,26***
<i>Soziodemografie</i>						
Alter		0,08**				-0,02
Frauen		-0,11***				0,01
Hohe Bildung		0,06				0,03
Niedrige Bildung		0,07*				0,05*
Haushaltsnettoeinkommen (4.001 Euro und mehr)		0,04				0,00
Haushaltsnettoeinkommen (bis 2.000 Euro)		-0,02				0,03
Migrationshintergrund		0,13***				0,04*
<i>Wahlabsicht</i>						
SPD			0,14***			0,10***
AfD			-0,11***			-0,04*
FDP			-0,02			0,03
Die Linke			-0,09**			0,01
Bündnis90/Die Grünen			-0,05			0,05*
Andere Partei			-0,07*			-0,03
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.			-0,15***			0,02
<i>Kontakte und Erfahrungen mit der Bundeswehr</i>						
Wahrnehmung Bundeswehr im Alltag				0,03		-0,03
Wahrnehmung Bundeswehr in den Medien				0,24***		0,02
Ist/war bei der Bundeswehr				0,07**		-0,02
Verwandter/Bekannter ist/war bei Bundeswehr				0,01		-0,04
<i>Sicherheitspolitische Einstellungen</i>						
Atlantizismus alternativ					0,00	-0,01
Internationalismus alternativ					0,05*	0,04
Militarismus alternativ					0,35***	0,32***
Multilateralismus alternativ					0,18***	0,15**
Haltung zur Bundeswehr					0,10***	0,09**
Leistungen Bw im Ausland					0,18***	0,20***
Interesse an Verteidigungspolitik					0,15***	0,03
Korrigiertes R ²	0,15	0,04	0,06	0,07	0,45	0,51
n	1.465	1.465	1.465	1.465	1.465	1.465

Anmerkungen: Die abhängige Variable sind Mittelwerte für die Einstellungen zu den Einsätzen der Bundeswehr mit einem Wertebereich von 0 (völlige Ablehnung) bis 1 (völlige Zustimmung). Alle erklärenden Variablen haben einen Wertebereich von 0 (geringe bzw. negative Ausprägung) bis 1 (hohe bzw. positive Ausprägung). Referenzkategorie für die Wahlabsicht ist CDU/CSU. Analyseverfahren: Multiple lineare Regressionen; standardisierte Regressionskoeffizienten (beta). Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05).

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2019.

Der parteipolitischen Ausrichtung kommt demgegenüber bereits eine größere Bedeutung zu: Anhänger der AfD, der Linken, einer „anderen Partei“ sowie Nichtwähler neigen im Vergleich zu Wählern von CDU und CSU (als Referenzkategorie) eher zur Ablehnung der Auslandseinsätze (vgl. *Modell III*), während diese wiederum größere Unterstützung bei den Anhängern der SPD erfahren. Die durch die parteipolitische Orientierung erklärte Varianz beträgt 6 Prozent.

Entgegen einer verbreiteten Position, die die Relevanz eigener Erfahrungen in den und mit den Streitkräften betont (vgl. Feaver/Kohn 2001; Franke 2012; Pfaffenzeller 2010), kommt diesen Erklärungsvariablen kaum eine Bedeutung zu (vgl. *Modell IV*). Von größerer Bedeutung ist hingegen die Wahrnehmung der Bundeswehr in den Massenmedien: Je ausgeprägter die Wahrnehmung der Bundeswehr in den Medien ist, desto größer ist die Zustimmung zu deren Auslandsengagements.

Am wichtigsten für die Haltung der Befragten zu den Auslandseinsätzen sind jedoch deren sicherheitspolitische Einstellungen (vgl. *Modell V*). Wer eine multilateral geprägte Außen- und Sicherheitspolitik unterstützt und den Einsatz militärischer Mittel in der Außen- und Sicherheitspolitik grundsätzlich befürwortet, hat eine positivere Einstellung zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Darüber hinaus zeigt sich, dass eine positivere Haltung zur Bundeswehr im Allgemeinen, eine positivere Beurteilung der Leistung der Bundeswehr bei ihren Auslandseinsätzen sowie ein stärkeres Interesse an Verteidigungspolitik ebenfalls mit einer größeren Unterstützung für die Auslandseinsätze der Bundeswehr einhergehen. Insgesamt erklären die sicherheitspolitischen Einstellungen 45 Prozent der Varianz in der Haltung zu den Auslandseinsätzen.

In der Gesamtschau aller Einflussgrößen (vgl. *Modell VI*) bleiben die in der Einzelbetrachtung zutage tretenden Muster weitgehend bestehen. So ist der Einfluss der soziodemografischen Merkmale äußerst schwach oder gar nicht existent. Das gilt auch für die politische Orientierung der Befragten sowie deren Kontakte und Erfahrungen mit der Bundeswehr. Dahingegen bestätigt sich der zentrale Stellenwert der außen- und sicherheitspolitischen Grundorientierungen und des subjektiven Wissensstandes über die Einsätze der Bundeswehr. Wichtig ist zudem, dass der Einfluss des subjektiven Wissens stark und statistisch signifikant bleibt, selbst wenn die Haltung der Befragten zur Bundeswehr kontrolliert wird. Damit wird klar: Wissen schafft Verständnis – unabhängig von der Haltung zur Bundeswehr.

Fazit

Insgesamt unterstreichen die Auswertungen die Relevanz von Information und Kommunikation. Ist es gewollt, dass die Engagements der Bundeswehr – seien es die Auslandseinsätze oder die Verpflichtungen im Rahmen der Bündnisverteidigung – auf breiten gesellschaftlichen Zuspruch treffen, dann sollte über diese stärker und besser informiert werden, insbesondere in den Massenmedien. Wie die Ergebnisse der Analysen zeigen, hat die Zahl derjenigen, die sich sehr gut oder eher gut über die Auslandseinsätze der Bundeswehr informiert fühlen, seit 2015 um mehr als die Hälfte abgenommen. Die Mehrheit der Bundesbürgerinnen und Bundesbürger fühlt sich inzwischen schlecht über die Auslandseinsätze der Bundeswehr informiert. Die hier präsentierten Befunde legen daher eine ausgreifende, aktive und engagierte Öffentlichkeitsarbeit zu den Einsätzen nahe.

Literaturverzeichnis

- Altheide, David L. (1997): The News Media, the Problem Frame, and the Production of Fear. In: *The Sociological Quarterly* 38: 4, 647–668.
- Altheide, David L. (2002): *Creating Fear: News and the Construction of Crisis*. New York: Routledge.
- Argus Data Insights (2019): *Medienanalyse 1. Januar – 31. Dezember 2018. Jahresanalyse Positionierung der Bundeswehr in deutschsprachigen Social Media*. Unveröffentlichte Powerpoint-Präsentation.
- Asmus, Ronald D./Everts, Philip P./Isernia, Pierangelo (2005): The Transatlantic Gap in Public Opinion. In: Jäger, Thomas/Höse, Alexander/Oppermann, Kai (Hg.): *Transatlantische Beziehungen. Sicherheit – Wirtschaft – Öffentlichkeit*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 397–424.
- Balmas, Meital (2018): Tell Me Who Is Your Leader, and I Will Tell You Who You Are: Foreign Leaders' Perceived Personality and Public Attitudes toward Their Countries and Citizenry. In: *American Journal of Political Science* 62: 2, 499–514.
- Bardes, Barbara A./Oldendick, Robert W. (1990): Public Opinion and Foreign Policy. A Field in Search of Theory. In: Long, Samuel (Hg.): *Research in Micropolitics*. London: Jai Press, 227–247.
- Bartels, Hans-Peter (2017): Große Verantwortung, große Möglichkeiten. In: Bartels, Hans-Peter/Kellner, Anna Maria/Optenhögel, Uwe (Hg.): *Strategische Autonomie und die Verteidigung Europas: Auf dem Weg zur Europäischen Armee?* Bonn: Dietz, 38–48.
- Bartels, Larry M. (1994): The American Public's Defense Spending Preferences in the Post-Cold War Era. In: *The Public Opinion Quarterly* 58: 4, 479–508.
- Baur, Nina/Blasius, Jörg (Hg.) (2014): *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Biehl, Heiko (2012): United We Stand, Divided We Fall? Die Haltungen europäischer Bevölkerungen zum ISAF-Einsatz. In: Langer, Phil C./Pietsch, Carsten/Seiffert, Anja (Hg.): *Der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan: Sozial- und politikwissenschaftliche Perspektiven*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 169–186.
- Biehl, Heiko (2017a): Haltungen der Bürgerinnen und Bürger zur Bundeswehr. In: Steinbrecher, Markus/Biehl, Heiko/Rothbart, Chariklia: *Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse und Analysen der Bevölkerungsbefragung 2017*. Forschungsbericht 117. Potsdam: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, 63–77.
- Biehl, Heiko (2017b): Einstellungen zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr. In: Steinbrecher, Markus/Biehl, Heiko/Rothbart, Chariklia: *Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse und Analysen der Bevölkerungsbefragung 2017*. Forschungsbericht 117. Potsdam: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, 166–178.

- Biehl, Heiko (2018a): Haltungen der Bürgerinnen und Bürger zur Bundeswehr. In: Steinbrecher, Markus/Biehl, Heiko/Graf, Timo: Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse und Analysen der Bevölkerungsbefragung 2018. Forschungsbericht 118. Potsdam: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, 72–93.
- Biehl, Heiko (2018b): Einstellungen zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr. In: Steinbrecher, Markus/Biehl, Heiko/Graf, Timo: Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse und Analysen der Bevölkerungsbefragung 2018. Forschungsbericht 118. Potsdam: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, 177–187.
- Biehl, Heiko/Keller, Jörg (2016): Ein anderer Blick auf den Einsatz. Die Forschung des SOWI zu Auslandseinsätzen. In: Dörfler-Dierken, Angelika/Kümmel, Gerhard (Hg.): Am Puls der Bundeswehr. Militärsoziologie in Deutschland zwischen Wissenschaft, Politik, Bundeswehr und Gesellschaft. Wiesbaden: Springer VS, 189–205.
- Biehl, Heiko/Rothbart, Chariklia/Steinbrecher, Markus (2017): Cold War Revisited? Die deutsche Bevölkerung und die Renaissance der Bündnisverteidigung. In: Hartmann, Uwe/von Rosen, Claus (Hg.): Jahrbuch Innere Führung 2017. Die Wiederkehr der Verteidigung in Europa und die Zukunft der Bundeswehr. Berlin: Carola Hartmann Miles-Verlag, 137–154.
- Biehl, Heiko/Schoen, Harald (Hg.) (2015): Sicherheitspolitik und Streitkräfte im Urteil der Bürger. Theorien, Methoden, Befunde. Wiesbaden: Springer VS.
- Böcker, Martin/Kempf, Larsen/Springer, Felix (Hg.) (2013): Soldatentum. Auf der Suche nach Identität und Berufung der Bundeswehr heute. München: Olzog.
- Bohnert, Marcel/Reitstetter, Lukas J. (Hg.) (2014): Armee im Aufbruch. Zur Gedankenwelt junger Offiziere in den Kampftruppen der Bundeswehr. Berlin: Miles-Verlag.
- Breunig, Christian/van Eimeren, Birgit (2015): 50 Jahre „Massenkommunikation“: Trends in der Nutzung und Bewertung der Medien. In: Media Perspektiven 11/2015, 505–525.
- Brüßler, Lisa (2018): Im Auftrag der Deutschen. Das Verhältnis zwischen der Gesellschaft und „ihrer“ Armee gestaltet sich nach wie vor schwierig. In: Das Parlament 34–35, 10.
- Brunner, Otto (Hg.) (1984): Geschichtliche Grundbegriffe: Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland. Band 5: Pro – Soz. Stuttgart: Klett Cotta.
- Bulmahn, Thomas/Höfig, Chariklia (2013): Ergebnisse der repräsentativen Bundeswehrumfrage zur Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr. Ergebnispräsentation am 22. Oktober 2013 im BMVg, Berlin (Powerpoint-Präsentation).
- Bundesministerium der Finanzen (2019a): Bundeshaushalt 2019 (03.07.2019). <<https://www.bundeshaushalt.de/#/2019/soll/ausgaben/einzelplan.html>> [03.07.2019].
- Bundesministerium der Finanzen (2019b): Haushaltspolitik mit klaren Prioritäten: Sozialer Zusammenhalt und Rekordinvestitionen für ein modernes, klimafreundliches Land (26.06.2019). <<https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Pressemitteilungen/Finanzpolitik/2019/06/2019-0626-PM-Haushalt2020.html>> [03.07.2019].

- Bundesministerium der Verteidigung (2008): Zentrale Dienstvorschrift A-2600/1 Innere Führung. Selbstverständnis und Führungskultur der Bundeswehr. Bonn.
- Bundesministerium der Verteidigung (2016a): Weißbuch 2016. Zur Sicherheitspolitik und der Zukunft der Bundeswehr. Berlin.
- Bundesministerium der Verteidigung (2016b): Personalstrategie der Bundeswehr. Berlin.
- Bundesministerium der Verteidigung (2017): Arbeitgeber Bundeswehr im Visier. Ausgabe 5, Sommer 2017. Berlin.
- Bundesministerium der Verteidigung (2018a): Bundeswehr soll weiter wachsen – Personalboard 2018 hat getagt (29.11.2018). <<https://www.bmvg.de/de/aktuelles/bundeswehr-soll-weiter-wachsen-29414>> [02.07.2019].
- Bundesministerium der Verteidigung (2018b): Konzeption der Bundeswehr. Berlin.
- Bundesministerium der Verteidigung (2019): Stärke: Militärisches Personal der Bundeswehr (24.06.2019). <<https://www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/start/streitkraefte/grundlagen/staerke>> [02.07.2019].
- Chittick, William O./Billingsley, Keith R./Travis, Rick (1995): A Three-Dimensional Model of American Foreign Policy Beliefs. In: *International Studies Quarterly* 39: 3, 313–331.
- Cognita AG (2019): Medienresonanzanalyse 2018. Zeitraum: 10.01. bis 31.12.2018. Unveröffentlichte Powerpoint-Präsentation.
- Comer, Jonathan S./Furr, Jami M./Beidas, Rinad S./Babyar, Heather M./Kendall, Phillip C. (2008): Media Use and Children's Perception of Societal Threat and Personal Vulnerability. In: *Journal of Clinical Child and Adolescent Psychology* 37: 3, 622–630.
- Daase, Christopher (2010): National, Societal, and Human Security: On the Transformation of Political Language. In: *Historical Social Research* 35: 4, 22–37.
- Daase, Christopher (2012): Sicherheitskultur als interdisziplinäres Forschungsprogramm. In: Daase, Christopher/Offermann, Philipp/Rauer, Valentin (Hg.): *Sicherheitskultur: Soziale und politische Praktiken der Gefahrenabwehr*. Frankfurt a. M.: Campus, 23–44.
- Dake, Karl (1992): Myths of Nature: Culture and the Social Construction of Risk. In: *Journal of Social Issues* 48: 4, 21–37.
- Dal Bó, Ernesto/Hernández, Pablo/Mazzuca, Sebastián (2016): The Paradox of Civilization: Pre-Institutional Sources of Security and Prosperity. National Bureau of Economic Research Working Paper No. 21829.
- Diekmann, Andreas (2016): *Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Die Welt (2013): Diesen Institutionen vertrauen die Deutschen (06.02.2013). <<https://www.welt.de/wirtschaft/article113432065/Diesen-Institutionen-vertrauen-die-Deutschen.html>> [02.07.2019].
- Eichenberg, Richard C./Stoll, Richard J. (2003): Representing Defense: Democratic Control of the Defense Budget in the United States and Western Europe. In: *Journal of Conflict Resolution* 47: 4, 399–422.
- Eichenberg, Richard C./Stoll, Richard J. (2017): The Acceptability of War and Support for Defense Spending: Evidence from Fourteen Democracies, 2004–2013. In: *Journal of Conflict Resolution* 61: 4, 788–813.

- Eisenman, David P./Glik, Deborah/Ong, Michael/Zhou, Qiong/Tseng, Chi-Hong/Long, Anna/Fielding, Jonathan/Asch, Steven (2009): Terrorism-Related Fear and Avoidance Behavior in a Multiethnic Urban Population. In: *American Journal of Public Health* 99: 1, 168–174.
- Eisinga, Rob/Te Grotenhuis, Manfred/Pelzer, Ben (2013): The Reliability of a Two-Item Scale: Pearson, Cronbach, or Spearman-Brown? In: *International Journal of Public Health* 58: 4, 637–642.
- Endres, Fabian (2018): Öffentliche Meinung und strategische Kulturen. Außenpolitische Überzeugungen in Deutschland, Frankreich und Großbritannien. Wiesbaden: Springer VS.
- Endreß, Christian/Petersen, Nils (2012): Die Dimensionen des Sicherheitsbegriffs. In: Bundeszentrale für Politische Bildung (Hg.): Dossier Innere Sicherheit. (14.6.2012). <<http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/innere-sicherheit/76634/dimensionen-des-sicherheitsbegriffs?p=all>> [24.1.2019].
- Endreß, Christian/Schattschneider, Leonard (2010): Was ist Sicherheit? Interdisziplinäre Betrachtung einer unklaren Begrifflichkeit. In: *Notfallvorsorge* 2, 8–9.
- European Union (2016): Shared Vision, Common Action: A Stronger Europe. A Global Strategy for the European Union's Foreign and Security Policy. Brüssel.
- Fantapié Altobelli, Claudia/Hensel, David/Langhinrichs, Birthe/Mühlbach, Cordelia/Znanewitz, Judith (2015): Trendforschung zur Optimierung und Sicherstellung der externen Personalbedarfsdeckung der Bundeswehr. 1. Zwischenbericht: Ergebnisse der Referenzstudie. Hamburg: Helmut-Schmidt-Universität.
- Feaver, Peter D./Kohn, Richard H. (Hg.) (2001): *Soldiers and Civilians. The Civil-Military Gap and American National Security*. Cambridge: MIT Press.
- Feldman, Stanley (1988): Structure and Consistency in Public Opinion: The Role of Core Beliefs and Values. In: *American Journal of Political Science* 32: 2, 416–440.
- Fiebig, Rüdiger (2012): Die Deutschen und ihr Einsatz. Einstellungen der Bevölkerung zum ISAF-Einsatz. In: Langer, Phil C./Pietsch, Carsten/Seiffert, Anja (Hg.): *Der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan: Sozial- und politikwissenschaftliche Perspektiven*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 187–204.
- Fiebig, Rüdiger/Pietsch, Carsten (2009): Die Deutschen und ihre Streitkräfte. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 48/2009, 36–41.
- Franke, Jürgen (2012): Wie integriert ist die Bundeswehr? Eine Untersuchung zur Integrationssituation der Bundeswehr als Verteidigungs- und Einsatzarmee. Baden-Baden: Nomos.
- Ghanem, Salma (1997): Filling in the Tapestry: The Second Level of Agenda Setting. In: McCombs, Maxwell/Shaw, Donald L./Weaver, David H. (Hg.): *Communication and Democracy: Exploring the Intellectual Frontiers in Agenda-Setting Theory*. Mahwah: Lawrence Erlbaum, 3–14.
- Goodwin, Robin/Willson, Michelle/Stanley, Gaines (2005): Terror Threat Perception and Its Consequences in Contemporary Britain. In: *British Journal of Psychology* 96: 4, 389–406.

- Graf, Timo (2018): Einstellungen zum außen- und sicherheitspolitischen Engagement Deutschlands. In: Steinbrecher, Markus/Biehl, Heiko/Graf, Timo: Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse und Analysen der Bevölkerungsbefragung 2018. Forschungsbericht 118. Potsdam: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, 37–71.
- Haverkamp, Rita (2014): Grundzüge eines Sicherheitsbarometers in Deutschland. In: Hoch, Hans/Zoche, Peter (Hg.): Sicherheiten und Unsicherheiten. Münster: Lit Verlag, 15–30.
- Hentschel, Katrin (2013): Ergebnisse der Jugendstudie 2011. Berufswahl Jugendlicher und Einstellungen zum Arbeitgeber Bundeswehr. Forschungsbericht 100. Potsdam: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr.
- Holsti, Ole R. (1998/99): A Widening Gap Between the Military and Civilian Society? Some Evidence 1976–1996. In: *International Security* 23: 3, 5–42.
- Hummelsheim-Doss, Dina (2017): Objektive und subjektive Sicherheit in Deutschland. Eine wissenschaftliche Annäherung an das Sicherheitsgefühl. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 32–33/2017, 34–39.
- Hunter, Lance Y./Robbins, Joseph W. (2016): Military Spending and Electoral Systems: A Reconsideration. In: *Armed Forces & Society* 42: 1, 51–74.
- Hurwitz, Jonathon M./Peffley, Mark A. (1987): How Are Foreign Policy Attitudes Structured? A Hierarchical Model. In: *American Political Science Review* 81, 1099–1119.
- Hurwitz, Jonathon M./Peffley, Mark A./Seligson, Mitchell A. (1993): Foreign Policy Belief Systems in Comparative Perspective: The United States and Costa Rica. In: *International Studies Quarterly* 37, 245–270.
- Infratest dimap (2016): ARD-DeutschlandTREND Januar 2016. Eine Studie im Auftrag der tagesthemen. <<https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend-469.pdf>> [02.07.2019].
- Infratest dimap (2017): ARD-DeutschlandTREND Mai 2017. Eine Studie im Auftrag der tagesthemen. <<https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend-779.pdf>> [02.07.2019].
- Ipsos (2019): Sicherheitspolitisches Meinungsbild 2019. Methodenbericht. 12. Juli 2019. Berlin.
- Irondelle, Bastien/Mérand, Frédéric/Foucault, Martial (2015): Public Support for European Defence: Does Strategic Culture Matter? In: *European Journal of Political Research* 54: 2, 363–383.
- Isernia, Pierangelo/Juhász, Zoltán/Rattinger, Hans (2002): Foreign Policy and the Rational Public in Comparative Perspective. In: *Journal of Conflict Resolution* 46: 2, 201–224.
- Kamp, Karl-Heinz (2015): Die Europa-Armee: Pro und Kontra. Arbeitspapier Sicherheitspolitik, Nr. 4/2015. Berlin: Bundesakademie für Sicherheitspolitik.
- Kentmen, Cigdem (2010): Bases of Support for the EU's Common Foreign and Security Policy: Gender, Attitudes toward Economic Integration, and Attachment to Europe. In: *International Political Science Review* 31: 3, 285–299.
- Köhler, Horst (2005): Einsatz für Freiheit und Sicherheit. Rede bei der Kommandeurtaugung der Bundeswehr am 10. Oktober 2005 in Bonn. Berlin: Bundespräsidialamt.

- Körper-Stiftung (2018): *The Berlin Pulse 2018/19. German Foreign Policy in Perspective*. Hamburg: Körper-Stiftung.
- Krasmann, Susanne/Kreissl, Reinhard/Kühne, Sylvia/Paul, Bettina/Schlepper, Christina (2014): *Die gesellschaftliche Konstruktion von Sicherheit. Zur medialen Vermittlung und Wahrnehmung der Terrorismusbekämpfung*. Berlin: Forschungsforum Öffentliche Sicherheit.
- Kümmel, Gerhard (2008): *Truppenbild mit Dame. Eine sozialwissenschaftliche Begleituntersuchung zur Integration von Frauen in die Bundeswehr*. Forschungsbericht 82. Strausberg: Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr.
- Kümmel, Gerhard (2014): *Truppenbild ohne Dame? Eine sozialwissenschaftliche Begleituntersuchung zum aktuellen Stand der Integration von Frauen in die Bundeswehr*. Forschungsbericht 106. Potsdam: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr.
- Kümmel, Gerhard/Werkner, Ines-Jacqueline (Hg.) (2003): *Soldat, weiblich, Jahrgang 2001. Sozialwissenschaftliche Begleituntersuchungen zur Integration von Frauen in die Bundeswehr – erste Befunde*. Forschungsbericht 76. Strausberg: Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr.
- Lange, Philipp (2018): *Gesamtverteidigung 2.0 Wie sollte Landes- und Bündnisverteidigung gesamtstaatlich umgesetzt werden? Arbeitspapier Sicherheitspolitik, Nr. 2/2018*. Berlin: Bundesakademie für Sicherheitspolitik.
- Mader, Matthias (2015): *Grundhaltungen zur Außen- und Sicherheitspolitik in Deutschland*. In: Biehl, Heiko/Schoen, Harald (Hg.): *Sicherheitspolitik und Streitkräfte im Urteil der Bürger. Theorien, Methoden, Befunde*. Wiesbaden: Springer VS, 69–96.
- Mader, Matthias (2017): *Öffentliche Meinung zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Zwischen Antimilitarismus und transatlantischer Orientierung*. Wiesbaden: Springer VS.
- Masala, Carlo (2018): *Chinas geopolitische Ambitionen*. In: *China – Perspektiven und Herausforderungen: Bericht zur 3. Sitzung des Netzwerks „Strategie und Vorschau“*. Berlin: Bundesministerium der Verteidigung, 13–19.
- Maslow, Abraham (1943): *A Theory of Human Motivation*. In: *Psychological Review* 50: 4, 370–396.
- McCombs, Maxwell (2013): *Setting the Agenda: The Mass Media and Public Opinion*. Cambridge: Polity Press.
- McCombs, Maxwell/Shaw, Donald L. (1972): *The Agenda-Setting Function of Mass Media*. In: *Public Opinion Quarterly* 36: 2, 176–187.
- Meier, Ernst-Christoph/Nelte, Klaus-Michael/Huhn, Walter (Hg.) (2008): *Wörterbuch zur Sicherheitspolitik. Deutschland in einem veränderten internationalen Umfeld*. Hamburg et al.: Mittler & Sohn.
- NATO Public Diplomacy Division (2019): *Defence Expenditure of NATO Countries (2012–2019)*. Pressemitteilung 25.06.2019. Brüssel.
- Nellis, Ashley M. (2009): *Gender Differences in Fear of Terrorism*. In: *Journal of Contemporary Criminal Justice* 25: 3, 322–340.
- Nellis, Ashley M./Savage, Joanne (2012): *Does Watching the News Affect Fear of Terrorism? The Importance of Media Exposure on Terrorism Fear*. In: *Crime & Delinquency* 58: 5, 748–768.

- Noll, Heinz-Herbert (1994): Zustand der öffentlichen Sicherheit beeinträchtigt Wohlbefinden der Bürger: Befunde zur subjektiven Wahrnehmung und Bewertung der öffentlichen Sicherheit. In: Informationsdienst Soziale Indikatoren 12, 5–8.
- Page, Benjamin I./Shapiro, Robert Y. (1992): *The Rational Public: Fifty Years of Trends in Americans' Policy Preferences*. Chicago: University of Chicago Press.
- Peffley, Mark A./Hurwitz, Jonathon M. (1993): Models of Attitude Constraint in Foreign Affairs. In: *Political Behavior* 15, 61–90.
- Personalboard (2017): *Question & Answer Paper*. Berlin: Bundesministerium der Verteidigung.
- Petersen, Thomas (2018): Bedingt abwehrbereit. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 188, 15. August 2018, 8.
- Pew Research Center (2017): *U.S. Image Suffers as Publics Around the World Question Trump's Leadership*. Washington D.C.: Pew Research Center.
- Pfaffenzeller, Stephan (2010): Conscription and Democracy. The Mythology of Civil-Military Relations. In: *Armed Forces & Society* 36: 3, 481–504.
- Rahbek-Clemmensen, Jon/Archer, Emerald M./Barr, John/Belkin, Aaron/Guerrero, Mario/Hall, Cameron/Swain, Katie E. O. (2012): Conceptualizing the Civil-Military Gap: A Research Note. In: *Armed Forces & Society* 38: 4, 669–678.
- Rapoport, Anatol (1988): Risiko und Sicherheit in der heutigen Gesellschaft: Die subjektiven Aspekte des Risikobegriffs. In: *Leviathan* 16: 1, 123–136.
- Rattinger, Hans/Holst, Christian (1998): *Strukturen und Determinanten außen- und sicherheitspolitischer Einstellungen in der Bundesrepublik*. Bamberg: Universität Bamberg.
- Rattinger, Hans/Schoen, Harald/Endres, Fabian/Jungkunz, Sebastian/Mader, Matthias/Pöttschke, Jana (2016): *Old Friends in Troubled Waters: Policy Principles, Elites, and U.S.-German Relations at the Citizen Level After the Cold War*. Baden-Baden: Nomos.
- Reichelt, Julian/Meyer, Jan (2010): *Ruhet in Frieden, Soldaten! Wie Politik und Bundeswehr die Wahrheit über Afghanistan vertuschten*. Köln: Fackelträger.
- Reuband, Karl-Heinz (2009): Kriminalitätsfurcht. In: Lange, Hans-Jürgen/Ohly, H. Peter/Reichert, Jo (Hg.): *Auf der Suche nach neuer Sicherheit: Fakten, Theorien und Folgen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 233–251.
- Richter, Gregor (2016): *Wie attraktiv ist die Bundeswehr als Arbeitgeber? Ergebnisse der Personalbefragung 2016*. Forschungsbericht 113. Potsdam: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr.
- Rill, Leslie A./Davis, Corey B. (2008): Testing the Second Level of Agenda Setting: Effects of News Frames on Reader-Assigned Attributes of Hezbollah and Israel in the 2006 War in Lebanon. In: *Journalism and Mass Communication Quarterly* 85: 3, 609–624.
- Rosenthal, Claudius (2000): Zur medialen Konstruktion von Bedrohung. In: Schatz, Heribert/Holtz-Bacha, Christina/Nieland, Jörg-Uwe (Hg.): *Migranten und Medien*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 196–206.

- Rüland, Jürgen (2018): “Principled Multilateralism” versus “Diminished Multilateralism:” Some General Reflections. In: Echle, Christian/Rüppel, Patrick/Sarmah, Megha/Hwee, Yeo Lay (Hg.): *Multilateralism in a Changing World Order*. Singapore: Konrad-Adenauer-Stiftung, 1–12.
- Scheufele, Dietram A./Tewksbury, David (2007): Framing, Agenda Setting, and Priming: The Evolution of Three Media Effects Models. In: *Journal of Communication* 57: 1, 9–20.
- Schnell, Rainer/Hill, Paul B./Esser, Elke (2018): *Methoden der empirischen Sozialforschung*. München/Wien: Oldenbourg.
- Schoen, Harald (2008): Identity, Instrumental Self-Interest and Institutional Evaluations. Explaining Public Opinion on Common European Policies in Foreign Affairs and Defence. In: *European Union Politics* 9: 1, 5–29.
- Shapiro, Robert Y./Page, Benjamin I. (1988): Foreign Policy and the Rational Public. In: *Journal of Conflict Resolution* 32: 2, 211–247.
- Shoemaker, Pamela J./Reese, Stephen D. (1996): *Mediating the Message: Theories of Influences on Mass Media Content*. White Plains, NY: Longman.
- SIPRI – Stockholm International Peace Research Institute (2018): SIPRI Military Expenditure Database 2018. <<https://www.sipri.org/databases/milex>> [12.07.2019].
- Skitka, Linda J./Bauman, Christopher W./Aramovich, Nicholas P./Morgan, G. Scott (2006): Confrontational and Preventative Policy Responses to Terrorism: Anger Wants a Fight and Fear Wants ‘Them’ to Go Away. In: *Basic and Applied Social Psychology* 28: 4, 375–384.
- Sönmez, Sevil F./Graefe, Alan R. (1998): Influence of Terrorism Risk on Foreign Tourism Decision. In: *Analysis of Tourism Research* 25: 1, 112–144.
- Steinbrecher, Markus (2017a): Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr. In: Steinbrecher, Markus/Biehl, Heiko/Rothbart, Chariklia: *Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse und Analysen der Bevölkerungsbefragung 2017*. Forschungsbericht 117. Potsdam: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, 99–128.
- Steinbrecher, Markus (2017b): Einstellungen zur Höhe der Verteidigungsausgaben sowie zum Personalumfang der Bundeswehr. In: Steinbrecher, Markus/Biehl, Heiko/Rothbart, Chariklia: *Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse und Analysen der Bevölkerungsbefragung 2017*. Forschungsbericht 117. Potsdam: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, 129–147.
- Steinbrecher, Markus (2017c): Vorstellungen von den Aufgabenbereichen der Bundeswehr. In: Steinbrecher, Markus/Biehl, Heiko/Rothbart, Chariklia: *Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse und Analysen der Bevölkerungsbefragung 2017*. Forschungsbericht 117. Potsdam: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, 148–165.
- Steinbrecher, Markus (2017d): Einstellungen zum außen- und sicherheitspolitischen Engagement Deutschlands. In: Steinbrecher, Markus/Biehl, Heiko/Rothbart, Chariklia: *Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild in der Bundesrepublik*

- Deutschland. Ergebnisse und Analysen der Bevölkerungsbefragung 2017. Forschungsbericht 117. Potsdam: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, 36–62.
- Steinbrecher, Markus (2018a): Wahrnehmung der Bundeswehr in der Öffentlichkeit. In: Steinbrecher, Markus/Biehl, Heiko/Graf, Timo: Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse und Analysen der Bevölkerungsbefragung 2018. Forschungsbericht 118. Potsdam: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, 94–118.
- Steinbrecher, Markus (2018b): Einstellungen zur Höhe der Verteidigungsausgaben sowie zum Personalumfang der Bundeswehr. In: Steinbrecher, Markus/Biehl, Heiko/Graf, Timo: Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse und Analysen der Bevölkerungsbefragung 2018. Forschungsbericht 118. Potsdam: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, 139–157.
- Steinbrecher, Markus (2018c): Vorstellungen von den Aufgabenbereichen der Bundeswehr. In: Steinbrecher, Markus/Biehl, Heiko/Graf, Timo: Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse und Analysen der Bevölkerungsbefragung 2018. Forschungsbericht 118. Potsdam: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, 158–176.
- Steinbrecher, Markus (2018d): Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr. In: Steinbrecher, Markus/Biehl, Heiko/Graf, Timo: Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse und Analysen der Bevölkerungsbefragung 2018. Forschungsbericht 118. Potsdam: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, 119–138.
- Steinbrecher, Markus (2018e): Einigkeit macht stark! Erklärung von Einstellungen zur Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU. In: Steinbrecher, Markus/Biehl, Heiko/Bytzeck, Evelyn/Rosar, Ulrich (Hg.): Freiheit oder Sicherheit? Ein Spannungsverhältnis aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger. Wiesbaden: Springer VS, 217–251.
- Steinbrecher, Markus/Biehl, Heiko (2017): Die Legende vom fehlenden Wissen. Verteidigungspolitische Kenntnisse in Deutschland. In: *if – Zeitschrift für Innere Führung* 60: 4, 53–59.
- Steinbrecher, Markus/Biehl, Heiko (2018): Military Know-Nothings or (At Least) Military Know-Somethings? Knowledge of Defense Policy in Germany and Its Determinants. In: *Armed Forces & Society*, DOI: 10.1177/0095327X18811384.
- Steinbrecher, Markus/Biehl, Heiko/Bytzeck, Evelyn/Rosar, Ulrich (Hg.) (2018a): Freiheit oder Sicherheit? Ein Spannungsverhältnis aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger. Wiesbaden: Springer VS.
- Steinbrecher, Markus/Biehl, Heiko/Rothbart, Chariklia (2018b): Wachsamkeit als Preis von Sicherheit und Freiheit? Einstellungen der deutschen Bevölkerung zur Bündnisverteidigung. In: Steinbrecher, Markus/Biehl, Heiko/Bytzeck, Evelyn/Rosar, Ulrich (Hg.): Freiheit oder Sicherheit? Ein Spannungsverhältnis aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger. Wiesbaden: Springer VS, 177–216.
- Steinbrecher, Markus/Höfig, Chariklia (2017): Aktiv, aber auch Attraktiv und Anders? Ausgewählte Einstellungen der deutschen Bevölkerung zur Attraktivität der Bundeswehr als Arbeitgeber. In: *if – Zeitschrift für Innere Führung* 60: 1, 54–59.

- Steinbrecher, Markus/Wanner, Meike (2018a): Dein Schützer, Freund und Helfer? Einstellungen der deutschen Bevölkerung zum Einsatz der Bundeswehr im Inneren. In: Steinbrecher, Markus/Biehl, Heiko/Bytzek, Evelyn/Rosar, Ulrich (Hg.): *Freiheit oder Sicherheit? Ein Spannungsverhältnis aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger*. Wiesbaden: Springer VS, 141–176.
- Steinbrecher, Markus/Wanner, Meike (2018b): Hohe Akzeptanz. Die Bevölkerung unterstützt den Einsatz der Bundeswehr im Inneren. In: *if – Zeitschrift für Innere Führung* 61: 4, 68–75.
- Stewart, Frances (2004): Development and Security. In: *Conflict, Security & Development* 4: 3, 261–288.
- Trendence (2018): Arbeitgeberranking von Trendence. Die beliebtesten Arbeitgeber der Schüler. <<https://www.trendence.com/arbeitgeberrankings/schueler.html>> [10.08.2018].
- Tsetsos, Konstantinos (2018): Die Auswirkungen des Klimawandels auf die Arktis. *Metis-Studie Nr. 02*. München: Universität der Bundeswehr München.
- Vereinte Nationen (1948): *The Universal Declaration of Human Rights*. New York.
- von Bredow, Winfried (2015): *Sicherheit, Sicherheitspolitik und Militär. Deutschland seit der Vereinigung*. Wiesbaden: Springer VS.
- Wanner, Meike (2019): *Das Ansehen der Bundeswehr. Persönliche Einstellung versus Meinungsklimawahrnehmung*. Baden-Baden: Nomos.
- Wanta, Wayne/Golan, Guy/Lee, Cheolhan (2004): Agenda Setting and International News: Media Influence on Public Perceptions of Foreign Nations. In: *Journalism and Mass Communication Quarterly* 81: 2, 364–377.
- Wilcox, Pamela/Ozer, Murat M./Gunbeyi, Murat/Gundogdu, Tarkan (2009): Gender and Fear of Terrorism in Turkey. In: *Journal of Contemporary Criminal Justice* 25: 3, 341–357.
- Windzio, Michael/Simonson, Julia/Pfeiffer, Christian/Kleimann, Matthias (2007): *Kriminalitätswahrnehmung und Punitivität in der Bevölkerung. Welche Rolle spielen die Massenmedien? Ergebnisse der Befragungen zu Kriminalitätswahrnehmung und Strafeinstellungen 2004 und 2006*. Hannover: Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V.
- Wlezien, Christopher (1995): The Public as Thermostat: Dynamics of Preferences for Spending. In: *American Journal of Political Science* 39: 4, 981–1000.
- Wolf, Christof/Best, Henning (Hg.) (2010): *Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Methodenanhang

Seit der ZMSBw-Bevölkerungsumfrage 2017 enthält der (ausführliche) Forschungsbericht umfassende Informationen zur methodischen Vorgehensweise, die in diesem Anhang zusammengefasst sind. Der Anhang richtet sich an Leserinnen und Leser, die sich umfassender mit Umfragedesign und Analysemethoden beschäftigen möchten. Abschnitt 3 enthält im Gegensatz dazu einige Informationen, die für das grundlegende Verständnis der Analyseergebnisse in den Abschnitten 4 bis 11 hilfreich sind. Einige kleinere Doppelungen sind durch die verschiedene Zielrichtung von Abschnitt 3 und diesem Methodenanhang nicht zu vermeiden.

Der Methodenanhang gliedert sich in Unterabschnitt 1 zu Stichproben, Datenaufbereitung und Güte, Unterabschnitt 2 zu Messung und Datenmodifikation und Unterabschnitt 3 zu Methoden der Datenauswertung. Für weitergehende Informationen sei auf die Auswahlbibliografie am Ende des Methodenanhangs verwiesen.

1 Stichproben, Datenaufbereitung und Güte

1.1 Individual- und Aggregatdaten

Individualdaten

Daten, die Ausprägungen der Merkmale von Individuen oder Untersuchungseinheiten (Objekten) darstellen, nennt man Individualdaten. Sie werden in den Sozial- und Verhaltenswissenschaften – wie in der Bevölkerungsbefragung 2019 – typischerweise aus Befragungen, aber auch durch Experimente, Beobachtungen oder anderen Quellen gewonnen. In der Mehrebenenanalyse können Individualdaten (Mikroebene: Erklärung der abhängigen Variable durch Individual- und Kontextvariablen) mit Aggregatdaten (Makroebene: Merkmale des Kontextes) verbunden und die Interaktion dieser beiden Ebenen modelliert werden (Cross-Level-Interaktion). Oft dienen Individualdaten als Basis für Aggregatdaten (siehe Eintrag Aggregatdaten).

Aggregatdaten

Aggregatdaten sind nach bestimmten Regeln zusammengefasste Daten, d.h. aggregierte Einheiten für eine Gruppe von Merkmalsträgern. Aggregatdaten findet man typischerweise als Raten, Quoten, Anteilswerte oder als Mittelwerte (z.B. in den Abbildungen 4.4 oder 6.2). Durch die Verbreitung des Internets sind aggregierte Informationen zu wirtschaftlichen, politischen, sozialen Aspekten sowie Einstellungsstrukturen zunehmend

sehr leicht verfügbar. Diese Daten werden durch Behörden, Forschungseinrichtungen, Organisationen oder Unternehmen bereitgestellt oder verbreitet. Mithilfe von Aggregatdaten werden oft Länder miteinander verglichen. Beachtet werden sollte dabei die oft eingeschränkte Vergleichbarkeit der Einheiten. So können unterschiedliche Berechnungen, verschiedene Erhebungsmethoden, aber auch divergierende Datenquellen mit spezifischen Forschungs- oder auch Täuschungsabsichten die Vergleichbarkeit einschränken (siehe 1.5 Vergleichbarkeit). Außerdem muss bei der Analyse mit Aggregatdaten auf Multikollinearität (hohe Korrelation von Variablen in einem Modell) sowie auf Validitäts- und Operationalisierungsprobleme (keine passenden Indikatoren bzw. keine direkte Messung der interessierenden Variablen für die Fragestellung) geachtet werden.

1.2 Grundgesamtheit

In den Sozial- und Verhaltenswissenschaften ist die Grundgesamtheit oder auch Population die Gesamtheit von Personen, die ein Merkmal oder Merkmalskombinationen aufweist und Ziel der empirischen Untersuchung ist. In der Bevölkerungsbefragung 2019 ist die Grundgesamtheit definiert als deutschsprachige Bevölkerung ab 16 Jahren in Privathaushalten in Deutschland. Über diese Gruppe sollen generalisierbare Aussagen getroffen werden, d.h. die Untersuchungsergebnisse sollen für sie gültig sein. Werden alle Elemente der definierten Grundgesamtheit untersucht, d.h. in einer Umfrage befragt, spricht man von einer Vollerhebung – ein Beispiel dafür wäre eine Volkszählung. Dementsprechend werden keine inferenzstatistischen Analysen benötigt. Ist es (bspw. aufgrund der hohen Zahl der Elemente der Grundgesamtheit) nicht möglich, alle Elemente zu erfassen, so wird eine Auswahl getroffen, also eine Stichprobe gezogen (siehe 1.3 Stichprobe). Um eine Auswahl treffen bzw. eine Stichprobe ziehen zu können, muss die Grundgesamtheit vorab exakt definiert werden.

1.3 Stichprobe

Eine Stichprobe ist eine Teilmenge bzw. eine Auswahl von Elementen einer definierten Grundgesamtheit nach bestimmten Regeln. Sie soll exakte Schätzungen über die Objekte oder die Merkmalsverteilungen (Parameter) in der Grundgesamtheit liefern. Die Stichprobe muss der Grundgesamtheit möglichst ähnlich sein, damit generalisierbare Aussagen bezüglich der relevanten Merkmale möglich sind und der dabei gemachte Fehler bestimmt werden kann (Stichprobenfehler). Es gibt verschiedene Möglichkeiten, nach denen die Auswahl der Elemente getroffen werden kann (siehe Eintrag Stichprobenziehung). Für die Bevölkerungsbefragung 2019 wurden 2.474 Befragte zufällig ausgewählt

– zur genauen Vorgehensweise siehe Abschnitt 3 und die Einträge Stichprobenziehung, Zufallsstichprobe sowie Stichprobenfehler.

Stichprobenziehung

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, nach denen die Auswahl oder Ziehung der Elemente der Grundgesamtheit getroffen werden kann: zufällig und nicht-zufällig (willkürliche oder bewusste Auswahl nach bestimmten Kriterien entsprechend der Fragestellung). In der ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2019 wurde eine zufällige Stichprobe aus der zuvor definierten Grundgesamtheit gezogen (siehe Abschnitt 3).

Zufallsstichprobe

In einer Zufallsstichprobe haben alle Elemente der Grundgesamtheit eine Chance größer als null, in die Auswahl zu gelangen. Idealerweise sollte diese Wahrscheinlichkeit für alle Elemente der Grundgesamtheit identisch sein. Es gibt einstufige (einfache Zufalls- oder Klumpenstichprobe) und mehrstufige Auswahlverfahren (disproportional geschichtete vs. proportional geschichtete Stichproben). Nur Zufallsstichproben erlauben inferenzstatistische Analysen bzw. Aussagen. In der Bevölkerungsbefragung 2019 wurden die Befragten daher in einem mehrstufig geschichteten Verfahren aus der Grundgesamtheit ausgewählt (siehe Abschnitt 3).

Stichprobenfehler

Da sowohl der Mittelwert eines interessierenden Merkmals als auch die Streuung des Mittelwertes in der Grundgesamtheit meist nicht bekannt sind, werden diese aus der bzw. durch die Stichprobe geschätzt. Den dabei gemachten Fehler nennt man Stichprobenfehler ($\sigma(\hat{\vartheta})$ oder auch $\hat{\sigma}_{\bar{x}}$). Dieser auch als Standardfehler bezeichnete Fehler ist die geschätzte Streuung der Stichprobenkennwerte (gemessene Merkmale/Antworten) um den wahren Wert in der Grundgesamtheit (Parameter ϑ). Er ist abhängig einerseits vom Stichprobenumfang (Fallzahl n) und andererseits von der tatsächlichen Streuung der Werte in der Grundgesamtheit. Demnach gilt: Je größer die Stichprobe und je kleiner die Streuung in der Grundgesamtheit ist, desto kleiner ist auch der Stichprobenfehler. Neben dem Standardfehler für den Mittelwert gibt es auch einen Standardfehler des Medians, der Standardabweichung und des Anteilswertes eines Merkmals (siehe Abschnitt 3 sowie Tabelle 3.2).

$$\hat{\sigma}_{\bar{x}} = \sqrt{\frac{\sigma^2}{n}} = \sqrt{\frac{\sum_{i=1}^n (x_i - \bar{x})^2}{n \cdot (n-1)}}$$

Statistische Signifikanz

Da die empirische Sozialforschung in der Regel nur mit Stichproben arbeiten kann, ist es notwendig, Informationen darüber bereitzustellen, mit welcher Sicherheit man die aus der Stichprobe gewonnenen Informationen auf die Grundgesamtheit übertragen kann. Als statistisch signifikant wird das Ergebnis eines statistischen Tests bezeichnet, wenn die Stichprobendaten so stark von einer vorher festgelegten Annahme – der Nullhypothese – abweichen, dass diese Annahme nach einer vorher festgelegten Regel verworfen wird. Bei den Analysen zur Bevölkerungsbefragung 2019 ist die zu testende Annahme bzw. Hypothese in der Regel, dass es keinen Zusammenhang zwischen den Variablen (z.B. beim Chi²-Unabhängigkeitstest oder beim t-Test für Mittelwerte) bzw. keinen Effekt von einer unabhängigen auf eine abhängige Variable (z.B. bei Regressionsanalysen) gibt. Will man Befunde von der Stichprobe auf die Grundgesamtheit übertragen, kann es zu Fehlern kommen. Beim Fehler 1. Art wird eine richtige Nullhypothese, dass es keinen Zusammenhang zwischen zwei Merkmalen gibt, irrtümlicherweise verworfen. Man geht also auf Basis der Stichprobe fälschlicherweise davon aus, dass es beispielsweise einen Einfluss des Einkommens auf die Einstellung zur Bundeswehr gibt, obwohl dieser in der Grundgesamtheit nicht besteht. Die Wahrscheinlichkeit dieses Fehlers kann man mit dem Signifikanzniveau angeben. Der Fehler 2. Art tritt dann auf, wenn eine falsche Nullhypothese nicht verworfen wird. Eine Wahrscheinlichkeit für diesen Fehler kann in der Regel nicht ermittelt werden.

Für die Angabe des Signifikanzniveaus, d.h. der Sicherheit, mit der die Nullhypothese (kein Zusammenhang/Effekt) verworfen werden kann, haben sich verschiedene Konventionen entwickelt. Diese werden in den Tabellen dieses Forschungsberichts mit ein bis drei Sternen dargestellt. Ein Stern steht für ein Signifikanzniveau kleiner als 5 Prozent, d.h. die Wahrscheinlichkeit dafür, dass man irrtümlich einen Zusammenhang bzw. einen Effekt feststellt, obwohl dieser in der Grundgesamtheit nicht existiert, ist kleiner als 5 Prozent. Zwei Sterne repräsentieren im vorliegenden Bericht ein Signifikanzniveau kleiner als 1 Prozent und drei Sterne eines kleiner als 0,1 Prozent. Dies bedeutet, dass die Ergebnisse von Tests oder Analysen, die eines dieser Signifikanzniveaus erreichen, mit einer größeren Wahrscheinlichkeit auf die Grundgesamtheit übertragen werden können.

Statistische Signifikanz von berichteten Ergebnissen bedeutet nicht automatisch, dass der berichtete Zusammenhang oder Effekt wirklich kausaler Natur ist oder praktische Relevanz hat. Um wirklich von einem kausalen Effekt ausgehen zu können, muss der festgestellte Zusammenhang oder Effekt auch bei Kontrolle durch andere Variablen/Merkmale bestehen bleiben. Zudem muss eine plausible Beziehung zwischen den beiden Variab-

len/Merkmalen theoretisch begründet werden können. Und beide müssen in einer Ursache-Wirkungs-Beziehung stehen, d.h. die unabhängige geht der abhängigen Variable zeitlich voraus.

Die statistische Signifikanz ist von zwei Faktoren abhängig: der Größe der jeweiligen Stichprobe sowie der Stärke des Effekts. Bei einer großen Stichprobe ist eine wesentlich bessere Schätzung möglich, sodass selbst sehr schwache Effekte oder kleine Zusammenhänge den Schwellenwert zur statistischen Signifikanz überschreiten. Dies kann auch bedeuten, dass sich wie in Tabelle 10.1 die Unterstützung der Übernahme der Aufgabe Landesverteidigung durch die Bundeswehr bei Personen mit niedrigem und hohem Bildungsniveau zwar statistisch signifikant um 0,02 Skalenpunkte unterscheidet. Große inhaltliche Relevanz hat dieser Unterschied aufgrund der kleinen Differenz allerdings nicht. Umgekehrt kann es bei kleinen Stichproben auch passieren, dass sehr große Unterschiede zwischen Gruppen gemessen werden, diese sich aber nicht auf die Grundgesamtheit übertragen lassen, also nicht statistisch signifikant sind.

1.4 Umfrage- und Datenqualität

Umfragequalität ist ein komplexes, multidimensionales Konzept. In der Literatur gibt es teilweise recht unterschiedliche Auffassungen darüber, was eine gute Umfrage ausmacht, und der Terminus Datenqualität wird teils sehr unterschiedlich definiert.

Klassische Gütekriterien

Allgemein klassische Gütekriterien für die Qualität von standardisierten Umfragen sind Objektivität (Unabhängigkeit der Ergebnisse von den Interviewern und Forschern), Reliabilität (Zuverlässigkeit der Messung, d.h. Messergebnisse müssen reproduzierbar sein; siehe 2.1) und Validität (Gültigkeit der Messung). Bei der Validität wird zudem zwischen der inhaltlichen Validität (messen die Items tatsächlich die Eigenschaft bzw. Einstellung, die man messen möchte), der Kriteriumsvalidität (inwieweit hängt die Skala mit einem anderen, nicht gemessenen, objektiven Kriterium zusammen) und der Konstruktvalidität (wie gut hängen die einzelnen Items miteinander und mit der zu messenden Dimension zusammen) unterschieden.

Totaler Umfragefehler

Neben der Erfüllung der klassischen Gütekriterien determinieren andere methodische Aspekte die Qualität der in Umfragen gemessenen Daten. Diese sind im Konzept des totalen

Umfragefehlers (Total Survey Error) systematisiert. Darin wird meist zwischen zwei Arten von Fehlern unterschieden: Fehlern aufgrund der Stichprobe (englisch: sampling error) und sogenannten Nicht-Stichprobenfehlern (englisch: non-sampling error). Manche Arbeiten unterscheiden auch zwischen Fehlern, welche die Repräsentativität und Fehlern, welche die Messung beeinflussen. Unabhängig von der Systematisierung finden sich die gleichen Fehlerquellen und Fehlerarten: Rahmenfehler, Stichprobenfehler, Ausfallfehler, Validität, Messfehler und Prozessfehler. Messfehler sind dabei Fehler aufgrund von Eigenschaften des Befragten, des Interviewers, der Situation und des verwendeten Messinstruments. Zu letzterem zählen unter anderem die verwendete Datenerhebungsmethode und der Datenerhebungsmodus sowie der verwendete Fragebogen (Fragen und Antworten). Messfehler beeinflussen die Qualität der Umfragedaten negativ, wenn sie dazu führen, dass die Messungen vom „wahren“ Wert, also der tatsächlichen Einstellung der Befragten, abweichen. In der Umfrageforschung werden daher zur Überprüfung der Datenqualität häufig verschiedene Aspekte untersucht und berichtet wie bspw. die Anzahl der Wörter bei offenen Fragen, Antwortreaktionszeiten, fehlende Werte (Antwortverweigerungen und „Weiß nicht“-Antworten), Antwortraten bei sensiblen Fragen, Antwortmuster (Zustimmungstendenz, extremes Antworten, sozial erwünschtes Antworten usw.) sowie auch die Meinung der Befragten selbst zur durchgeführten Befragung. Von den angesprochenen Punkten werden im Rahmen dieses Berichts konsequent die sogenannten fehlenden Werte ausgewiesen.

1.5 Vergleichbarkeit von Umfragen

In standardisierten Umfragen wie der Bevölkerungsbefragung des ZMSBw erhalten die Befragten dieselben Fragen und Antwortmöglichkeiten. Durch diese Vereinheitlichung der Reize soll die Vergleichbarkeit der Antworten zwischen den Befragten erreicht werden. In der Folge sollen Differenzen im Antwortverhalten bzw. Unterschiede zwischen den Interviewten auf deren individuelle Merkmale zurückführbar sein. Wie die Umfrageforschung zeigt, verarbeiten die Befragten die unterschiedlichen Reize im Interview aber individuell und einzigartig. Die Vergleichbarkeit der Daten bzw. der Antworten der Befragten selbst innerhalb der gleichen Studie kann daher nicht allein durch die Konstanthaltung der Fragen und Antworten gewährleistet, sondern muss durch die Kontrolle (möglichst aller) Reize im Interview erhöht werden. Noch problematischer ist die Vergleichbarkeit von unterschiedlichen Studien.

Oft werden in und von den Medien Zahlen oder Prozentangaben verschiedener Studien zum gleichen Thema wiedergegeben, die sich mitunter widersprechen. Die Gründe hierfür sind vielfältig und basieren zumeist auf Aspekten des Totalen Umfragefehlers (siehe

1.4 Umfrage- und Datenqualität). So können z.B. die Grundgesamtheiten in verschiedenen Studien unterschiedlich definiert worden sein. In der Folge beziehen sich die gemessenen Meinungen oder Merkmalsausprägungen mitunter auf unterschiedliche Bevölkerungsgruppen und weichen daher voneinander ab. Auch verschiedene Stichprobenverfahren und ungleiche Ausschöpfungsquoten bzw. Ausfallfehler können dazu führen, dass sich Umfrageergebnisse unterscheiden. Werden Ergebnisse von Studien mit verschiedenen Messzeitpunkten verglichen, so können die Differenzen das Resultat kurzzeitiger Veränderungen der Meinung durch bestimmte Ereignisse oder längerfristige Einstellungsänderungen über einen längeren Zeitraum sein. Auch unterschiedlich große Messfehler können dazu führen, dass Befragungsergebnisse verschiedener Studien voneinander abweichen.

Viele Untersuchungen zu Fragebögen haben gezeigt, dass Unterschiede bezüglich des Formates, der Formulierung, der Länge und Position einer Frage sowie die Anzahl, Reihenfolge und Formulierung von Antwortmöglichkeiten das Antwortverhalten der befragten Personen und damit die Untersuchungsergebnisse verändern. So können bspw. Antwortvorgaben zur Interpretation der Frage und als Vergleichskriterium verwendet werden. Bei Untersuchungen in unterschiedlichen Ländern kommen sprachliche und kulturelle Unterschiede hinzu, die die Vergleichbarkeit der Erhebungen beeinträchtigen können. Aus den genannten Gründen könnten die Forschungsergebnisse des ZMSBw zum sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland von den Ergebnissen anderer Studien zu ähnlichen Themen abweichen. Ein gutes Beispiel für die Effekte unterschiedlicher Frageformulierungen und Antwortskalen innerhalb derselben Studie bieten die Fragen zur Einstellung gegenüber Deutschlands internationalem Engagement in Abschnitt 5 (vgl. die Abbildungen 5.2 und 5.4).

1.6 Soziale Erwünschtheit

Sozial erwünschtes Antworten ist eine Form der inhaltsbezogenen Verzerrung. Gemeint ist dabei die Neigung eines Befragten im Interview, bei (sensiblen) Fragen nur vermeintlich akzeptierte Antworten zu geben und damit den „wahren“ Wert (also die tatsächliche Meinung oder Merkmalsausprägung) zu verschleiern. Die Gründe für dieses Verhalten sind vielschichtig. Sozial erwünschtes Antworten kann als Befriedigungsversuch des Bedürfnisses nach sozialer Anerkennung vom Befragten und demnach als Persönlichkeitsmerkmal oder aber als situationsspezifische Reaktion auf die Datenerhebung und die damit verbundenen Folgen und Konsequenzen interpretiert werden. Unabhängig von den Beweggründen werden von den Befragten demzufolge Angaben im Interview gemacht,

von denen er oder sie annimmt, dass sie den sozialen Normen und Werten der Gesellschaft oder aber des Interviewers entsprechen. Dies kann im Interview eher unbewusst (Selbsttäuschung) oder bewusst (Fremdtäuschung) geschehen.

Zufällige Antwortfehler der Befragten sind für die Datenqualität eher unproblematisch, da sie in beide Richtungen um den „wahren“ Wert streuen. Antworten aber viele Befragte sozial erwünscht, also systematisch anders als der „wahre“ Wert, sind die erhobenen Daten in der Folge in eine Richtung verzerrt. Bei heiklen Fragen können daher bestimmte sozial unerwünschte Merkmale, Einstellungen oder Verhaltensweisen für die untersuchte Population systematisch unterschätzt werden. Wie die Umfrageforschung zeigt, ist der Effekt der sozialen Erwünschtheit, aufgrund der Anwesenheit des Interviewers, in mündlichen und vor allem in persönlichen Interviews – wie der Bevölkerungsbefragung 2019 – am stärksten.

1.7 Repräsentativität

Der Begriff der Repräsentativität einer Umfrage oder der repräsentativen Stichprobe wird zwar in fast allen empirischen Arbeiten verwendet, wird aber in der Umfrageforschung stark diskutiert. Bis heute gibt es keine allgemein akzeptierte Definition, da die Markt- und Meinungsforschung, wissenschaftliche Befragungen und amtliche Erhebungen meist unterschiedliche Ansprüche an die Messung und dementsprechend an die Verwendung des Begriffs haben. Allgemein gehört die Repräsentativität einer Umfrage oder Stichprobe neben Objektivität, Validität und Reliabilität der Messung bzw. des Messvorgangs, zu den Gütekriterien der empirisch-quantitativen Forschung. Um Rückschlüsse aus einer Stichprobe auf die Grundgesamtheit ziehen zu können, muss die Stichprobe die Grundgesamtheit bezüglich bestimmter relevanter Merkmale möglichst gut widerspiegeln. Wenn die Stichprobe hinsichtlich dieser Merkmale möglichst ähnlich bzw. strukturgleich ist, können die interessierenden Merkmale (Parameter) – zumindest annähernd – unverzerrt geschätzt werden. Repräsentativität ist aber eher als Zielvorgabe zu verstehen, da es in der Praxis schwierig ist, ein exaktes Abbild der Grundgesamtheit in einer Stichprobe zu erhalten. In der Markt- und Meinungsforschung werden meist soziodemografische Merkmale wie Alter, Geschlecht und Bildung verwendet, um den Grad der Repräsentativität zu bestimmen, weil die Verteilung dieser Merkmale in der Grundgesamtheit (durch den Mikrozensus oder die Volkszählung) bekannt ist. Oft wird Repräsentativität als gegeben angesehen, wenn die Stichprobe die Grundgesamtheit bezüglich dieser festgelegten Merkmale exakt abbildet. Repräsentativ ist eine Stichprobe strenggenommen aber immer nur hinsichtlich dieser Eigenschaften oder Zielvorgaben. Da die Daten der Bevölke-

rungsbefragung 2019 nach den Merkmalen Alter, Geschlecht, Bildung und Ortsgröße gewichtet wurden, ist die Stichprobe repräsentativ bezüglich dieser Merkmale (siehe 1.8 Gewichtung). Eigenschaften der Zielpersonen können auch nicht-soziodemografische Aspekte wie bspw. Persönlichkeitseigenschaften, Einstellungen, Motive o.Ä. sein. Eine wissenschaftliche Definition des Begriffs muss aber mehr berücksichtigen, da die Repräsentativität einer Umfrage durch verschiedenste Aspekte bestimmt oder beeinflusst wird. Dazu zählen das Stichprobendesign (Stichprobenverfahren, Schätzmethode, Stichprobenumfang) sowie methodische Aspekte wie Teilnahmeverweigerungen ((Unit-)Nonresponse), Antwortausfälle (Item-Nonresponse) und Falschangaben.

1.8 Gewichtung

Die Auswahl einer Stichprobe von Befragten soll ein repräsentatives Bild der Grundgesamtheit darstellen. D.h., die Befragten sollen sich ebenso zusammensetzen wie die Gruppe aller potenziell zu Befragenden (siehe 1.2 Grundgesamtheit, 1.3 Stichprobe und 1.7 Repräsentativität). In der Praxis ist dies jedoch nicht immer passgenau der Fall. Manche Gruppen – etwa männliche und ältere Befragte oder solche mit höherem Bildungsgrad – sind typischerweise bei persönlichen Befragungen wie der Bevölkerungsbefragung 2019 mit höheren Anteilen in der Stichprobe vertreten als es ihrem Anteil in der Grundgesamtheit aller möglichen Befragten (für die vorliegende Untersuchung die deutschsprachige Bevölkerung Deutschlands ab 16 Jahren; vgl. aber Tabelle 3.3) entspricht. Gewichtungen korrigieren diese Verzerrungen von Stichproben mit dem Ziel, dass sich die Stichprobe hinsichtlich ausgewählter Kriterien genauso zusammensetzt wie die Gesamtpopulation, aus der die Stichprobe gezogen wurde. Die Korrektur von Stichprobenfehlern konzentriert sich in der Praxis auf soziodemografische Variablen, da diese für die Gesamtpopulation exakt zu bestimmen sind (siehe 1.7 Repräsentativität).

In der vorliegenden Untersuchung wird die Stichprobe mittels Gewichtung unter Einbeziehung von Geschlecht, Alter, Bildung und Ortsgröße korrigiert (vgl. Abschnitt 3). Dazu gehen die Angaben jedes einzelnen Befragten entsprechend seiner sozialstrukturellen Merkmale mit einer spezifischen Gewichtungsgröße in die Analysen ein. Durch Gewichtungen soll vermieden werden, dass Unter- und Überrepräsentationen von sozialstrukturellen Gruppen unter den Befragten zu verzerrten Befragungsergebnissen führen.

Einschränkend ist zu berücksichtigen, dass die Verteilung der außen- und sicherheitspolitischen Einstellungen, die im Mittelpunkt der Bevölkerungsbefragung 2019 stehen, zu meist nicht bekannt ist und daher auch nicht durch Gewichtungen korrigiert werden kann. Dennoch beeinflusst der Einsatz von Gewichten auf der Basis von soziodemografischen

Merkmale die Verteilung der anderen, nicht in die Berechnung der Gewichtungsfaktoren eingehenden Variablen (etwa die Verteilung von Einstellungsvariablen).

2 Messung und Datenmodifikation

2.1 Reliabilität

Reliabilität ist ein Gütekriterium für Messverfahren in den Sozialwissenschaften. Reliabel sind wissenschaftliche Instrumente und Skalen, wenn ihre Messergebnisse reproduzierbar sind, d.h., sie zeigen bei wiederholten Messungen unter den gleichen Bedingungen dasselbe Ergebnis. Reliabilität ist ein zentrales Kriterium für die Zuverlässigkeit einer Messung. Eine in der Literatur übliche und in diesem Forschungsbericht wiederholt verwendete Kennzahl zur Bestimmung der Reliabilität ist Cronbachs alpha.

Cronbachs alpha

Cronbachs alpha ist ein in den Sozialwissenschaften üblicher Indikator, um die Reliabilität einer Skala auszuweisen. Cronbachs alpha bestimmt die interne Konsistenz einer Skala und berechnet, inwieweit die Variablen einer Skala miteinander zusammenhängen. Bei der Verwendung von Cronbachs alpha wird stets von einer eindimensionalen Struktur der Skala ausgegangen. Im Gegensatz hierzu bestimmen Faktorenanalysen (siehe 3.4 Eintrag Faktorenanalyse) empirisch, welche Dimensionalität eine Skala aufweist, d.h., es werden unter Umständen mehrere Dimensionen ermittelt. Cronbachs alpha kann Werte zwischen minus unendlich und 1 annehmen. In der Literatur hat sich als Konvention etabliert, dass ein Cronbachs alpha zwischen 0,6 oder 0,7 auf eine ausreichende Reliabilität einer Skala verweist. Werte größer als 0,8 zeigen eine hohe, Werte größer als 0,9 eine sehr hohe Reliabilität an. Skalen mit einem Cronbachs alpha kleiner als 0,6 gelten als wenig reliabel. Ihre Verwendung – wie etwa bei der Skala zu den außen- und sicherheitspolitischen Grundorientierungen (vgl. Abschnitt 5) – sollte nur bei theoretisch zwingenden Argumenten oder zu Vergleichszwecken mit anderen Erhebungen erfolgen. Bei der Einordnung von Cronbachs alpha ist zu berücksichtigen, dass diese Kennzahl abhängig von der Anzahl der berücksichtigten Variablen ist. Je mehr Variablen in eine Skala eingehen, desto höher ist – bei sonst gleichen Bedingungen – der Wert von Cronbachs alpha.

2.2 Kodierung

Unter Kodierung ist die Zuweisung von Angaben und Antworten der Befragten zu bestimmten Variablenwerten zu verstehen (siehe 3.1 Skalenniveau). In der Praxis werden qualitative Angaben, etwa das Geschlecht oder der Bildungsgrad der Befragten ebenso

wie deren Haltungen und Einstellungen, in quantitative Angaben überführt. Als Beispiele: Aus der Angabe des Geschlechts der Befragten wird im Datensatz die Variable *Geschlecht* mit den Ausprägungen $0 = \text{Mann}$ und $1 = \text{Frau}$. Personen mit der Angabe „divers“ werden aus den Analysen ausgeschlossen, weil im Datensatz nur eine Person mit diesem Merkmal enthalten ist. Ebenso werden aus der persönlichen Haltung zur Bundeswehr, die auf einer sechsstufigen Skala von sehr positiv bis zu sehr negativ reichen kann, die Ausprägungen: $1 = \text{sehr positiv}$, $2 = \text{positiv}$, $3 = \text{eher positiv}$, $4 = \text{eher negativ}$, $5 = \text{negativ}$ und $6 = \text{sehr negativ}$. Diese Angaben werden zur besseren statistischen Handhabung und zur weiteren Vereinheitlichung über verschiedene Variablen hinweg in folgende Werte rekodiert: $1 = \text{sehr positiv}$, $0,8 = \text{positiv}$, $0,6 = \text{eher positiv}$, $0,4 = \text{eher negativ}$, $0,2 = \text{negativ}$ und $0 = \text{sehr negativ}$. Diese Transformationen von Inhalten zu Zahlen sind Voraussetzung, um statistische Auswertungen durchzuführen.

Für die Auswertungen in diesem Forschungsbericht sind vielfältige Kodierungen durchgeführt worden. In Kurzform finden sich Angaben zur Kodierung in der Regel in den Anmerkungen unter den jeweiligen Tabellen. Im Forschungsbericht werden wiederholt Vergleiche zwischen den Haltungen verschiedener soziodemografischer Gruppen bzw. nach der Wahlabsicht der Befragten durchgeführt (etwa in den Tabellen 4.1 und 6.1). Die diesen Auswertungen zugrunde liegenden Kodierungen werden nachstehend detailliert dokumentiert:

Geschlecht: Interviewerangabe zum Befragten: 0 : Männer, 1 : Frauen. Personen mit der Angabe „divers“ werden aus den Analysen ausgeschlossen, weil im Datensatz nur eine Person mit diesem Merkmal enthalten ist und substanzielle Analysen so nicht möglich sind.

Bildungsniveau: Frage: Welchen höchsten Bildungsabschluss haben Sie oder streben Sie an? 1 : Hauptschulabschluss (Volksschulabschluss) oder Abschluss polytechnische Oberschule 8. oder 9. Klasse, 2 : Mittlere Reife, Realschulabschluss, Fachschulreife oder Abschluss polytechnische Oberschule 10. Klasse, 3 : Fachhochschulreife, Abschluss einer Fachoberschule, 4 : Abitur (INT.: allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife), 5 : Hochschul- oder Fachhochschulabschluss, 6 : Einen anderen Schulabschluss und zwar: *OFFEN, 7 : noch Schüler, 97 : keinen Abschluss, 98 : Weiß nicht, 99 : Keine Antwort.

Rekodierung: Hauptschulabschluss: Ausprägungen 1 und 97 zusammengefasst, Realschulabschluss: Ausprägung 2 , Hochschul- bzw. Fachhochschulreife: Ausprägungen 3 bis 5 zusammengefasst, alle anderen Ausprägungen wurden als fehlende Werte definiert.

Alter: Frage: Bitte sagen Sie mir, wie alt Sie sind.

Rekodierung: 1: 16 bis 29 Jahre, 2: 30 bis 49 Jahre, 3: 50 bis 69 Jahre, 4: 70 Jahre und älter.

Haushaltsnettoeinkommen pro Monat: Frage: Wie hoch ist etwa das monatliche Netto-Einkommen, das Sie alle zusammen im Haushalt haben, nach Abzug von Steuern und der Sozialversicherung? Alle Einnahmequellen zusammen genommen: In welche der folgenden Netto-Einkommensgruppen fällt dann Ihr Haushalt? 1: unter 500 Euro, 2: 501 – 1.000 Euro, 3: 1.001 – 2.000 Euro, 4: 2.001 – 3.000 Euro, 5: 3.001 – 4.000 Euro, 6: 4.001 – 5.000 Euro, 7: 5.001 oder mehr, 99: Keine Antwort.

Rekodierung: Bis 2.000 Euro: Ausprägungen 1 bis 3 zusammengefasst, 2.001 bis 4.000 Euro: Ausprägungen 4 und 5 zusammengefasst, 4.001 Euro und mehr: Ausprägungen 6 und 7 zusammengefasst, alle anderen Ausprägungen wurden als fehlende Werte definiert.

Wahlabsicht: Frage: Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche der folgenden Parteien würden Sie dann wählen? 1: CDU/CSU, 2: SPD, 3: Bündnis 90/Die Grünen, 4: Die Linke, 5: FDP, 6: AfD, 7: Piratenpartei, 8: Andere Partei und zwar, 9: Keine Partei, würde nicht wählen gehen, 10: Die Partei, 97: Nicht wahlberechtigt, 98: Weiß nicht, 99: Keine Antwort, 100: Freie Wähler, 101: Tierschutzpartei.

Rekodierung: Andere Partei: Ausprägungen 7, 8, 10, 100 und 101 zusammengefasst, keine Parteipräferenz, Nichtwähler: Ausprägungen 9 sowie 97 bis 99 zusammengefasst, die Ausprägungen für CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, FDP und AfD wurden beibehalten. Die Ausprägung „Andere Partei“ wird in der Regel nicht separat in den Tabellen des Forschungsberichts ausgewiesen.

Region: Interviewerangabe zum Bundesland der Befragten: 1: Schleswig-Holstein, 2: Hamburg, 3: Niedersachsen, 4: Bremen, 5: Nordrhein-Westfalen, 6: Hessen, 7: Rheinland-Pfalz, 8: Baden-Württemberg, 9: Bayern, 10: Saarland, 11: Berlin, 12: Brandenburg, 13: Mecklenburg-Vorpommern, 14: Sachsen, 15: Sachsen-Anhalt, 16: Thüringen.

Rekodierung: Norddeutschland: Ausprägungen 1 bis 4 zusammengefasst, Ostdeutschland: Ausprägungen 11 bis 16 zusammengefasst, Süddeutschland: Ausprägungen 8 und 9 zusammengefasst, Westdeutschland: Ausprägungen 5 bis 7 sowie 10 zusammengefasst.

Migrationshintergrund: Frage S14: Sind Sie im Gebiet des heutigen Deutschland geboren? (Intervieweranweisung: ES IST DEUTSCHLAND IN DEN GRENZEN VON 1990 GEMEINT. IST JEMAND AUF EHEMALIGEM DEUTSCHEM GEBIET GEBOREN, Z.B. IN SCHLESISIEN ODER OSTPREUSSEN, BEDEUTET DAS „NEIN, IM

AUSLAND“) 1: Ja, im Gebiet des heutigen Deutschland, 2: Nein, im Ausland, 98: Weiß nicht, 99: Keine Antwort.

Frage S15: **Filter: WENN S14 = 2 (wenn im Ausland). Bitte sagen Sie mir, wo Sie geboren wurden. 1: frühere deutsche Ostgebiete (z.B. Schlesien, Pommern, Ostpreußen), 2: Türkei, 3: Polen, 4: Italien, 5: Rumänien, 6: Griechenland, 7: Russland, Russische Föderation, ehemalige Sowjetunion (UdSSR), 8: Kroatien, Serbien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, ehemaliges Jugoslawien, 9: Österreich, 10: Schweiz, 11: Frankreich, 12: USA, 13: Anderes Land, und zwar _____, 98: Weiß nicht, 99: Keine Antwort.

Frage S16: Wurden Ihre Eltern im Gebiet des heutigen Deutschland geboren? (Interviewerweisung: ES IST DEUTSCHLAND IN DEN GRENZEN VON 1990 GEMEINT. IST JEMAND AUF EHEMALIGEM DEUTSCHEM GEBIET GEBOREN, Z.B. IN SCHLESILIEN ODER OSTPREUSSEN, BEDEUTET DAS „NEIN, IM AUSLAND“) 1: Ja, im Gebiet des heutigen Deutschland, 2: Nein, Mutter im Ausland geboren, 3: Nein, Vater im Ausland geboren, 4: Nein, Mutter und Vater im Ausland geboren, 98: Weiß nicht, 99: Keine Antwort.

Frage S17: **Filter: WENN S16 = 2, 4 (wenn im Ausland). Bitte sagen Sie mir, wo Ihre Mutter geboren wurde. Länderliste wie bei S15.

Frage S18: **Filter: WENN S16 = 3, 4 (wenn im Ausland). Bitte sagen Sie mir, wo Ihr Vater geboren wurde. Länderliste wie bei S15.

Rekodierung: Migrationshintergrund: 1: Wenn S14 gleich 2 und S15 ungleich 1 und S16 ungleich 1. Wenn S16 ungleich 1 und S17 ungleich 1. Wenn S16 ungleich 1 und S18 ungleich 1. 0: alle anderen Befragten. Das heißt, Befragte, die im Ausland (Ausnahme: deutsche Ostgebiete) geboren sind oder bei denen mindestens ein Elternteil im Ausland (Ausnahme: deutsche Ostgebiete) geboren ist, haben einen Migrationshintergrund.

3 Methoden der Datenauswertung

3.1 Skalenniveau

Das Skalenniveau ist eine Eigenschaft einer Variablen und beschreibt ihren Informationsgehalt. Bei einer Messung werden Zahlen zu Objekten auf der Grundlage von verschiedenen mathematischen Merkmalen zugeordnet. In der vorliegenden Befragung wurde bspw. die Variable Geschlecht mit den Ausprägungen „männlich“, „weiblich“ und „divers“ gemessen. Allen befragten Männern wurde dabei die Zahl „0“ zugeordnet, die befragten Frauen wurden mit „1“ kodiert, Personen mit der Angabe „divers“ wurden aus den Analysen ausgeschlossen, da nur eine Person mit dieser Angabe im Datensatz enthalten war. Die zugeordneten Zahlenwerte haben dabei keine empirische Bedeutung und

dienen nur der Unterscheidung der Befragten in Gruppen. Je nach Skalenniveau der gemessenen Variablen sind unterschiedliche Rechenoperationen für die Messung und die Datenanalyse zulässig (siehe 3.2 univariate Maßzahlen, 3.3 bivariate Zusammenhänge und Verfahren sowie 3.4 multivariate Verfahren).

Nominalskalen

Das niedrigste Messniveau haben nominale Daten. Beim Messen werden den Objekten (in der Bevölkerungsbefragung 2019: Befragte) Zahlen (im Interview: Merkmalsausprägungen) zugeordnet. Für die unterschiedlichen Merkmalsausprägungen werden dabei beliebige, voneinander verschiedene Zahlen verwendet. Teilt man die Befragten – wie im vorliegenden Bericht – nach ihrem Geschlecht auf, so erhalten alle Männer eine „0“, alle Frauen hingegen eine „1“. Diese numerischen Skalenwerte können nur nach Kategorien unterschieden (gleich/ungleich), nicht aber in eine bestimmte Rangfolge gebracht werden. Beispiele für nominalskalierte Merkmale, die in der Befragung erhoben wurden, sind Nationalität, Wohnort oder Parteipräferenz. Für diese Variablen können Häufigkeitsverteilungen berichtet werden. In der gewichteten Stichprobe dieser Umfrage sind z.B. 49 Prozent der Befragten männlich und 51 Prozent weiblich (vgl. Tabelle 3.3).

Ordinalskalen

Im Vergleich zu nominalen Daten besitzen ordinale Daten ein höheres Skalenniveau. Wie bei der Nominalskala können Objekte kategorisiert werden. Zusätzlich können diese Kategorien oder Merkmalsausprägungen in einer Rangfolge geordnet werden. Die Abstände zwischen den Kategorien sind jedoch nicht gleich, daher kann man nur „Größer-kleiner“- bzw. „Besser-schlechter“-Aussagen über die Merkmalswerte treffen. Beispiele für Merkmale mit ordinalem Skalenniveau aus dem vorliegenden Bericht sind der Schulabschluss und das (klassiert abgefragte) Einkommen der Befragten. Strenggenommen besitzen die meisten in dieser Umfrage gemessenen verteidigungs- und sicherheitspolitischen Einstellungen, wie z.B. das Sicherheitsempfinden, die Einstellung zum außen- und sicherheitspolitischen Engagement Deutschlands oder die Einstellung zur Bundeswehr ordinale Skalenniveau, da sie mit einer Antwortskala mit mehreren vollständig gelabelten Antwortmöglichkeiten gemessen wurden (sogenannte Likert-Skala). In der Forschungspraxis werden solche und andere ordinale Einstellungsvariablen allerdings meist als metrische oder quasi-metrische Merkmale verwendet. Dementsprechend können dann statistische Verfahren für dieses höhere Skalenniveau verwendet werden. So wurde bspw. für das Sicherheitsempfinden der Befragten das arithmetische Mittel gebildet, um mithilfe statis-

tischer Tests (Mittelwerttest und Varianzanalyse) das Sicherheitsgefühl zwischen verschiedenen Gruppen vergleichen (vgl. Tabelle 4.1) oder aber mit multivariaten Verfahren erklären zu können (vgl. Tabelle 4.5).

Metrische Skalen

Metrische Daten haben das höchste Skalenniveau, wobei hier nach Verhältnis-, Intervall- und Absolutskala unterschieden wird. Bei Intervallskalen können Objekte, ebenso wie bei ordinalen Daten, kategorisiert und geordnet werden. Darüber hinaus sind die Abstände der Merkmalsausprägungen (Intervalle) gleich groß. Ein Beispiel für ein Intervallskalenniveau ist die Messung der Temperatur (in Grad Celsius). Im Kontrast dazu besitzt eine Verhältnisskala zusätzlich einen natürlichen Nullpunkt (gleichbedeutend mit der Abwesenheit des Merkmals), der es erlaubt, Aussagen über Größenverhältnisse bzw. Differenzen zu treffen. So kann der Umsatz eines Geschäfts beispielsweise doppelt so groß sein wie der Umsatz des Nachbarladens. Andere Beispiele einer Verhältnisskala sind Länge, Gewicht, Sehvermögen, Einkommen (nicht wie im vorliegenden Bericht in Klassen gemessen) oder das in der Befragung erfasste Alter der Befragten in Jahren. Haben die Merkmale zusätzlich eine natürliche Maßeinheit, wie beispielsweise die Anzahl von Kindern, so spricht man von einer Absolutskala.

3.2 Univariate Maßzahlen

Univariate Maßzahlen beziehen sich immer nur auf eine Variable bzw. ein Merkmal. Sie beschreiben die zentrale Lage (z.B. Mittelwert) oder die Streuung (z.B. Varianz bzw. Standardabweichung) einer Merkmalsverteilung in der Stichprobe. Neben dieser reinen Beschreibung der Daten (deskriptive Statistik) lassen andere univariate Kennzahlen wie der Standardfehler (Güte der Schätzung des Mittelwertes) und Konfidenzintervalle (Bereich von möglichen wahren Mittelwerten der Grundgesamtheit) zusätzlich Aussagen über die Grundgesamtheit zu (Inferenzstatistik).

Lage- und Streuungsmaße

Je nach Skalenniveau (siehe 3.1 Skalenniveau) der Daten können unterschiedliche Lage- und Streuungsmaße verwendet werden.

Modus

Der Modus oder Modalwert ist der häufigste Wert bzw. die am häufigsten vorkommende Ausprägung eines Merkmals in einer Stichprobe. Die Anwendung des Modus ist ab nominalem Skalenniveau, also für alle Arten von empirischen Variablen, möglich. Da der Modus nur die häufigste Merkmalsausprägung ist, wird er nicht von ungewöhnlichen Werten in der Stichprobe (Ausreißer oder Extremwerte) beeinflusst bzw. verzerrt. Der Diversitätsindex als Streuungsmaß für nominale Daten beschreibt, wie stark sich die Objekte (bei der Bevölkerungsbefragung 2019 die Befragten der Stichprobe) auf die Merkmalsausprägungen verteilen.

Median

Beim Median, auch Zentralwert genannt, werden die Daten der Rangfolge nach geordnet und die so erzeugte Datenreihe in der Mitte geteilt. 50 Prozent der Messwerte liegen dann über und 50 Prozent unter dem mittleren Messwert, dem Median. Bei einer geraden Anzahl von Objekten (Befragten) wird der Mittelwert aus den beiden Datenpunkten gebildet, die in der Mitte liegen. Durch diese Art der Berechnung ist der Median wenig von Ausreißern und Extremwerten beeinflusst. Er kann für Daten ab ordinalem Skalenniveau verwendet werden. Die Streuung von ordinalen Daten kann durch Ranginformationen, wie die Spannweite oder den Quartilsabstand, aufgezeigt werden. Der Quartilsabstand beschreibt die Differenz zwischen dem ersten Quartil (25 Prozent der Messwerte sind kleiner) und dem dritten Quartil (75 Prozent der Messwerte sind kleiner).

Arithmetisches Mittel/Mittelwert

Das arithmetische Mittel (meist einfach Mittelwert (\bar{x}) genannt) sollte strenggenommen nur bei metrischem Skalenniveau berechnet werden. Dabei wird die Summe der beobachteten Ausprägungen eines Merkmals (x_i) durch die Anzahl der Beobachtungen (n) geteilt (umgangssprachlich: Durchschnitt). Da alle Messwerte in die Berechnung für das arithmetische Mittel einfließen, können Ausreißer und Extremwerte den Mittelwert verzerren. Daher ist es wichtig, neben dem Mittelwert auch die Streuung der Werte in der Stichprobe, also die Stichprobenverteilung, zu berücksichtigen (siehe Eintrag Standardabweichung).

Die Formel für die Berechnung des Mittelwerts lautet:

$$\bar{x} = \frac{1}{n} \sum_{i=1}^n x_i$$

Standardabweichung

Die üblichsten Maße, um die Streuung von metrischen Daten zu bestimmen, sind die Varianz und die Standardabweichung (s). Berechnet wird die Varianz, indem die Summe der quadrierten Abweichungen der beobachteten Werte (x_i) vom arithmetischen Mittel (\bar{x}) durch die Anzahl der Beobachtungen (n) dividiert wird. Da die Varianz nicht entsprechend der Maßeinheit des gemessenen Merkmals interpretiert werden kann, wird die Quadratwurzel aus ihr gezogen. Im Ergebnis erhält man die Standardabweichung, welche die Streuung der Werte in der tatsächlichen Maßeinheit beschreibt. Die Formel für die Berechnung der Standardabweichung lautet:

$$s = \sqrt{\frac{1}{n} \sum_{i=1}^n (x_i - \bar{x})^2}$$

3.3 Bivariate Zusammenhangsmaße und Verfahren

Bivariate Maße beschreiben bzw. testen den Zusammenhang zwischen zwei Merkmalen. Basierend auf theoretischen Annahmen kann bei bivariaten Koeffizienten kausal zwischen der abhängigen (AV) und unabhängigen Variable (UV) unterschieden werden. Angenommen wird dabei, dass die UV auf die AV wirkt.

Chi-Quadrat (χ^2)

Chi-Quadrat gehört zu den nominalskalierten Zusammenhangs- bzw. Assoziationsmaßen und bildet die Basis für andere nominalskalierte Maße. Mit dem Chi-Quadrat-Test nach Pearson wird die stochastische Unabhängigkeit von zwei nominalskalierten empirischen Merkmalen geprüft (Unabhängigkeitstest). Dabei wird die Abweichung der beobachteten Zellohäufigkeiten (Merkmalskombinationen) in einer Kreuztabelle (Kontingenztafel) von den bei statistischer Unabhängigkeit der Merkmale zu erwartenden Zellohäufigkeiten verglichen. Chi-Quadrat testet die Annahme, dass es keinen Zusammenhang zwischen den beiden Merkmalen in der Grundgesamtheit gibt (Nullhypothese). Die Alternativhypothese geht davon aus, dass ein Zusammenhang besteht, d.h., dass Gruppenunterschiede oder Zusammenhänge in der Grundgesamtheit bestehen. Ist der Chi-Quadrat-Wert statistisch signifikant, dann kann die Nullhypothese mit einer gewissen Irrtumswahrscheinlichkeit (meist 5%) verworfen werden. Chi-Quadrat ist allerdings stark abhängig von der Fallzahl (n) der Stichprobe und hat einen Wertebereich von $[0; n]$. Demnach kann statistisch nur ermittelt werden, ob ein Zusammenhang zweier Merkmale besteht, nicht aber,

wie stark dieser ist. Darüber hinaus sind keine Aussagen über die Richtung des Zusammenhangs (positiv oder negativ) oder über die kausale Beziehung (UV, AV) der beiden untersuchten Merkmale möglich.

Korrelationskoeffizient r

Der Korrelationskoeffizient von Bravais-Pearson zeigt die Stärke eines linearen Zusammenhangs zwischen zwei metrischen Variablen. Er kann nur für metrische Variablen verwendet werden, die normalverteilt (Wahrscheinlichkeitsverteilung) sind. Der Wertebereich des Korrelationskoeffizienten liegt bei $[-1; +1]$, wobei -1 eine perfekt negative lineare Korrelation und $+1$ eine perfekt positive lineare Korrelation zeigt. Bei einem positiven Zusammenhang gehen höhere Werte der einen Variable (X) mit höheren Werten der anderen Variable (Y) einher. So zeigt sich in den verwendeten Befragungsdaten z.B. mit einem r von $0,75$ ein starker positiver Zusammenhang zwischen der Einstellung der Befragten zu den Verteidigungsausgaben und zum Personalumfang der Streitkräfte (vgl. Abschnitt 9). Die Zusammenhänge zwischen zwei Variablen können allerdings auch nicht-linear, beispielsweise exponentiell oder u-förmig sein. Daher bedeutet ein Korrelationskoeffizient um null nicht automatisch, dass kein Zusammenhang zwischen den beiden Merkmalen besteht. Darüber hinaus können Ausreißer und Extremwerte den Korrelationskoeffizienten beeinflussen. Daher sollte man immer auch das Streudiagramm, also die grafische Darstellung der Messwertepaare überprüfen. Der Korrelationskoeffizient erlaubt nur Aussagen über einen möglichen Zusammenhang der betrachteten Variablen, nicht aber über eine kausale Beziehung.

Mittelwerttest

In der Inferenzstatistik gibt es verschiedene Arten von Mittelwerttests. Der Einstichproben-t-Test untersucht, ob die Schätzung des Mittelwertes der Stichprobe mit einer bestimmten Irrtumswahrscheinlichkeit auch für die Grundgesamtheit gilt. Der Mittelwerttest für zwei Stichproben untersucht Unterschiede bzw. Beziehungen zwischen zwei unabhängigen (t-Test bei unabhängigen Stichproben) bzw. abhängigen (t-Test bei abhängigen Stichproben) Gruppen. Dabei wird getestet, ob sich die Mittelwerte zwischen unterschiedlichen Gruppen bzw. zwischen zwei unterschiedlichen Zeitpunkten (beispielsweise nach einem Ereignis oder einer Maßnahme) unterscheiden. Mittelwerttests können nur für metrische, normalverteilte Daten verwendet werden. Möchte man Mittelwerte zwischen mehr als zwei Gruppen vergleichen, kann man Varianzanalysen (siehe 3.4 Eintrag Varianzanalyse) durchführen. Im vorliegenden Bericht werden t-Tests bei unabhängigen Stichproben bzw. Varianzanalysen zum Beispiel verwendet, um Einstellungen oder

Wahrnehmungen der Befragten nach soziodemografischen Gruppen vergleichen zu können (vgl. z.B. Tabelle 7.3).

3.4 Multivariate Verfahren

Varianzanalyse

Die Varianzanalyse ist im Grunde eine Erweiterung des Mittelwerttests (siehe 3.3 Eintrag Mittelwerttest). Im Gegensatz zum Mittelwerttest können hier die Mittelwerte von zwei und mehr Gruppen miteinander verglichen werden. Zudem kann der Einfluss nur einer Gruppenvariable (einfaktorielle Varianzanalyse) oder der gleichzeitige Effekt mehrerer Gruppenvariablen (mehrfaktorielle Varianzanalyse) untersucht werden. Für die Gruppenvariable genügt nominales Skalenniveau, für die Variable, deren Mittelwerte analysiert werden sollen, wird metrisches Skalenniveau vorausgesetzt. Die Nullhypothese der Varianzanalyse geht davon aus, dass es keine Mittelwertunterschiede zwischen den betrachteten Gruppen gibt. Kann die Nullhypothese verworfen werden, gibt es Mittelwertunterschiede zwischen einer und mindestens einer anderen Gruppe. Welche Gruppen sich genau in ihrem Mittelwert unterscheiden, kann erst mithilfe sogenannter Post-hoc-Vergleiche (z.B. einem Scheffé-Test) ermittelt werden. Mit diesem Verfahren werden die Mittelwerte aller Gruppen miteinander verglichen und getestet, ob sie sich unterscheiden. Ein Beispiel für die in diesem Forschungsbericht einzig verwendeten einfaktoriellen Varianzanalysen findet sich in Tabelle 7.3. Die Stärke des Einflusses der Gruppenzugehörigkeit auf die Ausprägung der abhängigen Variablen mit den Maßen η oder η^2 wird bei den vorliegenden Analysen nicht betrachtet.

Lineare Regression

Die lineare Regression ist ein Verfahren zur Erklärung von Zusammenhängen zwischen einer (einfache oder bivariate Regression) oder mehreren unabhängigen Variablen (multivariate Regression) und einer abhängigen Variable. Für ihre Anwendung sollte man vorab theoretische Erwartungen zu kausalen Wirkungsmechanismen haben. Für die unabhängigen Variablen spielt das Skalenniveau keine Rolle, die abhängige Variable sollte metrisches Skalenniveau haben. Das Verfahren testet, inwiefern es einen linearen Einfluss der unabhängigen Variablen auf die abhängige Variable gibt. So werden beispielsweise in Tabelle 10.2 die Determinanten von Einstellungen zu verschiedenen Aufgaben der Bundeswehr analysiert.

Zentraler Bestandteil von Regressionsanalysen sind Regressionskoeffizienten für jede einzelne im Modell berücksichtigte unabhängige Variable. Diese Koeffizienten geben an,

ob und wenn ja, wie stark und in welcher Weise sich ein Erklärungsfaktor auf die abhängige Variable auswirkt. Aufgrund des Tests von linearen Zusammenhängen kann man für den Einfluss der unabhängigen Variablen auf die abhängige Variable ab mindestens ordinalem Skalenniveau „Je-desto-Aussagen“ aufstellen. Ergibt sich ein statistisch signifikanter negativer Effekt für eine unabhängige Variable, bedeutet dies, dass die abhängige Variable kleiner wird, wenn die unabhängige Variable zunimmt. In Tabelle 10.2 trifft dies etwa für den Einfluss der weltweiten Sicherheitsbewertung auf die Einstellung zur Übernahme der Aufgabe Landesverteidigung durch die Bundeswehr als abhängige Variable zu: Fühlt sich jemand unsicherer, befürwortet er den Einsatz der Bundeswehr zur Landesverteidigung stärker. Im Falle eines statistisch signifikanten positiven Effekts einer unabhängigen Variablen gibt es einen gleichgerichteten Effekt, d.h. nimmt die unabhängige Variable zu, nimmt auch die abhängige Variable zu. In Tabelle 10.2 gilt dies beispielsweise für die Leistungsbewertung von bisherigen Bundeswehreinsetzungen im Ausland. Bewertet jemand die Leistungen der Bundeswehr positiver, ist er auch stärker für den zukünftigen Einsatz der Streitkräfte für die verschiedenen Aufgaben. Ist die abhängige Variable nicht ordinal oder metrisch, sondern nominal, erfolgt in der Regel eine Dichotomisierung, d.h. es werden Variablen gebildet, die angeben, ob ein bestimmtes Merkmal bei einem Befragten vorliegt oder nicht, wie bei den Wahlabsichtsvariablen oder Bildungsvariablen in Tabelle 10.2. So kann der Effekt des Vorliegens oder Nicht-Vorliegens eines Merkmals getestet werden. Der negative Koeffizient für Personen mit niedrigem Einkommen im Modell zur Erklärung der Einstellung gegenüber Hilfseinsätzen durch die Bundeswehr in Tabelle 10.2 bedeutet daher, dass Befragte dieser Gruppe den Einsatz der Bundeswehr für diese Aufgabe weniger befürworten als Befragte mit mittlerem Einkommen, die in diesen Analysen als Referenzgruppe dienen.

Neben der statistischen Signifikanz und der Richtung eines Zusammenhangs ist auch die Stärke eines Effekts von Bedeutung für die Interpretation. Bei linearen Regressionen wird zwischen nicht-standardisierten und standardisierten Effekten unterschieden. Beide geben an, um welchen Wert sich die abhängige Variable verändert, wenn man die unabhängige Variable um eine Einheit oder einen Skaleneinheit variiert bzw. das Merkmal vorliegt. Nicht-standardisierte Effekte können nicht zwischen den einzelnen unabhängigen Variablen verglichen werden, da sie in der Regel weder die gleiche Maßeinheit haben noch mit einem identischen Instrument erhoben wurden. Vergleichbar sind hingegen die standardisierten Koeffizienten, bei denen die Maßeinheit herausgerechnet und die unabhängigen Variablen durch eine Verrechnung mit dem jeweiligen Mittelwert und der Standardabweichung standardisiert werden. Aufgrund der Vergleichbarkeit über Variablen und Modelle hinweg werden bei den Analysen der Bevölkerungsbefragung 2019 vor allem standardisierte Koeffizienten berichtet und interpretiert (vgl. z.B. Tabelle 10.2).

Bezogen auf das gesamte Modell versucht die lineare Regression mithilfe der Streuung oder Variation der unabhängigen Variablen die Streuung der abhängigen Variablen (um den Mittelwert) zu erklären. Ein Maß für die Güte dieser Erklärungsleistung ist R^2 . Dieses Maß nimmt einen Wertebereich zwischen 0 und 1 an. 0 bedeutet, dass die Streuung der abhängigen Variablen nicht durch die ins Modell aufgenommenen unabhängigen Variablen erklärt werden kann – es besteht kein (linearer) Zusammenhang. 1 bedeutet, dass die Streuung der abhängigen Variablen vollständig erklärt werden kann und somit ein perfekter linearer Zusammenhang besteht. Da R^2 von der Zahl der unabhängigen Variablen und vom Stichprobenumfang beeinflusst wird, werden diese beiden Aspekte bei multivariaten Regressionen berücksichtigt und korrigiert, daher wird in den Analysen dieses Berichts, z.B. in Tabelle 10.2, das korrigierte R^2 ausgewiesen.

Die lineare Regressionsanalyse ist sehr robust gegenüber Verletzungen der Anwendungsvoraussetzungen (Skalenniveau, Additivität, Linearität, Abwesenheit perfekter Multikollinearität und Zahl der unabhängigen Variablen sowie Struktur der Residuen), zum Beispiel beim Skalenniveau der unabhängigen wie abhängigen Variable(n). Daher werden in diesem Forschungsbericht alle Merkmale mit mindestens fünf Ausprägungen als quasi-metrische Merkmale betrachtet und lineare Regressionsanalysen berechnet. Bei vier oder weniger Ausprägungen werden stattdessen logistische Regressionsanalysen verwendet.

Logistische Regression

Die logistische Regression ist ein Verfahren zur Erklärung von Zusammenhängen zwischen einer (einfache oder bivariate logistische Regression) oder mehreren unabhängigen Variablen (multivariate logistische Regression) und einer abhängigen Variable. Genauso wie bei der linearen Regression sind vor Anwendung des Verfahrens theoretische Erwartungen zu Wirkungsmechanismen zu formulieren. Die abhängige Variable in der logistischen Regression ist eine nominale Variable. Im Fall der binär-logistischen Regression, die für die Analysen der Bevölkerungsbefragung 2019 verwendet wird (vgl. z.B. Tabelle 8.3), ist die abhängige Variable dichotom, d.h. sie hat nur zwei Ausprägungen. In der Regel geht es bei dem Verfahren darum zu erklären, unter welchen Bedingungen eine Eigenschaft vorliegt bzw. ein Ereignis eintritt oder nicht (Beispiele: krank zu sein, sich an einer Wahl zu beteiligen oder die Bundeswehr als attraktiven Arbeitgeber zu bewerten, letzteres vgl. Tabelle 8.3). Die unabhängigen Variablen können ein beliebiges Skalenniveau aufweisen.

Das Verfahren ist notwendig, weil bei nominalen abhängigen Variablen wesentliche Anwendungsvoraussetzungen der linearen Regressionsanalyse verletzt sind. Vereinfacht ge-

sagt schätzt das Verfahren nach (logistischer) Transformation der unabhängigen und abhängigen Variablen die Wahrscheinlichkeit dafür, dass das in der abhängigen Variable definierte Ereignis eintritt bzw. das Merkmal vorliegt. Dabei wird nicht wie in der linearen Regression ein linearer Zusammenhang zwischen unabhängiger und abhängiger Variable unterstellt, sondern ein logistischer (s-förmiger) Zusammenhang. Wegen des s-förmigen Verlaufs der vorhergesagten Kurve ist der Effekt der unabhängigen Variable auf die abhängige Variable nicht mehr konstant, sondern hängt vom Ausgangspunkt der Betrachtung ab: Bei Werten an den Enden der Kurve gibt es geringere Wahrscheinlichkeitsveränderungen für das Auftreten der abhängigen Variable als im mittleren Bereich.

Wie für die lineare Regression berechnen Statistikprogramme unterschiedliche Ergebniskoeffizienten. Dies sind Logit-(b) und Effektkoeffizienten ($\text{Exp}(b)$). Die Logitkoeffizienten geben an, in welchem Ausmaß sich die Logits der abhängigen Variable verändern, wenn man die unabhängige Variable um eine Einheit verändert. Da bei diesen Koeffizienten lediglich das Vorzeichen sinnvoll interpretiert werden kann (positiver, negativer oder gar kein Einfluss), werden in diesem Forschungsbericht die Effektkoeffizienten verwendet. Diese basieren auf den sogenannten Odds. Odds geben ein Wahrscheinlichkeitsverhältnis zwischen der Wahrscheinlichkeit für das Eintreten des Ereignisses (p) und der entsprechenden Gegenwahrscheinlichkeit ($1-p$) an. Sie werden mit der Formel $(p/(1-p))$ berechnet. Effektkoeffizienten bzw. Odds bieten Informationen darüber, inwiefern sich die Chancenverhältnisse verändern, wenn sich die unabhängige Variable um eine Einheit verändert. Werte größer 1 geben an, dass die Wahrscheinlichkeit für das Eintreten des Ereignisses bzw. für das Auftreten des Merkmals zunimmt (z.B. der Effekt der Einstellung zur Bundeswehr in Tabelle 8.3, Modell V). Werte kleiner 1 zeigen, dass sich die Wahrscheinlichkeit entsprechend verringert (z.B. der Effekt des Migrationshintergrunds in Tabelle 8.4, Modell V). Die entsprechenden Werte können als Wahrscheinlichkeitsveränderungen in Prozentpunkten interpretiert werden.

Wie bei linearen gibt es auch bei logistischen Regressionsanalysen Maße, die angeben, wie gut die unabhängigen Variablen die Ausprägungen der abhängigen Variablen insgesamt erklären, die sogenannten Pseudo- R^2 -Maße. Da die abhängige Variable bei logistischen Regressionen 0/1-verteilt ist, können diese Maße nicht im Sinne einer Erklärung der Streuung der abhängigen Variablen interpretiert werden. Wohl aber gilt für die verschiedenen Pseudo- R^2 -Maße ein identischer Wertebereich zwischen 0 und 1. Dabei bedeutet 0, dass die Variablen im Modell keine Erklärungskraft haben, während 1 dagegen eine vollständige Erklärungskraft bietet. Da die Formeln für die Berechnung unterschiedlicher Pseudo- R^2 -Maße variieren, kann die Erklärungsleistung voneinander abweichen. Das in diesem Forschungsbericht verwendete Nagelkerkes R^2 nimmt beispielsweise systematisch höhere Werte an.

Marginale Effekte/Durchschnittliche marginale Effekte

Der Begriff marginaler Effekt bezeichnet in multivariaten Verfahren wie der linearen oder der logistischen Regression (siehe die entsprechenden Einträge) den Effekt, den eine unabhängige Variable auf die abhängige Variable hat, wenn sie sich um eine Einheit ändert und die anderen Variablen im entsprechenden Modell konstant gehalten werden. Bei der linearen Regression sind die marginalen Effekte gleich den Regressionskoeffizienten und werden daher in der Regel nicht separat ausgewiesen.

Da in nichtlinearen Regressionsmodellen wie der logistischen Regression die marginalen Effekte nicht konstant sind und von den Ausprägungen der jeweiligen Variablen abhängen, werden für solche Verfahren üblicherweise durchschnittliche marginale Effekte berechnet. Sie geben den durchschnittlichen Einfluss einer unabhängigen Variablen auf die Wahrscheinlichkeit des Auftretens der abhängigen Variable in einer einzigen Kennziffer wieder. Für die Analysen in Tabelle 8.5 wurde ein Mittelweg zwischen beiden Verfahren gewählt, indem eine Wahrscheinlichkeitsdifferenz gebildet wird. Die Werte in Tabelle 8.5 geben an, um wie viele Prozentpunkte sich die Wahrscheinlichkeit für das Eintreten der abhängigen Variable ändert, wenn die jeweilige Variable zwischen Mittelwert minus 2 Standardabweichungen und Mittelwert plus 2 Standardabweichungen variiert wird (metrische Variablen) bzw. das Merkmal vorliegt oder nicht vorliegt (dichotome Variablen). Die anderen Variablen werden auf den Modus (dichotome Variablen) oder Mittelwert gesetzt.

Faktorenanalyse

In Datensätzen und der sozialwissenschaftlichen Praxis gilt häufig, dass es mehrere Indikatoren bzw. Variablen gibt, um ein und dasselbe theoretische Konstrukt zu messen. So enthält die Bevölkerungsbefragung 2019 zahlreiche Fragen, welche die Haltung der Befragten zur Bundeswehr abbilden. Dazu gehören beispielsweise das Ansehen der Bundeswehr, die Einstellung zu den Streitkräften und das Vertrauen in die Bundeswehr (vgl. Abschnitt 6). Mithilfe der Faktorenanalyse kann geprüft werden, ob die genannten Indikatoren wirklich separate oder aber sehr ähnliche Aspekte messen. Ist Letzteres der Fall, können die Anzahl der unabhängigen Variablen in einer multivariaten Analyse reduziert und die Modelle einfacher gehalten werden.

Grundsätzlich sind bei der Faktorenanalyse eine exploratorische bzw. explorative und eine konfirmatorische Vorgehensweise zu unterscheiden. Während im Rahmen der exploratorischen Verfahren das Statistikprogramm nach Anwendervorgaben und bestimmten Kriterien berechnet, wie viele Faktoren in einer festgelegten Menge an Variablen zu

finden sind, überprüft die konfirmatorische Faktorenanalyse, ob sich eine theoretisch begründete Struktur in den Daten identifizieren lässt. Im Rahmen dieses Forschungsberichts werden lediglich explorative Faktorenanalysen verwendet (vgl. z.B. die Abschnitte 6, 10 und 11).

Ein Faktor ist dabei eine lineare Kombination der einzelnen Beobachtungsvariablen. Er basiert auf einer Reihe von bivariaten Korrelationen. Dabei sollen die beobachteten Variablen, die zu einem theoretischen Konzept bzw. einem Faktor gehören, möglichst stark miteinander zusammenhängen – man spricht hier auch von einer „hohen Ladung“ einer Variable auf einen Faktor. Mit anderen Faktoren bzw. Variablen, die stark mit anderen Faktoren korrelieren, sollte es möglichst gar keine Zusammenhänge geben. Synonyme für den Faktorenbegriff sind „latentes Konstrukt“ bzw. „Dimension“. Was ein Konstrukt genau misst, ergibt sich aus dem kleinsten gemeinsamen Nenner der Inhalte der für den Faktor relevanten Variablen. Die Benennung liegt dabei in der Verantwortung des Anwenders.

Für die Festlegung, wie viele Faktoren zur Beschreibung einer Korrelationsmatrix herangezogen werden sollen, gibt es formale wie theoretische Kriterien. Das Kaiser-Kriterium zielt auf den sogenannten Eigenwert eines Faktors ab. Der Eigenwert ist die Summe seiner quadrierten Faktorladungen über alle Variablen. Wird ein Wert von 1 überschritten, ist eine Extraktion sinnvoll, weil er ein ausreichendes Maß an Streuung erklären kann. Bei einem Wert unter 1 kann man auf den entsprechenden Faktor verzichten, weil er weniger Varianz erklären kann als ein Faktor, der extrahiert wird, wenn die Messzahlen untereinander überhaupt nicht zusammenhängen. Aus theoretischen Erwägungen kann es aber auch sinnvoll sein, auf die Extraktion oder Verwendung eines Faktors zu verzichten, wenn die Ladungsstrukturen der einzelnen Variablen nicht sinnvoll interpretierbar sind (vgl. Abschnitt 10).

Aus diesen kurzen Ausführungen wird deutlich, dass Anwender der Faktorenanalyse eine recht anspruchsvolle Aufgabe übernehmen, denn im Laufe der Methode sind diverse Entscheidungen zu treffen, die das Ergebnis des Verfahrens beeinflussen können. Es ist deshalb wichtig, alle Schritte im Entscheidungsprozess zu dokumentieren und zu begründen. Die Dimensionen, die mithilfe von Faktorenanalysen gebildet werden, werden normalerweise in weitergehenden Analysen verwendet, z.B. als abhängige oder unabhängige Variable(n) in Regressionsanalysen (vgl. Abschnitt 11). Dabei ist zu entscheiden, ob man mit den berechneten Faktorwerten weiterarbeitet oder aber Indizes bildet (vgl. die Abschnitte 6, 10 und 11).

Empfehlungen für weiterführende Literatur:

- Baur, Nina/Blasius, Jörg (Hg.) (2014): Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Diekmann, Andreas (2016): Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Schnell, Rainer/Hill, Paul B./Esser, Elke (2018): Methoden der empirischen Sozialforschung. München/Wien: Oldenbourg.
- Wolf, Christof/Best, Henning (Hg.) (2010): Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Zum Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr:

Das Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) mit Sitz in Potsdam betreibt militärsoziologische, militärhistorische und sicherheitspolitische Forschung.

Zentrale Themen der jährlichen Bevölkerungsbefragung zum sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsbild sind Sicherheitsgefühl und Bedrohungswahrnehmungen der Bundesbürgerinnen und Bundesbürger sowie deren Einstellungen zum außen- und sicherheitspolitischen Engagement der Bundesrepublik Deutschland. Zudem wird die Haltung der Bevölkerung zur Bundeswehr und zu den Auslandseinsätzen analysiert. Die öffentliche Wahrnehmung der Streitkräfte sowie die gesellschaftliche Akzeptanz und Integration der Bundeswehr sind weitere Themenbereiche. Darüber hinaus wird die Attraktivität der Bundeswehr als Arbeitgeber untersucht und das Verhältnis zwischen Streitkräften und Gesellschaft empirisch erfasst. Der vorliegende ausführliche Bericht präsentiert zentrale Ergebnisse und Analysen der Bevölkerungsbefragung 2019.

Zu den Autoren:

Dr. Markus Steinbrecher, Dr. Timo Graf, Dr. Heiko Biehl, Forschungsbereich Militärsoziologie, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw), Potsdam.